

Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Bayern. Stand der Integration und integrationspolitische Strukturen

August 2017

europäisches forum für migrationsstudien

Institut an der Universität Bamberg
Katharinenstraße 1, 96052 Bamberg
Tel 0951-932020-0, Fax 0951-932020-20
efms@uni-bamberg.de
<http://www.efms.de>

Leitung
Prof. Dr. Friedrich Heckmann
Prof. Dr. Daniel Göler

Die Abfassung des Berichts wurde gefördert von



**Bayerisches Staatsministerium für
Arbeit und Soziales, Familie und Integration**



Zusammenfassung

Migration und Integration 2005 bis 2015

Nach Angaben des Mikrozensus hatte im Jahr 2015 mehr als jeder fünfte Bewohner Bayerns (21,3%) einen Migrationshintergrund¹; mehr als zwei Drittel davon (68,8%) haben eine persönliche Migrationserfahrung. Die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund nahm zwischen 2010 und 2015 um 292.000 auf nun 2,72 Mio. Personen zu. Während sich der Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund relativ konstant zeigte, ist v. a. der Anteil ausländischer Staatsangehöriger (2015: 11,5%) angestiegen. Diese Zunahme hängt mit der verstärkten Zuwanderung aus dem Ausland zusammen; der Wanderungssaldo der ausländischen Bevölkerung hat im Berichtszeitraum stetig zugenommen (2015: + 169.000). Die Migrantinnen und Migranten kommen nach wie vor mehrheitlich aus EU-Ländern. Die „Flüchtlingskrise“ wird im statistischen Sinn erst in den Zahlen ab 2016 ihren Niederschlag finden.

Ausgehend von einem Integrationsbegriff, der gesellschaftliche Mitgliedschaft von Menschen mit Migrationshintergrund und die Annäherung von Lebenslagen zwischen ihnen und Einheimischen ins Zentrum stellt, analysiert der vorliegende Bericht für die Periode 2005 bis 2015 den Verlauf von Integrationsprozessen in Bayern.²

Indikatoren für solche Prozesse finden sich in den Daten des sogenannten Integrationsmonitorings der Länder, das im Wesentlichen auf dem Mikrozensus beruht. Seit 2005 ist es möglich, im Mikrozensus Personen mit Migrationshintergrund zu identifizieren und damit Vergleiche mit Personen ohne Migrationshintergrund durchzuführen. Gegenüber der Unterscheidung nach Staatsangehörigkeit erlaubt das Konzept des Migrationshintergrunds das genauere Erkennen von Integrationsprozessen und -erfolgen, die im Fall von Einbürgerungen verborgen bleiben. Monitoring ist eine Beobachtung von Indikatoren im Zeitverlauf, das keine Evaluation der Wirksamkeit von Politik im strengen Sinne darstellt. Allerdings kann ein Monitoring zur Generierung von Erklärungen für bestimmte Veränderungen und einer Bewertung von Politik herangezogen werden.

Im Integrationsprozess werden üblicherweise vier Dimensionen unterschieden: strukturelle, kulturelle, soziale und identifikative Integration. In dem vorliegenden Bericht wird gemäß der Vereinbarung mit dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration die strukturelle Dimension untersucht. Strukturelle Integration bezieht sich auf den

¹ Zur Definition von Migrationshintergrund vgl. die Einleitung zu Teil I und II.

² Zur näheren Erläuterung der Datengrundlage vgl. S. 14-15.



Mitgliedschaftserwerb in den gesellschaftlichen Kerninstitutionen und so gehen wir im Folgenden auf Entwicklungen im Bereich der Staatsbürgerschaft, des Bildungs- und Ausbildungswesens, der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes sowie des Wohnungsmarktes ein.

Ein dauerhaftes Bleiberecht stellt eine zentrale Voraussetzung für den erfolgreichen Verlauf des Integrationsprozesses dar. Von den ca. 1,3 Mio. ausländischen Staatsbürgern in Bayern verfügten gut 1 Mio. im Jahre 2013 über einen Aufenthaltstitel. Im Zeitraum von 2005-2013 ist die Einbürgerungsrate konstant; sie liegt unter der in Gesamtdeutschland.

Der Anteil der Einbürgerungen aus den vor allem osteuropäischen EU-Beitrittsländern hat in Bayern stark zugenommen. Der Anteil der wahlberechtigten Deutschen mit Migrationshintergrund an allen wahlberechtigten Deutschen in Bayern beträgt mit leichten Variationen im Zeitverlauf im Jahre 2013 weiterhin 8%.

Zum Bereich der Bildung: Eine positive Entwicklung zeigt sich im Bereich des Besuchs von Kindertageseinrichtungen durch 3- bis unter 6-jährige Kinder mit Migrationshintergrund; ihr Anteil hat sich in der betrachteten Periode stark erhöht. Eine Zunahme des Kitabesuchs der Kinder mit Migrationshintergrund findet auch bei den 0- bis 3-jährigen statt, jedoch weniger stark als bei den Einheimischen. Vorschulische Sprachkurse werden überwiegend, aber keineswegs ausschließlich von Kindern mit Migrationshintergrund besucht.

Wichtige Indikatoren für Integration im Bereich der schulischen Bildung sind der Schulartenbesuch und die Schulabschlüsse. Beim Schulartenbesuch sind hohe Zuwächse beim Besuch von Gymnasium und Realschule zu verzeichnen, wengleich die Mittelschule die am stärksten von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund besuchte Schulform bleibt. Integrationsfortschritte zeigen sich auch bei den Schulabschlüssen im Sinken der Anteile von Schülerinnen und Schülern ohne Abschluss, in der Zunahme von Realschulabschlüssen und beim Abitur. Die Ausbildungsbeteiligungsquote von Jugendlichen mit Migrationshintergrund hat sich im Zeitverlauf nicht geändert. Die Daten liegen hierfür allerdings nur nach Staatsangehörigkeit gegliedert vor, was einen möglichen Integrationsfortschritt von Jugendlichen mit Migrationshintergrund verdecken kann.

Beim höchsten erreichten beruflichen Abschluss gibt es Unterschiede zwischen Personen ohne und mit Migrationshintergrund. Bei den 25- bis 35-jährigen beispielsweise haben die Personen mit Migrationshintergrund dreimal häufiger keinen beruflichen Abschluss und diese Relation blieb im Zeitverlauf bestehen. Allerdings ist der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund, die einen Hochschulabschluss erreichen, in einem etwas höheren Ausmaß als bei den Einheimischen gestiegen.

Integrationsfortschritte zeigen sich auch im Bereich der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes: Die Erwerbstätigenquote der Personen mit Migrationshintergrund ist beträchtlich und stärker



als bei Personen ohne Migrationshintergrund gestiegen und der Wechsel zu Angestelltentätigkeiten bei Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund zeigt eine Annäherung zu den Anteilen Einheimischer. Problematisch ist nach wie vor die unterschiedliche Betroffenheit von Arbeitslosigkeit, die bei Ausländern deutlich stärker ausfällt. Schaut man allerdings auf den verwandten Indikator, die Erwerbslosenquote, die selbstständige Tätigkeiten einbezieht, und die im Unterschied zur Arbeitslosigkeit im Mikrozensus nach Migrationshintergrund gegliedert vorliegt, zeigt sich eine Annäherung der Lagen zwischen beiden Gruppen (Personen mit bzw. ohne Migrationshintergrund).

Im Bereich des Wohnens zeigen sich bei Wohnfläche und Eigentümerquote leichte Verbesserungen für die Menschen mit Migrationsgeschichte, aber es bleiben starke Unterschiede zu den Einheimischen bestehen.

Fasst man die genannten Daten und Trends zusammen, so lässt sich für die Periode 2005 bis 2015 für die strukturelle Integration in Bayern feststellen, dass bei Fortbestehen relevanter Unterschiede bedeutsame Fortschritte und Annäherungen der Lebenslagen erzielt wurden, was nicht zuletzt mit den zahlreichen integrationspolitischen Maßnahmen zusammenhängt.

Integrationspolitische Strukturen

Ein viel gehörtes Schlagwort im integrationspolitischen Diskurs lautet: Integration findet vor Ort statt. Vor Ort, das sind die Städte und der ländliche Raum. Aber welche Strukturen gibt es denn „vor Ort“, die Integration fördern? Welche Arten von Maßnahmen und Projekten werden angeboten und praktiziert? Welche Unterschiede bestehen zwischen unterschiedlichen Städtetypen? Politik und Verwaltung benötigen solche Informationen für eine Weiterentwicklung von Integrationspolitik.

In dem dritten Teil der Studie geht es deshalb um eine Übersicht zu Integration fördernden Strukturen in insgesamt 34 ausgewählten bayerischen Groß-, Mittel- und Kleinstädten. Integrationspolitische Strukturen sind sowohl politisch-kommunale wie zivilgesellschaftliche Institutionen, Organisationen, Ressourcen und Aktivitäten für Integration. Mit der enormen Zuwanderung von Flüchtlingen nach Deutschland und Bayern seit dem Jahre 2015 sind neue Herausforderungen entstanden, auf die Staat, Kommunen und Gesellschaft mit neuen Maßnahmen und Initiativen geantwortet haben. Wir berichten sowohl über Strukturen, die sich vor der Krise bereits herausgebildet haben als auch von solchen, die als Antworten auf die Herausforderungen der Krise entstanden sind. Für die Studie wurde ein Untersuchungsraster entwickelt, um eine Systematik in der Darstellung der komplexen und vielfältigen Welt der Strukturen, Maßnahmen und Projekte zu erreichen.



Die Untersuchung basiert weitestgehend auf Internetrecherchen. Hinzu kommen in jeder Stadt Leitfaden gestützte Interviews mit Expertinnen und Experten, von denen eine oder einer einen Migrationshintergrund haben sollte.³

Der Anspruch dieser Studie muss sich auf den eines Überblicks über die integrationspolitische Landschaft in Bayern beschränken. Die integrationspolitischen Strukturen einer einzigen Stadt systematisch und en détail zu erfassen könnte bereits die vollständige Aufgabenstellung für ein einzelnes Projekt abgeben. Das Feld der Integrationspolitik hat sich in den letzten Jahren mit einer solchen Dynamik entwickelt, dass niemand sagen kann, wie viele Maßnahmen und Projekte es in Bayern überhaupt gibt. Zahlreiche staatlich geförderte Maßnahmen, sei es auf Landes- oder Bundesebene, die in den Städten und Gemeinden vorhanden sind, konnten nicht durchgängig Erwähnung finden. Besonders zu erwähnen sind jedoch die vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration geförderten, flächendeckend angebotenen Maßnahmen der Asylsozialberatung (Finanzierung 2017: 23 Mio. Euro) sowie der Migrationsberatung (Finanzierung: Bund ca. 7,0 Mio. Euro in 2017, Bayern ca. 7 Mio. Euro/Jahr). In diesem Zusammenhang sind zudem die vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration geförderten und im Bericht genannten Ehrenamtskoordinatoren Asyl (Fördervolumen 2017: 2,5 Mio. Euro) zu nennen. Gesondert erwähnenswert ist auch die von der Staatsregierung mit der bayerischen Wirtschaft und der Bundesagentur für Arbeit abgeschlossene Vereinbarung „Integration durch Ausbildung und Arbeit“ (Anteil des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration am Fördervolumen 2017: insgesamt ca. 10 Mio. Euro). Im Rahmen dieser Initiative werden Ausbildungsakquisiteure für Flüchtlinge (Fördervolumen 2017: ca. 1,6 Mio. Euro) und Jobbegleiter (Fördervolumen 2017: ca. 3,45 Mio. Euro) gefördert.

Darüber hinaus enthält der Vierte Bericht der Bayerischen Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern im Kapitel 11 – Menschen mit Migrationshintergrund eine breite und aktuelle Darstellung der Handlungsziele und zahlreichen Maßnahmen der Bayerischen Staatsregierung im Bereich Integration und Asyl. Der Bericht ist abrufbar unter www.stmas.bayern.de/sozialpolitik/sozialbericht/vierter-bericht.php.

Wir fassen im Folgenden wesentliche Ergebnisse nach Städtetypen gegliedert zusammen.

Integrationspolitische Strukturen in Großstädten

Integration ist in den bayerischen Großstädten als kommunale Kernaufgabe politisch und verwaltungsmäßig fest verankert. Leitlinien oder Integrationskonzepte geben eine Orientierung

³ Die Interviews wurden zwischen Juli 2015 bis Juli 2017 durchgeführt.



für Politik und Maßnahmen. In Augsburg und Nürnberg ist diese Orientierung in besonderer Weise historisch gerahmt: Integration und Würdigung von kultureller Vielfalt werden in den Kontext des Selbstverständnisses als Friedensstadt (Augsburg) bzw. als Stadt der Menschenrechte (Nürnberg) gestellt.

Ohne dass dies in der Darstellung gesondert angeführt wurde, ist als Ergebnis der Recherchen festzustellen, dass im **Zusammenwirken von Förderungen des Bundes, des Landes, der EU und eigener Mittel** die Basisinstitutionen für Integration überall in den Großstädten gegeben sind: Integrationskurse, Beratung, Einstellung des Bildungs- und Ausbildungssystems auf Integration von Migranten und Flüchtlingen einschließlich Berufsintegrationsklassen, Ausbildungseinstiegsprogrammen u. a. Ob diese Angebote quantitativ und qualitativ bedarfsgerecht sind, lässt sich auf Basis dieser Studie nicht sagen.

In **politischer Hinsicht** begreifen die Oberbürgermeister Integration als „Chefsache“. In vorhandenen oder neu geschaffenen Ausschüssen des Stadtrats steht Integration auf der Tagesordnung. Durch Wahlen und z. T. durch Ernennung konstituierter Beiräte wird Vertretern der Bevölkerung mit Migrationshintergrund eine beratende Stimme gegeben, z. T. als beratende Mitglieder in Stadtratskommissionen für Integration. Zuvor existierende getrennte Ausländer- und Aussiedlerbeiräte wurden aufgelöst und gemeinsame Integrationsbeiräte geschaffen.

Das Thema Integration ist auch in der **Verwaltung** als kommunale Daueraufgabe fest verankert. Ein Muster ist, neue Referate oder Abteilungen zu schaffen oder, wie in Nürnberg, einem existierenden Referat eine koordinierende Rolle zu geben und in einer Koordinierungsgruppe Integration als Querschnittsaufgabe zu organisieren.

Neben den politischen Organen einschließlich der Parteien und der Verwaltung gibt es eine Vielzahl von **Institutionen**, die nicht für Integration geschaffen wurden, aber aufgrund ihrer allgemeinen gesellschaftlichen Funktion stark mit der Integration von Migranten zu tun haben, wie Schulen, Arbeitsagenturen und das Gesundheitswesen, auf die wir aber in diesem Bericht nicht gesondert eingehen konnten. Zu den **zivilgesellschaftlichen Akteuren** gehören die Wohlfahrtsverbände, religiöse Gemeinschaften, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, die Vereinigungen der Bayerischen Wirtschaft, Universitäten, Gewerkschaften, Vereine (vor allem Sportvereine), Migrantenorganisationen, Stiftungen und Bürgerinitiativen sowie die Helferkreise.

Die Zahl der Akteure in der Integrationspolitik in den Großstädten ist fast unübersehbar und konnte durch die vorliegende Studie mit ihren Mitteln auch nicht erhoben werden. Noch unübersehbarer ist die Zahl der in die Tausende gehenden Maßnahmen und Projekte der verschiedenen Akteure, von denen wir auch nur jeweils interessante und nach dem Urteil unserer



Interviewpartner und nach unserer Einschätzung nachahmenswerte Beispiele aufgeführt haben.

In der **Flüchtlingskrise** wurden die existierenden Strukturen der bisherigen Integrationspolitik eingesetzt und z. T., wie Betreuung und Beratung, beträchtlich ausgebaut. In Regensburg hat die Herausforderung der Flüchtlingskrise auch zur Schaffung neuer kommunaler Strukturen geführt. Die überall in den Großstädten entstandenen Helferinitiativen wurden durch Koordination seitens kommunaler Gremien, wie z. B. Bürgerbüros für Ehrenamtliche, effizienter und nachhaltiger gemacht.

Integrationspolitische Strukturen in Mittelstädten

Integration als Chefsache hat sich auch bei den Mittelstädten als Muster herausgebildet und in der Flüchtlingskrise bewährt. Die Tendenz allerdings, wie in den Großstädten in der Verwaltung eigene Abteilungen für Integration zu bilden, ist in den Mittelstädten weniger ausgeprägt. Es herrscht das Muster vor, dass sich existierende Verwaltungseinheiten, vor allem Sozialämter, mit Integration und der Versorgung der Flüchtlinge befassen. Dazu kommen, stimuliert durch die Neuausrichtung der Integrationspolitik auf Bundes- und Länderebene im neuen Jahrtausend und neuerdings durch die Herausforderung der Flüchtlingskrise, Integrationsbeauftragte sowie Beiräte für Integration als Vertreter der Interessen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund.

Die Mitgliedschaft in den Beiräten für Integration begründet sich unterschiedlich in den Kommunen über Wahl- und/oder Ernennungsverfahren. Die Trennung zwischen Aussiedlerbeiräten und Ausländerbeiräten ist in den neuen Integrations(bei)räten aufgehoben. Integrationskonzepte, z. T. in Kombination mit Berichten, sind in den Mittelstädten in weniger als der Hälfte der Fälle zu finden.

Die Ressourcen, die Kommunen für Integration zur Verfügung haben, sind auch ein Resultat ihrer Aktivität und Fähigkeit, bei Fonds und Ausschreibungen auf europäischer, Bundes- und Landesebene und bei Stiftungen erfolgreiche Anträge zu verfassen.

In der Zivilgesellschaft gehören die Wohlfahrtsverbände zu den wichtigsten Akteuren der Integration. Welcher Wohlfahrtsverband jeweils führend ist, z. B. Caritas oder Arbeiterwohlfahrt (AWO), hängt stark von lokalen Traditionen, Ressourcen und Positionen ab. Hinzukommen in der Zivilgesellschaft eine Reihe von Vereinen, die sich vor allem um den Komplex Asyl und die Verständigung zwischen Migranten und Einheimischen gebildet haben. In Amberg, Coburg, Landshut, Neu-Ulm und Passau gibt es interessante Aktivitäten der Hochschulen für die Integration von Flüchtlingen.



Integration bedarf bestimmter Basisstrukturen. Die Untersuchung hat gezeigt, dass in den ausgewählten Mittelstädten die Basisstrukturen von Integrationskursen, Asylsozialberatung und Migrationsberatung und verschiedene Arten von Mentorenprogrammen für Schule und Ausbildung vorhanden sind. Integrationskurse werden vollständig vom Bund finanziert, Migrationsberatung wird zum Teil durch die Bundesregierung gefördert. Mit massiven Mitteln fördert der Freistaat Asylsozialberatung und zum Teil die Migrationsberatung.

Die Städte haben Programme und Materialien für Neuzuwanderer entwickelt und zum Teil praktizieren sie eine Kultur der Einbürgerung mit speziellen Einbürgerungsfeiern. Sie beteiligen sich auch an den bundesweiten interkulturellen Wochen im Herbst. Im Bereich Sicherheit und Integration gibt es in vielen Städten, z. B. in Schweinfurt, eine lang etablierte und institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen Polizei und in der Verwaltung für Integration zuständigen Ämtern. Auch hat eine Reihe von Städten das bekannte, vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration geförderte Präventionsprojekt „Heroes“ etabliert.

Die Flüchtlingskrise hat zum einen die bestehenden Strukturen und Ressourcen der Integration herausgefordert, aber auch gestärkt und z. T. erweitert. In allen Städten sind zahlreiche Helfergruppen entstanden, die nachhaltig arbeiten. Zur Effektivierung ihrer Arbeit wurden und werden von den Freiwilligenagenturen der Städte und/oder durch vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration finanzierte, neu geschaffene Stellen für Ehrenamtskoordinatoren Helferstrukturen koordiniert und geschult.

Integrationspolitische Strukturen in Kleinstädten

Strukturen für Integration sind in den politischen Institutionen und Gremien in den Kleinstädten wenig entwickelt. Spezifische Ausschüsse für Integration in den Gemeinderäten sind nicht erkennbar. Das bedeutet nun aber nicht, dass vorhandene Ausschüsse, z. B. für Soziales oder Hauptausschüsse, sich nicht mit der Thematik befassen. Ähnliches gilt für die Verwaltungsstrukturen. Die Untersuchung hat gezeigt, dass es in den Kleinstädten spezifische Verwaltungsstrukturen für Integration im Allgemeinen nicht gibt. Man kann allerdings davon ausgehen, dass die in den jeweiligen Städten vorhandenen Regelstrukturen sehr wohl mit Anforderungen und Problemen im Bereich Integration befasst sind. Spezifische Strukturen für Integration finden sich häufiger auf der Ebene des Landkreises, die dann für die jeweiligen Städte und Gemeinden im Landkreis zuständig sind. Integrationskonzepte, wie wir sie von den Großstädten und einem Teil der Mittelstädte kennen, sind auf der Ebene der Kleinstädte nicht vorhanden. Das gilt auch für den interessanten Sonderfall der Stadt Herzogenaurach, in der es



keine kommunalen Strukturen für Integration gibt, aber Integration für qualifizierte Neuzuwanderer in den Händen der drei Weltfirmen adidas, Puma und Schaeffler und einer aktiven Bürgergesellschaft liegt.

Durchgängig zeigt sich, dass kompensierend in den Kleinstädten die Zivilgesellschaft, unterstützt durch staatliche Zuwendungen, eine starke Rolle bei der Integration von Migrantinnen und Migranten übernommen hat. Hier sind vor allem die Wohlfahrtsverbände zu nennen und unter diesen vor allem die kirchlich gebundenen Verbände der Caritas und der Diakonie. Mit der Flüchtlingskrise haben sich zusätzlich überall ehrenamtliche Helferstrukturen gebildet, die die Ressourcen der Integrationsarbeit bedeutend verstärken. Die Helferstrukturen erweisen sich inzwischen als relativ stabil; ihre Effektivität wird durch koordinierende Tätigkeiten von Seiten der Gemeinde oder einer Organisation bedeutend erhöht. Die Förderung der Koordination durch das hierauf bezogene Programm der Staatsregierung trägt wesentlich zur Stabilisierung der Helferkreise bei. Weiterhin gehören private Bildungsträger zu den beachtenswerten Akteuren der Integrationsarbeit, vor allem im Bereich der Sprachbildung. Das Fortbildungswerk der Bayerischen Wirtschaft hat wichtige Angebote im Bereich der Berufsausbildung für Migrantinnen und Migranten. Im Freizeitbereich sind vor allem Sportvereine als Institutionen zu nennen, die soziale Integration fördern.

Integrationskurse und Migrationsberatung sind Basisstrukturen aller Integrationsprozesse. Es kann festgestellt werden, dass diese Basisstrukturen in den untersuchten Kleinstädten vorhanden sind (vgl. *Tabelle 9-1*). Zusätzlich zu dem Basisangebot für Integration gibt es in den untersuchten Kleinstädten eine Vielzahl weiterer Angebote. Unter diesen ragen Mentoren- und Patenschaftsprojekte für Bildungsprozesse von Kindern und Jugendlichen sowie interkulturelle Kontaktprogramme zur Bekämpfung von Vorurteilen besonders hervor.

Auch in den Kleinstädten hat die Flüchtlingskrise zu einer Mobilisierung vorhandener und zur Schaffung neuer Strukturen geführt. Noch stärker als vor dieser Krise sind ehrenamtliche Tätigkeiten eine zentrale Säule der Betreuung und Integration der gekommenen Menschen.



Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung Migration und Integration 2005 bis 2015	2
Inhaltsverzeichnis	10
Einleitung und Aufgabenstellung zu Teil I und II.....	14
Teil I: Migration in Bayern 2005 bis 2015	18
1 Basiskennzahlen zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund.....	18
1.1 Bevölkerung mit Migrationshintergrund bzw. ausländischer Nationalität.....	18
1.2 Regionale Verteilung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund	21
1.3 Altersstruktur.....	23
1.4 Internationale Zu- und Fortzüge	24
Teil II: Strukturelle Integration	30
2 Rechtliche Integration.....	30
2.1 Einbürgerungen.....	32
2.2 Wahlberechtigte Deutsche mit Migrationshintergrund.....	34
3 Integration im Bildungs- und Ausbildungssystem.....	36
3.1 Frühkindliche und sprachliche Bildung	36
3.2 Schulische Bildung.....	39
3.3 Berufliche Ausbildung.....	42
3.4 Hochschulbildung.....	43
3.5 Höchster erreichter tertiärer Abschluss	48
4 Integration in Wirtschaft und Arbeitsmarkt	53
4.1 Erwerbstätigkeit.....	53
4.2 Selbstständigkeit.....	58
4.3 Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts.....	60
4.4 Arbeitslosigkeit und Erwerbslosigkeit.....	62



5	Wohnen.....	66
5.1	Wohnfläche nach Migrationshintergrund	66
5.2	Eigentümerquote nach Migrationshintergrund	67
Teil III: Integrationspolitische Strukturen.....		69
6	Einführung, Aufgabenstellung und Vorgehensweise.....	69
7	Integrationspolitische Strukturen in Großstädten	74
7.1	Augsburg.....	74
7.1.1	Integrationspolitische Strukturen in der Stadt.....	74
7.1.2	Beispiele für Maßnahmen der Integrationspolitik.....	76
7.1.3	Beispiele für Projekte der Integrationspolitik.....	77
7.1.4	Strukturen, Maßnahmen und Projekte in der Flüchtlingspolitik.....	78
7.2	Ingolstadt	80
7.2.1	Integrationspolitische Strukturen in der Stadt.....	80
7.2.2	Beispiele für Maßnahmen der Integrationspolitik.....	82
7.2.3	Beispiele für Projekte der Integrationspolitik.....	82
7.2.4	Strukturen, Maßnahmen und Projekte in der Flüchtlingspolitik.....	84
7.3	Nürnberg	85
7.3.1	Integrationspolitische Strukturen in der Stadt.....	86
7.3.2	Beispiele für Maßnahmen der Integrationspolitik.....	89
7.3.3	Beispiele für Projekte der Integrationspolitik.....	90
7.3.4	Strukturen, Maßnahmen und Projekte in der Flüchtlingspolitik.....	91
7.4	Regensburg	92
7.4.1	Integrationspolitische Strukturen in der Stadt.....	93
7.4.2	Beispiele für Maßnahmen der Integrationspolitik.....	95
7.4.3	Beispiele für Projekte der Integrationspolitik.....	96
7.4.4	Strukturen, Maßnahmen und Projekte in der Flüchtlingspolitik.....	97
7.5	Fazit: Integrationspolitische Strukturen in Großstädten	99
8	Integrationspolitische Strukturen in Mittelstädten.....	101
8.1	Regierungsbezirk Unterfranken	101
8.1.1	Aschaffenburg.....	101
8.1.2	Schweinfurt.....	104



8.2	Regierungsbezirk Mittelfranken	108
	8.2.1 Ansbach.....	108
	8.2.2 Schwabach	111
8.3	Regierungsbezirk Oberfranken	114
	8.3.1 Bamberg	114
	8.3.2 Coburg	120
8.4	Regierungsbezirk Oberpfalz	123
	8.4.1 Amberg	123
	8.4.2 Weiden	126
8.5	Regierungsbezirk Schwaben.....	130
	8.5.1 Kempten	130
	8.5.2 Neu-Ulm	133
8.6	Regierungsbezirk Oberbayern	138
	8.6.1 Rosenheim.....	138
	8.6.2 Dachau	142
8.7	Regierungsbezirk Niederbayern.....	144
	8.7.1 Landshut.....	144
	8.7.2 Passau	148
8.8	Fazit: Integrationspolitische Strukturen in Mittelstädten	153
9	Integrationspolitische Strukturen in Kleinstädten	156
9.1	Regierungsbezirk Unterfranken	156
	9.1.1 Bad Kissingen	156
	9.1.2 Haßfurt	159
9.2	Regierungsbezirk Mittelfranken	162
	9.2.1 Herzogenaurach	162
	9.2.2 Gunzenhausen.....	165
9.3	Regierungsbezirk Oberfranken	168
	9.3.1 Lichtenfels	168
	9.3.2 Selb	170
9.4	Regierungsbezirk Oberpfalz	172
	9.4.1 Schwandorf.....	172
	9.4.2 Cham	174



9.5	Regierungsbezirk Schwaben.....	177
9.5.1	Friedberg	177
9.5.2	Lindau	179
9.6	Regierungsbezirk Oberbayern	182
9.6.1	Traunstein.....	182
9.6.2	Garmisch-Partenkirchen	185
9.7	Regierungsbezirk Niederbayern.....	187
9.7.1	Dingolfing.....	187
9.7.2	Vilshofen	190
9.8	Fazit: Integrationspolitische Strukturen in Kleinstädten	193
	Literatur	196
	Tabellen	201
	Abbildungen	202
	Anhang I Memo zur Anfertigung der Städteberichte.....	205
	Anhang II Übersicht der ausgewählten Städte.....	208
	Anhang III Übersicht der Interviewpartner	210



Einleitung und Aufgabenstellung zu Teil I und II

Der vorliegende Bericht zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Bayern hat zum Ziel, Grundtendenzen der Migration, den Stand der Integration sowie die Entwicklung des Integrationsprozesses von Migranten in Bayern darzustellen. Für diese Aufgabe stehen zunächst Daten des sogenannten Integrationsmonitorings der Länder zur Verfügung, welche die Datenbasis dieses Berichts bilden.

Das Integrationsmonitoring ist eine Methode, um den Stand und die Entwicklung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund im Zeitverlauf zu verfolgen. In einer Zusammenarbeit zwischen der Beauftragten der Bundesregierung für Integration und Ministerien für Integration in den Bundesländern wurde eine Auswahl von Indikatoren festgelegt, deren Entwicklung im zweijährigen Rhythmus verfolgt werden sollte. Das Integrationsmonitoring erlaubt Auswertungen für Deutschland insgesamt wie für die einzelnen Bundesländer.

Das Statistische Bundesamt definiert die Bevölkerung in Deutschland wie folgt:

1. Deutsche ohne Migrationshintergrund
2. Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinn
 - 2.1 Personen, deren Migrationshintergrund nicht durchgehend bestimmbar ist
 - 2.2 Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn
 - 2.2.1 Personen mit eigener Migrationserfahrung (Zugewanderte)
 - 2.2.1.1 Ausländer
 - 2.2.1.2 Deutsche
 - 2.2.1.2.1 ohne Einbürgerung (ab 2007: (Spät-)Aussiedler)
 - 2.2.1.2.2 Eingebürgerte
 - 2.2.2 Personen ohne eigene Migrationserfahrung (nicht Zugewanderte)
 - 2.2.2.1 Ausländer (2. und 3. Generation)
 - 2.2.2.2 Deutsche
 - 2.2.2.2.1 Eingebürgerte
 - 2.2.2.2.2 Deutsche mit mindestens einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil
 - 2.2.2.2.2.1 mit beidseitigem Migrationshintergrund
 - 2.2.2.2.2.2 mit einseitigem Migrationshintergrund

„Das Statistische Bundesamt unterscheidet Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinn und Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn. Bei Personen mit Migrationshintergrund im weiteren Sinn ist der Migrationsstatus nicht durchgehend bestimmbar, da bei bestimmten Deutschen der Migrationshintergrund nur aus Eigenschaften der Eltern erkennbar ist, diese jedoch nur alle vier Jahre abgefragt werden (zuletzt im Jahr 2013). Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn sind dagegen jedes Jahr im Mikrozensus zu identifi-



zieren“ (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2015: 143). In diesem Bericht werden, soweit nicht anders gekennzeichnet, nur die Personen mit Migrationshintergrund im engeren Sinn betrachtet.

Weiterhin muss bei den Statistiken dieses Berichts, die auf dem Integrationsmonitoring der Länder beruhen, berücksichtigt werden, dass der erste und der zweite Bericht zum Integrationsmonitoring auf den fortgeschriebenen Ergebnissen der Volkszählung von 1987 basieren, bei denen für Personen mit Migrationshintergrund auch Fälle aus dem Zeitraum 1949-1955 einbezogen waren. Ab dem dritten Bericht wird nach dem Beschluss der 9. Integrationsministerkonferenz der Länder durchgängig die Definition des Zensus 2011 verwendet. Nach dieser haben Personen einen Migrationshintergrund, wenn sie u. a. im Ausland geboren und nach dem 31.12.1955 nach Deutschland zugewandert sind. Die Daten ab dem dritten Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder zu Personen mit Migrationshintergrund sind daher nicht direkt mit denen der vorherigen Berichte 2005, 2009 und 2011 vergleichbar; die Zahl der Personen mit Migrationshintergrund hat sich wegen des geänderten Stichtags gegenüber den älteren Berichten geringfügig verringert.⁴

Monitoring ist eine Beobachtung von Indikatoren im Zeitverlauf, das keine Evaluation der Wirksamkeit von Politik im strengen Sinne darstellt. Allerdings kann ein Monitoring zur Generierung von Erklärungen für bestimmte Veränderungen und einer Bewertung von Politik herangezogen werden. Maßgeblich liegt dem Integrationsmonitoring die Orientierung zu Grunde, dass Integrationspolitik verlässliche und differenzierte Daten benötigt, welche Auskunft geben können, inwieweit und auf welche Art und Weise die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund fortschreitet, stagniert oder zurückgeht und in welchen Bereichen Handlungsbedarf besteht. Bei der Auswahl der Indikatoren wurde Wert daraufgelegt, dass mit möglichst wenigen Indikatoren eine überschaubare Datenmenge erfasst werden kann, die jedoch ein umfassendes Gesamtbild ermöglichen soll (IntMK 2015: 3ff.).

Der dritte Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder wurde im Jahr 2015 veröffentlicht; er „dokumentiert die Entwicklung in den Kernbereichen der Integration“ (IntMK 2015: 3) und ermöglicht zudem länderspezifische Auswertungen für Bayern. In Verbindung mit den vorherigen Berichten können demzufolge auch Veränderungen zwischen 2005 und 2013 dargestellt werden. Der vierte Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder wurde im Rahmen der 12. IntMK im März 2017 bei Enthaltung Bayerns beschlossen, stand jedoch zum Zeitpunkt der Abfassung des vorliegenden Berichts noch nicht zur Verfügung. Deshalb wurde als weitere Datenquelle, v. a. für den ersten Teil zur Migration, auf die entsprechende Fachserie des

⁴ Dritter Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder 2011-2013, Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister / Senatorinnen und Senatoren der Länder (IntMK), 2015, S. 5f.



Statistischen Bundesamts zurückgegriffen (Fachserie 1 Reihe 2.2: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Bevölkerung mit Migrationshintergrund, erschienen am 16. Sept. 2016; vgl. Statistisches Bundesamt 2016). Diese stellt auch eine Basis für den vierten Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder dar. Dort sind im Wesentlichen Ergebnisse des Mikrozensus 2015 aufbereitet, allerdings ist die sachliche und räumliche Differenzierung auf bzw. unterhalb der Länderebene wegen geringer Stichprobenumfänge stark eingeschränkt. Zielführend waren weiterhin die GENESIS-Online-Datenbank des statistischen Bundesamts sowie fallweise direkt bezogene Auskünfte des Bayerischen Landesamts für Statistik.

Immer wieder gibt es Diskussionen um den Integrationsbegriff. Der diesem Bericht zu Grunde liegende Begriff kann wie folgt beschrieben werden: Der Erwerb der vollen gesellschaftlichen Mitgliedschaft bildet den Kern der Integration. Zur weiteren Klärung der häufig wenig geordnet verlaufenden Diskussionen ist es zunächst sinnvoll, Integration als Prozess und Ergebnis zu unterscheiden. Integration als Prozess bezieht sich auf die vielen Vorgänge und Maßnahmen, die zur Herausbildung der vollen gesellschaftlichen Mitgliedschaft führen sollen. Hierbei geht es um eine wechselseitige Annäherung und Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Einheimischen und Zugewanderten. Integration als Ergebnis von Integrationsprozessen oder gesellschaftlicher Zustand soll heißen, dass die zugewanderten Menschen und/oder ihre Nachkommen die volle gesellschaftliche Mitgliedschaft und Anerkennung erworben haben und dass ihre Beziehungen und Chancen in der Gesellschaft nicht mehr von ihrer Herkunft als Migranten abhängig sind.

Eine weitere Klärung des Integrationsbegriffs erreicht man dadurch, dass Dimensionen der Integration unterschieden werden: strukturelle, kulturelle, soziale und identifikative Integration. Die strukturelle Integration zielt auf den Erwerb der Mitgliedschaft von Menschen mit Migrationshintergrund in den gesellschaftlichen Kerninstitutionen. Das erfordert eine Bereitschaft zur Eingliederung von Seiten der Migranten und ihrer Nachkommen und eine Öffnung von Seiten der Institutionen. Ziel der strukturellen Integration ist die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund an Wirtschaft und Arbeitsmarkt, am Bildungssystem, an den sozialen Sicherungssystemen, an der Gesundheits- und Wohnungsversorgung und schließlich auch an der politischen Gemeinschaft.

Die kulturelle Integration umfasst einen Lern- und Sozialisationsprozess, der sowohl Werte, Normen und Einstellungen als auch kulturelle Kompetenzen einschließt, wozu insbesondere der Spracherwerb zählt. Obwohl dieser Integrationsaspekt vor allem die zugewanderten Personen fordert, beinhaltet er auch kulturelle Lernprozesse und Anpassungen an die neue Situation auf Seiten der Einheimischen. Die soziale Integration beinhaltet den Aufbau privater Beziehungen außerhalb der Herkunftsgruppe. Das können Freundschaften, Ehen oder Partnerschaften oder Vereinsmitgliedschaften sein. Die identifikative Integration beschreibt die



Veränderung von Zugehörigkeitsgefühlen und die Bereitschaft, sich mit nationalen, regionalen und lokalen Gemeinschaften zu identifizieren.

Integration ist ein fordernder Prozess, der beiden Seiten Anstrengungen abverlangt und häufig über Generationen andauert. Gegenüber dem umfassenden Integrationsbegriff umfasst Teil II im vorliegenden Bericht nur den Bereich der strukturellen Integration; eine Zusammenschau von Maßnahmen zur Förderung von Integration findet sich dann im dritten Teil. Teil I stellt zunächst im Überblick das Migrationsgeschehen in Bayern im untersuchten Zeitraum dar.



Teil I: Migration in Bayern 2005 bis 2015

1 Basiskennzahlen zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund

1.1 Bevölkerung mit Migrationshintergrund bzw. ausländischer Nationalität

Im Jahr 2015 lebten rund 2,72 Mio. Personen mit Migrationshintergrund in Bayern; das entspricht einem Anteil von 21,3% an der Gesamtbevölkerung von 12,6 Mio. Einwohnern. Über die letzten zehn Jahre gesehen hat der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund dabei nur leicht zugenommen (*Abbildung 1-1*). Auffällig im Verlauf ist 2011 der kurzfristige Rückgang um einen knappen Prozentpunkt, hauptsächlich verursacht durch eine Abnahme des Ausländeranteils. Das dürfte weniger einer realen Abwanderung geschuldet sein; vielmehr ist es ein Korrektoreffekt im Rahmen des Zensus 2011⁵. Im Jahr 2015 setzte sich die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Bayern jeweils etwa zur Hälfte aus Deutschen mit Migrationshintergrund (50,1%, vornehmlich Spätaussiedler aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion) und Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit (49,9%) zusammen. Im Jahr 2011 war der Anteil der ausländischen Staatsangehörigen – wiederum erfassungsbedingt – zunächst auf einen Wert von 42,9% gefallen, während die Zahl der Deutschen mit Migrationshintergrund annähernd gleich geblieben war.

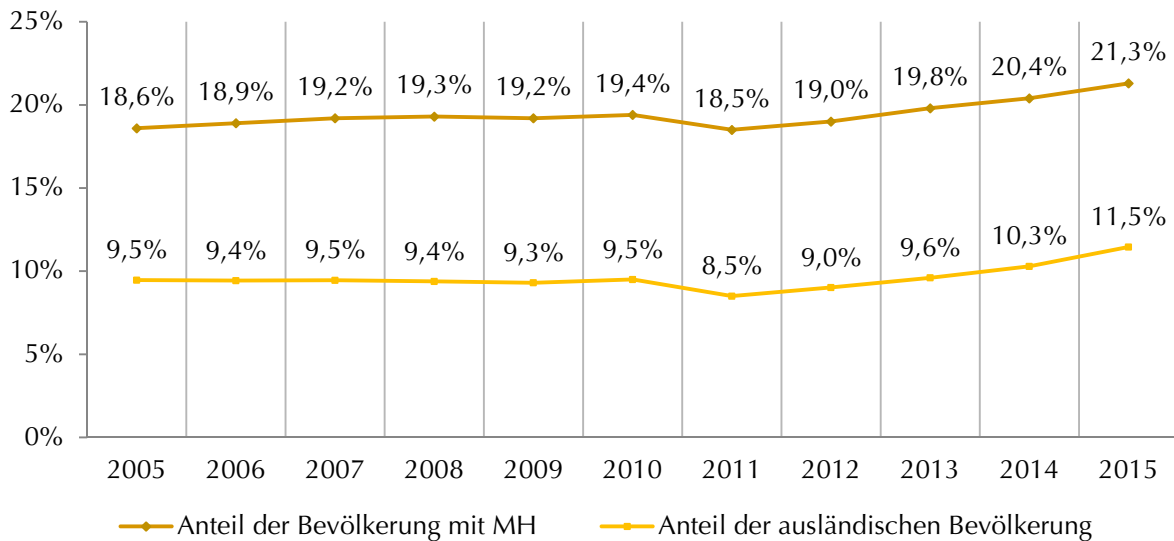
Der Ausländeranteil in Bayern war bis 2010 relativ konstant geblieben. Ab dem Jahr 2011 ist jeweils ein Anstieg um durchschnittlich ca. einen halben Prozentpunkt zu beobachten, ab 2013 erlangte der Zuwachs mit zuletzt 1,2% Prozentpunkten (Veränderung 2014 nach 2015) eine neue Dynamik. Im Jahr 2015 lag der Ausländeranteil in Bayern bei 12,4%. Bayern befindet sich damit an siebter Stelle in der Rangfolge der Bundesländer, die erwartungsgemäß von den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen angeführt wird und bei der sich Bayern hinter Hessen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen befindet (Statistisches Bundesamt 2016).

⁵ Verzerrungen seit der Volkszählung 1987 waren bekanntlich v. a. durch die lückenhafte Dokumentation der Auswanderung aus Deutschland entstanden (Nicht-Abmeldung von deutschen und ausländischen Staatsangehörigen; vgl. www.zensus2011.de und Möller 2014).

[https://www.zensus2011.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Aufsaeetze_Archiv/2015_02_BB_AbweichungenBFS.pdf?__blob=publicationFile&v=7]



Abbildung 1-1: Anteil der Personen mit Migrationshintergrund und Ausländeranteil in Bayern (2005-2015)



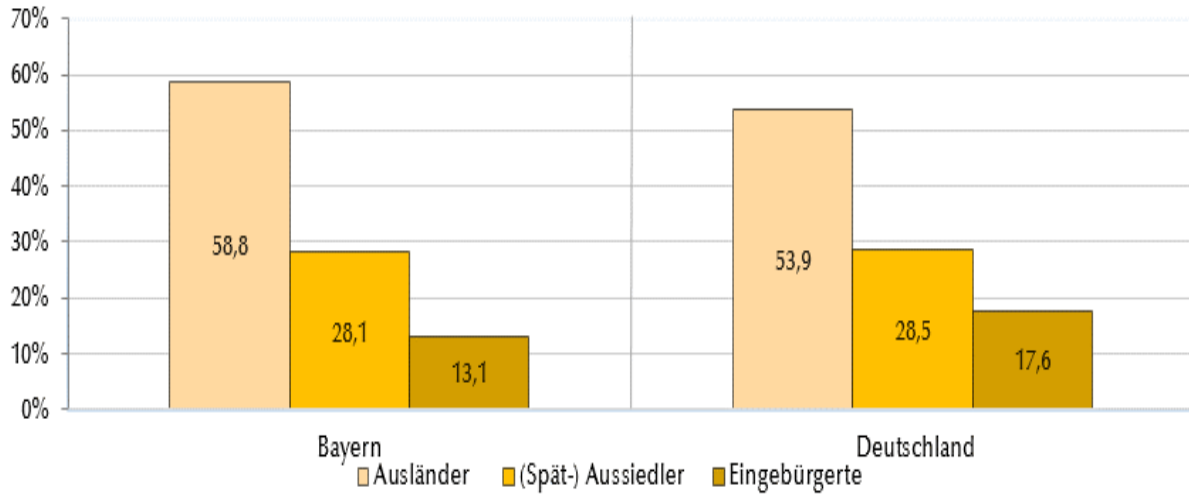
Quelle: Statistisches Bundesamt (2016). Eigene Berechnung und Darstellung.

Von den ca. 2,72 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund, die im Jahr 2015 in Bayern lebten, verfügte ein Anteil von 68,8% über eine eigene Migrationserfahrung. Diese Personen gehören somit zur ersten Zuwanderergeneration. Die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund hat im Vergleich zu 2010 um ca. 292.000 zugenommen. Im Zuge dessen hat sich darin der Anteil der Ausländer von 48,0% auf 49,9% (2015) erhöht (Statistisches Bundesamt 2015). Im Vergleich zu den Verhältnissen in Deutschland insgesamt fällt auf, dass in Bayern der Ausländeranteil höher, der Anteil eingebürgerter Personen dagegen in nahezu gleichem Maße niedriger ausfällt.

In der Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund, die keine eigene Migrationserfahrung hat (zweite Generation), hat sich der Anteil der Ausländer um ca. 4% verringert. Der Anteil der Eingebürgerten und der Personen mit einseitigem Migrationshintergrund ist dem gegenüber im Zeitraum 2010 bis 2014 gestiegen. Im Jahr 2014 gab es im Vergleich zu 2010 mit 37,6% demnach 3,2% mehr Personen mit einseitigem Migrationshintergrund (Abbildung 1-3). Beides darf als Integrationserfolg gelten, da sich darin interethnische Eheschließungen spiegeln. Der Anteil der Personen mit beidseitigem Migrationshintergrund ist jedoch mit 30,3 % fast gleich geblieben (Statistisches Bundesamt 2015).

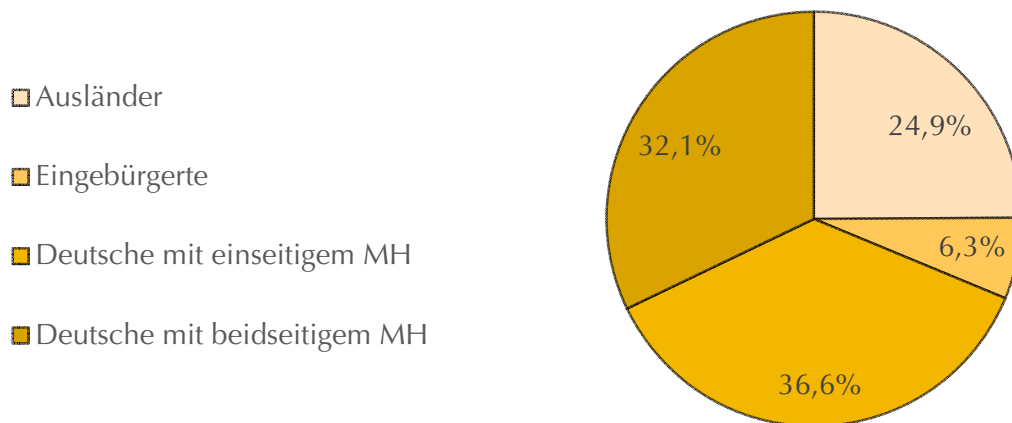


Abbildung 1-2: Zusammensetzung der Bevölkerung mit eigener Migrationserfahrung (erste Generation) in Bayern und Deutschland (2014)



Quelle: Statistisches Bundesamt (2015). Eigene Berechnung und Darstellung.

Abbildung 1-3: Zusammensetzung der Bevölkerung ohne eigene Migrationserfahrung (zweite und nachfolgende Generationen) in Bayern (2015)



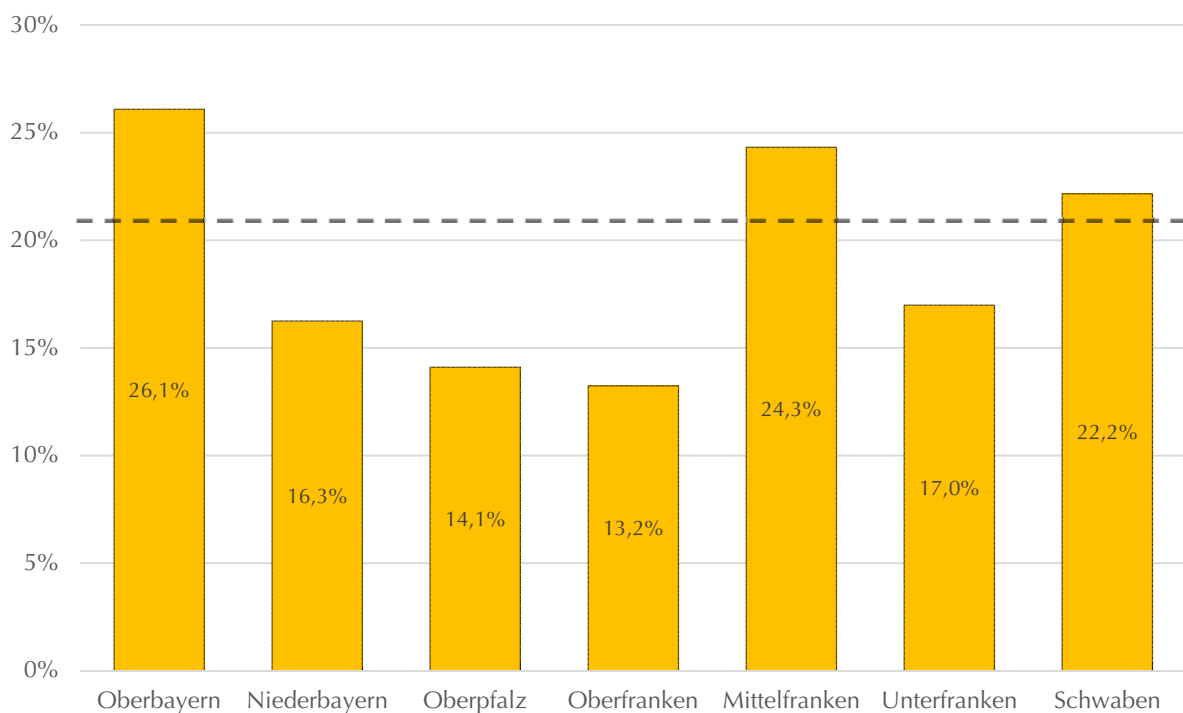
Quelle: Statistisches Bundesamt (2016). Eigene Darstellung.



1.2 Regionale Verteilung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Die Regierungsbezirke Oberbayern, Mittelfranken und Schwaben sind jene mit dem höchsten Anteil an Personen mit Migrationshintergrund in Bayern (*Abbildung 1-4*). Dabei fallen v. a. die großen Städte München, Nürnberg und Augsburg mit ihren landesweit überdurchschnittlich hohen Anteilswerten stark ins Gewicht (*Abbildung 1-5*). Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in diesen Städten blieb im Zeitraum 2009 bis 2013 relativ konstant. Der stärkste absolute und relative Zuwachs ist, dem allgemeinen Trend der Bevölkerungsentwicklung in Bayern folgend, im Regierungsbezirk Oberbayern zu beobachten (*Abbildung 1-6*).

Abbildung 1-4: Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Regierungsbezirken in Bayern (2015)⁶

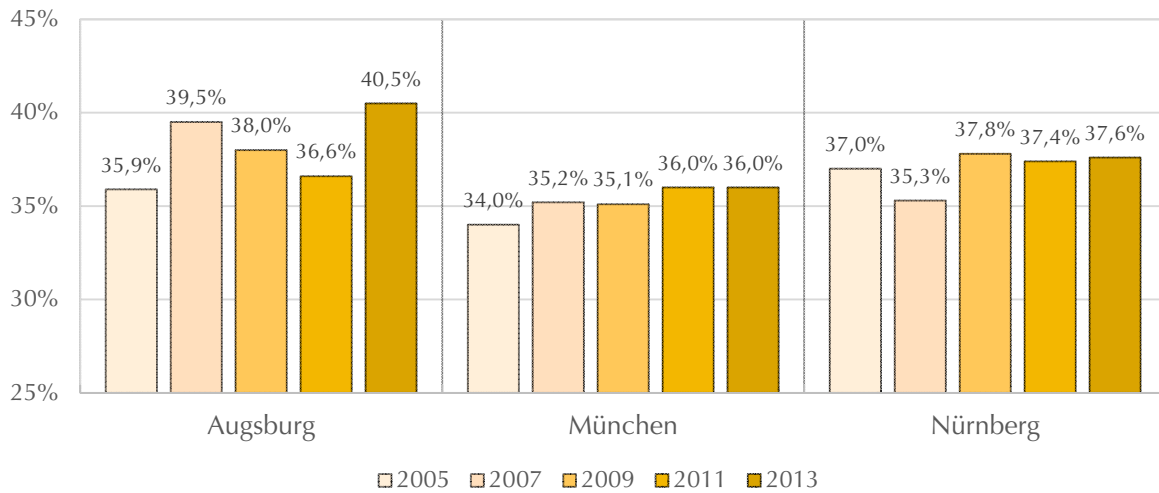


Quelle: Statistisches Bundesamt (2015). Eigene Darstellung.

⁶ Die gestrichelte Linie markiert den bayerischen Durchschnitt.

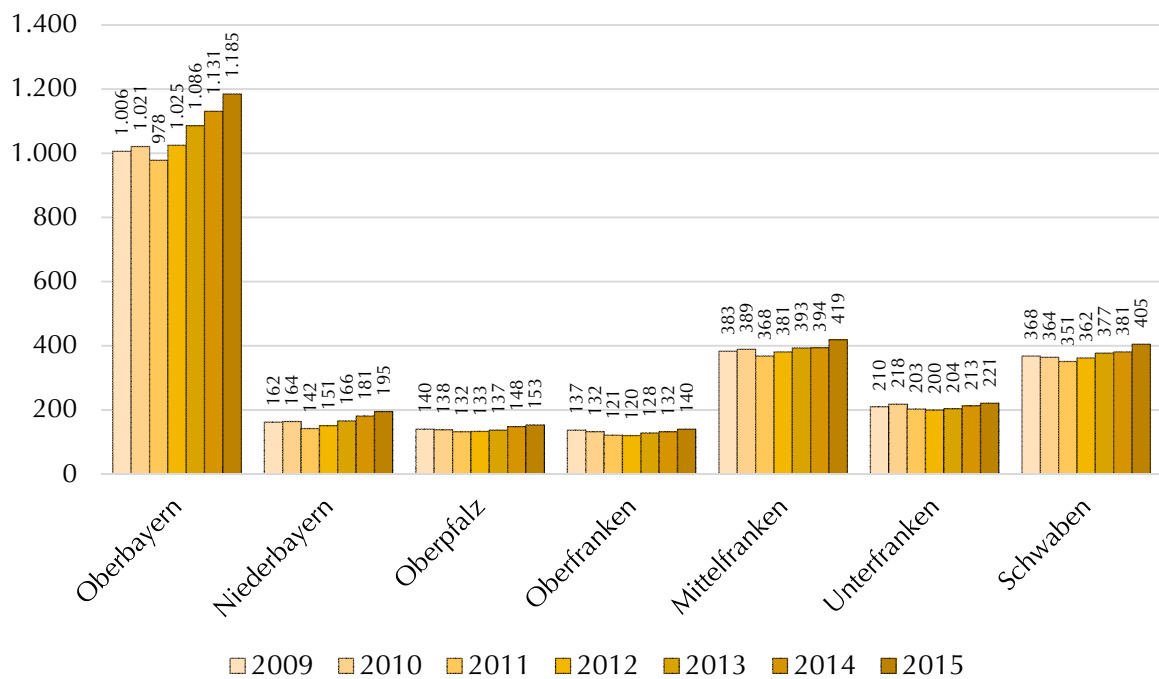


Abbildung 1-5: Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in ausgewählten bayerischen Großstädten (2005-2013)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013). Eigene Darstellung.

Abbildung 1-6: Entwicklung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Regierungsbezirken in Bayern (2009-2015) in Tausend



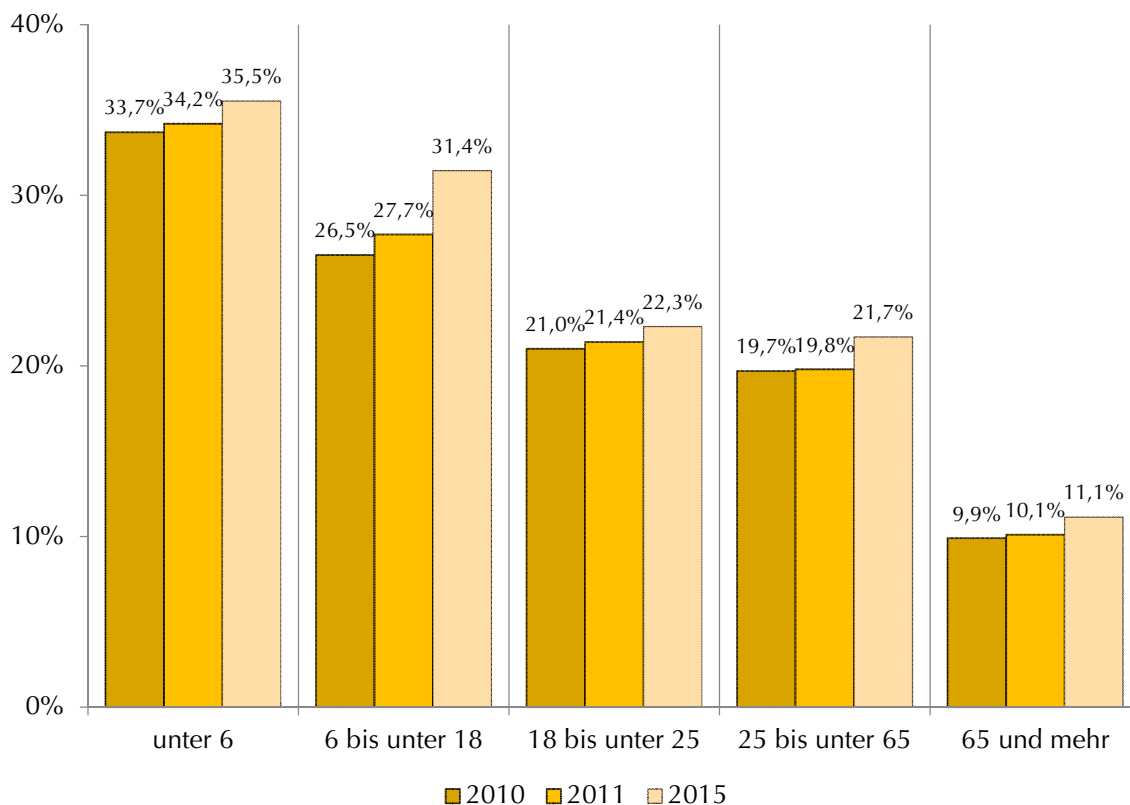
Quelle: Statistisches Bundesamt (2016). Eigene Darstellung.



1.3 Altersstruktur

Der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund an der jeweiligen Altersgruppe ist in jüngeren Altersklassen höher als bei älteren. Bei den Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren hat im Durchschnitt etwa ein Drittel einen Migrationshintergrund (*Abbildung 1-7*). Verglichen mit der Gesamtbevölkerung Bayerns zeigt sich eine deutlich jüngere Altersstruktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (*Abbildung 1-8*). Während die Altersklassen von 25 bis 45 Jahren bei der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund noch annähernd gleich besetzt sind, sind ältere Jahrgangsklassen bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund deutlich schwächer vertreten. Nur ca. 10% der Personen mit Migrationshintergrund gehören zur Generation 65plus, die der unter 25-Jährigen dagegen sind erheblich stärker vertreten.

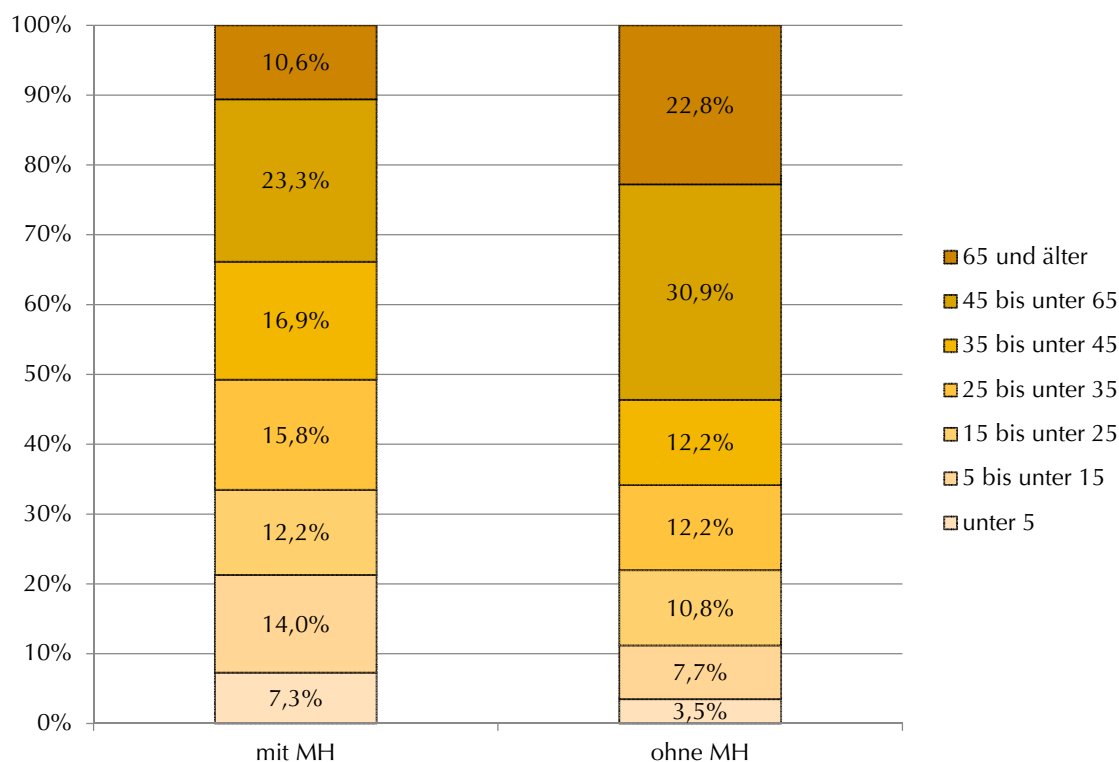
Abbildung 1-7: Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung Bayerns nach Altersklassen (2010, 2011 und 2015)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2016). Eigene Darstellung.



Abbildung 1-8: Altersverteilung der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund in Bayern (2014)



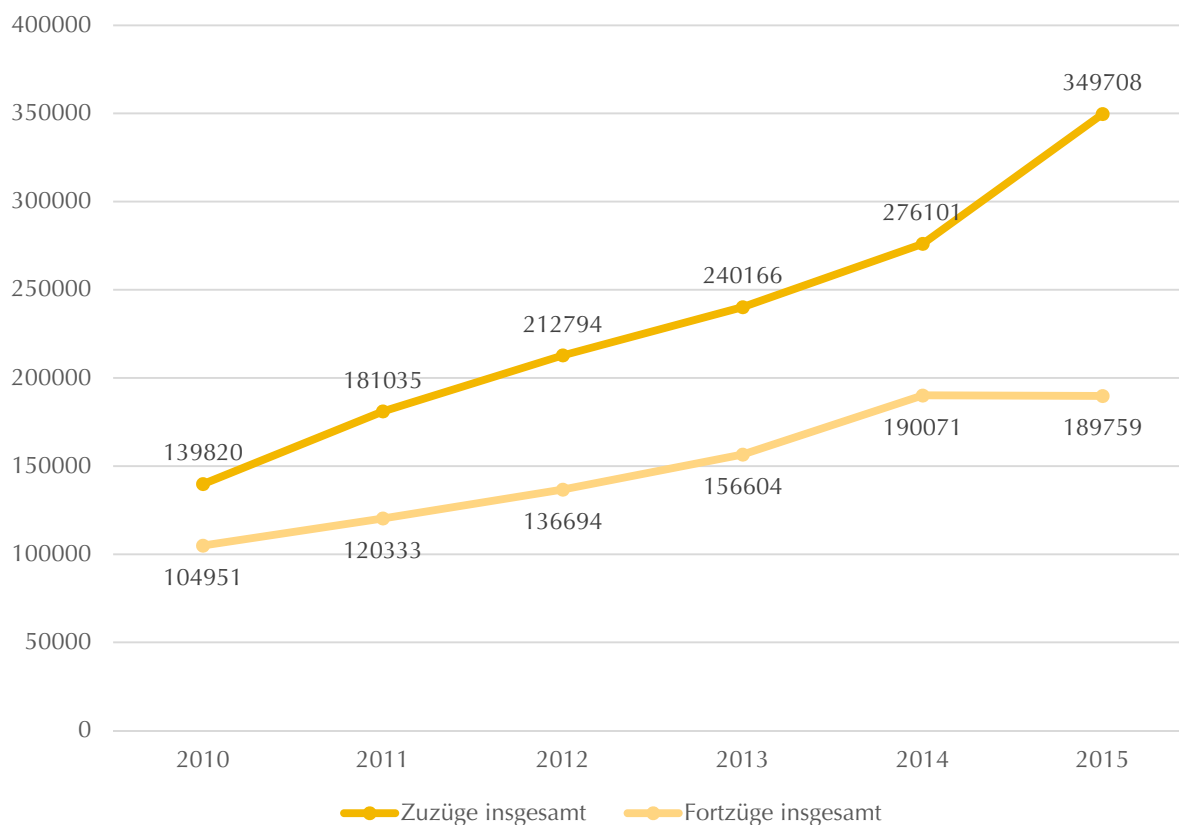
Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2015). Eigene Darstellung.

1.4 Internationale Zu- und Fortzüge

Im Zeitraum 2010 bis 2015 ist sowohl die Zahl der Zu- als auch die der Fortzüge gestiegen (Abbildung 1-9). Der Trend zunehmender Fortzüge ins Ausland wurde zuletzt gestoppt; 2015 gegenüber 2014 stagnierte die Zahl bei etwa 190.000 Personen; insgesamt ist bei den Fortzügen über die beobachteten Jahre ein relativ konstanter Zuwachs festzuhalten. Bei den Zuzügen zeigen die Zahlen speziell nach 2013 nach oben. Standen 2010 den ca. 140.000 Zuzügen aus dem Ausland etwa 105.000 Fortzüge gegenüber, so war die Zahl der Zuzüge 2015 mit 349.000 gegenüber den Fortzügen fast doppelt so hoch. In der Folge hat sich der Wanderungsüberschuss mit dem Ausland von knapp 35.000 auf fast 160.000 Personen mehr als vervierfacht. Dieser Befund soll im Folgenden noch genauer differenziert werden.



Abbildung 1-9: Jährliche Zu- und Fortzüge aus dem Ausland nach Bayern bzw. von Bayern ins Ausland (2010-2015)



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2012-2016). Eigene Darstellung.

a) Wanderungssalden von Deutschen und Ausländern im Vergleich

Bei einem Vergleich der jährlichen Wanderungssalden von Deutschen und Ausländern lassen sich deutliche Unterschiede im Verhalten dieser Gruppen feststellen. Im Jahr 2010 lag der Wanderungsüberschuss in Bayern noch bei +34.869, was v. a. auf den positiven Wanderungssaldo der Ausländer zurückzuführen ist; der Wanderungssaldo der Deutschen lag gleichzeitig im niedrigen negativen Bereich (-3.156). Im Zeitraum 2011 bis 2015 hat sich der Entwicklungstrend bei den Zu- und Fortzügen in Bayern weiter fortgesetzt: Während bei der Gruppe der Deutschen ein verstärkt negativer Wanderungssaldo (bis zu -13.887, 2014) festgestellt wurde, stieg der Wanderungssaldo der Ausländer auf zuletzt knapp 170.000 erheblich an (Tabelle 1-1).



Tabelle 1-1: Zu- und Fortzüge von Deutschen bzw. Ausländern (aus dem Ausland nach Bayern bzw. von Bayern ins Ausland) (2005-2015)

Jahr	Saldo Insgesamt	Wanderungssaldo Deutsche			Wanderungssaldo Ausländer		
		Zuzüge Deutsche	Fortzüge Deutsche	Saldo Deutsche	Zuzüge Ausländer	Fortzüge Ausländer	Saldo Ausländer
2005	8.074	16.224	22.970	-6.746	103.125	88.305	14.820
2006	3.183	16.289	25.191	-8.902	100.009	87.924	12.085
2007	7.490	18.833	27.521	-8.688	102.805	86.627	16.178
2010	34.869	21.329	24.485	-3.156	118.491	80.466	38.025
2011	60.702	22.194	26.173	-3.979	158.841	94.160	64.681
2012	76.100	20.849	25.862	-5.013	191.945	110.832	81.113
2013	83.562	21.212	28.567	-7.355	218.954	128.037	90.917
2014	86.030	21.554	35.441	-13.887	254.547	154.630	99.917
2015	159.949	21.147	30.537	-9.390	328.561	159.222	169.339

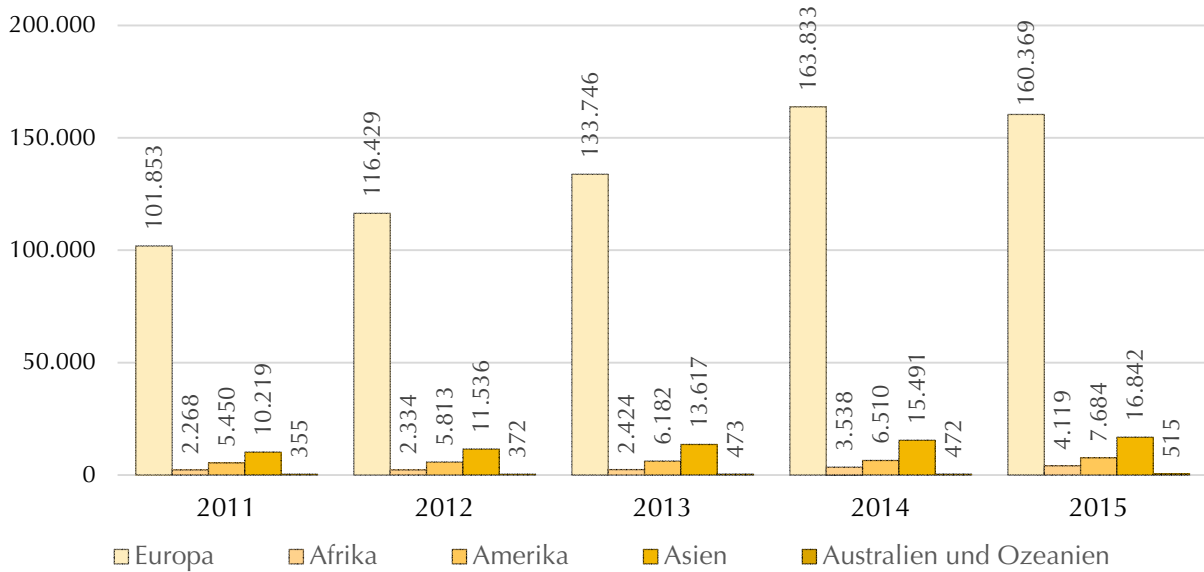
Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2012-2016). Eigene Darstellung.

b) Herkunfts- und Zielregionen der internationalen Migration

Bei der Gegenüberstellung von Herkunfts- und Zielregionen der internationalen Migration in Bayern über die Jahre 2011 bis 2015 ist zunächst festzuhalten, dass der Trend ganz maßgeblich durch die Verflechtungen Bayerns im europäischen Migrationssystem bestimmt wird: Der weit überwiegende Teil der Zu- als auch der Abwanderung kommt nach wie vor aus europäischen Ländern bzw. führt dorthin (*Abbildung 1-10 und Abbildung 1-11: Zuzüge über die Bundesgrenze nach Bayern nach Herkunftskontinent (2011-2015)*). Bei den internationalen Fortzügen aus Bayern liegt der Anteil europäischer Länder konstant bei 85 %. Bei den Zuzügen allerdings haben sich zuletzt erhebliche strukturelle Verschiebungen bezüglich der Herkunft ergeben. So hat speziell der Anteil der Zuwanderung aus nicht-europäischen Ländern von einem knappen Siebtel (15 % in 2011) auf ein Drittel (66,8 % in 2015) zugenommen. Die stärksten Zunahmen entfallen auf den asiatischen und afrikanischen Kontinent (2011 bis 2015 Zunahme um den Faktor 3,9 bzw. 4,2), wobei z. B. der afrikanische Anteil an der gesamten Zuwanderung bei 5,6 % und jener Asiens bei 24,4 % liegt. Der weitaus größte Teil darunter ist den gegenwärtigen Fluchtkontexten wie Syrien, Irak und Afghanistan zuzurechnen.

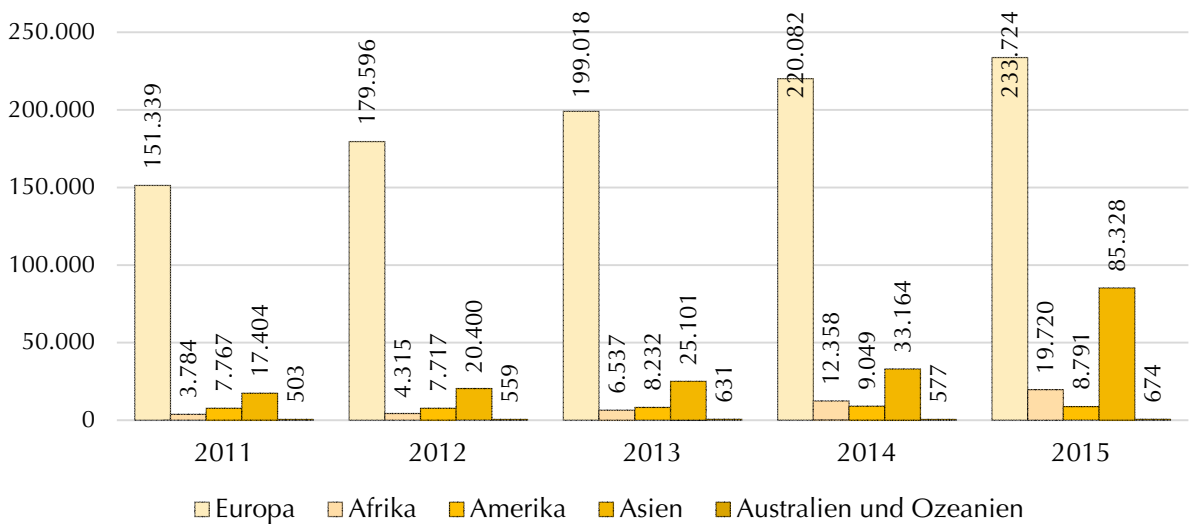


Abbildung 1-10: Fortzüge aus Bayern über die Bundesgrenze nach Zielkontinent (2011-2015)



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik 2016.

Abbildung 1-11: Zuzüge über die Bundesgrenze nach Bayern nach Herkunftskontinent (2011-2015)



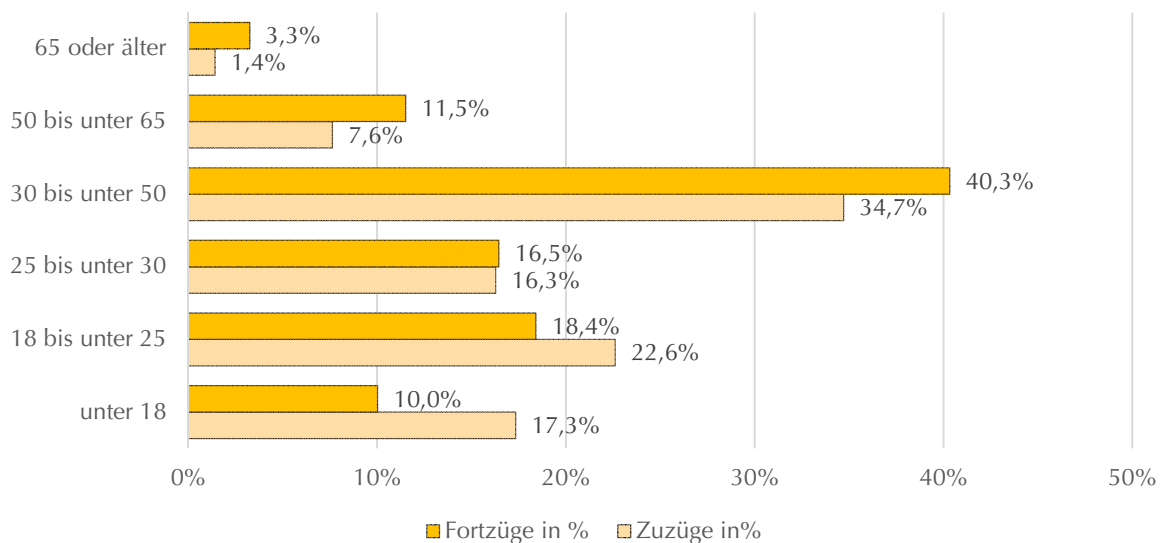
Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik 2016.



c) Altersstrukturelle Differenzierung

Migrationsbilanzen bzw. Zuwanderung werden im öffentlichen und politischen Diskurs häufig vor dem Hintergrund des demographischen Wandels bewertet. Insofern lohnt an dieser Stelle ein Blick auf altersstrukturelle Differenzierungen der internationalen Migration Bayerns.

Abbildung 1-12: Zu- und Fortzüge Bayerns über die Bundesgrenze nach Alter (2015)



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik 2016.

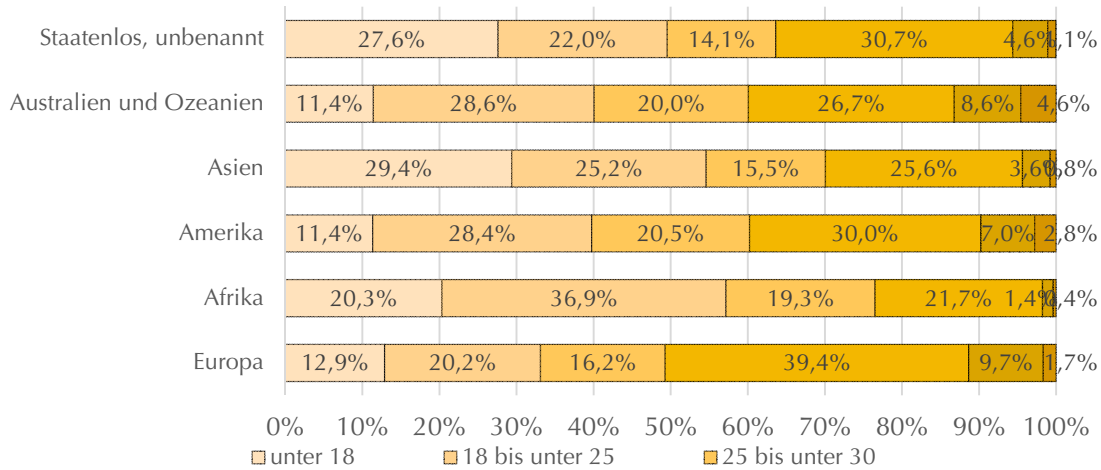
Es zeigt sich, dass bei den Zuzügen v. a. die Gruppen der unter 25-Jährigen stark überproportional vertreten sind; bei den Fortzügen überwiegen entsprechend die Altersklassen ab 30 Jahren (Abbildung 1-12). Bei Berücksichtigung der absoluten Zahlen relativiert sich dieser Befund allerdings, denn in allen dargestellten Altersgruppen unter 65 Jahren dominieren in quantitativer Sicht die Zuzüge – teilweise sogar sehr deutlich. Lediglich bei der Gruppe 65plus ist die Abwanderung auch in absoluten Zahlen größer. Das gilt speziell für die Fortzüge in europäische Länder, was auf ruhesitzorientierte Migration deutscher Bevölkerung (sog. amenity-migration) und v. a. auf Rückwanderung von älteren Arbeitsmigranten hindeutet.

In Kombination mit der Herkunft unterstützt die altersspezifische Analyse grundsätzlich das Bild der jungen Migranten aus Fluchtkontexten (Abbildung 1-13 und Abbildung 1-14). Im Falle Asiens und noch viel mehr Afrikas als Herkunftskontext machen die unter 25-Jährigen mehr als die Hälfte aller Migranten aus; bei asiatischen Ländern fällt des Weiteren mit fast 30% der hohe Anteil Minderjähriger auf. Europäische Zugewanderte sind im Schnitt deutlich



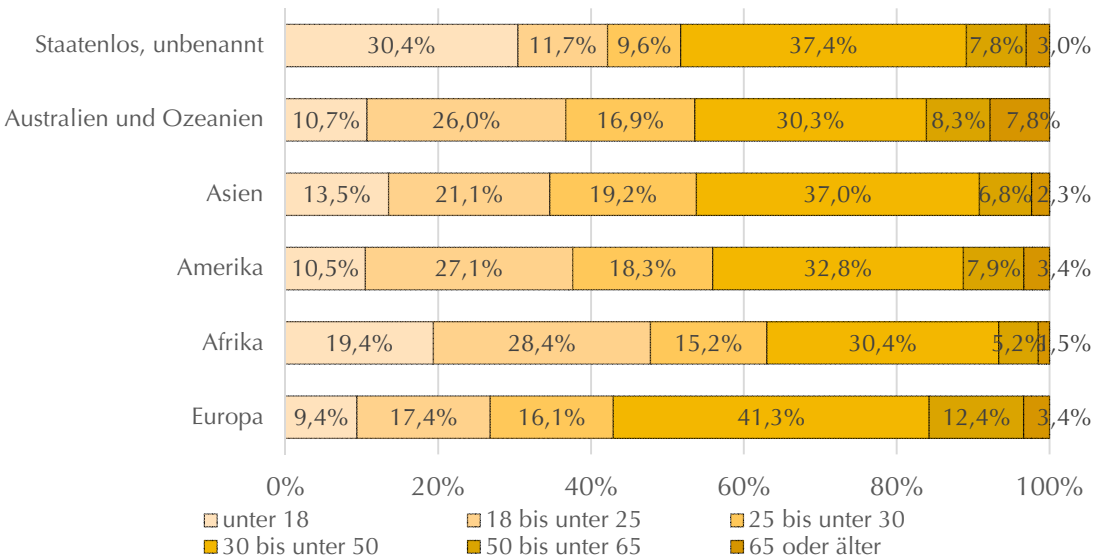
älter; hier liegt der Schwerpunkt (bei allerdings nicht-äquidistanten Klassen) im erwerbsfähigen Alter der 30- bis unter 50-Jährigen. Die skizzierten strukturellen und kontextuellen Unterschiede v. a. innerhalb der Zuwanderergemeinschaft zeigen einen deutlichen Bedarf an Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen auf.

Abbildung 1-13: Zuzüge über die Bundesgrenze nach Herkunftskontinenten und Alter (2015)



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik 2016.

Abbildung 1-14: Fortzüge über die Bundesgrenze nach Zielkontinenten und Alter (2015)



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik 2016.



Teil II: Strukturelle Integration

Strukturelle Integration beschreibt einen Prozess, durch welchen Migranten und ihre Nachkommen eine gleichberechtigte Mitgliedschaft in den Kerninstitutionen der Aufnahmegesellschaft erwerben. Unter Kerninstitutionen werden hierbei das Bildungs- und Ausbildungssystem, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, soziale Sicherungssysteme, der Wohnungsmarkt sowie die politische Gemeinschaft verstanden.

Die Mitgliedschaft wird durch den Erhalt eines dauerhaften Bleiberechts sowie später durch die Erlangung der Staatsangehörigkeit als zentrales Kriterium der Partizipation in der politischen Gemeinschaft möglich gemacht. Im Folgenden wird zunächst auf das Bleiberecht sowie den Besitz der Staatsangehörigkeit (Punkt 2) eingegangen. Es folgt die Eingliederung in das Bildungs- und Ausbildungssystem (Punkt 3), den Arbeitsmarkt (Punkt 4) sowie in den Wohnungsmarkt (Punkt 5).

2 Rechtliche Integration

Einen grundlegenden Aspekt der Integration von Personen mit Migrationshintergrund stellt die rechtliche Integration dar, die je nach Aufenthaltsstatus variiert und mit dem Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit ihren Abschluss findet. Ein Aufenthaltstitel stellt eine zentrale Voraussetzung für den erfolgreichen Verlauf des Integrationsprozesses dar, da nur bei einem gesicherten Aufenthalt langfristige Planungen der Migranten möglich sind.

Tabelle 2-1 zeigt zunächst die Zahl der bayerischen Bevölkerung, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Veränderungen der Ausländerzahl können sowohl Migration als auch Einbürgerung oder beides indizieren.

Im Jahr 2011 lebten 1.134.527 Ausländer in Bayern. Diese Zahl erhöhte sich im Jahr 2013 auf 1.305.794 ausländische Personen. Zurückzuführen ist der Anstieg in den beiden Jahren v. a. auf die gestiegene Anzahl von EU-Bürgern, die nach Bayern kamen. Ihre Zahl erhöhte sich von 476.734 auf 669.708, während die Anzahl von Menschen aus den EWR-Staaten (Schweiz, Türkei) und Drittstaaten rückläufig war. Die Rückläufigkeit der Anzahl von Menschen aus der Türkei und Drittstaaten kann u. a. in deren Einbürgerung begründet liegen.



Tabelle 2-1: Ausländische Bevölkerung in Bayern nach Herkunft (2011, 2013)

	2011	2013
Insgesamt	1.134.527	1.305.794
EU-Staaten	476.734	669.708
EWR-Staaten/Schweiz, Türkei	217.879	211.064
Drittstaaten	439.914	425.022

Quelle: Statistisches Bundesamt (2015). Eigene Darstellung.

Unter dem Gesichtspunkt von Integration ist es relevant, wie viele ausländische Migranten einen gesicherten Aufenthaltsstatus haben, da dies eine zentrale Voraussetzung für eine gelingende Integration darstellt. Die Zahl derer, die über ein langfristiges Aufenthaltsrecht in Bayern verfügen, ist zwischen 2011 und 2013 auf über 1 Mio. gestiegen. Mehr als zwei Drittel der ausländischen Bevölkerung mit einem gesicherten Aufenthaltsstatus ist der Gruppe der EU-Bürger zuzuordnen (Tabelle 2-2).

Tabelle 2-2: Ausländische Bevölkerung mit langfristigem Aufenthaltsrecht in Bayern nach Herkunft (2011, 2013)

	2011	2013
Insgesamt	934.636	1.081.940
EU-Staaten	465.121	656.765
EWR-Staaten/Schweiz, Türkei	207.209	200.684
Drittstaaten	262.306	224.491

Quelle: Integrationsmonitoring der Länder 2011-2013: B1.1 Eigene Darstellung.

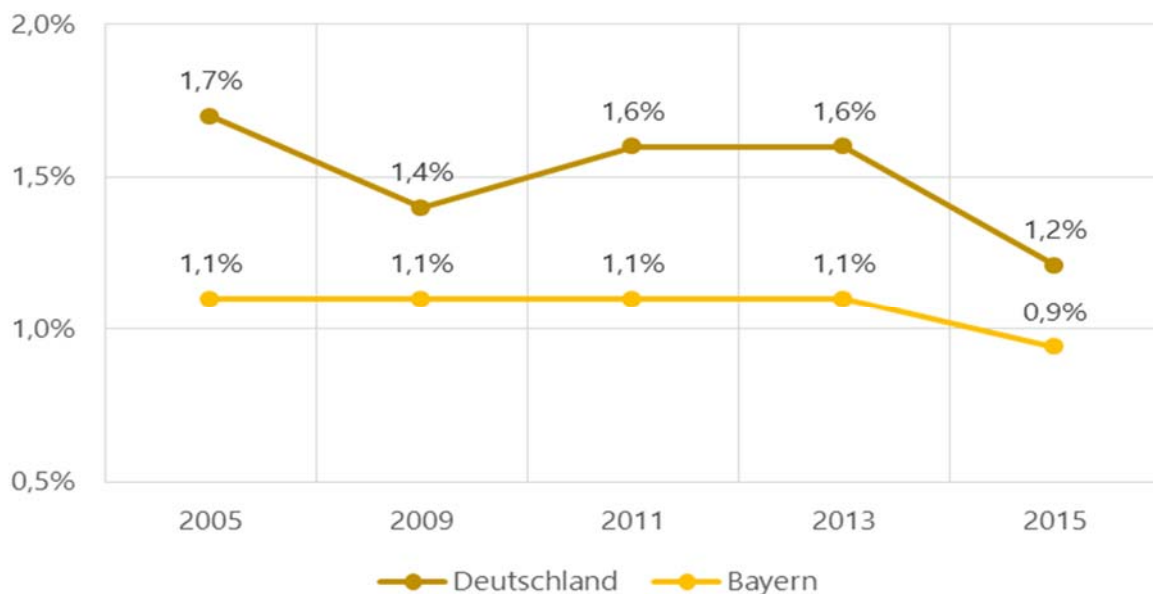


2.1 Einbürgerungen

Die Einbürgerung ist der Erwerb einer Staatsangehörigkeit, aufgrund derer bestimmte Rechte und Pflichten zwischen Individuum und Staat definiert werden. Durch den Erhalt der deutschen Staatsangehörigkeit erhalten Zuwanderer die vollständige rechtliche und politische Gleichstellung. Die Einbürgerung kann - neben anderem - einen Hinweis für eine Integration einer Person geben.

In Bayern erhielten im Jahr 2015 13.373 Personen die deutsche Staatsbürgerschaft, dies entspricht einer Einbürgerungsquote von 0,9%, was unter der gesamtdeutschen Quote von 1,2% liegt (*Abbildung 2-1*). Während die gesamtdeutsche Einbürgerungsquote zwischen 2005 und 2013 deutliche Schwankungen aufweist, zeigt die Quote in Bayern eine erstaunliche Konstanz im Zeitverlauf.

Abbildung 2-1: Einbürgerungsquote für Bayern und Deutschland (2005-2015)



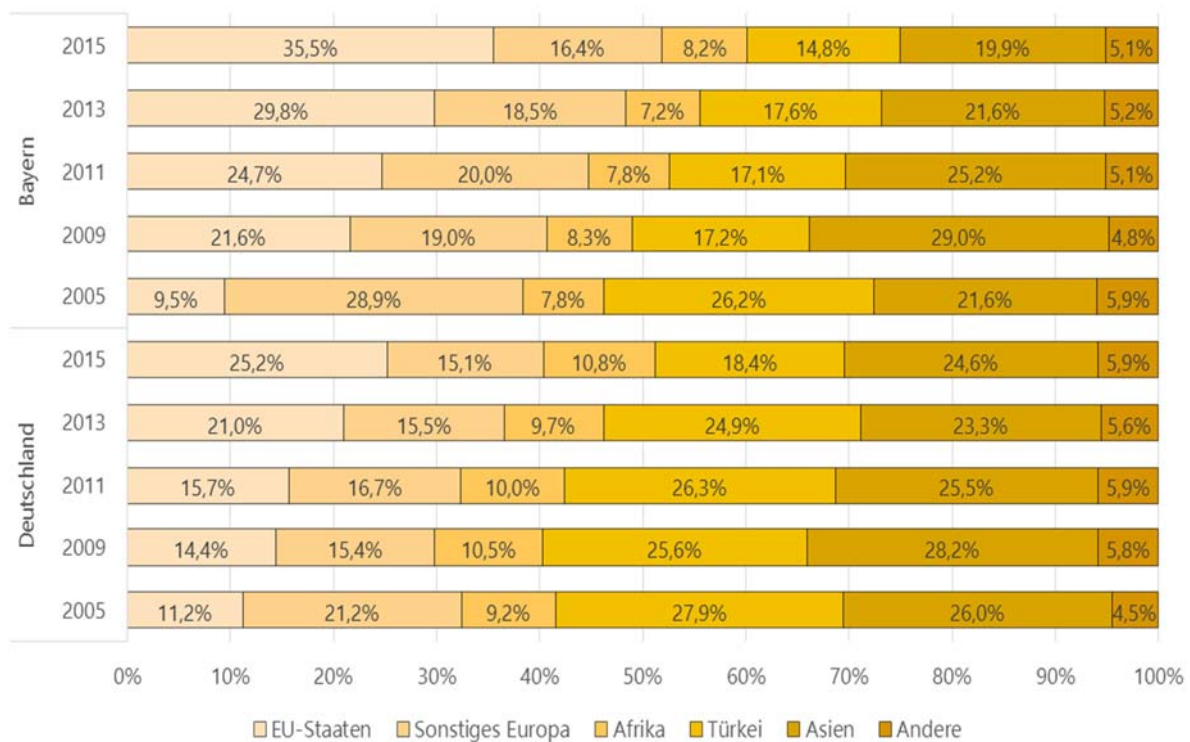
Quelle: Integrationsmonitoring der Länder 2005-2013: B2; 2015: Statistisches Bundesamt 2016a: Fachserie 1, Reihe 2.1. Eigene Darstellung.

Im Hinblick auf ihre Herkunft hat sich die Zusammensetzung der eingebürgerten Bevölkerung im Zeitraum von 2005 bis 2015 stark verändert (*Abbildung 2-2*). So stieg der Anteil der in Bayern eingebürgerten Menschen aus den EU-Mitgliedsstaaten von 9,5% im Jahr 2005 auf 35,5% im Jahr 2015. Hier sind die Erweiterungen der Europäischen Union im Jahr 2004 (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta und Zypern)



und 2007 (Bulgarien und Rumänien) zu berücksichtigen, wodurch sich auch die rückläufigen Anteile an Einbürgerungen in der Kategorie „sonstiges Europa“ erklären lassen. Deutschlandweit wurde zwischen 2013 und 2015 die Türkei als Herkunftsland der meisten Eingebürgerten von EU-Staaten und asiatischen Ländern abgelöst. Auch bayernweit war die Quote der Eingebürgerten mit zuvor türkischer Staatsangehörigkeit stark rückläufig. Während im Jahr 2005 noch 26,2% aller Eingebürgerten türkischstämmig waren, reduzierte sich diese Quote bis zum Jahr 2015 auf 14,8%. Die geringere Einbürgerungsquote türkischer Staatsangehöriger in Bayern im Vergleich zum Bundesdurchschnitt dürfte sich vor allem durch die unterschiedliche Praxis bei der Hinnahme von Mehrstaatigkeit erklären. So wurden in Bayern bei diesem Personenkreis im Jahr 2014 nur 3,9% unter Hinnahme von Mehrstaatigkeit eingebürgert, bundesweit dagegen 17,1%.

Abbildung 2-2: Einbürgerungen nach bisheriger Staatsangehörigkeit in Bayern und Deutschland (2005-2015)



Quelle: Statistisches Bundesamt (2016a). Eigene Darstellung.



2.2 Wahlberechtigte Deutsche mit Migrationshintergrund

Die vollständige rechtliche Integration von Migranten hat Konsequenzen für das politische System. Die politische Bedeutung, die der Bevölkerung mit Migrationshintergrund als Wählerschaft zukommt, lässt sich anhand des Anteils der wahlberechtigten Deutschen mit Migrationshintergrund an allen wahlberechtigten Deutschen erkennen (*Tabelle 2-3*). Dieser lag im Jahr 2005 bereits bei 8,5% und somit etwas höher als im Jahr 2013 (8,0%). Bei gleichbleibender Einbürgerungsquote (*Abbildung 2-1*) lässt sich der leichte Rückgang als Folge des vermehrten Zuzugs von Deutschen (ohne Migrationshintergrund) nach Bayern erklären.

Tabelle 2-3: Wahlberechtigte Deutsche mit Migrationshintergrund an allen wahlberechtigten Deutschen ab 18 Jahren in Bayern in Prozent (2005-2013)⁷

	2005	2009	2011	2013
insgesamt	8,5 %	9,0 %	7,8 %	8,0 %
männlich	8,5 %	9,0 %	7,9 %	7,9 %
weiblich	8,4 %	9,1 %	7,8 %	8,0 %

Quelle: Integrationsmonitoring der Länder 2005-2013: A4. Eigene Darstellung. Vgl. Anmerkung im Text.

Für die Kenntnis der rechtlichen und politischen Integration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist die Berücksichtigung der Entwicklung des Anteils der erwachsenen Deutschen mit Migrationshintergrund an allen erwachsenen Personen mit Migrationshintergrund im Zeitverlauf von Bedeutung. Statistisch ist also von Interesse, wie hoch der Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund ab 18 Jahren an allen Personen mit Migrationshintergrund ab 18 Jahren ist. Dieser blieb in den Jahren 2005, 2009, 2011 (44,5%, 45,5%, 45,0%) nahezu unverändert, für 2013 zeigen die Daten jedoch eine deutliche Verringerung auf 42,2 % (*Tabelle 2-4*). Bei gleich gebliebener Einbürgerungsquote stellt der Rückgang eine Folge des Zuwachses der Migrantenbevölkerung dar, verstärkt durch die Tatsache, dass die Mehrheit der neuen Zuwanderer EU-Bürger sind, die rechtlich in Hinsicht auf ihren Aufenthalt abgesichert sind.

⁷ Zum Rückgang der Werte zwischen 2009 und 2011: wie in der Einleitung zu diesem Bericht erklärt, stammen die Werte in dieser Tabelle aus unterschiedlichen Quellen, die verschiedene Definitionen von Migrationshintergrund verwenden. Würde die Definition des zweiten Berichts (Zeitraum ab 1949) zu Grunde gelegt, sinkt der Wert von 2009 auf 2011 lediglich von 9% auf 8,6%.



Tabelle 2-4: Anteil volljähriger Deutscher mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ab 18 Jahren nach Geschlecht (2005-2013)

	2005	2009	2011	2013
insgesamt	44,5 %	45,5 %	45,0 %	42,2 %
männlich	43,1 %	44,3 %	44,4 %	40,9 %
weiblich	45,9 %	46,6 %	45,6 %	43,6 %

Quelle: Integrationsmonitoring der Länder 2005-2013: A3. Eigene Darstellung.



3 Integration im Bildungs- und Ausbildungssystem

3.1 Frühkindliche und sprachliche Bildung

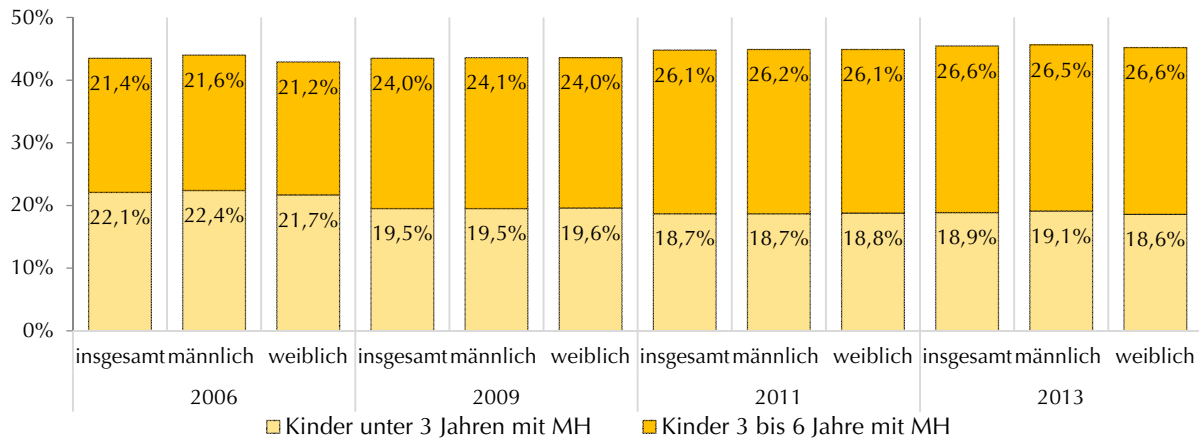
Kindertageseinrichtungen sind laut Bayerischem Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG) Bildungseinrichtungen und stellen den Elementarbereich des allgemeinen Bildungssystems dar. Sie sind außerordentlich wichtig für die Förderung kognitiver, sprachlicher und sozial-emotionaler Kompetenzen und den weiteren Bildungsweg. Für Kinder mit Migrationshintergrund, die zu Hause nicht Deutsch sprechen, sind Kitas in diesem Alter der entscheidende Ort für das Erlernen der deutschen Sprache. Eine Reihe von Untersuchungen belegen, dass der Besuch von Kindertageseinrichtungen einen positiven Einfluss auf das Erlernen der deutschen Sprache und die Schulfähigkeit ausübt (Stanat 2008).

Hinsichtlich der Entwicklung des Kitabesuchs bei den 3- bis 6-jährigen Kindern mit Migrationshintergrund zeigt sich zunächst, dass sich der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in dieser Altersgruppe in den Kitas von 21,4% im Jahr 2006 auf 24,0% im Jahr 2009 und 26,1% sowie 26,6% in den Jahren 2011 und 2013 beträchtlich erhöht hat (*Abbildung 3-1*). Relevante Unterschiede nach Geschlecht gibt es nicht.

Bei den unter 3-jährigen Kindern mit Migrationshintergrund besteht jedoch ein anderer Trend: Der Anteil der unter 3-Jährigen mit Migrationshintergrund in den Kindertageseinrichtungen nahm von 2006 bis 2013 von 22,1% um gut drei Prozent auf 18,9% ab. Das heißt jedoch nicht, dass weniger Kinder mit Migrationshintergrund unter 3 Jahren Kitas besucht hätten, sondern dass im Vergleich zu einheimischen Kindern Kinder mit Migrationshintergrund weniger stark an der Entwicklung zu höherem Kitabesuch in dieser Phase teilgenommen haben. Während 2006 knapp 24.300 aller unter 3-Jährigen eine Kita besuchten, waren es im Jahr 2013 mit gut 72.500 fast dreimal so viele Kinder. Somit sank zwar der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund in dieser Altersgruppe, absolut gesehen besuchten jedoch im Jahr 2013 deutlich mehr unter 3-Jährige als noch 2006 eine Kita. Während 2006 gut 5.300 Kinder mit Migrationshintergrund in eine Kita gingen, waren es im Jahr 2013 mit 13.700 Kindern mehr als doppelt so viele. Kinder mit Migrationshintergrund nahmen also an der Entwicklung zu mehr Kitabesuch bei unter 3-Jährigen teil, aber nicht in so starkem Maß wie die einheimischen Kinder (IntMK 2005-2013: C1-C3).



Abbildung 3-1: Besuch von Kitas der Kinder mit Migrationshintergrund nach Alter und Geschlecht in Bayern (2006-2013)



Quelle: Integrationsmonitoring der Länder 2005-2013: C1-C3. Eigene Darstellung.

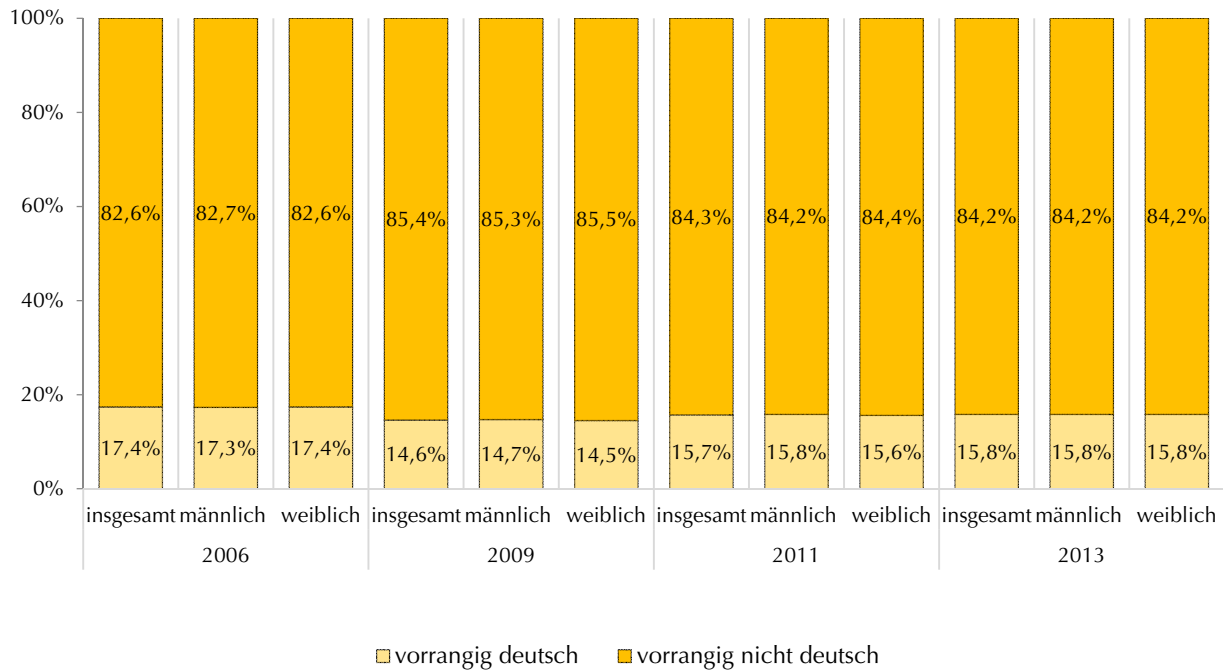
Sprachliche Bildung

Die Möglichkeiten von Kindertageseinrichtungen, Kinder mit Migrationshintergrund sprachlich effektiv zu fördern, hängen u. a. auch mit der Sprache zusammen, die zu Hause gesprochen wird. Die meisten direkt eingewanderten Familien sowie Familien, in denen bei gleichem ethnischen Hintergrund ein Partner über Heiratsmigration direkt eingewandert ist, sprechen zu Hause eine Herkunftssprache, nur wenige dieser Familien sprechen bewusst auch Deutsch mit ihren Kindern. Ein Zuwachs der Familien, in denen auch Deutsch gesprochen wird, kann einen fortschreitenden Integrationsprozess indizieren, zumal, wenn wie in der betrachteten Periode die Zahl der Menschen und Familien mit Migrationshintergrund zugenommen hat.

In den Familien der 3- bis unter 6-jährigen Kitakinder in Bayern sprachen 2006 17,4% zu Hause vorrangig eine andere Sprache als Deutsch (Abbildung 3-2). Dieser Anteil betrug im Jahr 2013 15,8%. In absoluten Zahlen: im Jahr 2006 sprachen gut 52.500 Kitakinder zu Hause eine andere Sprache als Deutsch. Diese Zahl sank im Jahr 2013 auf gut 46.800 Kinder. Es gibt keine signifikanten Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen im Hinblick auf die Frage, ob die Kinder mit Deutsch im Elternhaus aufwuchsen oder nicht.



Abbildung 3-2: Anteile der 3- bis unter 6-jährigen Kinder mit Migrationshintergrund nach in der Familie gesprochener Sprache in Bayern (2006-2013)

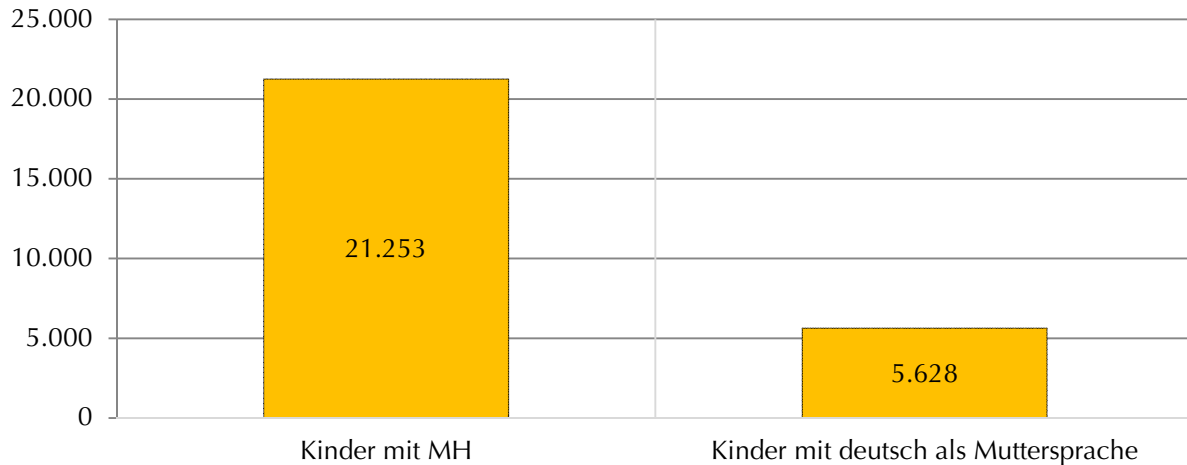


Quelle: Integrationsmonitoring der Länder 2005-2013: C1-C3. Eigene Darstellung.

Vor allem um Kinder mit Migrationshintergrund in ihrer Sprachentwicklung zugunsten ihres späteren Schulerfolgs zu fördern, wurden seit 2002 vorschulische Sprachkurse in Bayern eingeführt, die nicht nur, aber überwiegend von Kindern mit Migrationshintergrund besucht werden (Abbildung 3-3). Im Schuljahr 2008/09 wurde eine Ausweitung der Vorkurse von 160 auf 240 Stunden vorgenommen. Dieser Vorkurs wird in der Regel innerhalb von 1,5 Jahren von Kindertageseinrichtungen und Grundschulen gemeinsam durchgeführt. Der Vorkurs beginnt im vorletzten Kindergartenjahr, in dem er bis zu dessen Ende von der Kindertageseinrichtung alleine durchgeführt wird. Im letzten Kindergartenjahr wird er gemeinsam mit der Grundschule realisiert. Damit sind die vorschulischen Sprachkurse als wichtige Integrationsmaßnahme zu werten. Im Schuljahr 2014/15 erhielten insgesamt 26.881 Kinder vorschulische Sprachförderung in 3.419 Vorkursen.



Abbildung 3-3: Anzahl von Kindern in Vorkursen zur Sprachförderung vor Eintritt in die Grundschule in Bayern nach Migrationshintergrund (2014/15)



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik 2015: Statistischer Bericht Grund- sowie Mittel-/Hauptschulen in Bayern am 01. Oktober 2014, Tabelle 12. Eigene Darstellung.

3.2 Schulische Bildung

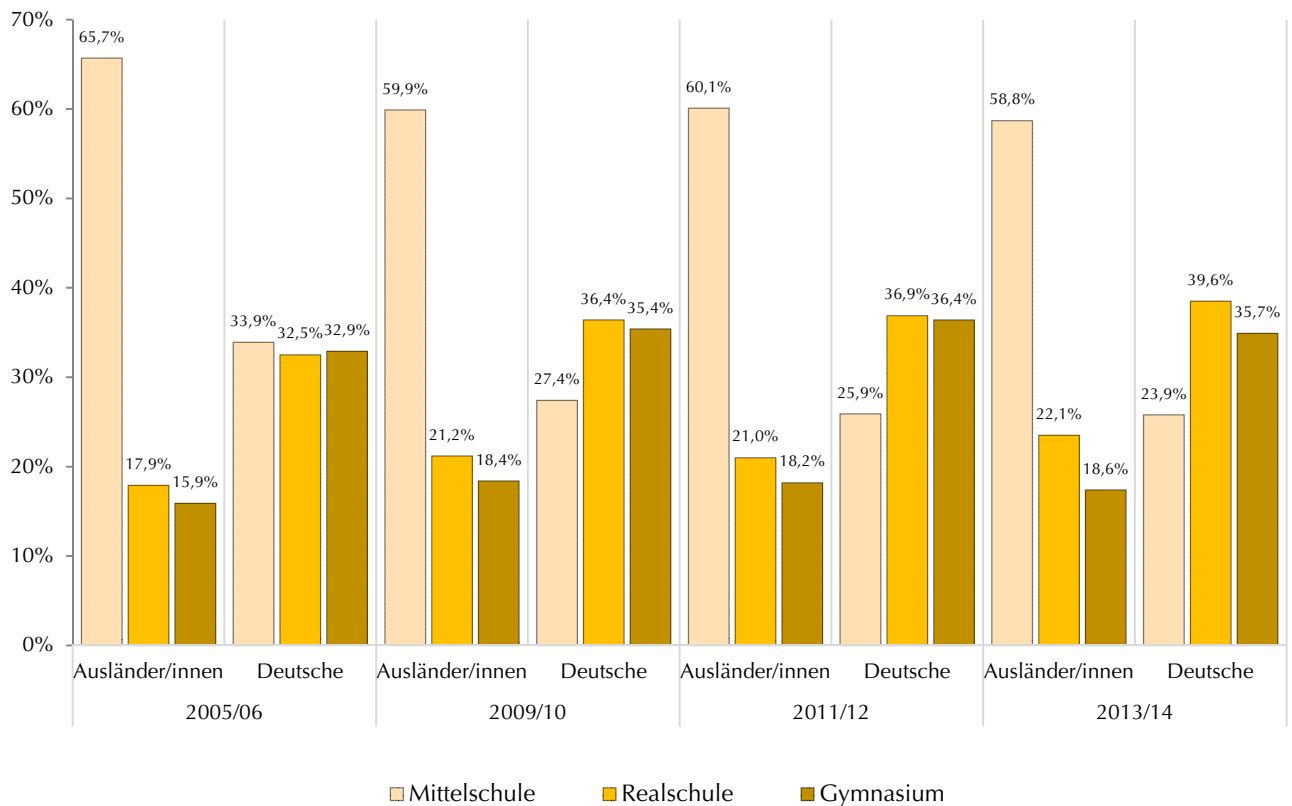
Bei der schulischen Bildung sind für die Analyse der Integration vor allem zwei Indikatoren relevant: der relative Schulbesuch, d. h. die Verteilung der Schülerinnen und Schüler in der Jahrgangsstufe 8 auf die besuchten Schularten, und die erworbenen Schulabschlüsse. Den Daten in *Abbildung 3-4* liegt die Definition der Kultusministerkonferenz zugrunde.

Relativer Schulbesuch

Der relative Schulbesuch zeigt an, wie sich die Schülerinnen und Schüler in der 8. Jahrgangsstufe auf die wichtigsten Schularten verteilen (*Abbildung 3-4*). Zu Beginn und am Ende der Zeitreihe fällt auf, dass die Mittel- bzw. Hauptschule die am häufigsten besuchte Schulart der ausländischen Schülerinnen und Schüler bleibt, dass sich aber der Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler in der Mittelschule relevant verringert hat, von 65,7% auf 58,8%. Zugleich hat sich der Anteil unter den ausländischen Schülerinnen und Schüler in den Gymnasien von 15,9% auf 18,6% leicht erhöht.



Abbildung 3-4: Relativer Schulbesuch in der Jahrgangsstufe 8 nach Ausländer/innen in Bayern (2005/06 - 2013/14)*



*Die Zahl der Gesamtschulbesucher beträgt bei beiden Gruppen der Staatsangehörigkeit <1% und wird aus diesem Grund im Vergleich nicht aufgeführt.

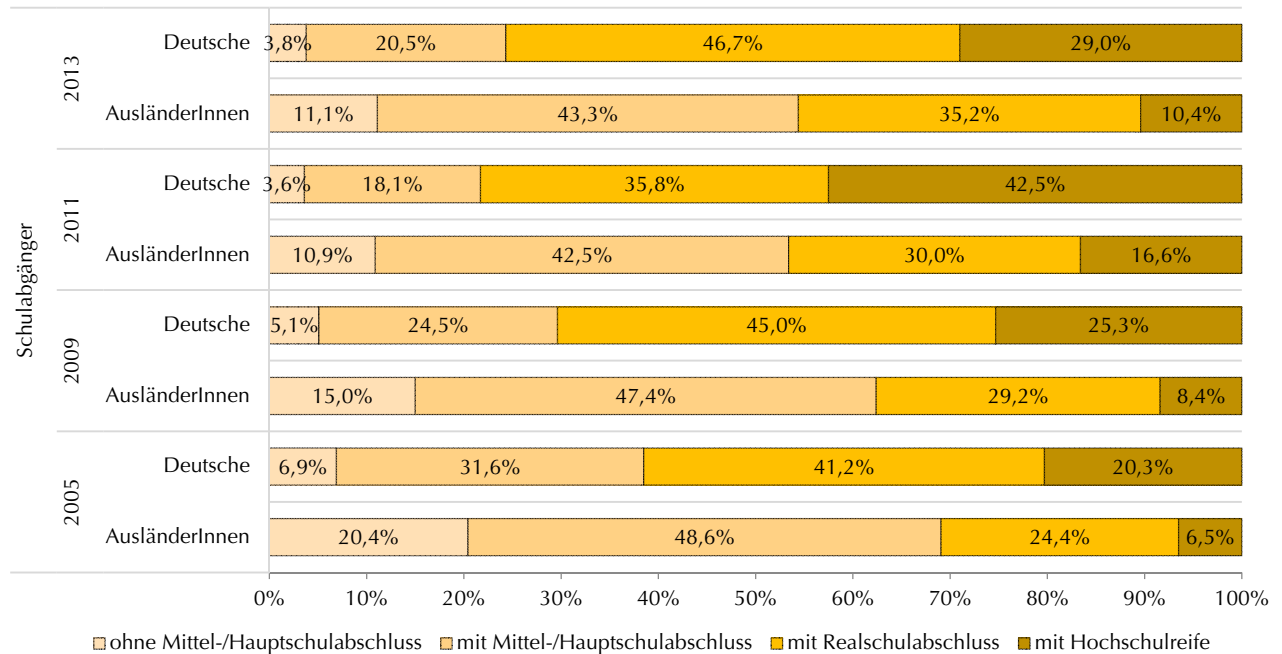
Quelle: Integrationsmonitoring der Länder 2005-2013: D1. Eigene Darstellung.

Den stärksten Zuwachs verzeichnen allerdings die ausländischen Schülerinnen und Schüler im Bereich der Realschulen: Während im Schuljahr 2005/06 die Realschülerinnen und -schüler 17,9% ausmachten, war ihr Anteil unter allen ausländischen Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 2013/14 schon auf 22,1% gestiegen. Das Gesamtbild zeigt also gute Erfolge der Bildungsintegration, jedoch bleibt die Mittelschule die am stärksten besuchte Schulform der ausländischen Schülerinnen und Schüler (Abbildung 3-4). Weiterhin muss beachtet werden: Da sich Migranten und ihre Familien mit fortgeschrittener Integration häufig einbürgern lassen, tauchen diese Personen nicht mehr in der Ausländerkategorie auf, was dazu führt, dass erfolgreiche Integrations- und Bildungsprozesse den Staatsangehörigen zugerechnet werden und auf diese Weise Bildungserfolge von Migrantenkindern statistisch unsichtbar sind.



Schulabschlüsse

Abbildung 3-5: Verteilung der deutschen bzw. ausländischen Schulabgänger in Bayern auf die verschiedenen Schulabschlüsse (2005-2013)



Quelle: Integrationsmonitoring der Länder 2005-2013: D2. Eigene Darstellung.

Abbildung 3-5 zeigt erworbene Schulabschlüsse für einzelne Abgangsjahrgänge nach Staatsangehörigkeit. Sichtbar werden wieder die bekannten Muster von Unterschieden, aber auch relevante Integrationsfortschritte. Der Anteil der Ausländer ohne Haupt- bzw. Mittelschulabschluss halbierte sich annähernd von 2005 bis 2013 und der Anteil der Realschüler eines Jahrgangs stieg von 24,4% auf 35,2%. Der Anteil der ausländischen Schulabgänger, welche die Hochschulreife erlangten, stieg von 6,5% auf 10,4%. Zu beachten ist dabei allerdings, dass der Anteil der Deutschen, die diesen Abschluss erreichen, ebenfalls stieg, und zwar von 20,3% auf 29,0%. Während der Unterschied zwischen Deutschen und Ausländern 2005 bei Faktor 3,1 lag, verringerte er sich im Jahr 2013 auf 2,8. Gerade auch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Analyse der Daten nach Staatsangehörigkeit dazu tendiert, Bildungsfortschritte von Migrantenkindern zu unterschätzen, lässt sich insgesamt in der betrachteten Periode eine relevante Verbesserung der Bildungsabschlüsse von Migrantenkindern feststellen.



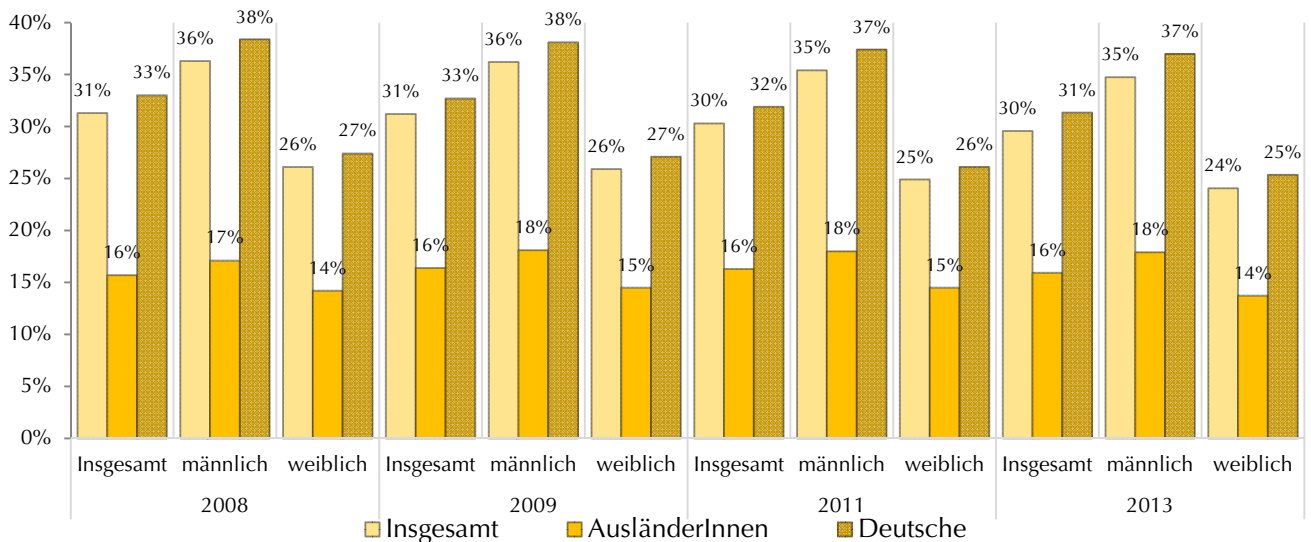
3.3 Berufliche Ausbildung

Das berufliche Ausbildungssystem in Deutschland umfasst drei Sektoren: das duale System, das Schulberufssystem und die außerbetriebliche Berufsbildung. Allen drei Systemen kann im Einzelfall das sogenannte Übergangssystem vorgeschaltet sein, mit welchem verschiedene Maßnahmen gemeint sind, um im Übergang von der Schule zur Ausbildung die Voraussetzungen für den Erhalt eines Ausbildungsvertrages zu verbessern. Die folgenden Daten und Ausführungen beziehen sich auf das duale System.

Ausbildungsbeteiligungsquote

Ein wichtiger Indikator für das Ausmaß der beruflichen Integration deutscher und ausländischer junger Menschen ist die Ausbildungsbeteiligungsquote, die nur nach Staatsangehörigkeit differenziert vorliegt (Abbildung 3-6). Sie erfasst den Anteil der Auszubildenden im dualen System im Alter von 18-21 Jahren an der Wohnbevölkerung in dieser Altersgruppe. Schaut man zunächst auf die gesamte Altersgruppe in den untersuchten Jahren, zeigt sich, dass etwa ein Drittel der 18-21-Jährigen in einem Ausbildungsverhältnis steht.

Abbildung 3-6: Ausbildungsbeteiligungsquote nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht von 18- bis 21-Jährigen (2008-2013)



Quelle: Integrationsmonitoring der Länder 2005-2013: D5. Eigene Darstellung.

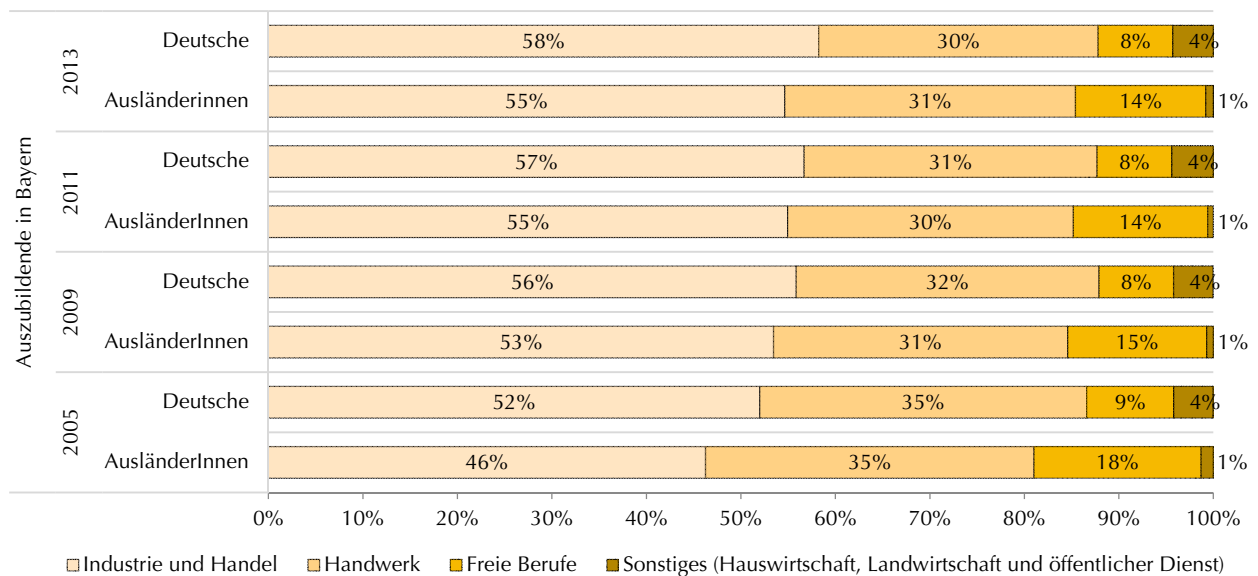
Differenziert man nach Staatsangehörigkeit, wird deutlich, dass die Ausbildungsbeteiligungsquote der Deutschen leicht über, jene der Ausländerinnen und Ausländer deutlich unter der gesamtgesellschaftlichen Quote liegt. Eine deutliche Veränderung zeigt sich im untersuchten



Zeitverlauf nicht. Ein starker Effekt wird in beiden Gruppen in Bezug auf das Geschlecht sichtbar: Junge Männer stehen bei In- und Ausländern wesentlich häufiger in Ausbildungsverhältnissen als junge Frauen.

Sowohl bei den deutschen wie auch bei den ausländischen Auszubildenden ist eine starke Konzentration auf die Bereiche Industrie und Handel sowie Handwerk zu erkennen. In weitestgehendem Maße kommen weiterhin die freien Berufe zum Tragen. Die Ausbildung im öffentlichen Dienst, in der Landwirtschaft oder in der Schifffahrt spielt dagegen eine geringe Rolle (Abbildung 3-7).

Abbildung 3-7: Ausbildungsbeteiligungsquote in Bayern nach Staatsangehörigkeit und Ausbildungsbereich (2005-2013)



Quelle: Integrationsmonitoring der Länder 2005-2013: D6. Eigene Darstellung.

3.4 Hochschulbildung

Bei den ausländischen Studierenden kann zwischen sogenannten „Bildungsinländern“ und „Bildungsausländern“ unterschieden werden. Bildungsinländer sind ausländische Studierende, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland oder an einer deutschen Auslandsschule erworben haben, während Bildungsausländer jene Personen sind, die erst zum Studium nach Deutschland kommen. Zu diesen Bildungsausländern zählen beispielsweise

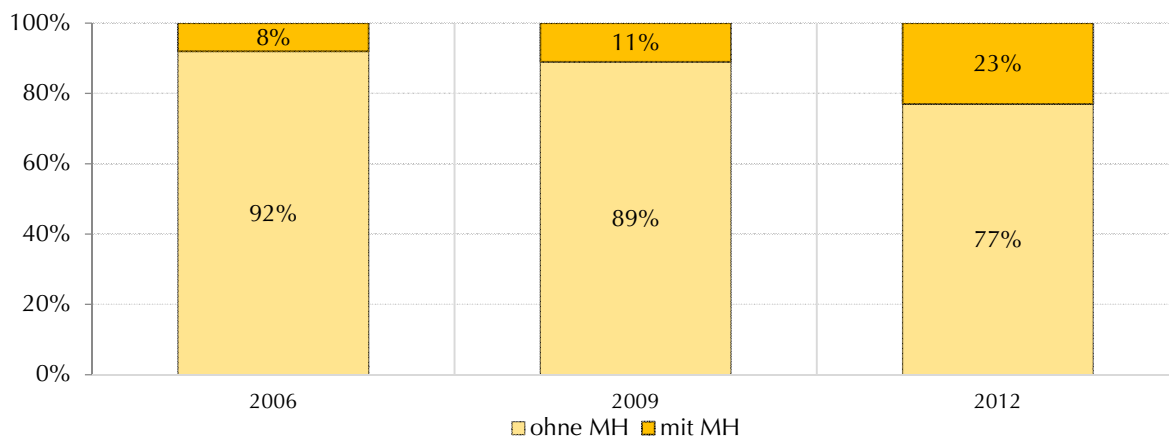


Erasmus-Studenten, aber auch Studierende, die ihr komplettes Studium in Deutschland absolvieren (Middendorff et al. 2013: 522). In den vergangenen Jahren wurde verstärkt um Bildungsausländer für ein Studium an einer deutschen Hochschule geworben.

Studierende nach Migrationshintergrund

Abbildung 3-8 zeigt, dass immer mehr Personen mit Migrationshintergrund an deutschen Hochschulen studieren. Auf Bayern bezogene Daten liegen nicht vor, aber es ist davon auszugehen, dass der bayerische dem gesamtdeutschen Trend ähnelt. Während im Jahr 2006 nur 8% der Studierenden einen Migrationshintergrund hatten, waren es drei Jahre später schon 11% und im Jahr 2012 waren schließlich 23% der Studierenden Personen mit Migrationshintergrund. Die zuvor gezeigten Fortschritte bei den Schulabschlüssen erklären die Veränderungen. Sogenannte Bildungsausländer wurden in der Erhebung nicht berücksichtigt.

Abbildung 3-8: Studierende nach Migrationshintergrund in Deutschland (2006-2012)

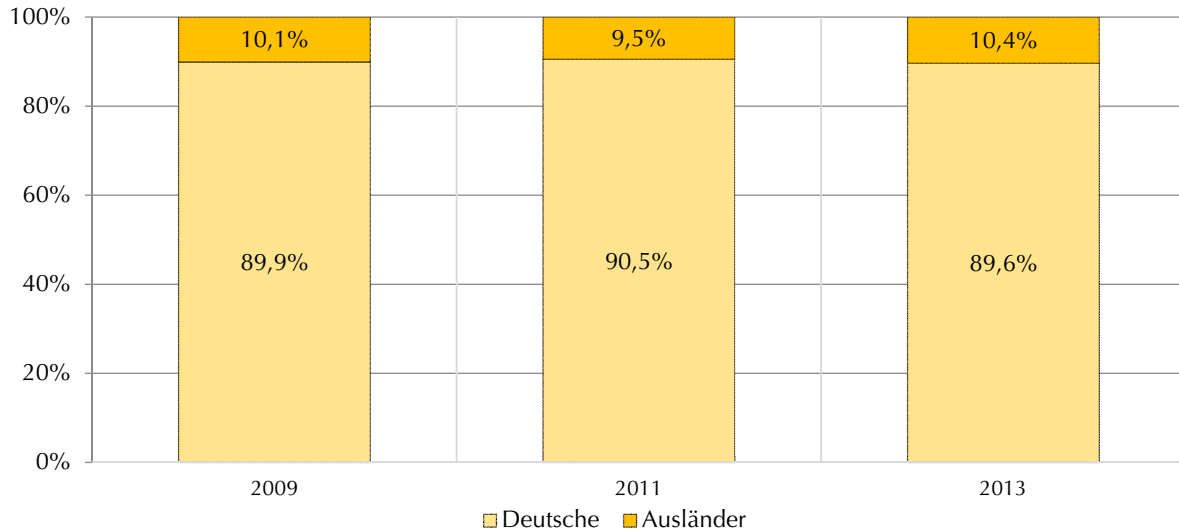


Quelle: Middendorff et al. (2013): 520. Eigene Darstellung.

Für die bayerischen Hochschulen liegen nur nach Staatsangehörigkeit gegliederte Daten der Studierenden vor. Ausländer machen konstant etwa zehn Prozent aller Studierenden aus (Abbildung 3-9). Dabei stiegen die absoluten Zahlen in den Jahren 2009 bis 2013 sowohl für Deutsche als auch für Ausländer an. Da nicht nach Migrationshintergrund unterschieden wird, kann keine Aussage darüber getroffen werden, wie offen die bayerischen Hochschulen für Kinder aus Migrantenfamilien sind, da zu den Ausländern beispielsweise auch Erasmus-Studenten zählen, die nur für ein Semester in Bayern studieren.



Abbildung 3-9: Studierende nach Staatsangehörigkeit in Bayern (2009-2013)



Quelle: Statistisches Bundesamt (2014b): 17-20. Eigene Darstellung.

Studierende nach Migrationshintergrund und Fachrichtung

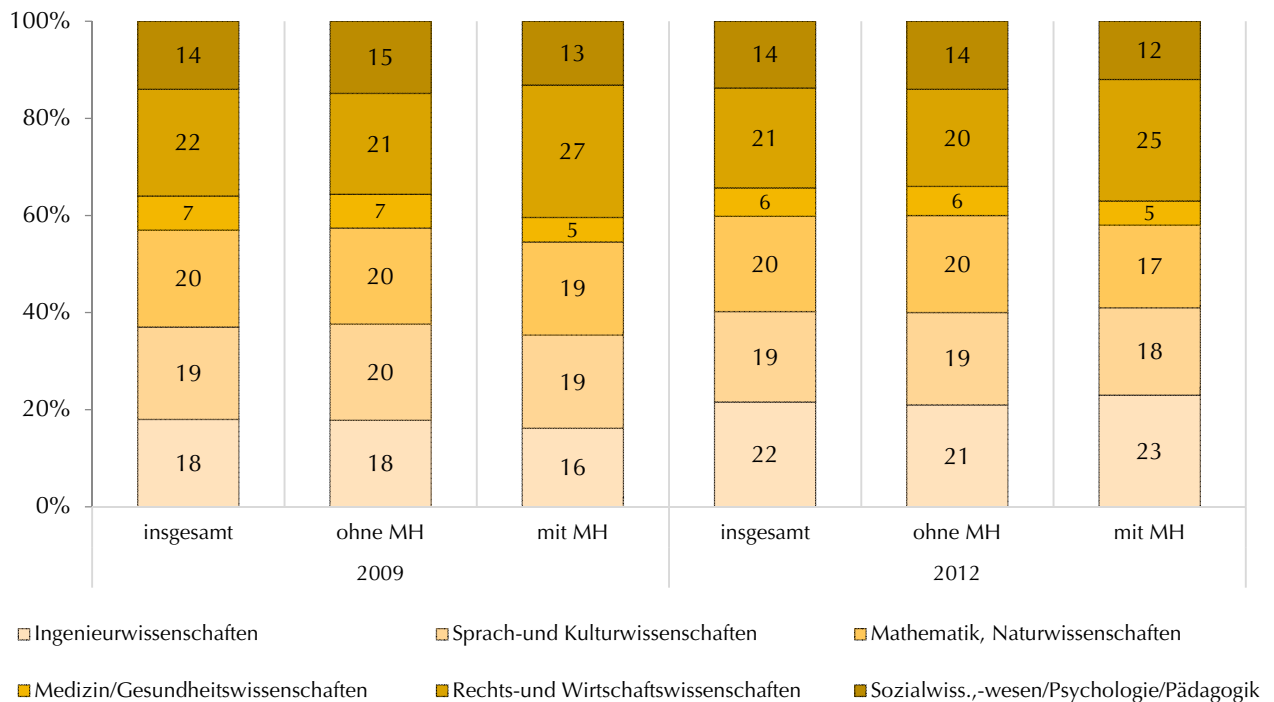
Für Aussagen zur Fachrichtung der Studierenden mit Migrationshintergrund kann wiederum nur auf die gesamtdeutschen Daten zurückgegriffen werden, die nicht nach Bundesländern differenzieren (Middendorff et al. 2013). Da für die Studierenden ohne Migrationshintergrund keine differenzierten Zahlen zu den jeweiligen Fachrichtungen in der Sozialerhebung von 2006 vorhanden sind, werden im Folgenden nur die Jahre 2009 und 2012 dargelegt (Isserstedt et al. 2007: 439).

Zunächst ist festzustellen, dass sich die Profile von Studierenden mit und ohne Migrationshintergrund stark ähneln (Abbildung 3-10). Die beliebtesten Fachrichtungen waren sowohl bei den Personen mit als auch ohne Migrationshintergrund die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften mit Anteilen von jeweils mehr als 20 %. Bei den ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen hatte die Gruppe der Studierenden mit Migrationshintergrund von 2009 bis 2012 starke Zuwächse zu verzeichnen. Tatsächlich ist auffällig, dass der Anteil dieser Fachrichtung unter den einheimischen Studierenden etwas, unter den Studierenden mit Migrationshintergrund jedoch stark anstieg. Von den vielen Studien und Schriften, die auf einen Fachkräftemangel in diesem Bereich hinwiesen, fühlten sich die Studierenden mit Migrationshintergrund möglicherweise stärker angesprochen als andere Gruppen (IW Köln 2010). In den Fachrichtungen Sprach- und Kulturwissenschaften, Mathematik und Naturwissenschaften, Medizin und Gesundheitswissenschaften sowie den Sozialwissenschaften, Psychologie und Pädagogik



nahmen die anteiligen Werte der Studierenden mit Migrationshintergrund leicht ab (Middendorff et al. 2013:533).

Abbildung 3-10: Studierende nach Migrationshintergrund und Fachrichtung in Deutschland (2009, 2012)

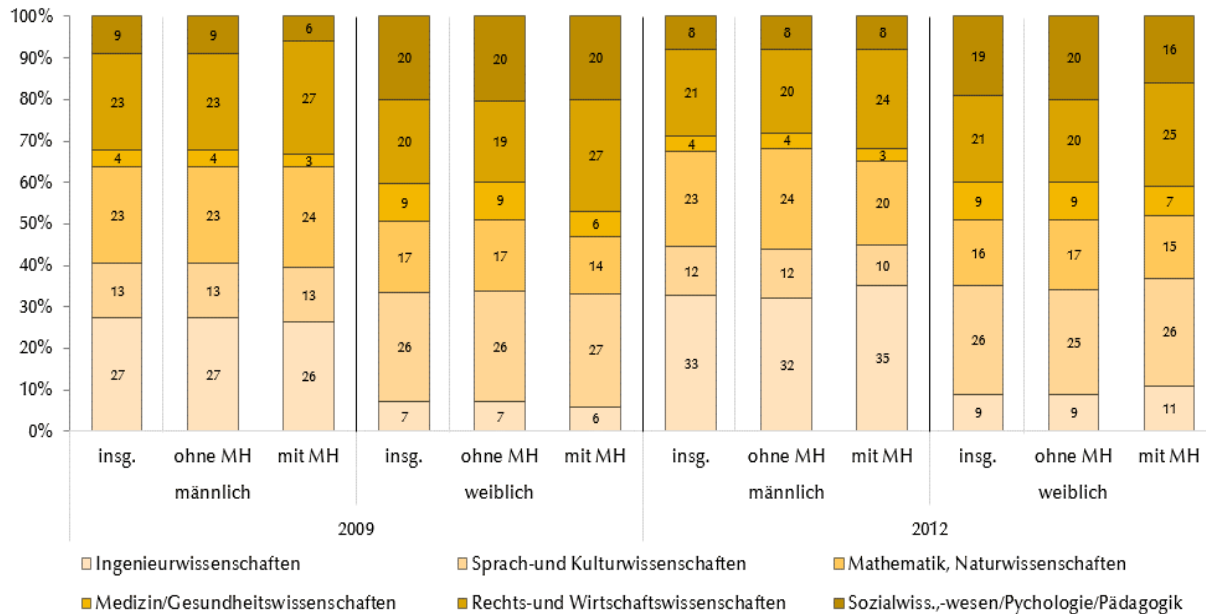


Quelle: Middendorff et al. (2013): 533. Eigene Darstellung.

Die Fachrichtungswahl im Studium ist immer noch stark vom Geschlecht abhängig. Männer studieren deutlich häufiger als Frauen Ingenieurwissenschaften, unabhängig vom Migrationshintergrund. Auch die mathematischen und naturwissenschaftlichen Fächer sind bei ihnen beliebter. Frauen wiederum studieren deutlich häufiger Sprach- und Kulturwissenschaften, Medizin und Gesundheitswissenschaften sowie Sozialwissenschaften, Psychologie und Pädagogik. Bei den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften gibt es Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund. 2009 studierten mehr Männer ohne Migrationshintergrund diese Fächer als Frauen, während es bei den Migranten keine Unterschiede gab. Drei Jahre später wiederum gab es bei den Personen ohne Migrationshintergrund keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern, während bei den Migranten etwas mehr Frauen als Männer Rechts- und Wirtschaftswissenschaften studierten (Abbildung 3-11).



Abbildung 3-11: Studierende nach Migrationshintergrund, Fachrichtung und Geschlecht in Deutschland (2009, 2012)



Quelle: Middendorff et al. (2013): 533. Eigene Darstellung.

Bildungsausländer

Der Anteil an Bildungsausländern an bayerischen Hochschulen sank im Verlauf der untersuchten Periode (Tabelle 3-1). Während 2007 noch 8,3% aller Studierenden Bildungsausländer waren, verringerte sich dieser Anteil in den nächsten sieben Jahren auf 8,0%. Gleichzeitig ist jedoch zu beachten, dass die absoluten Zahlen stiegen. 2007 gab es an bayerischen Hochschulen insgesamt 20.971 Bildungsausländer und diese Zahl erhöhte sich bis 2014 auf 29.581 Studierende. Da sich die Gesamtstudierendenzahl im betrachteten Zeitraum stark vergrößerte, wird am Anteil aller Studenten nicht deutlich, dass sich die Anzahl der Bildungsausländer in Bayern ebenfalls erhöht hat⁸.

⁸ Vgl. <https://www.statistik.bayern.de/statistik/hochschulen/>; zuletzt aufgerufen 06.07.2016



Tabelle 3-1: Bildungsausländer an allen Studierenden in Bayern (2007-2014; relativ und absolut)

	2007	2009	2011	2013	2014
Relativer Anteil der Bildungsausländer an allen Studierenden (absolute Zahl)	8,3% (20.971)	7,5% (20.363)	6,9% (21.971)	7,6% (26.915)	8,0% (29.581)

Quelle: <https://www.statistik.bayern.de/statistik/hochschulen/>; zuletzt aufgerufen am 06.07.2016. Eigene Darstellung.

Examinierte Bildungsausländer und Verbleib in Bayern und Deutschland

Aufgrund der Datenlage sind keine Aussagen darüber möglich, wie viele der Studierenden nach ihrem Abschluss in Bayern bleiben. Es sind aber Daten der OECD für das Jahr 2008 bzw. 2009 verfügbar, die für Deutschland einen Wert von ca. 25% angeben, was knapp über dem Durchschnitt aller OECD-Mitgliedsstaaten liegt. Demnach bleibt gut jeder vierte Absolvent auch nach seinem Abschluss in Deutschland. Dieser Wert errechnete sich aus der Differenz derjenigen, die nach ihrem Abschluss eine weitere Aufenthaltsgenehmigung beantragten, und jenen, die dies nicht taten. Allerdings muss beachtet werden, dass keine Angaben dazu möglich sind, wie lange diese Personen nach ihrem Abschluss in Deutschland bleiben und aus welchen Motiven. Zudem lässt sich nicht sagen, wie sich die Zahlen im Zeitverlauf geändert haben (OECD 2011: 66).

3.5 Höchster erreichter tertiärer Abschluss

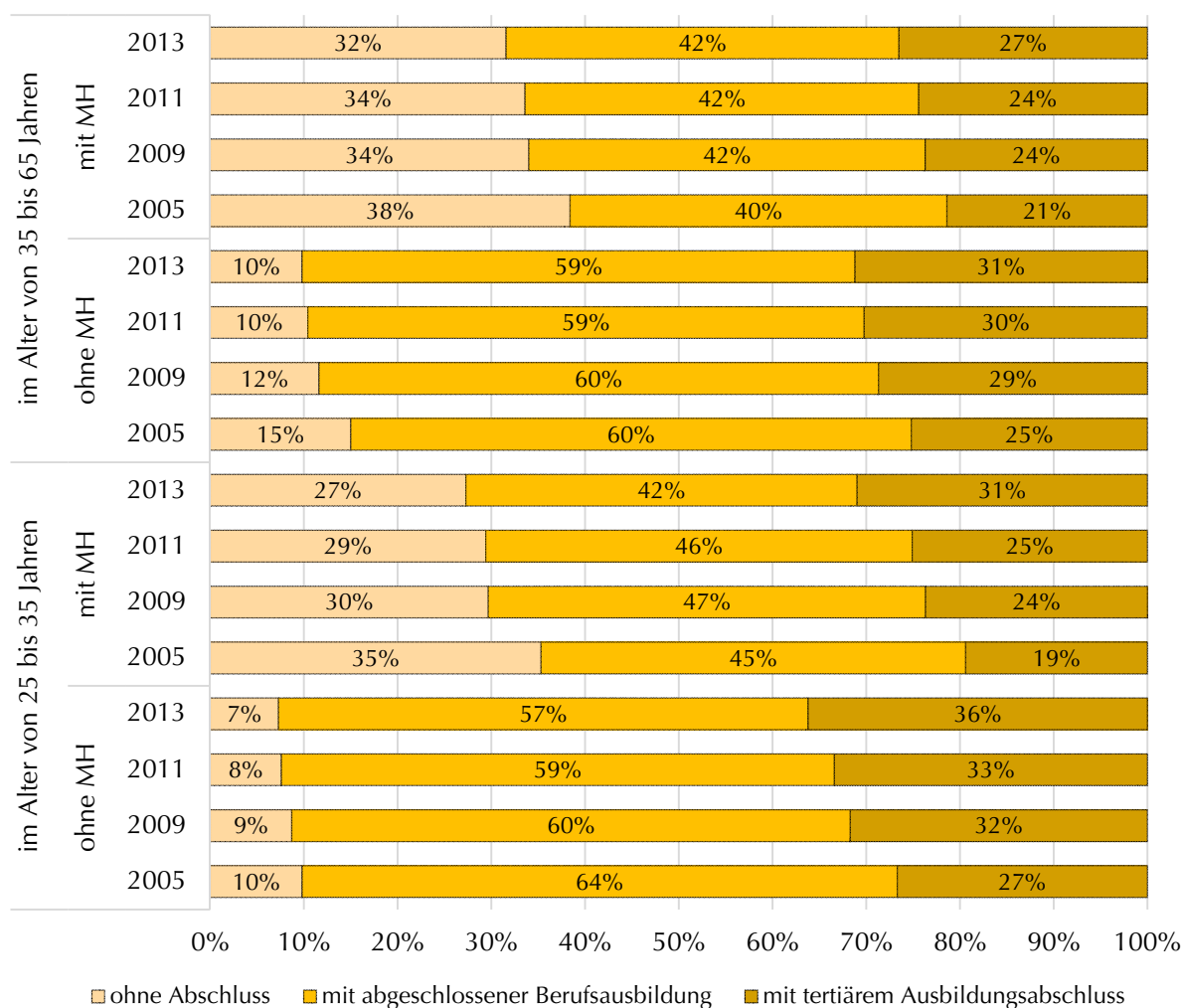
Ein zentraler Aspekt bei der Beurteilung der Chancen erfolgreicher Integration für Migranten besteht in der Frage nach ihrer beruflichen Qualifikation, sei es, dass sie durch eine Berufsausbildung oder durch ein akademisches Studium erworben wurde. Für die Interpretation der Daten ist zu beachten, dass Veränderungen im Zeitverlauf sowohl Veränderungen von Merkmalen der Migranten im Sinne von Integrationsfortschritten der einzelnen Personen wie auch Merkmale neuer Zuwanderer – etwa deren höhere Qualifikation im Vergleich zu früheren Migrationen – widerspiegeln können.

Abbildung 3-12 zeigt, dass es beim höchsten erreichten beruflichen Abschluss deutliche Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund gibt. Konnte im betrachteten Zeitraum unter den 25- bis 65-Jährigen insgesamt mindestens jede 3. beziehungsweise 4. Person mit Migrationshintergrund keinen beruflichen Abschluss aufweisen war das bei den Personen ohne Migrationshintergrund nur bei jeder 10. bis 14. Person der Fall. Bei den 25-



bis unter 35-Jährigen beispielsweise hatten die Migranten gut dreimal häufiger keinen beruflichen Abschluss. Diese Relation zwischen beiden Bevölkerungsgruppen blieb im Zeitverlauf bestehen, auch wenn die Anteilswerte sowohl für Personen mit als auch ohne Migrationshintergrund insgesamt sanken.

Abbildung 3-12: Höchster erreichter beruflicher Abschluss nach Migrationshintergrund und Alter (2005-2013)



Quelle: Integrationsmonitoring der Länder 2005-2013: D7. Eigene Darstellung.



Bei Betrachtung der Personen mit tertiärem, also überwiegend akademischem Abschluss, ist zunächst festzustellen, dass der Anteil der Personen ohne Migrationshintergrund mit tertiärem Ausbildungsabschluss⁹ in der Alterskohorte von 25 bis 35 Jahren von 26% auf 36% stark gestiegen ist. Diese Personengruppe verbesserte somit insgesamt den eigenen höchsten erreichten beruflichen Abschluss. Auch die Personen mit Migrationshintergrund weisen im untersuchten Zeitraum ähnlich höhere tertiäre berufliche Abschlüsse auf; hier steigen die Anteile von 25% auf 31%.

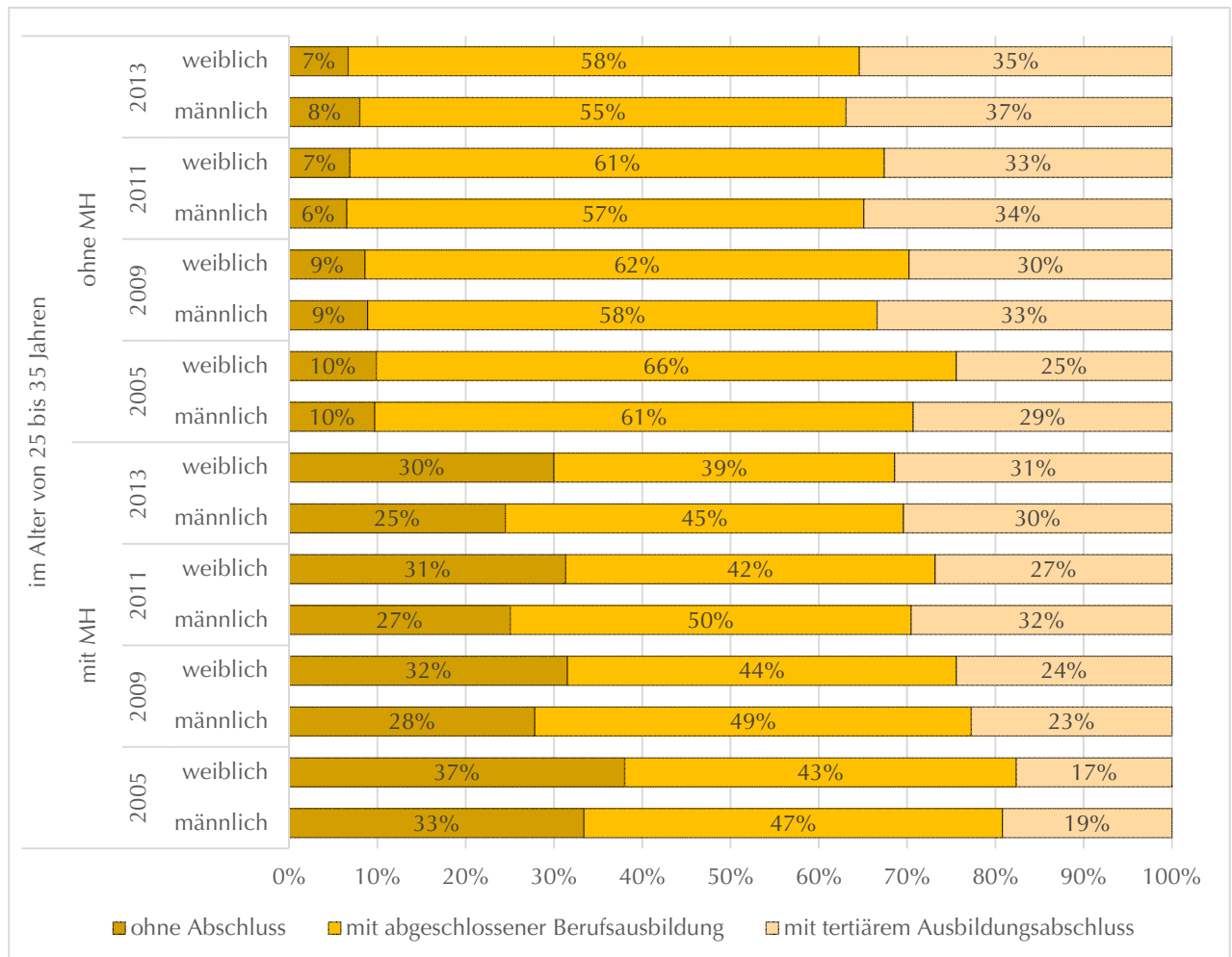
Während die Betrachtung der Alterskohorte 25 bis 35 Jahre neuere Prozesse der Sozialstruktur und des Qualifikationssystems widerspiegelt, wirkt sich bei der Betrachtung der Alterskohorte der 35- bis unter 65-Jährigen der Einfluss vergangener Strukturen aus. So überrascht es nicht, dass bei dieser Altersgruppe geringere berufliche Abschlüsse als bei den 25- bis unter 35-Jährigen zu finden sind, unabhängig davon, ob sie einen Migrationshintergrund haben oder nicht. Trotzdem ist auch in dieser Altersgruppe ein positiver Trend hin zu höheren beruflichen Abschlüssen zu erkennen. Bei beiden Personengruppen sank der Anteil der Personen ohne beruflichen Abschluss deutlich, während sich der Anteil mit einer abgeschlossenen beruflichen Ausbildung bei den Migranten leicht erhöhte und bei Personen ohne Migrationshintergrund konstant blieb. Zudem erhöhte sich in beiden betrachteten Gruppen der Anteil derjenigen, die akademische Abschlüsse erlangen (*Abbildung 3-12*).

Im Bereich der beruflichen Abschlüsse zeigen sich geschlechtsspezifische Unterschiede (*Abbildung 3-13*). Bei den 25- bis unter 35-Jährigen liegt der Anteil der Frauen mit Migrationshintergrund ohne beruflichen Abschluss über viermal so hoch als bei den Frauen ohne Migrationshintergrund. Zudem haben sie seltener eine abgeschlossene Berufsausbildung und in den Jahren 2005 und 2011 weisen sie anteilig weniger tertiäre Bildungsabschlüsse auf als die männlichen Migranten. Bei den Personen ohne Migrationshintergrund gibt es ebenfalls Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Hier sind die Anteile der Personen ohne Abschluss zwar nahezu identisch; die Frauen weisen jedoch häufiger eine abgeschlossene berufliche Ausbildung auf, während die Männer öfter tertiäre Bildungsabschlüsse vorweisen können.

⁹ In Deutschland werden neben den Hochschulen auch die Berufsakademien und Fachakademien zum tertiären Bildungsbereich gerechnet.



Abbildung 3-13: Höchster erreichter beruflicher Abschluss der 25- bis 35-Jährigen nach Migrationshintergrund und Geschlecht in Bayern (2005-2013)

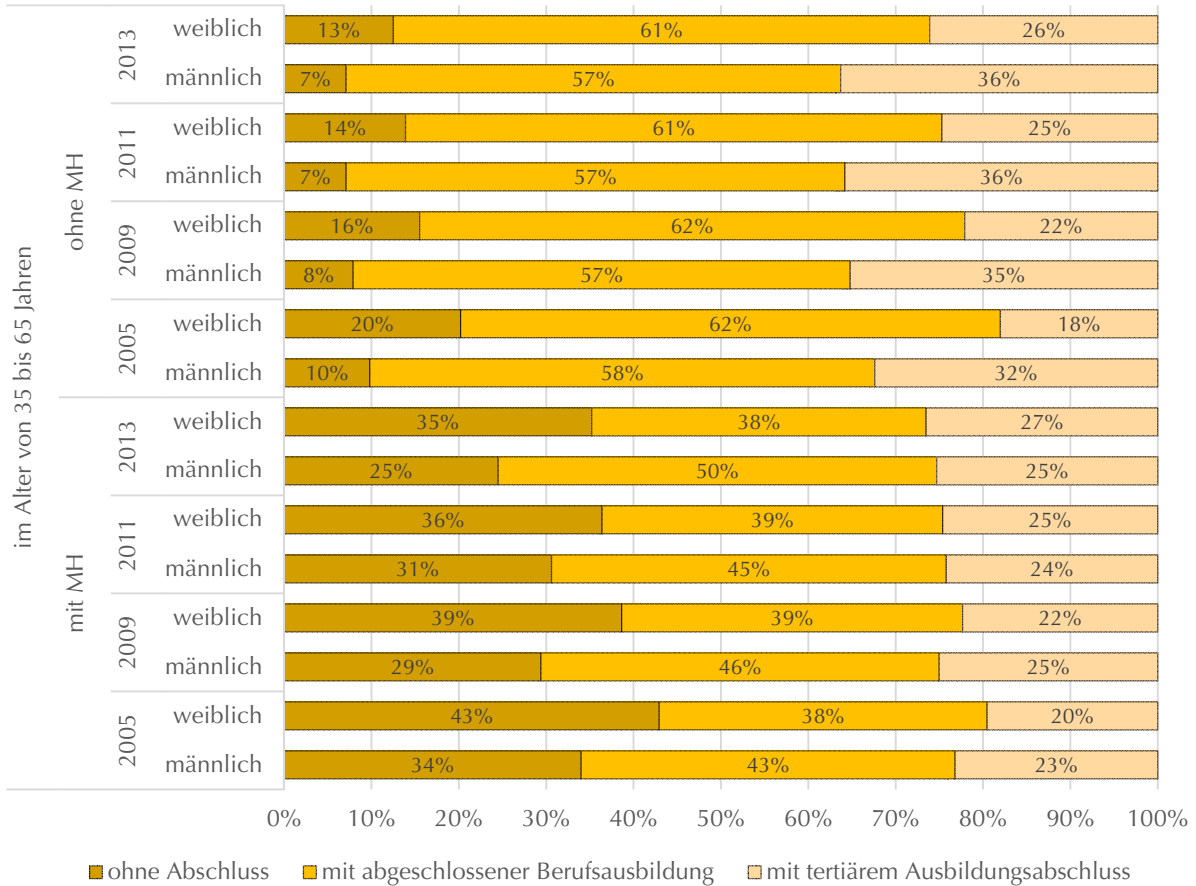


Quelle: Integrationsmonitoring der Länder 2005-2013: D7. Eigene Darstellung.

In der Altersgruppe der 35- bis 65-Jährigen sind diese Differenzen noch deutlicher (Abbildung 3-14). Die Migrantinnen haben hier mit 5 bis 10 Prozentpunkten deutlich häufiger keinen beruflichen Abschluss als die männlichen Migranten. Zudem können sie seltener tertiäre Ausbildungsabschlüsse vorweisen, erreichen aber häufiger eine abgeschlossene Berufsausbildung.



Abbildung 3-14: Höchster erreichter beruflicher Abschluss der 35- bis unter 65-Jährigen nach Migrationshintergrund und Geschlecht in Bayern (2005-2013)



Quelle: Integrationsmonitoring der Länder 2005-2013: D7. Eigene Darstellung.



4 Integration in Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Aus soziologischer Perspektive erfolgt auf dem Arbeitsmarkt die Erwirtschaftung derjenigen Güter, die die individuellen Lebenschancen und die soziale Lage wesentlich beeinflussen und selbst für die nachfolgenden Generationen prägend sind. Das überwiegend auf dem Arbeitsmarkt erwirtschaftete Einkommen zählt zu den bedeutsamsten Größen, über die sich das Ausmaß der sozialen Ungleichheit bestimmen lässt (Granato 2003: 12). Bei einer leistungsgerechten Verteilung von Arbeitsmarktchancen sollten ebenso wie in den zeitlich vorgelagerten Bereichen der schulischen und der beruflichen Bildung die Qualifikation ohne Unterscheidung nach der Herkunft oder des Geschlechts die Position von Personen auf dem Arbeitsmarkt bestimmen (BMFSFJ 2009: 131). Die Eingliederung ins Berufsleben ermöglicht dem Einzelnen persönliche Selbstentfaltung, verschafft Wertschätzung im familiären und gesellschaftlichen Umfeld und führt zur Einbindung in Teams, wodurch für Menschen mit Migrationshintergrund wichtige Anknüpfungspunkte für Kontakte zu Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft entstehen (Straßburger 2001: 91). Insgesamt lässt sich die Arbeitsmarktsituation von Personen mit Migrationshintergrund als eine zentrale Größe für die strukturelle und nachgelagert auch für die soziale und identifikative Integration begreifen.

Sowohl Erwerbstätigkeit als auch Arbeitslosigkeit von Personen mit Migrationshintergrund stehen in enger Abhängigkeit mit der konjunkturellen Entwicklung. Die nachfolgend berücksichtigten Daten aus den Jahren 2005 bis 2013 fallen in Deutschland in einen Zeitraum des wirtschaftlichen Aufschwungs mit einer hohen Beschäftigungsdynamik und einem erstmals rückgängigen Arbeitskräfteangebot, was auch zu einer verstärkten Nachfrage von geringer qualifizierten Personen führt. Durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen konnten Auswirkungen der Finanzkrise 2008 auf die Beschäftigung aufgefangen werden. Arbeitnehmer mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit bzw. einem Migrationshintergrund profitierten von diesem Beschäftigungszuwachs in überdurchschnittlichem Maße, wobei sich jedoch keine Aussagen darüber treffen lassen, ob bzw. in welchem Umfang es sich hier nicht nur um temporäre, sondern um Konjunkturzyklus übergreifende Veränderungen handelt.

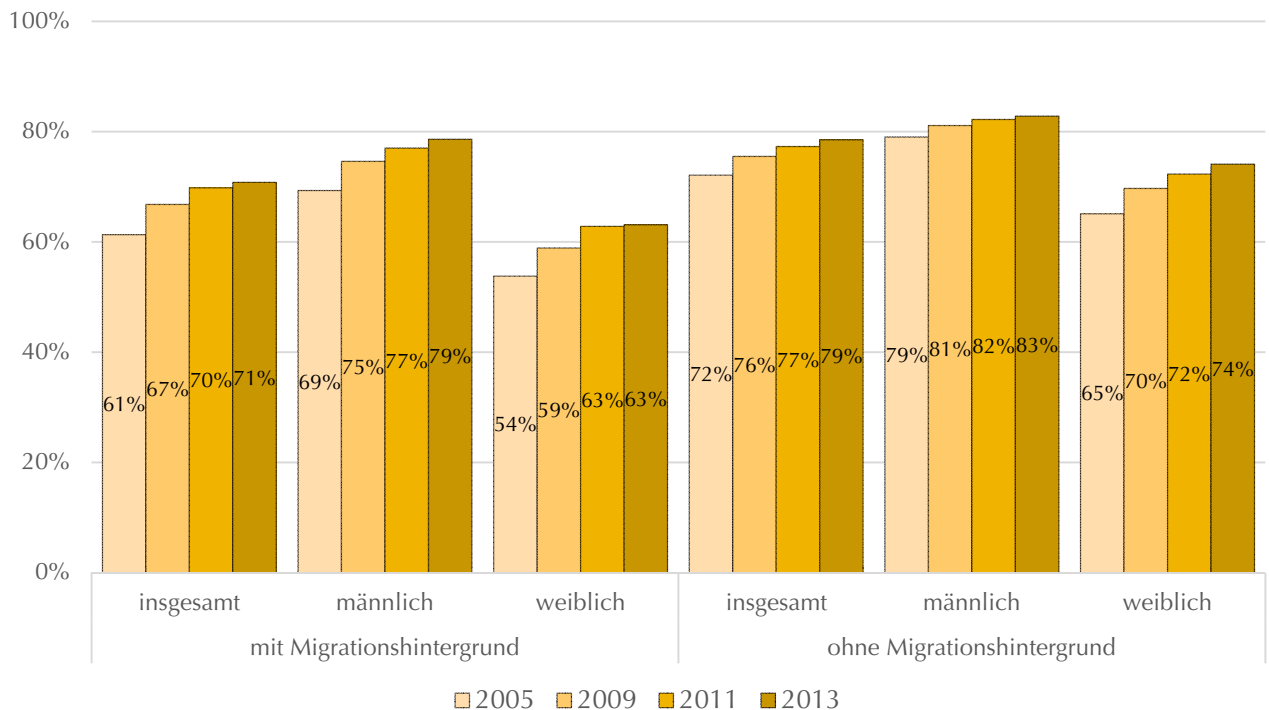
4.1 Erwerbstätigkeit

Der beschriebene wirtschaftliche Aufschwung aus den Jahren 2005 bis 2013 spiegelt sich in den Zahlen der Erwerbstätigenquote¹⁰ wider (*Abbildung 4-1*).

¹⁰ Die Erwerbstätigenquote bezieht Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren ein



Abbildung 4-1: Erwerbstätigenquote nach Migrationshintergrund und Geschlecht in Bayern (2005-2013)



Quelle: Integrationsmonitoring der Länder 2005-2013: E1a. Eigene Darstellung.

So stieg die Erwerbstätigenquote bei Personen mit und ohne Migrationshintergrund kontinuierlich an (Abbildung 4-1). Jedoch waren im Jahr 2013 insgesamt 79% der Menschen ohne Migrationshintergrund erwerbstätig, während bei der zu vergleichenden Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund 71% erwerbstätig waren. Dieser Unterschied ist hauptsächlich auf die unterschiedlich ausfallende Erwerbstätigkeit bei Frauen zurückzuführen. Während 63% der Frauen mit Migrationshintergrund erwerbstätig waren, gingen 74% der Frauen ohne Migrationshintergrund einer Erwerbstätigkeit nach. In der Differenzierung nach Geschlecht zeigt sich weiterhin, dass Frauen in beiden Bevölkerungsgruppen weniger erwerbstätig waren als Männer (der Unterschied lag bei etwa 10 Prozentpunkten). Im Zeitraum 2005 bis 2013 erhöhten beide Gruppen aber ihre Quote um 9%, so dass die Erwerbstätigkeitslücke zwischen Frauen mit und ohne Migrationshintergrund konstant blieb.

Die Erwerbstätigenquote stieg im untersuchten Zeitraum bei den Erwerbspersonen ohne Migrationshintergrund um 7 Prozentpunkte, während sie bei Erwerbspersonen mit Migrationshintergrund um immerhin 9 Prozentpunkte anstieg, d. h. es hat im Sinne von Integration eine Annäherung der Gruppen stattgefunden.



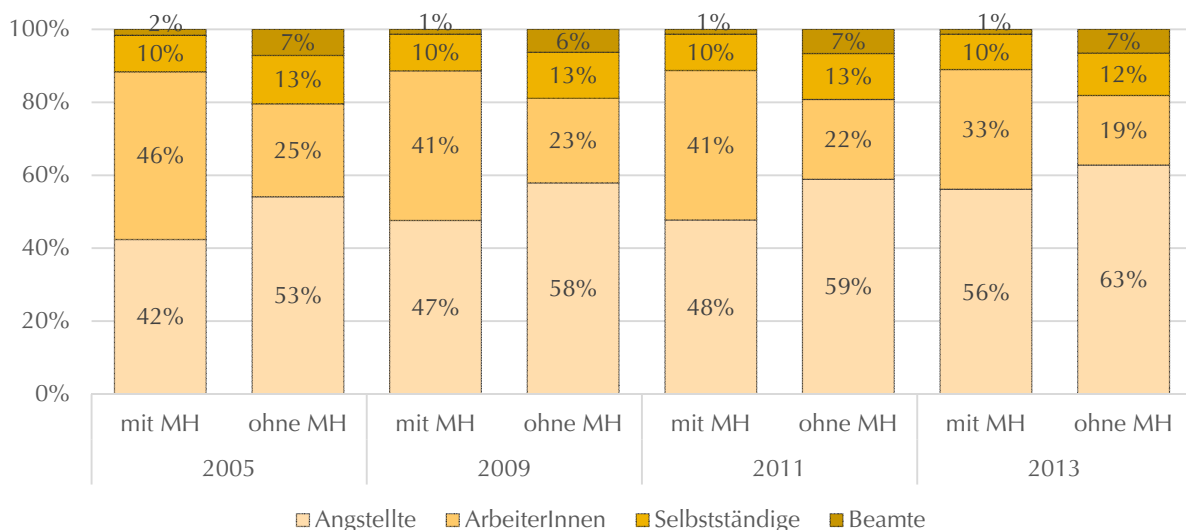
Die Erwerbstätigkeitslücke zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund findet sich in allen Bundesländern. Sie ist jedoch in Bayern wesentlich geringer als im Bundesdurchschnitt. So lag die Erwerbstätigkeitslücke im Jahr 2013 in Bayern bei 7,6%, während sie laut Integrationsmonitoring im Bundesdurchschnitt mit 10,9% deutlich höher lag. Dieser Unterschied kann mit der grundsätzlich niedrigeren Arbeitslosigkeit in Bayern begründet werden, welche im Jahr 2013 bei 4,4% und in Deutschland bei 7,7% lag (Integrationsmonitoring der Länder: E5).

Erwerbstätige nach Stellung im Beruf und Wirtschaftsbereichen

„Eine Angleichung von Personen mit und ohne Migrationshintergrund bei der Stellung im Beruf lässt Rückschlüsse auf die Öffnung zentraler beruflicher Positionen und den erreichten Grad der beruflichen Qualifizierung für Personen mit Migrationshintergrund zu“ (IntMK 2015: 65).

Die Differenzierung der Bevölkerung in Bayern nach ihrer Stellung im Beruf in Arbeiter, Angestellte, Beamte und Selbstständige zeigt deutliche Unterschiede zwischen diesen Kategorien (Abbildung 4-2).

Abbildung 4-2: Erwerbstätige nach Migrationshintergrund und Stellung im Beruf in Bayern (2005-2013)



Quelle: Integrationsmonitoring der Länder 2005-2013: E2. Eigene Darstellung.

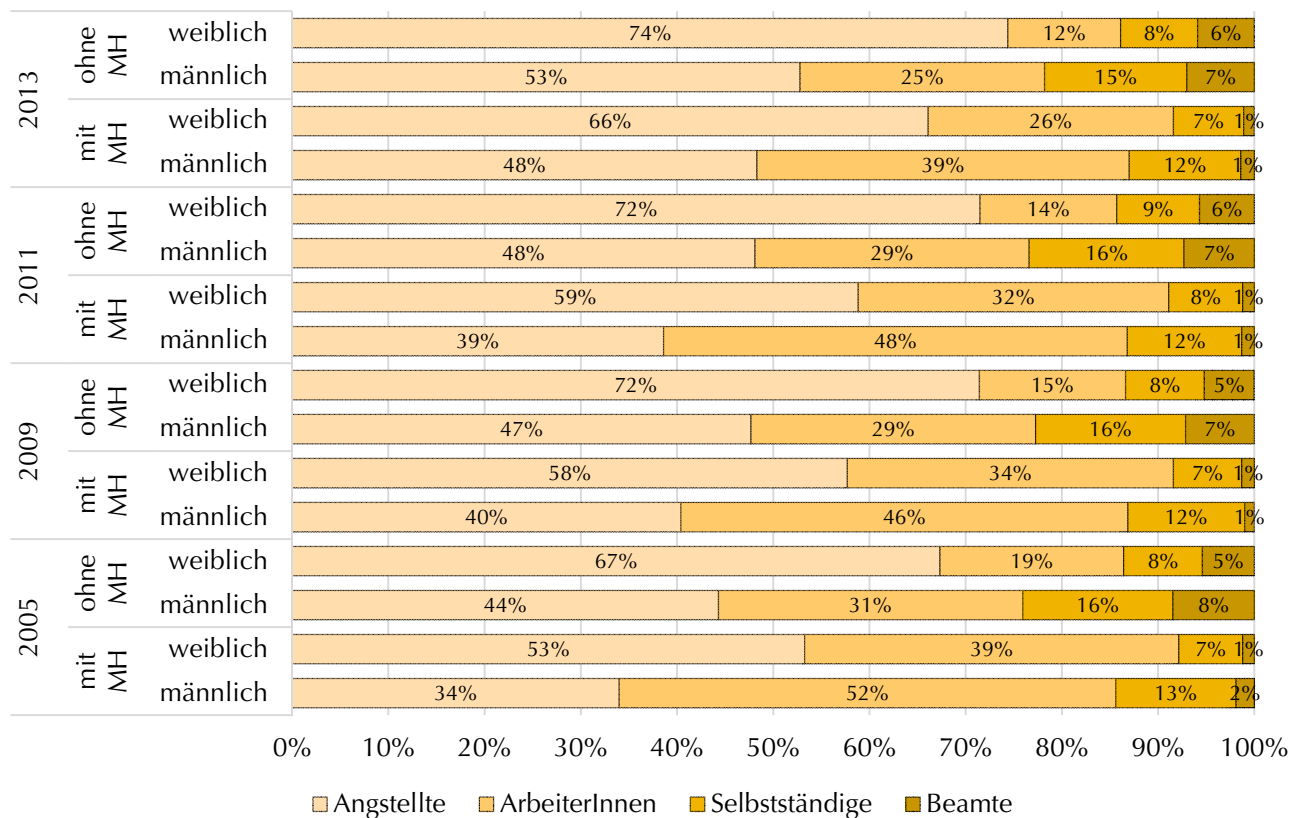
Noch 2005 waren Erwerbspersonen mit Migrationshintergrund mehr Arbeiter als Angestellte. Allerdings verringert sich die Statusdifferenz zwischen den Gruppen im betrachteten Zeitraum



in erheblichem Maße. Zunächst sind beide Personengruppen vom strukturellen Wandel betroffen: Angestelltentätigkeiten nehmen zu. Während das bei den Erwerbspersonen ohne Migrationshintergrund um 8 Prozentpunkte der Fall war, nahmen die Angestelltentätigkeiten bei den Erwerbspersonen mit Migrationshintergrund um 14 Prozentpunkte zu, was also wiederum als Annäherung der Gruppen im Sinne zugenommener Integration verstanden werden muss.

Bezüglich der Stellung als Selbstständige ergibt sich nach einigen zwischenzeitlichen Schwankungen im Vergleich der Jahre 2005 und 2013 das gleiche Verhältnis von 10% bei Personen mit Migrationshintergrund und 13 bzw. 12% bei einheimischen Personen. Ein erheblicher Unterschied besteht weiterhin zwischen den Gruppen beim Beamtenstatus. Die Voraussetzung der Staatsangehörigkeit bei der Beschäftigung als Beamter erklärt u. a. die große Differenz zwischen den Gruppen.

Abbildung 4-3: Erwerbstätige nach Migrationshintergrund, Geschlecht und Stellung im Beruf in Bayern (2005-2013)

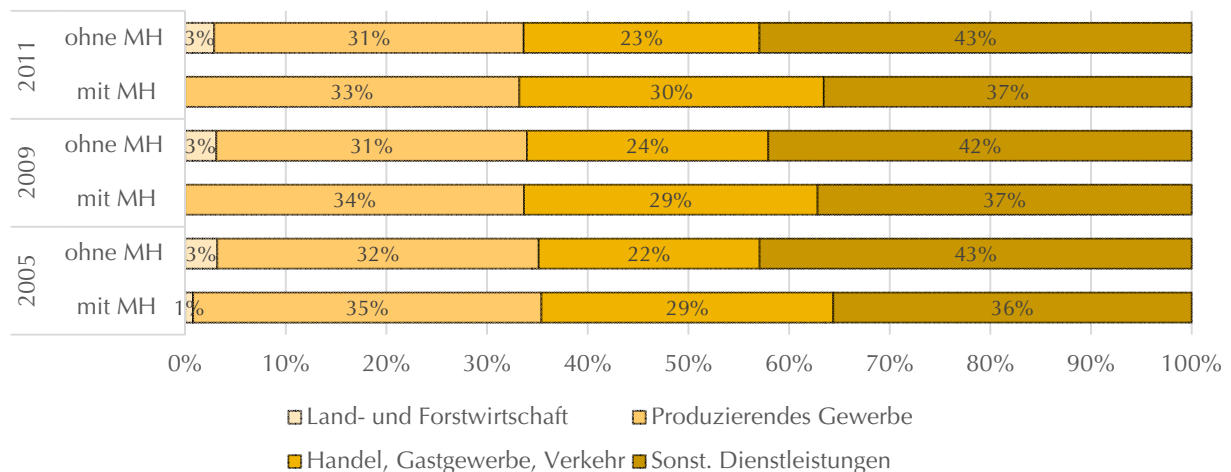


Quelle: Integrationsmonitoring der Länder 2005-2013: E2. Eigene Darstellung.



Die nach Geschlechtern getrennte Darstellung lässt erkennen, dass in beiden Erwerbstätigen-
gruppen, mit und ohne Migrationshintergrund, deutliche und in ihrem Grundmuster ähnliche
Unterschiede zwischen Männern und Frauen hinsichtlich ihrer Stellung im Beruf bestehen
(Abbildung 4-3). Insbesondere männliche Erwerbstätige werden häufiger als Arbeiter tätig als
Frauen. Dieser Trend ist zwar in den Zahlenreihen als rückläufig zu beschreiben, bleibt je-
doch weiterhin bestehen. Im Jahr 2005 waren noch 52% der Männer mit Migrationshinter-
grund und 31% der Männer ohne Migrationshintergrund als Arbeiter tätig, während im Jahr
2013 noch 39% der Männer mit Migrationshintergrund und 25% der Männer ohne Migrati-
onshintergrund als Arbeiter tätig waren. Dieser Rückgang verläuft zeitgleich zu einem Anstieg
in der Kategorie der Angestellten. Im Jahr 2005 arbeiteten 34% der Männer mit Migrati-
onshintergrund als Angestellte, im Jahr 2013 stieg dieser Anteil auf 48%. Ähnliche Entwick-
lungen können für die Frauen beobachtet werden. Dabei fällt insbesondere die Verschiebung hin
zu einem höheren Anteil der Angestellten ins Auge. Von 53% der Frauen mit Migrati-
onshintergrund im Jahr 2005 auf 66% im Jahr 2013 und der Frauen ohne Migrationshintergrund
von 67% auf 74%.

Abbildung 4-4: Erwerbstätige nach Migrationshintergrund und Wirtschaftsbereichen in Bay-
ern (2005-2011)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2013: 298. Eigene Darstellung.

Die Verteilung der Erwerbstätigen in Bayern auf die verschiedenen Wirtschaftsbereiche zeigt,
dass Erwerbstätige mit Migrationshintergrund weiterhin überproportional häufig in den Berei-
chen produzierendes Gewerbe sowie Handel, Gastgewerbe und Verkehr beschäftigt sind; bei
den „sonstigen Dienstleistungen“ (das sind i.d.R. qualifikationsintensive Tätigkeiten des bis-



weilen sogenannten quartären Sektors) sind sie unterrepräsentiert. Zwischen den Bevölkerungsgruppen mit und ohne Migrationshintergrund sind im betrachteten Zeitraum allerdings nur geringfügige Verschiebungen zu beobachten (*Abbildung 4-4*).

4.2 Selbstständigkeit

Für die Bewertung von Selbstständigkeit als strukturelle Integrationsleistung sprechen mehrere Gründe (Leicht 2006: 105). Zum einen drückt sich in der Gründung eines Unternehmens eine dauerhafte Bleibeabsicht aus. Zum anderen verbinden sich mit dem Schritt in die Selbstständigkeit oftmals eine wirtschaftliche Verbesserung und ein sozialer Aufstieg. Schließlich ist auf den Beschäftigungsbeitrag zu verweisen, den Migrantenunternehmen durch die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze insbesondere im direkten familiären und ethnischen Umfeld leisten und dadurch zu einer Entlastung von Arbeitsmarktproblemen beitragen. Nicht zuletzt kommt insbesondere Gastronomen und Händlern, die besonders zahlreich unter den Selbstständigen vertreten sind, eine bestimmte Vermittlerrolle zwischen Einheimischen und Migranten zu, die auf diese Weise einen Beitrag zum wechselseitigen Verständnis leisten können. Selbstständigkeit kann allerdings auch als Ausweg aus der Arbeitslosigkeit dienen. Die Selbstständigenquote definiert sich als Anteil der Selbstständigen an den Erwerbstätigen im Alter von 15 bis 65 Jahren.

Tabelle 4-1 zeigt die Entwicklung der Selbstständigenquote in Bayern und Deutschland nach Migrationshintergrund, Staatsangehörigkeit und Geschlecht. Für Bayern und Deutschland lässt sich zunächst eine relative Konstanz der Quote insgesamt feststellen, wobei die Quote für Einheimische etwas höher und in Bayern über dem Bundesdurchschnitt liegt. Differenziert man die Selbstständigen mit Migrationshintergrund nach der Staatsangehörigkeit, zeigt sich ein höherer Anteil von Ausländern. Schaut man auf diese Strukturen im Zeitverlauf, zeigen sich keine relevanten Veränderungen im untersuchten Zeitraum.



Tabelle 4-1: Selbständigenquote nach Migrationshintergrund, Staatsangehörigkeit und Geschlecht in Bayern und Deutschland (2005-2013)

	Bayern				Deutschland			
	2005	2009	2011	2013	2005	2009	2011	2013
insgesamt	11,9	11,7	12,2	11,3	10,9	10,7	11,2	10,8
Männer	15,0	14,8	15,4	14,2	13,6	13,4	14,0	13,5
Frauen	7,9	8,0	8,4	7,9	7,4	7,4	7,8	7,6
ohne Migrationshintergrund	12,3	12,2	12,6	11,6	11,1	10,8	11,3	10,8
Männer	15,5	15,5	16,1	14,8	14,1	13,6	14,3	13,7
Frauen	8,2	8,2	8,6	8,0	7,5	7,5	7,8	7,6
mit Migrationshintergrund	10,0	9,9	10,0	9,7	9,5	10,0	10,6	10,5
Männer	12,5	12,1	11,9	11,6	11,5	12,3	12,8	12,6
Frauen	6,6	7,1	7,7	7,3	6,8	7,1	7,8	7,8
daraus Ausländer	12,6	12,3	12,0	12,0	11,7	12,3	13,1	13,0
Männer	15,6	14,5	14,2	14,0	13,8	14,6	15,6	15,4
Frauen	8,2	9,3	9,2	9,0	8,4	8,8	9,7	9,7

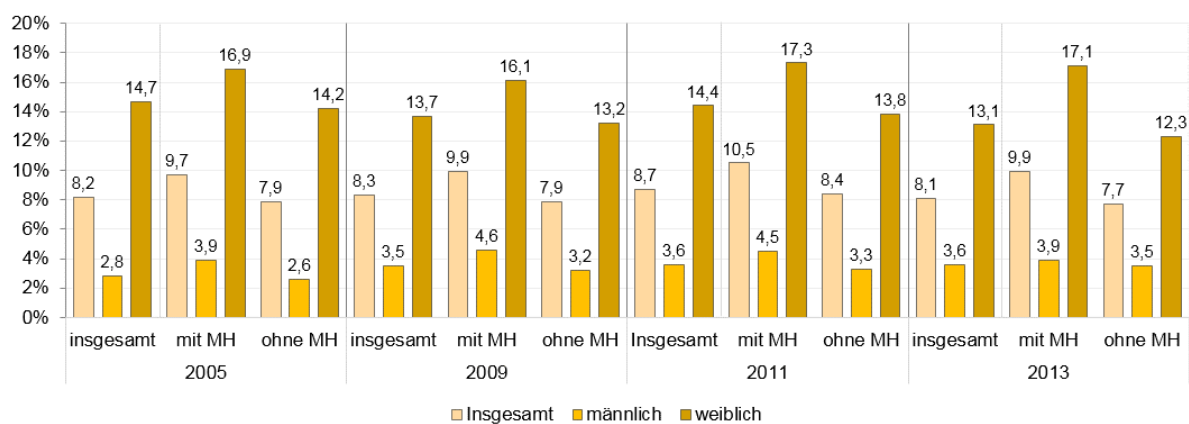
Quelle: Integrationsmonitoring der Länder 2005-2013: E2. Eigene Darstellung.

Abhängig Erwerbstätige mit geringfügiger Beschäftigung

Die alleinige oder hauptsächliche geringfügige Beschäftigung (Minijob) stellt ein besonderes Arbeitsverhältnis dar, das im Rahmen der Erwerbstätigkeit von Frauen eine überdurchschnittlich hohe Rolle spielt. Insbesondere gilt dies für Frauen mit Migrationshintergrund. *Abbildung 4-5* zeigt, dass sich das auch im Zeitverlauf nicht wesentlich verändert hat.



Abbildung 4-5: Anteil abhängig Erwerbstätige mit geringfügiger Beschäftigung als einzige bzw. hauptsächliche Tätigkeit nach Migrationsstatus und Geschlecht in Bayern (2005-2013)



Quelle: Integrationsmonitoring der Länder 2005-2013: E3. Eigene Darstellung.

Bei den Männern mit Migrationshintergrund lag der Anteil der geringfügig Beschäftigten 2013 erheblich geringer als bei den Frauen, in beiden männlichen Bevölkerungsgruppen lag die geringfügige Beschäftigung bei 3,5% (ohne Migrationshintergrund) und 3,9% (mit Migrationshintergrund). Im Trend kann eine sehr leichte Zunahme der geringfügigen Beschäftigung bei Personen mit Migrationshintergrund festgestellt werden, während Personen ohne Migrationshintergrund seit 2005 eine sehr leichte Abnahme dieses Typus von Arbeitsverhältnis verzeichnen können.

4.3 Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts

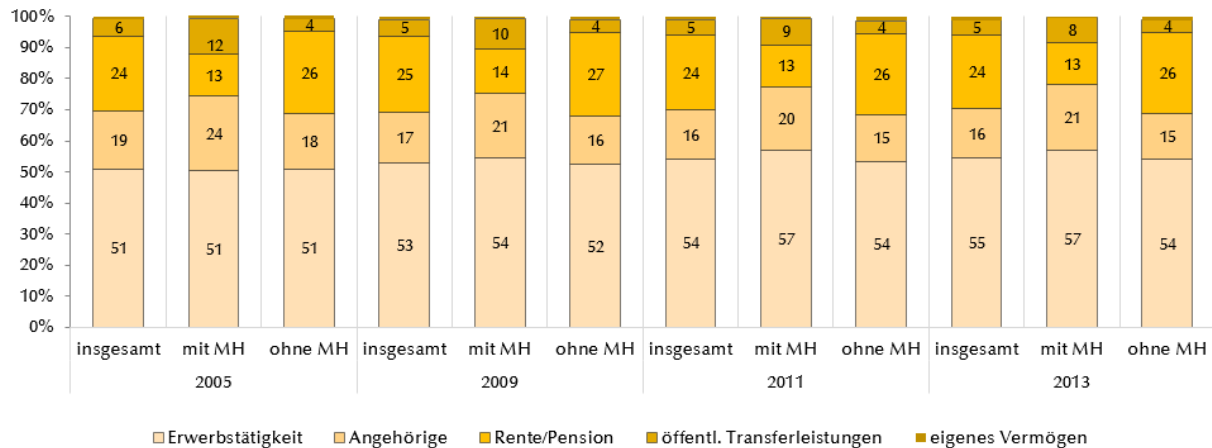
Um genaueren Aufschluss darüber zu erhalten, wie die einzelnen Bevölkerungsgruppen ihren Lebensunterhalt bestreiten, soll abschließend die Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts der Bevölkerung in Bayern betrachtet werden. Ein Rückgang des Anteils der Personen mit Migrationshintergrund, die von öffentlichen Transferzahlungen abhängig sind und ein Ansteigen des Anteils derer, die ihren Lebensunterhalt überwiegend selbst zu finanzieren in der Lage sind, würden einen Fortschritt beim strukturellen Integrationsprozess anzeigen (IntMK 2015: 76).

Die eigene Erwerbstätigkeit ist für alle betrachteten Gruppen die häufigste Form des Lebensunterhalts (Abbildung 4-6). Im Trend zeigt sich, dass seit 2005 eine Entwicklung hin zu weniger öffentlichen Transferleistungen bei Personen mit Migrationshintergrund beobachtet wer-



den kann. Im Jahr 2005 lag der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund, welche Leistungen erhielten, bei 12%, im Jahr 2013 bei 8%. Die Vergleichsgruppe der Personen ohne Migrationshintergrund lag konstant bei anteilig 4%.

Abbildung 4-6: Bevölkerung nach Migrationshintergrund und Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts in Bayern (2005 – 2013)

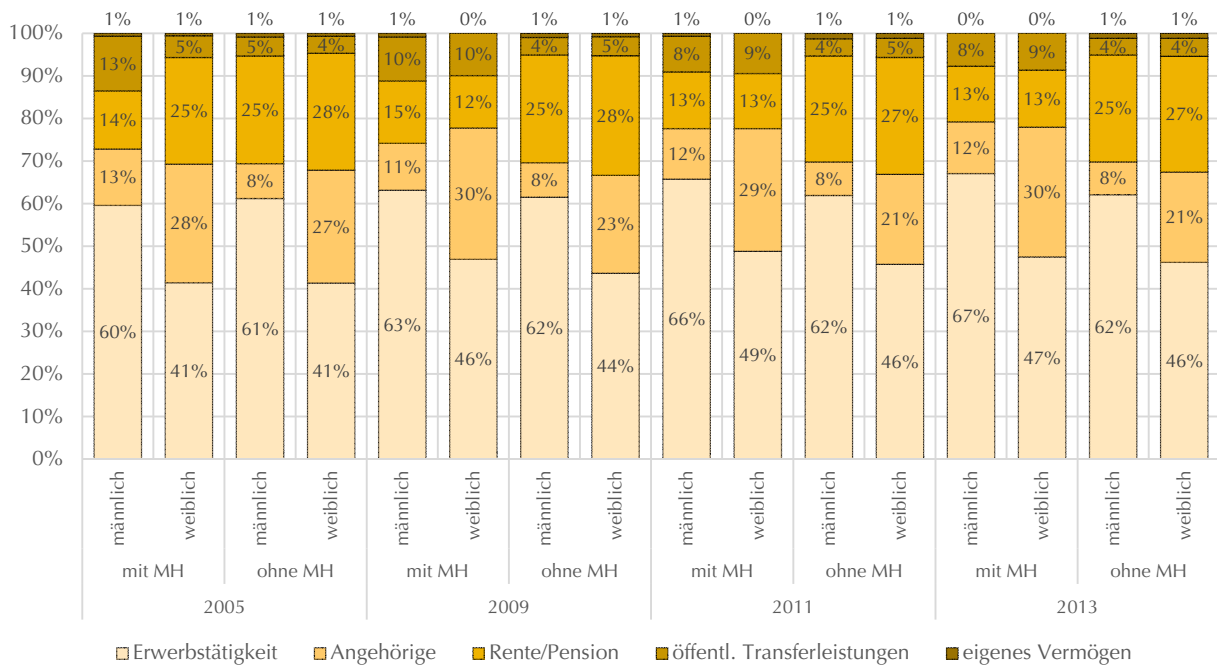


Quelle: Integrationsmonitoring der Länder 2005-2013: E7. Eigene Darstellung.

Unabhängig von einem bestehenden Migrationshintergrund ist in der männlichen Bevölkerung die Bestreitung des eigenen Lebensunterhalts mit 62% häufiger der Fall als bei den Frauen, bei denen etwa 45% den Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit bestreiten (Abbildung 4-7). Dementsprechend bedeutsamer ist für Frauen, insbesondere für Frauen mit Migrationshintergrund, die Unterstützung durch Familienangehörige. Bedingt durch die jüngere Altersstruktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund spielen Renten- bzw. Pensionsleistungen für sie eine unterdurchschnittliche Rolle.



Abbildung 4-7: Bevölkerung nach Migrationshintergrund, Geschlecht und Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts in Bayern (2005-2013)



Quelle: Integrationsmonitoring der Länder 2005-2013: E7. Eigene Darstellung.

4.4 Arbeitslosigkeit und Erwerbslosigkeit

Begreift man den Arbeitsmarkt als die Kerninstitution der strukturellen Integration, so kann in der Arbeitslosigkeit und den damit verbundenen Auswirkungen auf das Einkommen, den sozialen Status, das Selbstwertgefühl sowie die gesellschaftliche Einbindung ein Indikator für noch nicht umfassend erfolgte Integration gesehen werden. Personen mit Migrationshintergrund sind aufgrund ihres oftmals geringeren Qualifikationsniveaus und der damit verbundenen, vergleichsweise häufigeren Beschäftigung im sekundären Sektor und als Arbeiter überdurchschnittlich stark vom wirtschaftlichen Strukturwandel und somit letztlich von Arbeitslosigkeit betroffen (Brinkmann et al. 2006).

Arbeitslosen- und Erwerbslosigkeitsquote

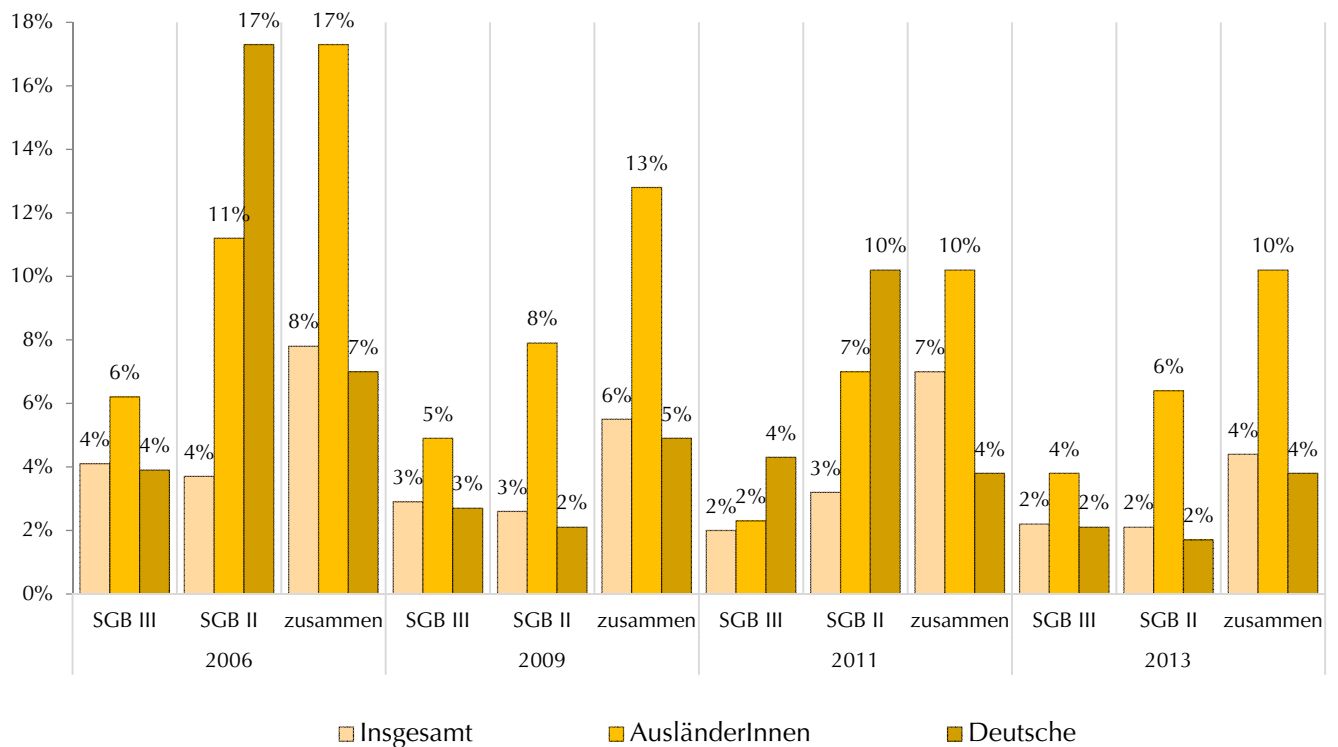
Die Arbeitslosenquote errechnet sich als der Anteil der Arbeitslosen an den abhängig Beschäftigten zivilen Erwerbspersonen. Bei der Bundesagentur für Arbeit gelten Menschen als arbeitslos in den Rechtskreisen SGB II und SGB III, wenn sie:

- ▶ vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder nur eine weniger als 15 Stunden in der Woche umfassende Beschäftigung ausüben,



- ▶ eine mindestens 15 Stunden in der Woche umfassende versicherungspflichtige Beschäftigung mit einer Dauer von mehr als 7 Kalendertagen suchen,
- ▶ eine Arbeitnehmertätigkeit ausüben können und dürfen, nicht arbeitsunfähig erkrankt sind und das 65. Lebensjahr noch nicht vollendet haben,
- ▶ für die Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit verfügbar sind, d. h. sofort arbeitsfähig und -bereit sind und
- ▶ sich persönlich bei der Agentur für Arbeit gemeldet und ihren Wohnsitz in Deutschland haben.

Abbildung 4-8: Arbeitslosen- und Sozialhilfe nach Staatsangehörigkeit in Bayern (2005-2013)



Quelle: Integrationsmonitoring der Länder 2005-2013: E5. Eigene Darstellung.

Die abhängig zivilen Erwerbspersonen umfassen die Summe von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (einschl. Auszubildender), geringfügig Beschäftigten, Beamten (ohne Soldaten) sowie Arbeitslosen (Frank und Schade 2009: 4).

Die Daten im untersuchten Zeitraum liegen nur nach Staatsangehörigkeit differenziert vor.



Durch die im Jahr 2005 eingeführte Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe erhöhte sich zunächst die registrierte Arbeitslosigkeit im Jahr 2005 um ca. 0,4 Millionen (Frank und Schade 2009: 4). In den Jahren 2009 bis 2013 fand, verursacht durch die trotz globaler Finanz- und Wirtschaftskrise relativ gute Wirtschaftslage in Deutschland sowie den insgesamt robusten deutschen Arbeitsmarkt, eine Senkung der Arbeitslosenquote statt. So verringerte sich die bayerische Arbeitslosenquote von 7,8% im Jahr 2006 auf 4,4% im Jahr 2013 (*Abbildung 4-8*).

Abbildung 4-8 zeigt deutlich, dass sowohl bei SGB II wie SGB III Ausländer deutlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind als deutsche Staatsangehörige. Im Zeitverlauf ändert sich die Relation in der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit zwischen den beiden Gruppen kaum. War das Verhältnis 2,47 im Jahre 2005, stieg es sogar im Jahre 2013 auf das 2,68-fache. Vereinfacht formuliert lässt sich sagen, dass Ausländer mehr als doppelt so stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind wie Inländer und dass sich das im Zeitverlauf auch nicht verändert hat. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Daten unter dem Aspekt der Integration ein positiveres Bild zeigen würden, wenn man nicht nach Staatsangehörigkeit, sondern nach Migrationshintergrund unterscheiden könnte. Da besser integrierte Personen auch eine höhere Tendenz zur Einbürgerung haben, kann sich der Integrationsfortschritt dieser ehemals ausländischen Bevölkerung nicht in einer nach Staatsangehörigkeit gegliederten Statistik niederschlagen, sondern verbessert die Werte der Einheimischen.

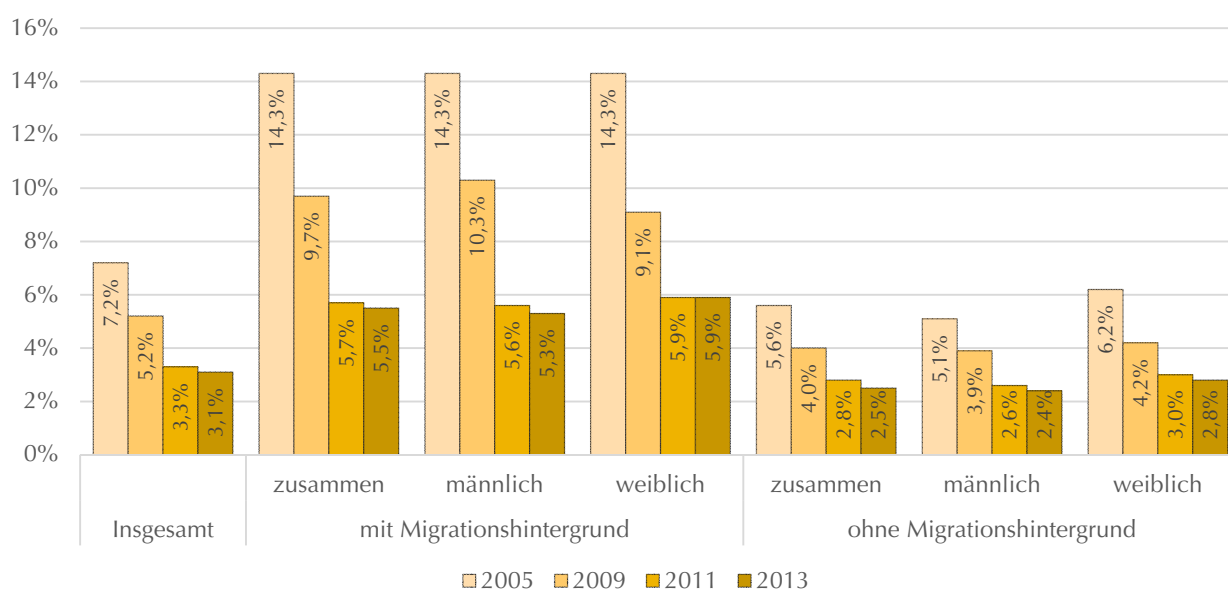
Das zeigt sich auch in Folgendem: Die Arbeitslosenquote, die in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) erfasst wird, stellt den gängigen Indikator im Bereich der Arbeitslosigkeit dar. Dieser vermag zwar einerseits die Arbeitslosigkeit vollständig zu erfassen (keine Stichprobenerhebung), ist jedoch für Aussagen über die Situation von Personen mit Migrationshintergrund nur beschränkt geeignet, da in der BA-Statistik bisher nur zwischen ausländischen und deutschen Personen (Staatsangehörigkeitskonzept) unterschieden wird. Daher ist es sinnvoll, zusätzlich auf die Erwerbslosenquote einzugehen, die auf der Basis von Mikrozensusdaten und somit unter Berücksichtigung von Einbürgerungen berechnet wird.

Die Erwerbslosenquote bezeichnet den „Anteil der Erwerbslosen an der auf dem Arbeitsmarkt aktiven Bevölkerung (Erwerbspersonen)“ (IntMK 2015: 68). Als erwerbslos gelten dabei, nach dem hier zugrundeliegenden Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO-Konzept), Personen, die weniger als eine Stunde pro Woche erwerbstätig sind, oder in den vergangenen vier Wochen eine Erwerbstätigkeit gesucht haben und verfügbar sind, d. h. innerhalb von zwei Wochen eine Erwerbstätigkeit aufnehmen können. Eine Registrierung bei der Agentur für Arbeit ist nicht erforderlich (IntMK 2015: 68). Eine Annäherung der Erwerbslosenquoten der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund würde anzeigen, dass sich



der tatsächliche Zugang zum Arbeitsmarkt, sowie die damit verbundenen Merkmale wie Bildung und Qualifikation, aber auch die Arbeitsmarktrisiken beider Gruppen angleichen. Die Ergebnisse ab dem Berichtsjahr 2011 sind an der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011 hochgerechnet.

Abbildung 4-9: Erwerbslosenquote (ILO-Konzept) nach Migrationshintergrund in Bayern (2005 – 2013)



Quelle: Integrationsmonitoring der Länder 2005-2013: E4. Eigene Darstellung.

In Bayern kann ein solcher Vorgang der Angleichung zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen mit und ohne Migrationshintergrund beobachtet werden. Im Trend konnte ein Rückgang der Erwerbslosenquote von 14% im Jahr 2005 auf 6% im Jahr 2013 bei Menschen mit Migrationshintergrund festgestellt werden (Abbildung 4-9). In der Bevölkerungsgruppe ohne Migrationshintergrund sank die Quote von 6% auf 3% im gleichen Zeitraum, d. h. die Relation verändert sich im Zeitverlauf bei den Einheimischen um den Faktor 2, aber um den Faktor 2,3 bei den Personen mit Migrationshintergrund. Demzufolge zeigen sich eine leichte Annäherung zwischen den betrachteten Personengruppen und ein bestimmter Integrationsfortschritt.



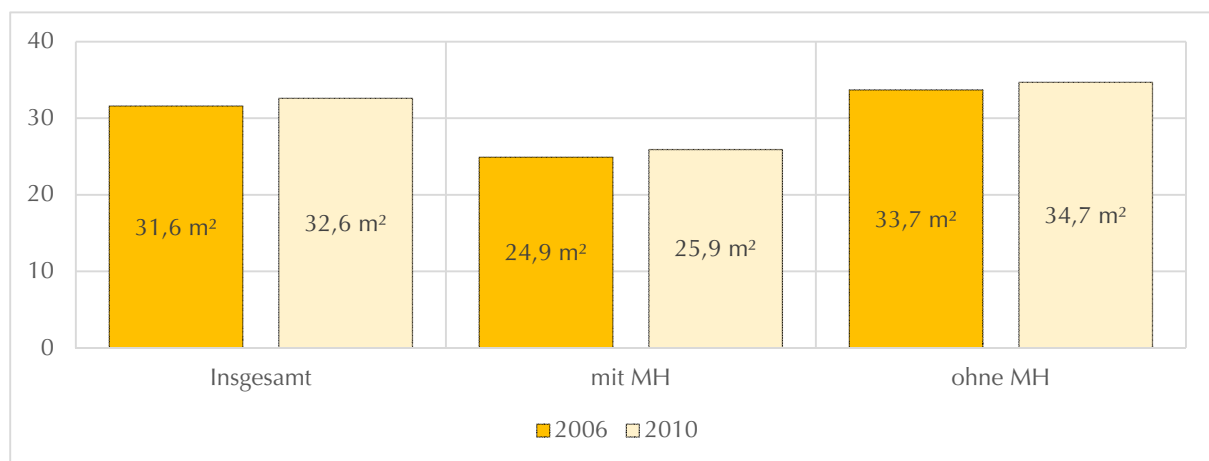
5 Wohnen

Die Versorgung mit ausreichendem, qualitativ gutem und bezahlbarem Wohnraum vor dem Hintergrund der Schaffung und Erhaltung sozial-stabiler Bewohnerstrukturen in den Quartieren ist ein wichtiger Indikator für die Qualität der Lebensverhältnisse. Im Bereich des Wohnens sollte sich Integration, verstanden als die Abnahme von Unterschieden in den Lebensverhältnissen zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund, in einer zunehmenden Angleichung der Wohnverhältnisse zwischen beiden Gruppen zeigen. Als Indikatoren kommen aufgrund der vorliegenden Daten die Wohnfläche und die Eigentümerquote in Frage.

5.1 Wohnfläche nach Migrationshintergrund

Wohnraum und Wohnfläche stellen als geschützter Rückzugsraum und Ort des Zusammenlebens wesentliche Grundlagen für die individuelle und persönliche Entfaltung dar. Die wohnbezogenen Daten des Mikrozensus liegen für die Jahre 2006 und 2010 vor. In der Gesamtbevölkerung erhöhte sich die Wohnfläche pro Person von 2006 auf 2010 (*Abbildung 5-1*); dabei gab es zwischen den Personengruppen mit und ohne Migrationshintergrund deutliche Unterschiede: Den Personen ohne Migrationshintergrund standen fast 10qm mehr zur Verfügung. Im untersuchten Zeitraum verbesserten sich beide Gruppen um jeweils einen Quadratmeter.

Abbildung 5-1: Durchschnittliche Wohnfläche je Familienmitglied nach Migrationshintergrund in m² (2006, 2010)



Quelle: Integrationsmonitoring der Länder 2005-2013: G2. Eigene Darstellung.

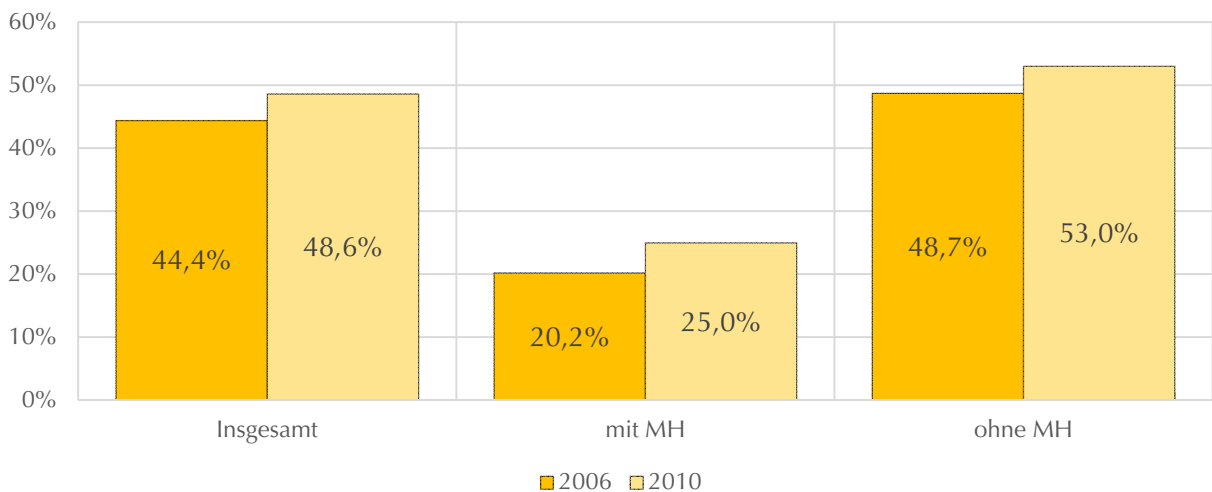


5.2 Eigentümerquote nach Migrationshintergrund

Die Eigentümerquote, als Anteil der von Eigentümerinnen und Eigentümern selbst bewohnten Wohnungen an allen bewohnten Wohnungen in Wohngebäuden, indiziert mehr als das bloße Wohnverhältnis. Sie lässt sich einerseits als Indikator für die Einkommenssicherheit und den sozialen Status einer Bevölkerungsgruppe begreifen. Zum anderen handelt es sich mit Bezug auf Migranten beim Erwerb von Wohneigentum um eine Investition in die Aufnahmegesellschaft, die auf eine längerfristige Eingliederungsperspektive verweist. Der Eigentumserwerb stärkt zudem die Identifikation mit dem Wohnviertel und trägt durch die Verringerung der Fluktuation auch zur Stabilisierung von Wohngebieten bei.

Schaut man zunächst auf die absoluten Werte, stellt man fest, dass die Eigentümerquote bei den Personen ohne Migrationshintergrund mehr als doppelt so hoch liegt wie bei der Vergleichsgruppe (*Abbildung 5-2*). Die deutlichen Unterschiede zwischen den Bevölkerungsgruppen sind u. a. darauf zurückzuführen, dass viele einheimische Deutsche Eigentum vererbt bekommen. Die hohe Quote liegt demzufolge nicht nur darin begründet, dass viele einheimische Personen Wohneigentum erwerben.

Abbildung 5-2: Eigentümerquote nach Migrationshintergrund (2006, 2010)



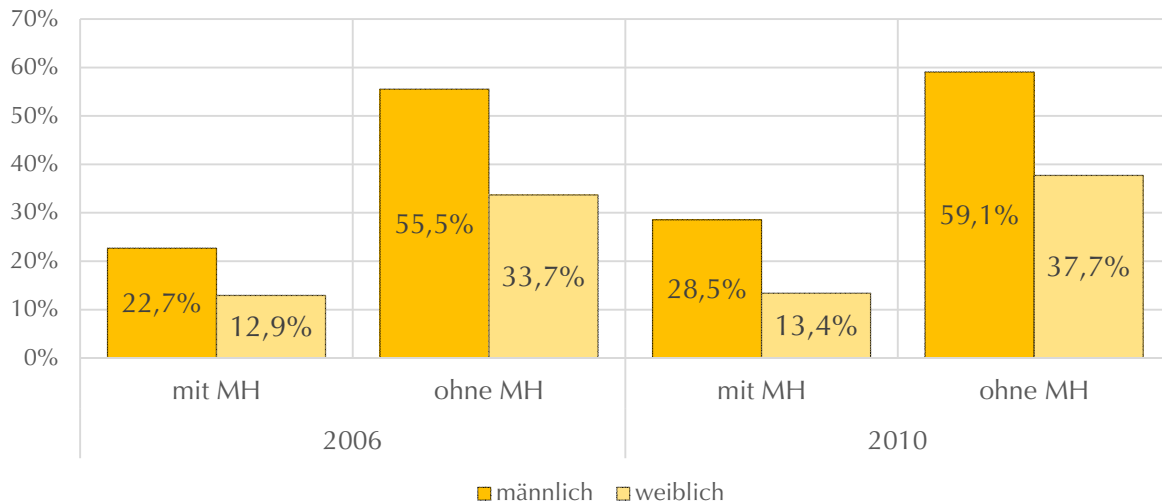
Quelle: Integrationsmonitoring der Länder 2005-2013: G1. Eigene Darstellung.

Männer sind deutlich häufiger Eigentümer als Frauen (*Abbildung 5-3*). Der Unterschied zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund wird auch hier deutlich. Während in den beiden betrachteten Jahren die Eigentümerquote der Frauen mit Migrationshintergrund bei 13% stagnierte, waren 2006 knapp 23% und 2010 schon 28,5% der Männer Eigentümer.



Ein ähnliches Missverhältnis besteht im Übrigen auch in der Gruppe der Personen ohne Migrationshintergrund: Bei den Männern lag die Eigentümerquote hier bei 55,5% (2006) beziehungsweise bei 59,1% (2010), wohingegen Frauen die deutlich geringeren Werte aufwiesen (33,7 % im Jahr 2006 und 37,7% in 2010).

Abbildung 5-3: Eigentümerquote nach Migrationshintergrund und Geschlecht (2006, 2010)



Quelle: Integrationsmonitoring der Länder 2005-2013. Eigene Darstellung.



Teil III: Integrationspolitische Strukturen

6 Einführung, Aufgabenstellung und Vorgehensweise

Ein viel gehörtes Schlagwort im integrationspolitischen Diskurs lautet: Integration findet vor Ort statt. Vor Ort, das sind die Städte und der ländliche Raum. Im vorliegenden Bericht geht es um **Strukturen in bayerischen Groß- und Mittelstädten sowie in Kleinstädten** im ländlich geprägten Raum, die Integration fördern und unterstützen. Integrationspolitische Strukturen sind sowohl **politisch-kommunale wie zivilgesellschaftliche** Institutionen, Organisationen, Ressourcen und Aktivitäten für Integration.

Integrationspolitische Strukturen haben eine Geschichte, Tradition und Entwicklung, die in Deutschland im Grunde mit der Gastarbeitermigration in den 60er Jahren beginnt. Sie stellen eine gesellschaftliche Antwort auf Herausforderungen dar, die mit der Zuwanderung neuer Bevölkerungsgruppen jeweils entstehen. Mit der enormen Zuwanderung von Flüchtlingen nach Deutschland und Bayern seit dem Jahre **2015 sind neue Herausforderungen** entstanden, auf die Staat, Kommunen und Gesellschaft mit neuen Maßnahmen und Initiativen geantwortet haben.

Integrationspolitische Strukturen gibt es in allen Kommunen und in unglaublich großer Zahl und Vielfalt. Um die Aufgabe bewältigbar zu machen, musste im Rahmen der Berichtserstellung zunächst eine gezielte **Auswahl von Kommunen** getroffen werden. Es wurde entschieden, vier Großstädte und jeweils zwei Mittel- und Kleinstädte in allen sieben Regierungsbezirken zu untersuchen, um die Vielfalt Bayerns abzubilden. Als Großstädte gelten Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern, als Mittelstädte solche mit mehr als 40.000 Einwohnern; als Kleinstädte werden Kommunen mit weniger als 40.000 Bewohnern verstanden.

Für die vorgenommene Einteilung der Stadtgrößen spricht folgende Argumentation: Unbestritten in der Literatur ist zunächst, dass Städte mit einer Einwohnerzahl von über 100.000 als Großstädte bezeichnet werden, obwohl ja auch dies nur eine definitorische Festlegung ist. Problematisch und umstritten ist die Abgrenzung von Mittel- und Kleinstädten. Die konventionelle Definition von Mittelstadt bezieht sich auf Einwohnerzahlen von 20.000 bis 100.000. Wir konnten jedoch feststellen und gehen davon aus, dass es in Hinsicht auf integrationspolitische Strukturen eine große Varianz innerhalb dieses Korridors gibt. Bei deren Nichtbeachtung drohen relevante Strukturunterschiede aus dem Blickfeld zu geraten. So hat z. B. die Stadt Bamberg mit rund 73.000 Einwohnern eine durch den Stadtrat und die Stadtverwaltung stark geprägte Integrationsstruktur, während in Lichtenfels mit rund 20.000 Einwohnern Integration stark zivilgesellschaftlich bestimmt ist. Letztlich müssen solche Kategorisierungen wie Groß-, Mittel- oder Kleinstadt sich analytisch bewähren.



In Bezug auf Einwohnerzahlen, Ausländeranteil, Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund sowie Arbeitslosenquoten werden die jeweils aktuellsten verfügbaren Daten verwendet. Für die Einwohnerzahlen der Städte wird standardmäßig auf die Fortschreibung des Zensus 2011 für das Jahr 2015, nach Angaben des Bayerischen Landesamts für Statistik, zurückgegriffen. Sind aktuellere Zahlen der Einwohnermelderegister der Städte verfügbar, wie das vor allem bei den Großstädten der Fall ist, wird auf diese Bezug genommen. Der Ausländeranteil und die häufigsten Herkunftsländer beruhen in der Regel ebenfalls auf Fortschreibungen des Zensus 2011 für das Jahr 2015. Ausnahmen sind, wie auch bezüglich der Einwohnerzahlen, explizit gekennzeichnet. In Bezug auf den Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund werden mit alleiniger Ausnahme der Großstädte, für die aktuellere Daten verfügbar sind, Angaben des Zensus 2011 verwendet. Für die Arbeitslosenquoten wird einheitlich auf Angaben der Agenturen für Arbeit zurückgegriffen. Der Jahresdurchschnitt wurde auf dieser Grundlage durch eigene Berechnungen ermittelt. Für wenige Städte musste bei Ausländerzahlen und Migrationshintergrund als Annäherung auf Landkreisdaten zurückgegriffen werden.

Die Liste der ausgewählten Städte befindet sich in Anhang II.

In Bezug auf die untersuchten Großstädte ist es von besonderem Interesse, zu wissen, in welcher Weise der Bereich der Integration als kommunale Kernaufgabe gewertet wird. Wenig Überblick hat man bisher über die Strukturen in Mittel- und Kleinstädten, so dass hier mit vorliegender Untersuchung Neuland betreten wird. Die große Vielfalt von Strukturen und Aktivitäten in **Großstädten** macht es notwendig, sich bei der Darstellung von Strukturen und Aktivitäten auf solche zu beschränken, die in bestimmter Weise eine vorbildliche und im ganzen Freistaat auch für Nicht-Großstädte **nachahmenswerte Praxis** darstellen. Hingegen ist bei den **Klein- und Mittelstädten** vor allem wichtig, zu erfahren, **welche Strukturen überhaupt** vorhanden sind.

In **methodischer Hinsicht** musste zunächst operationalisiert werden, was unter „**integrationspolitischen Strukturen**“ verstanden werden soll und wie man diese empirisch erfassen kann. Integrationspolitische Strukturen sind Institutionen und Organisationen mit ihren Ressourcen, Positionen und Rollen, die ausschließlich oder mit einer ihrer Hauptaufgaben für die Integration von Zuwanderern arbeiten.

Wir unterscheiden bei den integrationspolitischen Strukturen zunächst eine **kommunalpolitisch-verwaltungsmäßige Ebene** und eine zivilgesellschaftliche. Zur ersten gehören die Führung der Stadt und der Stadtrat mit seinen Ausschüssen. Für die Verwaltung ist zu prüfen, ob es spezielle Strukturen und/oder Positionen für Integration gibt oder Integrationsfragen im Rahmen existierender Strukturen, z. B. in Sozialreferaten, bearbeitet werden. Ein weiterer Untersuchungsaspekt ist, ob Integration eher in einer **speziellen Abteilung** oder einem Amt als



Querschnittsaufgabe oder nach beiden Prinzipien organisiert ist. Wichtig ist, im politischen Raum zu prüfen, ob, und wenn ja, welche Strukturen existieren, die eine Beteiligung der Vertreter von Migrantinnen und Migranten ermöglichen. In Bezug auf die Führung der Stadt hat die integrationspolitische Forschung bestätigt, dass die Rolle des Bürger- oder Oberbürgermeisters in der Integrationspolitik großes Gewicht hat. Gefragt werden muss also: Ist Integration Chefsache oder eher nicht?

In Bezug auf die **zivilgesellschaftliche Ebene** integrationspolitischer Strukturen müssen zentrale Akteure und Ressourcen identifiziert werden, d. h. die Arbeit von Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Vereinen, Stiftungen, Migrantenorganisationen sowie von Initiativen, die in der Flüchtlingskrise als Helferstrukturen bekannt geworden sind.

Viele Maßnahmen und Projekte in den Kommunen, von denen wir berichten, sind die lokale Realisierung von **Programmen**, die das **Land oder der Bund** aufgelegt haben und finanzieren. Als Beispiele können die Integrationskurse des Bundes oder das Programm der Staatsregierung zur professionellen Koordination ehrenamtlicher Helferkreise in der Flüchtlingskrise genannt werden. Um aber diese Programme auf kommunaler Ebene realisieren zu können, bedarf es lokaler Initiativen und Maßnahmen, welche damit auch die kommunale Integrationspolitik widerspiegeln.

Der Bericht arbeitet mit folgenden definitorischen Festlegungen: Unter **Maßnahmen** sollen bestimmte Ziele, Handlungen und Ressourcen für Integration in definierten Bereichen von relativer Dauer verstanden werden. **Projekte** dagegen sind zeitlich begrenzte Aktivitäten integrationspolitischer Akteure in der Stadt zur Erreichung definierter Ziele. Sie können aus Mitteln der Stadt oder extern durch Akquisition von Fördermitteln finanziert sein. Als **Bereiche der Integrationspolitik** werden verstanden:

- ▶ Rechtsstaat, Verwaltung und Sicherheit
- ▶ Sprache
- ▶ Wohnen
- ▶ Arbeit
- ▶ Bildung
- ▶ Gesundheit
- ▶ Umgang mit Vielfalt, Wertebildung
- ▶ Ehrenamt, freiwilliges Engagement
- ▶ Öffentlichkeitsarbeit für Integration.

Diese Liste ist als Prüfliste zu verstehen. Es ist keineswegs erwartbar, dass in untersuchten Kommunen Maßnahmen und Projekte in allen diesen Bereichen vorzufinden sind.



Im Bereich der **Flüchtlingspolitik** wird in Bezug auf Strukturen, Maßnahmen und Projekte mit folgender Prüfliste gearbeitet:

- ▶ Zuständigkeiten in Politik und Verwaltung
- ▶ Zivilgesellschaft, Helferstrukturen
- ▶ Maßnahmen
- ▶ Projekte.

Den verschiedenen Untersuchungsbereichen in der Stadt wird ein kurzes Stadtprofil vorangestellt, das Basisinformationen über die Stadt enthält. Das in der Studie verwandte **Memo zur Anfertigung der Städteberichte** ist im Anhang II abgebildet.

Wegen der großen Menge integrationspolitischer Maßnahmen und Projekte musste die Untersuchung weitgehend auf Internetrecherchen basieren; hinzu kommen Leitfaden gestützte Experteninterviews mit (möglichst) zwei Personen aus jeder Stadt, von denen eine einen Migrationshintergrund haben sollte. Eine Liste der in den Städten jeweils interviewten Personen ist im Anhang abgebildet. Im Interesse der Lesbarkeit der Studie wird im Allgemeinen auf die Angabe der jeweiligen Internetquellen verzichtet. Sie sind im Internet leicht nachvollziehbar.

Der **Anspruch dieser Studie** muss sich auf den eines ersten **Überblicks über die integrationspolitische Landschaft in Bayern** beschränken. Die integrationspolitischen Strukturen einer einzigen Stadt systematisch und im Detail zu erfassen könnte bereits die vollständige Aufgabenstellung für ein einzelnes Projekt abgeben. Solche Einzelstudien anzufertigen sehen wir als wichtige Aufgabe weiterer Integrationsforschung. Sie sind nicht gleichzusetzen mit Integrationsberichten, wie sie von einzelnen Städten, wie z. B. Regensburg oder Ingolstadt, vorgelegt wurden. Der Anspruch eines Überblicks muss weiterhin relativiert werden angesichts der vielen Tausenden von Integrationsmaßnahmen und -projekten, die es in Bayern gibt, deren genaue Zahl aber nicht bekannt ist. Bei den Projekten können wir daher auch nur integrationspolitisch interessante Beispiele geben. Es ist daher insgesamt davon auszugehen, dass uns in den untersuchten Städten verschiedene integrationspolitische Strukturen und Aktivitäten nicht bekannt wurden.

Im Allgemeinen werden Politiken, Maßnahmen und Projekte im Rahmen des Berichts nicht mit den Namen von Personen, sondern jeweils nur mit Positionen und Funktionen in Verbindung gebracht. Zahlreiche staatlich geförderte Maßnahmen, sei es auf Landes- oder Bundesebene, die in den Städten und Gemeinden vorhanden sind, konnten nicht durchgängig Erwähnung finden. Besonders zu erwähnen sind jedoch die vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration geförderten, flächendeckend angebotenen Maßnahmen der Asylsozialberatung (Finanzierung 2017: 23 Mio. Euro) sowie der Migrationsberatung (Finanzierung: Bund ca. 7,0 Mio. Euro in 2017, Bayern ca. 7 Mio. Euro/Jahr). In



diesem Zusammenhang sind zudem die vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration geförderten und im Bericht genannten Ehrenamtskoordinatoren Asyl (Fördervolumen 2017: 2,5 Mio. Euro) zu nennen. Gesondert erwähnenswert ist auch die von der Staatsregierung mit der bayerischen Wirtschaft und der Bundesagentur für Arbeit abgeschlossene Vereinbarung „Integration durch Ausbildung und Arbeit“ (Anteil des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration am Fördervolumen 2017: insgesamt ca. 10 Mio. Euro). Im Rahmen dieser Initiative werden Ausbildungsakquisiteure für Flüchtlinge (Fördervolumen 2017: ca. 1,6 Mio. Euro) und Jobbegleiter (Fördervolumen 2017: ca. 3,45 Mio. Euro) gefördert.

Darüber hinaus enthält der Vierte Bericht der Bayerischen Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern im Kapitel 11 – Menschen mit Migrationshintergrund eine breite und aktuelle Darstellung der Handlungsziele und zahlreichen Maßnahmen der Bayerischen Staatsregierung im Bereich Integration und Asyl. Der Bericht ist abrufbar unter www.stmas.bayern.de/sozialpolitik/sozialbericht/vierter-bericht.php.

Abschließend ist auch Folgendes zu bedenken: Über die Wirksamkeit von Integrationspolitik können letztlich nur **Evaluationen** etwas Abgesichertes aussagen, die nach wissenschaftlichen Kriterien und Verfahren durchgeführt werden. Solche Evaluationen sind ganz selten in der integrationspolitischen Landschaft vorzufinden und können auch nicht im Rahmen dieser Studie geleistet werden.

Im Folgenden stellen wir zunächst die Ergebnisse für die vier Großstädte Augsburg, Ingolstadt, Nürnberg und Regensburg dar, gefolgt von den Darstellungen der Strukturen in Mittel- und Kleinstädten. Für jeden Städtebereich wird ein Fazit angefertigt und in einer Konklusion zusammengeführt.



7 Integrationspolitische Strukturen in Großstädten

7.1 Augsburg

Die Stadt Augsburg zählt im Jahr 2016 rund 293.400 Einwohner. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund liegt bei 45,3% und ist somit im deutschlandweiten Vergleich einer der höchsten. In der Stadtverwaltung rechnet man damit, dass Augsburg zusammen mit Frankfurt und Stuttgart zu den ersten Städten gehören wird, welche die 50%-Marke beim Anteil der Personen mit Migrationshintergrund erreichen werden. 19,4% der Personen mit Migrationshintergrund stammen aus Mitgliedstaaten der EU. Die häufigsten Bezugsländer sind die Türkei und Rumänien. Der Ausländeranteil, ebenfalls für 2016, beträgt 21,2%. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote für das Jahr 2016 liegt bei rund 6%.

In der Tradition des Augsburger Religionsfriedens von 1555 bezeichnet sich Augsburg als Friedensstadt und begründet daraus eine besondere historische Verpflichtung für den Umgang mit unterschiedlichen Religionen und Diversität insgesamt.

7.1.1 Integrationspolitische Strukturen in der Stadt

Politische Strukturen und Verwaltung

2007 wurde durch den Stadtrat Augsburgs ein Weißbuchprozess in Gang gesetzt, aus dem 20 Grundsätze für eine Integrationspolitik „Eine Stadt für alle“ hervorgingen, welche zu einem verbindlichen und referatsübergreifenden Integrationsleitbild der Stadt führen sollten. Die Grundsätze beinhalteten ein ganzheitliches Konzept von Integration, welches nicht nur auf die Integration von Migrantinnen und Migranten abzielte, sondern auch die gesellschaftliche Alterung sowie die generelle Diversifizierung der Lebensstile mit in das Blickfeld nahm. Jedoch wurde die Entwicklung eines Leitbildes unterbrochen; gegenwärtig bemüht sich die Stadt darum, diesen Prozess wieder in Gang zu setzen und dabei das Bild von Augsburg als Friedensstadt als Leitmotiv aufzunehmen.

Integration wird in Augsburg als Querschnittsaufgabe angesehen. Zusätzlich wurde eine Fachstelle für Integration und Interkulturelle Arbeit im Referat des Oberbürgermeisters geschaffen. Nach den Kommunalwahlen 2014 setzte jedoch ein Umstrukturierungsprozess ein, infolge dessen die Fachstelle in das neu geschaffene **Büro für Migration, Interkultur und Vielfalt** überführt wurde. Die zentralen Aufgabenbereiche der Fachstelle wie die referatsübergreifende Koordination im Bereich Integration sowie das Integrationsmonitoring blieben bestehen. Mit der Umstrukturierung ging auch die Ansiedelung des Bereiches Migration und Interkultur bei einem gesonderten **Referenten für Umwelt, Nachhaltigkeit und Migration** einher,



dem das Büro für Migration, Interkultur und Vielfalt unterstellt ist. Geleitet wird das Büro von der **Integrationsbeauftragten** der Stadt. Diese entwickelt aktuell auch ein Integrationskonzept für die Stadt. Außerdem besteht im Kulturreferat, im Sinne des Augsburger Selbstverständnisses als Friedensstadt, das **Friedensbüro**, welches u. a. den interreligiösen Dialog in der Stadtgesellschaft befördern soll.

Im Stadtrat befasst sich der **Ausschuss für Organisation, Personal, Migration und Interkultur** mit Themen der Integration. Zur Vertretung der Anliegen von Migrantinnen und Migranten wurde bereits 1974 ein Ausländerbeirat gegründet, welcher seit 2009 als **Integrationsbeirat** fortbesteht. Er berät den Stadtrat und unterstützt Migrantenvereine in Augsburg. Die Geschäftsführung des Integrationsbeirats liegt beim Büro für Migration, Interkultur und Vielfalt. Der Integrationsbeirat soll in seiner Zusammensetzung die Heterogenität der Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund widerspiegeln. Dazu wurden 24 Mitglieder gewählt.

Zivilgesellschaft

Die **Wohlfahrtsverbände Caritas und Diakonie** sind insbesondere in der Beratung von Migrantinnen und Migranten aktiv. Beide bieten eine Beratung für Erwachsene an. Zur Diakonie gehört darüber hinaus das Angebot eines Jugendmigrationsdiensts. Auch das Kolping-Bildungswerk hat ein solches Angebot. Seit 2010 existiert das **Interkulturelle Netzwerk Altenhilfe** der Arbeiterwohlfahrt (AWO), welches nach Ende der Pilotphase des Projekts von der Stadt Augsburg gefördert wird und sich primär an ehemalige türkischstämmige Gastarbeiter richtet.

Zahlreiche Augsburger Vereine sind in der Integration von Personen mit Migrationshintergrund aktiv. Eine herausragende Rolle spielt hierbei der **Verein Tür an Tür**, welcher 1992 gegründet wurde, um vor dem Hintergrund einer angespannten gesellschaftlichen Lage Flüchtlinge zu unterstützen sowie das gesellschaftliche Klima und die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Integration zu verbessern. Seitdem führte der Verein zahlreiche Projekte durch. Aktuell koordiniert er zum Beispiel das IQ-Landesnetzwerk Bayern MigraNet, welches Teil des bundesweiten Förderprogramms „Integration durch Qualifizierung“ ist und das Ziel verfolgt, die Arbeitsmarktsituation von Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern. Der aktuelle Referent für Umwelt, Nachhaltigkeit und Migration war zuvor Geschäftsführer des Vereins Tür an Tür.

In Augsburg ist ein weites Spektrum an **Migrantenorganisationen** aktiv, welche durch die Stadt in Form von Räumlichkeiten und Projektkooperationen unterstützt werden. Eine zentrale Rolle spielt hierbei der 1978 gegründete Mesopotamien-Verein, welcher unter anderem in Form der Interkulturellen Akademie Augsburg einen Beitrag zur Integration leistet.



7.1.2 Beispiele für Maßnahmen der Integrationspolitik

Zur Bündelung von migrationsspezifischen Informations- und Beratungsangeboten wurde 2012 das bis März 2015 vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und dem Europäischen Integrationsfonds geförderte Integrationszentrum Augsburg (IZA) gegründet, welches nach Auslauf der Förderung als Zentrum für interkulturelle Beratung (zib) fortbesteht. Das u. a. von dem Verein Tür an Tür, der Caritas, der Diakonie und dem Mesopotamien-Verein getragene Zentrum soll als zentrale Anlaufstelle für Neuzugewanderte und Personen mit Migrationshintergrund dienen und zu einer Vernetzung der beteiligten Akteure beitragen.

Um die lokalen ehrenamtlichen Strukturen zu fördern und zu koordinieren, hat die Stadt Augsburg 2002 ein Bündnis für Bürgerengagement, Ehrenamt und Freiwilligenarbeit, das „**Bündnis für Augsburg**“ gegründet, welches Bürger, Verwaltung, Politik und Wirtschaft zusammenbringt. Dieses Bündnis führt auch eine Reihe von Projekten im Bereich Integration durch.

Das Friedensbüro der Stadt Augsburg hat neben Projekten wie der Vortragsreihe „Zusammen leben – Augsburger Reden zu Vielfalt und Frieden in der Stadtgesellschaft“ auch einen **Runden Tisch der Religionen** initiiert, welcher gemeinsam von der Stadt und den beteiligten Religionsgemeinschaften organisiert wird. Dieser soll zu einem friedlichen Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Religionen in Augsburg beitragen.

Nicht nur verleiht die Stadt Augsburg seit 1985 im Dreijahresrhythmus den Augsburger Friedenspreis, sondern seit 1995 auch gemeinsam mit dem Verein Forum Interkulturelles Leben und Lernen (FiLL) und der Universität jährlich den „**Augsburger Wissenschaftspreis für Interkulturelle Studien**“. In Kooperation mit FiLL und anderen Akteuren hat die Stadt außerdem den Arbeitskreis Flucht und Gesundheit ins Leben gerufen, der eine bessere gesundheitliche Erstversorgung von Flüchtlingen anstrebt.

Augsburg ist darüber hinaus in der Präventionsarbeit als kommunales Netzwerk gegen Salafismus aktiv. Die Maßnahme „**Aufbau von kleinräumigen Netzwerken in Augsburg zur Prävention von Salafismus**“ startete am 01. September 2016. Ihr vorrangiges Ziel ist die Vernetzung in kleinräumigen Bezirken (nicht stadtweit), da es in kleinen Einheiten einfacher sei, eine vertrauensvolle Verständigung und Zusammenarbeit aufzubauen, die dazu führe, dass sich die beteiligten Akteure mit dem Netzwerk identifizieren. Mithilfe von Informations- und Fortbildungsmaßnahmen soll über religiös begründete Radikalisierung aufgeklärt und bei regelmäßigen Treffen gegenseitige Vorurteilhaftigkeit abgebaut werden. Daneben ist Augsburg Sitz der landesweiten Fachstelle zur Prävention von religiös begründeter Radikalisierung (ufuq.de). Der bayerische Ableger des bundesweiten Netzwerks wurde im August 2015 im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration



eingrichtet. Der Verein berät Einrichtungen der Bildungs- und Jugendarbeit, der kommunalen Verwaltung und zivilgesellschaftliche Akteure zur Prävention religiös begründeter Radikalisierungen sowie zum Umgang mit demokratie- und freiheitsfeindlichem Gedankengut.

7.1.3 Beispiele für Projekte der Integrationspolitik

Der Deutsche Kinderschutzbund Augsburg ist im Rahmen des „Bündnis für Augsburg“ Träger des seit 2003 bestehenden, von der Stadt Augsburg unterstützten und mehrfach ausgezeichneten Projekts „**Stadtteilmütter**“, welches zum Ziel hat, die Sprachentwicklung von Kindern mit Migrationshintergrund zu fördern. Hierbei soll die Muttersprache gleichwertig zur deutschen Sprache gefördert werden. Zweisprachige Mütter werden als Multiplikatorinnen qualifiziert, um anschließend als Vermittlerinnen zwischen den Bildungseinrichtungen und weniger integrierten anderen Eltern zu dienen.

Außerdem hat die Stadt Augsburg im Rahmen des „Bündnis für Augsburg“ ein anonymes **Sorgentelefon** für Familien mit türkischer und russischer Muttersprache eingerichtet, bei dem Freiwillige als „interkulturelle Botschafter“ unter Umständen an bestehende Hilfsangebote weitervermitteln können. Aus dem Sorgentelefon erwuchs das Projekt „**Muslimische Seelsorge Augsburg (MUSA)**“, welches dachverbandsübergreifend Seelsorge in verschiedenen Sprachen anbietet. Das seit 2015 bestehende Projekt „**Willkommens- und Anerkennungskultur in Augsburg (WAKA)**“ wird mit Fördermitteln der EU finanziert. Hierbei entwickelt die Stadt Augsburg in Kooperation mit weiteren im Bereich der Integration relevanten Akteuren Maßnahmen, um in Augsburg die Umsetzung einer Willkommens- und Anerkennungskultur zu stärken. Dies soll durch die vier Säulen kommunales Integrationsmanagement, Vernetzung und Teilhabe, Projekt- und Qualitätsmanagement und Willkommensangebote für die Arbeits- und Wirtschaftswelt sichergestellt werden.

Das Projekt „**Heroes**“, welches durch den Augsburger Verein Brücke getragen und die Stadt Augsburg sowie das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration gefördert wird, geht auf ein ursprünglich in Schweden initiiertes und ab 2007 auch in Deutschland etabliertes Projekt zurück und besteht seit 2012 in Augsburg. Das Projekt richtet sich an Jugendliche aus sogenannten Ehrenkulturen und verfolgt das Ziel, repressives und gewalttätiges Handeln „im Namen der Ehre“ zu vermeiden. Hierfür werden auf freiwilliger Basis in wöchentlichen Workshops und Schulungen interessierte Jugendliche von Gruppenleitern, welche ebenfalls über einen Migrationshintergrund verfügen, dazu angeregt, sich mit Themen wie Ehre, Gleichberechtigung und Männlichkeit auseinanderzusetzen. Die ausgebildeten „Heroes“ sollen die so erlangten Kenntnisse im Anschluss an andere Jugendliche weitergeben und dabei als Rollenvorbilder dienen.



Seit Februar 2016 nimmt Augsburg an dem durch das Bayerische Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst geförderten Pilotprojekt „InGym“ teil. Hierbei werden besonders begabte Schülerinnen und Schüler mit Migrations- und Fluchthintergrund sprachlich gefördert, um dann auf dem Gymnasium am Regelschulunterricht teilnehmen zu können.

7.1.4 Strukturen, Maßnahmen und Projekte in der Flüchtlingspolitik

Zuständigkeiten in Politik und Verwaltung

Das Asylreferat der Stadt ist beim dritten Bürgermeister angesiedelt. Generell sind aber zahlreiche Referate in unterschiedliche Bereiche der Flüchtlingsintegration eingebunden. Dies betrifft vor allem das Sozialreferat, das Referat für Integration, das Bildungsreferat und das Ordnungsreferat. Wie im Bereich der Integration von Personen mit Migrationshintergrund wird hierbei ein referatsübergreifender Ansatz verfolgt.

Insgesamt möchte die Stadt in Bezug auf die Flüchtlingspolitik die bestehenden Strukturen nutzen, diese jedoch gegebenenfalls modifizieren und ausbauen. So nimmt das Büro für Migration, Interkultur und Vielfalt auch bei der Integration von Flüchtlingen eine zentrale und koordinierende Rolle ein. Außerdem solle eine bessere Verknüpfung und Abstimmung kommunaler und ehrenamtlicher Angebote vorgenommen werden. In diesem Zusammenhang arbeitet die Stadt mit dem Verein Tür an Tür zusammen und unterstützt weitere private Initiativen.

Akteure, Maßnahmen und Projekte

Wichtige Akteure sind in der Flüchtlingshilfe die **Diakonie** und die **Caritas**, welche Asylberatungen vornehmen und, wie weiter unten ersichtlich, noch in zahlreichen weiteren Projekten aktiv sind. Augsburger Bürger können sich im **Büro für bürgerschaftliches Engagement** der Stadt sowie dem vereinsgetragenen **Freiwilligen-Zentrum** über Möglichkeiten des Engagements in der Flüchtlingshilfe beraten lassen. Letzteres bietet auch spezielle Schulungen in diesem Bereich an.

Auch in Bezug auf das zivilgesellschaftliche Wirken in der Flüchtlingspolitik gilt, dass bestehende Strukturen genutzt werden. So ist der Verein **Tür an Tür** auch bei der Integration von Flüchtlingen ein präsender Akteur. Beispielsweise koordiniert er mit dem Projekt „FLUEQUAL-Kompetenzbilanz für Migrant/inn/en“ berufliche Qualifizierungsangebote für Flüchtlinge und Asylsuchende.



Die **IHK Schwaben** fördert die Integration von Flüchtlingen in Ausbildungs- und Arbeitsmarkt in Form von unterschiedlichen Projekten. Zu nennen ist hierbei das Pilotprojekt „Junge Flüchtlinge in Ausbildung“, welches Schülerinnen und Schüler im zweiten Jahr von Flüchtlingsklassen in Berufsschulen in Praktikumsplätze vermittelt. Darüber hinaus bietet die IHK Schwaben einen Informationsservice für Unternehmer und Asylsuchende mit hoher Bleibeperspektive an. Außerdem veranstaltet die IHK Schwaben Tagesseminare für Betriebe zum Thema „Betriebliche Integration von Flüchtlingen“. Diese richten sich an Ausbildungs- und Personalverantwortliche, die im täglichen Umgang mit Flüchtlingen geschult werden möchten. Hierbei wird für kulturelle Unterschiede sensibilisiert und werden Hilfestellungen zur Überwindung sprachlicher Barrieren gegeben.

Diakonie und Caritas richteten in einer Kooperation das **Hilfsnetzwerk für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge (HiFF)** ein. Dieses zielt auf die Unterstützung von erwachsenen Flüchtlingen mit traumatischen Erfahrungen bzw. psychischen Erkrankungen ab. Dazu ist das HiFF auch um eine Vernetzung der beteiligten Akteure in der Stadt sowie um den Aufbau eines Therapeutennetzwerks bemüht. Gefördert wird das Projekt u. a. durch den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds sowie das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration (StMAS).

Augsburg nimmt als Pilotstadt an dem Projekt „**Integreat**“ teil. Hierbei handelt es sich um eine u. a. durch Augsburger Studierende und Flüchtlinge entwickelte kostenlose App, welche Flüchtlingen als Orientierungs- und Alltagshilfe beim Ankommen in einer neuen Stadt dienen soll, indem über die App notwendige Informationen über die kommunalen Strukturen vermittelt werden. So können alle Hilfsorganisationen Informationen in eine offene Plattform eingeben. Diese wird im Sozialreferat der Stadt geprüft, von ehrenamtlichen Dolmetschern übersetzt und von Informatikern auf die App überspielt. In Augsburg existiert die App bisher auf Deutsch, Englisch, Arabisch und Farsi.

Im Rahmen des studentischen Projekts „**Law Clinic Augsburg**“, werden seit Beginn des Jahres 2015 kostenlose Rechtsberatungen im Bereich Ausländer- und Asylrecht angeboten. Aktuell wird das Projekt um eine „Language Clinic“ erweitert. Hierfür werden Studierende zunächst in den Grundlagen des Asylrechts und in ihren interkulturellen Kompetenzen geschult, um anschließend als Übersetzer und Dolmetscher fungieren zu können. Die Initiative kooperiert, insbesondere in Form von Vermittlungen, mit der Stadt Augsburg.

Sehr erfolgreich ist außerdem das Integrationsprojekt „**Grandhotel Cosmopolis**“. Hierbei handelt es sich um ein kombiniertes Wohn- und Kunstprojekt. Genutzt wurde ein leer stehendes Altenheim, welches ab 2011 zunächst als kulturelle Begegnungsstätte etabliert wurde. 2013 wurde das Haus unter großer Beteiligung von Ehrenamtlichen umgebaut und renoviert, sodass es noch im selben Jahr seine Funktion als Begegnungsort für Augsburger „mit und ohne Asyl“



aufnehmen konnte. Die Kunst wird hierbei als wichtiges Bindeglied verstanden, was durch zahlreiche künstlerische Interventionen, wie zum Beispiel die Workshopreihe „Going Beyond Borders“, gestärkt wird. Durch künstlerische Ausdrucksformen soll die Möglichkeit eröffnet werden, die Zeit des Wartens zur Persönlichkeitsentwicklung zu nutzen. Verschiedene Akteure sind an dem Projekt beteiligt: Der Verein Grandhotel Cosmopolis war Entwickler der Idee und mietet die „Hotelbereiche“, die Gästen „ohne Asyl“ zur Verfügung gestellt werden, sowie die Ateliers und die Café Bar an. Die Regierung von Schwaben ist Mieterin der Räume, in denen Asylsuchende wohnen. Die Diakonie ist Hauseigentümerin und hat den Umbau vorfinanziert. Außerdem bietet sie im Grandhotel Flüchtlingsberatung an.

Auch das unter der Beteiligung von Diakonie und Caritas durchgeführte Projekt „Mov’In“ kooperiert mit dem Grandhotel Cosmopolis. Ehrenamtliche unterstützen dabei Flüchtlinge und auszugsberechtigte Asylsuchende bei der Wohnungssuche. So helfen sie bei der Vermittlung der Wohnung sowie dem Kontaktaufbau mit den Vermietern und leisten eine Nachbetreuung nach dem Auszug. Außerdem werden Informationsveranstaltungen für Flüchtlinge zu rechtlichen Rahmenbedingungen des Wohnens abgehalten.

7.2 Ingolstadt

Ingolstadt hat im Jahr 2015 rund 133.300 Einwohner. Der Ausländeranteil liegt bei 17,1%, während der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund 42,8% beträgt. Das häufigste Herkunftsland der ausländischen Bevölkerung ist die Türkei, aus der ein Fünftel der Personen stammt. Viele Ausländer kommen zudem aus Rumänien und Griechenland.¹¹ Die durchschnittliche Arbeitslosenquote für das Jahr 2016 beträgt für die Stadt 3,1%.

Als Standort für Audi verfügt die Stadt über einen überdurchschnittlich hohen Anteil an hoch qualifizierten Migranten.

7.2.1 Integrationspolitische Strukturen in der Stadt

Politische Strukturen und Verwaltung

In Ingolstadt gilt Integration schon seit einigen Jahren als **Chefsache**, was dadurch verstärkt wird, dass der aktuelle Oberbürgermeister der frühere Integrationsbeauftragte der Stadt ist.

¹¹ Alle Angaben beruhen auf dem Einwohnermelderegister der Stadt Ingolstadt zum 31.12.2015 und gelten für Personen, die ihren Hauptwohnsitz in der Stadt haben. Die Berechnungen wurden durch das Hauptamt, Sachgebiet Statistik und Stadtforschung durchgeführt. [http://www.ingolstadt.de/media/custom/465_1978_1.PDF?1476366244; www.statistik.ingolstadt.de]



Die Stelle des Integrationsbeauftragten wurde 2006 im Referat des Oberbürgermeisters geschaffen. Diese soll im Bereich der Integration als Koordinierungsstelle sowohl innerhalb der Stadtverwaltung als auch zwischen der Stadt und freien Trägern fungieren und ein Netzwerk mit den Akteuren der Integrationsarbeit aufbauen. Darüber hinaus hat die Stelle für den Stadtrat eine beratende Funktion und erarbeitet Vorschläge für eine lokale Integrationsstrategie. Weiterhin sind verschiedene Ämter, wie das Kulturamt, das Jugendamt, das Gesundheitsamt und das Amt für Soziales, mit dem Thema Integration befasst.

In den **Leitlinien zur Integration** wird Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe und als wechselseitiger Prozess aufgefasst. Ingolstadt versteht sich darin als weltoffene Stadt, die sich dem Leitbild eines friedvollen Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft verschreibt. Integration müsse auf einem Bewusstsein um die zentralen Werte der Gesellschaft sowie einem Respekt der Mehrheitsgesellschaft für fremde Kulturen aufbauen.

2013 legte die Stadt Ingolstadt einen umfassenden **Integrationsbericht** vor, welcher eine Bestandsaufnahme der Integration von Personen mit Migrationshintergrund unter anderem in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Arbeitsmarkt darstellte und darauf aufbauende Ziele formulierte.

2007 ging aus dem seit 1979 bestehenden Ausländerbeirat der **Migrationsrat** hervor. Dieser dient als Interessenvertretung der Ingolstädter mit Migrationshintergrund. Sechs seiner Mitglieder werden durch Ingolstädter Bürger gewählt, neun sind vom Stadtrat ernannte Vertreter unterschiedlicher Verbände und Organisationen. Mitglieder sind außerdem Vertreter des Stadtrats, des Schulamts, der Gleichstellungsstelle sowie der Fraktionen des Stadtrats. Der Migrationsrat berät den Stadtrat und kann Anträge stellen. Seine Aufgaben umfassen darüber hinaus unter anderem das Informieren von Personen mit Migrationshintergrund, die Schaffung eines interkulturellen Gesamtkonzepts und die Unterstützung von Migrantenvereinen. Der Migrationsrat kommt viermal jährlich zusammen und verfügt über verschiedene Arbeitsgruppen.

Zivilgesellschaft

Die Wohlfahrtsverbände Diakonisches Werk Ingolstadt, die Caritas-Kreisstelle Ingolstadt sowie die evangelische Aussiedlerarbeit bieten Migrationsberatung an. Der Förderkreis für evangelische Jugendarbeit e. V. ist Träger des Jugendmigrationsdienstes in der Stadt. Die zahlreichen Migrantenvereine werden in ihren Projekten durch die Stadt unterstützt, indem ihnen städtische Räume vergünstigt zur Verfügung gestellt werden. Die Migrantenorganisationen sind insbesondere im Bildungsbereich und auf politischer Ebene aktiv. Viele Mitglieder des Migrationsrats sind Vertreter von Migrantenorganisationen.



7.2.2 Beispiele für Maßnahmen der Integrationspolitik

Seit 1999 nimmt Ingolstadt, unterstützt durch die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft, an dem bundesweiten Programm **„Soziale Stadt“** teil, welches von sozialen Problemen betroffene Stadtteile aufwerten und stabilisieren soll. Die drei in das Programm aufgenommenen Ingolstädter Stadtteile Augustinviertel, Konradviertel und Piusviertel haben alle einen besonders hohen Anteil an Personen mit Migrationshintergrund. Im Rahmen des Programms wurde jeder Stadtteil mit einem Stadtteiltreff und einem Stadtteilbüro sowie zugeordneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für das Quartiersmanagement versehen, welche sich in das Institutionen- und Vereinsgefüge des Stadtteils eingliedern sollen. Die Stadtteilbüros dienen als Anlaufstelle für die Bürger des jeweiligen Stadtteils. Darüber hinaus sollen sie die Vernetzung der lokalen Akteure vorantreiben und Projekte initiieren, die unter anderem auf die Aktivierung der Bürger und eine Stärkung des ehrenamtlichen Engagements ausgerichtet sind. In den Stadtteiltreffs werden Beratungs-, Bildungs- und Integrationsangebote bereitgestellt.

1999 wurde auf Initiative von Vertretern christlicher und muslimischer Gemeinden der **„christlich-islamische Dialog“** gegründet, auch unter Beteiligung des ehemaligen Oberbürgermeisters. Seitdem organisiert ein paritätisch besetztes Gremium aus jeweils sechs Christen und Muslimen Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themen, an denen auch der Oberbürgermeister und die Integrationsbeauftragte der Stadt teilnehmen.

Das **„Migrationsforum“**, welches aus dem 1999 von der Evangelischen Aussiedlerarbeit gegründeten Aussiedlerforum hervorgegangen ist, stellt ein Netzwerk dar, das viermal jährlich unter anderem Vertreter der Stadt, Bildungseinrichtungen, Wohlfahrtsverbände, Kirchen und Vereine sowie Ehrenamtliche und Migranten versammelt und somit eine wichtige Struktur zum Informationsaustausch ist.

7.2.3 Beispiele für Projekte der Integrationspolitik

Die 2012 mit dem Bayerischen Integrationspreis ausgezeichnete **„Last-Minute-Börse“** kooperiert mit ortsansässigen Unternehmen, der IHK und der HWK, der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter und dem Jugendmigrationsdienst, um Jugendliche mit Migrationshintergrund bei der Ausbildungsplatzsuche zu unterstützen. Hierbei handelt es sich um Ausbildungsplatzbörsen, die nach Beginn des Ausbildungsjahres stattfinden und bei der lokale Betriebe noch zur Verfügung stehende Ausbildungsplätze anbieten.

Das Ziel einer besseren Arbeitsmarktintegration verfolgt auch das Projekt **„Jobpaten“**. Hierbei werden Mittelschülerinnen und Mittelschüler mit oder ohne Migrationshintergrund, welche schlechte Berufschancen haben, in der 8. Klasse durch „Paten“ aus der Wirtschaft auf den



Einstieg in den Arbeitsmarkt vorbereitet. Dafür wird in drei Phasen Unterstützung bei der beruflichen Orientierung, den Bewerbungen und dem Berufseinstieg gegeben.

Seit 2008 beteiligt sich Ingolstadt an dem bundesweiten Programm **„Mit Migrant*innen für Migrant*innen - Interkulturelle Gesundheit in Bayern (MiMi-Bayern)“**, welches die gesundheitliche Chancengleichheit für Menschen mit Migrationshintergrund anstrebt. Im Rahmen des Projekts werden Gesundheitsmediatoren geschult, die ihre Landsleute muttersprachlich über das deutsche Gesundheitssystem und verschiedene Themen der Gesundheitsförderung und Prävention informieren. Dadurch sollen gesundheitliche Eigenverantwortung sowie eine Bestärkung in Bezug auf präventive Maßnahmen erreicht werden. Langfristig soll durch das Projekt ein Beitrag zur Reduzierung von Ungleichheiten der Gesundheitschancen geleistet werden. Das Projekt wurde 2003 deutschlandweit vom Ethno-Medizinischen Zentrum e. V. entwickelt. Seit 2008 wird MiMi in Bayern als Landesprojekt im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege und der Betriebskrankenkassen in Bayern gefördert.

Mit Unterstützung des Europäischen Integrationsfonds und in Zusammenarbeit mit dem imap-Institut (Institut für interkulturelle Management- und Politikberatung) wurde durch Pilotabteilungen der Stadtverwaltung der Aktionsplan **„Interkulturelle Öffnung“** entwickelt, um den Anliegen von Personen mit Migrationshintergrund besser gerecht werden zu können. Hierin werden unter anderem die Verankerung der interkulturellen Öffnung in einem Leitbild der Stadt, die Einrichtung von Strukturen zur Steuerung des Prozesses der interkulturellen Öffnung, die Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Einstellung von mehr Personal mit Migrationshintergrund sowie die Mehrsprachigkeit in Verwaltungsprozessen empfohlen. Darüber hinaus wurden einige konkrete Umsetzungsprojekte angestoßen, die zum Teil auch bereits umgesetzt wurden. Diese umfassen unter anderem Maßnahmen zur stärkeren Bürgerbeteiligung von Personen mit und ohne Migrationshintergrund sowie die Schaffung von Vernetzungsstrukturen zwischen dem Jobcenter, dem Amt für Soziales und dem Amt für Staatsangehörigkeits- und Ausländerangelegenheiten.

Ingolstadt nimmt neben vier weiteren deutschen Städten an dem vom Goethe-Institut und der Robert-Bosch-Stiftung durchgeführten Projekt **„Islamische Gemeinden als kommunale Akteure“** teil. Aufgrund der Tatsache, dass islamische Gemeinden wichtige Ansprechpartner für ihre Mitglieder sind und diese häufig auch bei dem Umgang mit den Behörden, der Schulbildung der Kinder o. ä. tätig sind, strebt das Projekt an, diese Gemeinden weiter zu qualifizieren und zu vernetzen. Hierfür werden standortspezifische Fortbildungen für jeweils rund 20 Mitglieder islamischer Gemeinden angeboten, welche als Multiplikatoren wirken sollen. Im Rahmen dieses Projekts werden nun auch in Zusammenarbeit mit dem Klinikum der Stadt und



der christlichen Seelsorge Personen islamischer Religionszugehörigkeit ausgebildet, um Seelsorge am Klinikum zu betreiben. Darüber hinaus besteht auch der Versuch, den islamischen Besuchsdienst nachhaltig zu etablieren.

7.2.4 Strukturen, Maßnahmen und Projekte in der Flüchtlingspolitik

Zuständigkeiten in Politik und Verwaltung

Im Juni 2014 wurde im Zuge der erhöhten Flüchtlingszahlen im Amt für Soziales das **Sachgebiet Asylbewerberangelegenheiten** mit den Fachbereichen Unterbringung, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und Soziale Beratung eingerichtet. Zunächst war das Sachgebiet hauptsächlich mit der Organisation erster Aufnahmestrukturen beschäftigt. Im Rahmen eines Modellversuchs nimmt es in eigener Verantwortung darüber hinaus jedoch auch Asylsozialberatung vor, welche u. a. Informationen zum Asylverfahren sowie zu den zu beziehenden Leistungen bietet und Unterstützung in den Bereichen Wohnen, Schule, Kinderbetreuung und Gesundheit leistet.

In der Verwaltung sind neben dem Sachgebiet der Asylbewerberangelegenheiten hauptsächlich das Amt für Soziales und das Jobcenter für die Integration von Flüchtlingen zuständig.

Akteure, Maßnahmen und Projekte

Die ehrenamtliche Unterstützung von Flüchtlingen und Asylsuchenden verläuft zu großen Teilen über das Netzwerk Asyl, welches durch das Sachgebiet Asylbewerberangelegenheiten koordiniert wird. In den **Stadtteiltreffs** wurden Unterstützungsangebote für Flüchtlinge bereitgestellt. In einigen Stadtteilen gibt es zudem **Runde Tische** zum Bereich Asyl, an denen alle beteiligten Akteure zusammengebracht werden.

Der FC Ingolstadt 04 e. V. und der MTV 1881 Ingolstadt e. V. bilden gemeinsam mit dem Diakonischen Werk Ingolstadt und dem Amt für Kinder, Jugend und Familie seit Januar 2016 das **Willkommensbündnis Ingolstadt**. Damit nehmen sie an dem durch die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung getragenen Programm „Willkommen im Fußball“ teil, welches durch die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sowie die Bundesliga-Stiftung unterstützt wird und das Ziel verfolgt, Integration von geflüchteten Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen über Sport voranzutreiben.

Durch die Kooperation von Audi, einer Berufsschule und der Stadt Ingolstadt ist im Januar 2016 das Projekt **„Eine Klasse für Flüchtlinge“** angelaufen, welches das Ziel verfolgt, diese auf einen Ausbildungsplatz bei lokalen Unternehmen vorzubereiten. Während im ersten Jahr hierbei vor allem Deutsch gelehrt und landeskundliche Themen behandelt werden, haben die



Schülerinnen und Schüler im zweiten Jahr die Möglichkeit, Praktika zu absolvieren. Außerdem werden sie durch ein Mentoringprogramm betreut.

Das Institut für Akademische Weiterbildung der Technischen Hochschule Ingolstadt (THI) bietet in Zusammenarbeit mit der Deutschen Angestellten-Akademie (DAA) ab dem Wintersemester 2016/17 als erste Weiterbildungseinrichtung Bayerns Asylbewerbern mit Hochschulzugangsberechtigung die Möglichkeit, auf dem neu eingerichteten **Integrationscampus** in Neuburg bzw. ab 2017 an der THI in Ingolstadt an einem zweijährigen, fachspezifischen Qualifizierungsprogramm teilzunehmen, mit dem sie auf ein Studium in Deutschland vorbereitet werden sollen. Hierbei kann nach dem Einführungssemester mit Orientierungs-, Integrations-, und Sprachkursen an Veranstaltungen der Wirtschaftswissenschaften und des Ingenieurwesens teilgenommen werden, die aber weiterhin durch Sprachkurse, Tutorien und Mentoren-Programme ergänzt werden. Erbrachte Leistungen sollen dann auf ein Studium angerechnet werden können.

7.3 Nürnberg

Nürnberg hat im Jahr 2015 eine Gesamteinwohnerzahl von rund 533.900. Zeitgleich beträgt der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund 43,4%. Der Ausländeranteil beläuft sich auf 21,2%, wobei die Menschen aus 163 verschiedenen Ländern stammen. 46,5% der Ausländer kommen aus EU-Mitgliedstaaten, vorwiegend aus Griechenland, Rumänien, Italien, Polen und Kroatien. 15,8% der Menschen haben eine türkische Staatsbürgerschaft.¹² Mehr als 8.000 Flüchtlinge lebten im Frühjahr 2016 in der Stadt.

In wirtschaftlicher Hinsicht verändert sich Nürnberg in einem Restrukturierungsprozess fort von den traditionellen industriegesellschaftlichen Strukturen hin zu einem modernen Produktions- und Wissensstandort. Die Arbeitslosigkeit ist dennoch etwa doppelt so hoch wie in Bayern insgesamt und bewegt sich seit 2014 zwischen 7% und 8%.

Als Stadt der Reichsparteitage und der Nürnberger Prozesse hat sich Nürnberg zur Stadt der Menschenrechte erklärt und ist bemüht, die Integrationspolitik in den Rahmen der Menschenrechte zu stellen.

¹² Alle bisherigen Angaben wurden vom Amt für Stadtforschung und Statistik für Nürnberg und Fürth auf Grundlage der Einwohnermelderegister für Personen mit Haupt- oder Nebenwohnsitz erstellt. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund wird durch das Verfahren „Migra Pro“ ermittelt. [https://www.nuernberg.de/imperia/md/wirtschaft/dokumente/publikationen/nuernberg_in_zahlen_2016.pdf]



7.3.1 Integrationspolitische Strukturen in der Stadt

Politische Strukturen und Verwaltung

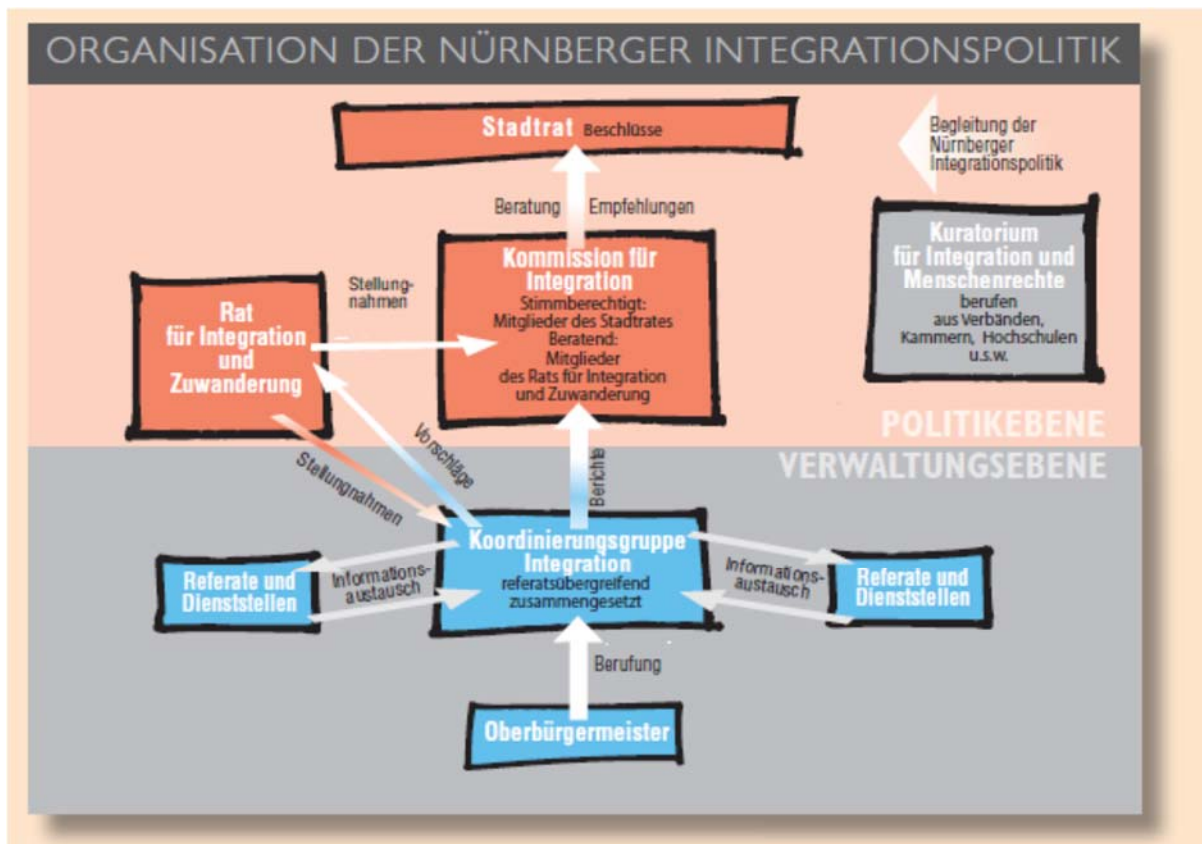
Nürnberg hatte bereits in der Phase der Gastarbeiterrekrutierung integrationspolitische Ziele formuliert und verfolgt. Schon 1973 wurde in der Stadt ein Ausländerbeirat gewählt. Als gegenwärtig **gültiges Konzept der Integration** gelten die vom Stadtrat 2004 formulierten **Leitlinien**. In 14 Hauptpunkten werden u. a. folgende Grundsätze formuliert: Integration als zentrales Thema der Kommunalpolitik, Integration als Querschnittsaufgabe, die Orientierung der Integrationspolitik an der Lebenslage (d. h. nicht an der Staatsangehörigkeit), Integration als wechselseitiger Prozess, die Wertschätzung kultureller Vielfalt, interkulturelle Öffnung der Verwaltung, offensive Öffentlichkeitsarbeit für Integration sowie Zusammenarbeit mit Land und Bund, hier u. a. mit dem in Nürnberg ansässigen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF).

Für den **Oberbürgermeister** ist Integration eine der ganz zentralen kommunalpolitischen Aufgaben, der er sich ausführlich praktisch und konzeptuell widmet. Integration ist in Nürnberg Chefsache, wie ein vielgenanntes Schlagwort im kommunalpolitischen Integrationsdiskurs lautet. So fällt auch der Nürnberger Rat für Integration und Zuwanderung in den Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters.

Im Stadtrat wurde die **Stadtratskommission für Integration** gegründet. Sie besteht aus Mitgliedern des Stadtrats sowie in beratender Funktion aus Mitgliedern des Rates für Integration und Zuwanderung. Die Kommission berät sowohl Vorlagen der Verwaltung als auch Empfehlungen des Rates für Integration und Zuwanderung. Die Umsetzung der Leitlinie „Integration als Querschnittsaufgabe“ erfolgt auf der Ebene der **Verwaltung** durch die **Koordinierungsgruppe Integration** als referats- und dienststellenübergreifende Arbeitsgruppe. Durch diese Struktur soll u. a. erreicht werden, dass der Bereich Integration im Alltagshandeln städtischer Institutionen immer präsent und in die Regelstrukturen eingebettet ist.



Abbildung 7-1: Strukturen der Integrationspolitik in Nürnberg



Quelle: www.nuernberg.de/internet/integration/strukturen.html.

Die Geschäftsführung der Gremien und die Koordination des Nürnberger Programms liegen aus historischen Gründen beim **Amt für Kultur und Freizeit**. Das Amt für Kultur und Freizeit hat eine integrationspolitische Steuerungsgruppe gebildet, in der das Amt selbst, der Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters, der Rat für Integration und Zuwanderung und das Menschenrechtsbüro vertreten sind. Daher wird in der Stadtverwaltung auch von einem „kollektiven Integrationsbeauftragten“ gesprochen. Die Stelle eines „individuellen“ Integrationsbeauftragten gibt es nicht, was die Sichtbarkeit integrationspolitischer Strukturen von außen nicht unbedingt erleichtert.

Zu den wichtigen integrationspolitischen Strukturen gehört schließlich der schon genannte **Rat für Integration und Zuwanderung**, der die Interessen und Anliegen von Menschen mit Migrationshintergrund in den Stadtrat und die Verwaltung einbringen soll. Er trat an die Stelle des früheren Ausländer- und des Aussiedlerbeirats. Die Wahlen für den Rat orientieren sich am biographischen Migrationsstatus, d. h. auch als Deutsche zugewanderte (Spät-)Aussiedler und eingebürgerte Deutsche haben das aktive und passive Wahlrecht. Die Aufstellung der



Listen erfolgt nach politischen Kriterien, nicht nach dem Herkunftsprinzip. Der Rat für Zuwanderung und Integration hat beratende Funktion sowohl für die Kommission für Integration im Stadtrat wie auch für die Koordinierungsgruppe in der Verwaltung (vgl. Abb. 7-1). Das in der Abbildung dargestellte **Kuratorium für Integration und Menschenrechte** vereint zweimal jährlich unter Vorsitz des Oberbürgermeisters eine große Zahl staatlicher, zivilgesellschaftlicher und kommunaler Organisationen, einschließlich der Medien und des UNHCR. Hier erklärt die Stadt ihre Integrationspolitik, beschreibt neue Herausforderungen und Maßnahmen und nimmt Anregungen und Kritik entgegen.

Zivilgesellschaftliche Strukturen

Von herausragender Bedeutung im Bereich der zivilgesellschaftlichen Strukturen der lokalen Integrationspolitik sind die Wohlfahrtsverbände. Sie werden ehrenamtlich geführt und unterstützt, weisen aber professionelle Strukturen auf und arbeiten in ihren Projekten überwiegend mit akquirierten öffentlichen Geldern. Die für Integration bedeutendsten vier Wohlfahrtsverbände sind **AWO, Diakonie, Caritas** und **Bayerisches Rotes Kreuz**.

Die AWO hat ein eigenes Referat Migration und Integration mit den Bereichen „Integrationsdienste für Zuwanderer“, „Berufliche Qualifizierung“ und „Beratung und Betreuung von Flüchtlingen“. Es bietet ein differenziertes und vernetztes Beratungs- und Betreuungsangebot, das sich an unterschiedlichen Lebenslagen orientiert: Migrationsberatung, Flüchtlingsberatung, Wohnraumbeschaffung für Flüchtlinge, Rückkehrberatung verbunden mit Aktivitäten im Kosovo, Jugendmigrationsdienst, Berufsvorbereitung und Bewerbungcoaching, Seniorenarbeit mit Migranten und interkulturelles Training. Die Diakonie bzw. Stadtmission Nürnberg hat Angebote im Bereich Migrationsberatung, Asyl- und Flüchtlingsberatung sowie im Bereich Jugendmigrationsdienste. Die Caritas ist fast identisch aufgestellt. Das Bayerische Rote Kreuz bietet Migrationsberatung und Rückkehrberatung.

Migrantenorganisationen sind zum einen Ausdruck und Aktivitätsfeld ethnischer Vielfalt in der Stadt, zum anderen aber auch starkes Unterstützungspotenzial für Integration. Mitglieder von Migrantenvereinen spielen auch eine große Rolle als Mitglieder des Rates für Integration und Zuwanderung. Die Stadt Nürnberg unterstützt Migrantenvereine finanziell und hat eine Datenbank erstellt, über welche deren Aktivitäten im Bereich der Integration kennengelernt werden können.



7.3.2 Beispiele für Maßnahmen der Integrationspolitik

Verstetigung von Politik ist möglich, wenn die Umsetzung beschlossener Ziele und Programme auch kontrolliert wird. In diesem Sinne sind Berichte zu verstehen, die die **Umsetzung der integrationspolitischen Leitlinien** in den verschiedenen Referaten betreffen. **Berichte zur interkulturellen Öffnung** der Verwaltung liegen inzwischen für fast alle Referate vor.

Aus einem bis 2009 vom BAMF geförderten Projekt erwuchs die Maßnahme **„Stadtteilkoordination in St. Leonhard/Schweinau und Langwasser“**. Durch die Zusammenführung von Maßnahmen und Akteuren, die Stärkung der sozialen Netzwerke sowie der Leistungsfähigkeit der Institutionen auf Stadtteilebene sollen die Bildungs- und Sozialisationsbedingungen von Kindern und Jugendlichen im Stadtteil verbessert werden. Umgesetzt wird das Programm vor Ort von einer Stadtteilkoordination, die die entscheidenden Stadtteilprozesse initiiert und moderiert.

Die Einrichtung eines **Bildungsbüros** als Stabstelle beim Oberbürgermeister steht für Maßnahmen, die von starker Bedeutung für die Integration von Migranten sind, aber nicht ausschließlich darauf bezogen sind. Ziele und Aufgaben dieser mit fünf Vollzeitstellen ausgestatteten Einrichtung sind eine Verbesserung der Bildungsbeteiligung, der Bildungsqualität und der Bildungsgerechtigkeit. Das Bildungsbüro fertigt Bildungsberichte an, organisiert fachlichen Austausch mit den verschiedenen Bildungsakteuren und organisiert Bildungskonferenzen. Die Bildung von Migrantenkindern ist eines seiner wichtigsten Themen. Die Bildungsberichte erlauben ein Monitoring der Bildungsentwicklung unter den Migranten.

Für die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen bietet die **Zentrale Servicestelle zur Anerkennung ausländischer Qualifikationen in der Metropolregion Nürnberg (ZAQ)** auf dem Bildungscampus der Stadt Hilfe für die Durchführung des Verfahrens. Die Servicestelle richtet sich an Menschen aus allen Berufssparten mit im Ausland erworbenen Qualifikationen. Interessentinnen und Interessenten werden über die jeweils zuständigen Anerkennungsstellen und weitere Möglichkeiten informiert. Der Bildungscampus ist ein Zusammenschluss von Bildungszentrum und Stadtbibliothek, die eine Vielzahl von Angeboten für Integration bereitstellen, nicht nur im Bereich des Sprachenlernens und der Integrationskurse.

Als wichtige Maßnahme der Stadt Nürnberg muss schließlich die **Antidiskriminierungsstelle** innerhalb des Menschenrechtsbüros angesehen werden, da Diskriminierung eine Barriere der Integration darstellt. Die Unterstützung durch die Stelle erfolgt in Form von Beratung oder Weitervermittlung an kommunale oder sonstige Beratungsstellen oder die Rechtsanwaltschaft. Bei Bedarf werden interkulturelle Mediatoren eingeschaltet.



Die Vielzahl und Vielfalt von Integrationsangeboten wird auch sichtbar in den jährlich stattfindenden **Integrationskonferenzen**, die einem Austausch der Akteure und der Weiterbildung in einem Themenschwerpunkt dienen.

7.3.3 Beispiele für Projekte der Integrationspolitik

Von Seiten der Stadt, den Wohlfahrtsverbänden, Vereinen, religiösen Gemeinden, privaten Initiativen und anderen gibt es in Nürnberg eine fast unübersehbare Vielzahl und Vielfalt von Integrationsprojekten. Die im Folgenden beschriebenen Projekte sind ausgewählte Beispiele guter Praxis in unterschiedlichen Bereichen der Integration.

Das Projekt „**Schlau**“ greift das Problem des Übergangs von der Schule in eine Berufsausbildung auf. Es wendet sich allgemein an Schülerinnen und Schüler, vor allem Absolventen von Mittelschulen, ist aber von besonderer Bedeutung für Jugendliche mit Migrationshintergrund. Das Projekt der Stadt, gefördert mit Mitteln der Bundesagentur für Arbeit, des Europäischen Sozialfonds und des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration begleitet Schülerinnen und Schüler auf ihrem Weg von der Schule beziehungsweise Berufsvorbereitung bis zum Ausbildungsplatz bzw. weiterführenden Abschluss. Angewendet werden verschiedene Methoden der Beratung und des Mentoring, wobei ein Netzwerk aus Schulen, Berufsberatung und Firmen die nötige Zusammenarbeitsstruktur bildet. Unterstützung kann „Schlau“ auch durch das vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration geförderte Projekt „**Ausbildungsplatzakquisiteur**“ des Bildungszentrums erfahren. Maßnahmen zur Qualifizierung und Arbeitsförderung, wie die Akquise von Ausbildungsplätzen, sind die Tätigkeitsbereiche des Projekts. In Zusammenarbeit mit den Lehrgängen zum Nachholen von Schulabschlüssen (Zweite Chance) werden mit Unterstützung der Ausbildungsakquisiteure zahlreiche Kontakte zu zusätzlichen Ausbildungsplätzen im dualen Ausbildungssystem oder im Rahmen einer Verbundausbildung geschaffen.

Das Amt für Kultur und Freizeit der Stadt führt das Projekt „**Umgang mit Vorurteilen in einer vielfältigen Gesellschaft**“ durch. Ein Kernbereich des Projekts ist die Ausbildung von sogenannten Botschaftern der Vielfalt, worunter sozial vernetzte und engagierte Bürger verstanden werden, die in Alltagssituationen, in denen Vorurteile geäußert werden, „aufklärend“ und möglichst überzeugend eingreifen können. Die Ausbildung findet in Form von vier Modulen statt und wird in ihrer Wirksamkeit evaluiert.

Im Jahr 2016 wurde im Menschenrechtsbüro der Stadt eine Stelle eingerichtet, um ein Nürnberger **Präventionsnetzwerk gegen gewaltbereiten Salafismus** aufzubauen. Initiativen der



Staatsregierung, der Stadt und verschiedener Organisationen werden in diesem Projekt gebündelt. Zusammenarbeit mit Schulen, Moscheen und dem Verfassungsschutz sowie Beratung von Eltern sind zentrale Aspekte.

Das Projekt „**Zukunft.Kultur.Vielfalt**“, begonnen im Jahr 2015, zielt auf Mehrheitsgesellschaft sowie Migranten und möchte ein Forum für Kulturschaffende mit Migrationshintergrund etablieren und ihre Arbeiten der Öffentlichkeit zugänglich machen. Im Rahmen dieser Aktivitäten fand z. B. Anfang Dezember 2016 ein „Global Art-Festival“ statt, bei welchem Künstler und Kulturschaffende mit Migrationshintergrund in vielen Bereichen der Kultur und Kunst ein Publikum finden konnten.

7.3.4 Strukturen, Maßnahmen und Projekte in der Flüchtlingspolitik

Zuständigkeiten in Politik und Verwaltung

Dem Sozialamt der Stadt ist die Aufgabe für die Unterbringung von Flüchtlingen und die Gewährung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zugewiesen. Der Leiter des Sozialamts ist zugleich Flüchtlingsbeauftragter der Stadt. Das Amt unterhält Notunterkünfte und dezentrale Unterkünfte, die von Wohlfahrtsverbänden im Auftrag der Stadt betrieben werden. Das Jugendamt ist zuständig für die Inobhutnahme unbegleiteter minderjähriger Ausländer und u. a. für Jugendsozialarbeit mit Flüchtlingen einschließlich offener Kinder- und Jugendarbeit und Hilfen für Gemeinschaftsunterkünfte. Das Referat für Jugend, Familie und Soziales koordiniert bürgerschaftliches Engagement und organisiert Fortbildungen für Helferkreise wie auch Fortbildungen für die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Thema Flucht und Asyl.

Akteure, Maßnahmen und Projekte

Neben den zuvor genannten zuständigen Akteuren im Referat Jugend, Familie und Soziales mit Sozialamt und Jugendamt gibt es praktisch in fast allen Bereichen der Verwaltung auf Flüchtlinge bezogene Arbeit, die daraus resultiert, dass Migration und Integration als Querschnittsaufgaben begriffen werden. So hat z. B. das Bildungszentrum ein eigenes Programm für Flüchtlinge. Die großen **Wohlfahrtsverbände** wie AWO, Diakonie, Caritas und Bayerisches Rotes Kreuz, die seit langem in der Integration von Migranten tätig sind, engagieren sich verstärkt in der Arbeit mit Flüchtlingen. Auch die **Wirtschaft**, vertreten durch die Industrie- und Handelskammer und durch die Beruflichen Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft (bfz), ist bei der Integration vor allem junger Flüchtlinge mit eigenen Programmen oder als Partner initiativ. Auch Vereine haben die Bedeutung der Zuwanderung von Flüchtlingen



erkannt, vor allem im Sport. Eine Vereinsstruktur hat auch die Wohngemeinschaft für Flüchtlingskinder, die seit 25 Jahren für unbegleitete minderjährige Ausländer arbeitet und sie fördert.

Helferkreise sind in einer großen Vielzahl von Bereichen aktiv, welche die Stadt in einer Datenbank erfasst. Aktivitäten reichen von A für Abholdienste und Alphabetisierungskursen über F für Familienpatenschaften zu W für WLAN für Flüchtlinge; insgesamt gibt es gegenwärtig 96 Bereiche, in denen Helfer aktiv sind. Helferkreise bilden sich auch häufig nach räumlichen Faktoren, d. h. in der Nachbarschaft von Unterkünften für Flüchtlinge. All dies unterstreicht noch einmal, warum die oben dargestellte Koordination dieser Tätigkeiten notwendig und Effizienz steigernd ist.

Als Beispiele für Projekte, die über Nürnberg hinaus auf Interesse stoßen könnten, möchten wir nennen: „Tag der offenen Tür“, „Alltagsbildung“, „Leben in Nürnberg“, „Kulturlotsen“ und „Begegnungscafés“. Das Projekt „**Tag der offenen Tür**“ des Sozialamts informiert die Nachbarschaft einer neuen Unterkunft für Flüchtlinge über die Unterkunft und ermöglicht die Besichtigung. Vertreter des Amtes, der Sozialbetreuung und der Polizei sind anwesend, um Fragen der Nachbarn zu beantworten. Das Projekt „**Alltagsbildung**“ des Jugendamts ist vor allem an junge Migrantinnen und Familien gerichtet. Es veranstaltet Spaziergänge durch das Viertel, in dem die Flüchtlinge wohnen, gibt Informationen zu Schulen und Kindergärten, zu Verhalten im öffentlichen Raum und zu wichtigen Normen, z. B. über Religionsfreiheit und sexuelle Selbstbestimmung. Die **Broschüre „Leben in Nürnberg“**, in sechs Sprachen erhältlich, ist ebenfalls auf die Orientierung im Alltag gerichtet. Im Projekt „**Kulturlotsen**“ des Amtes für Kultur und Freizeit begleiten ehrenamtliche Personen Flüchtlinge zu Kulturveranstaltungen, um ihnen Kenntnisse und Erlebnisse mit der Kultur des neuen Landes zu verschaffen. Die Stadtteil bezogenen Kulturläden, eine Nürnberger Besonderheit, veranstalten eine Reihe von **Begegnungscafés**, die helfen sollen, Vorurteile abzubauen und Kontakte zu ermöglichen.

7.4 Regensburg

Regensburg hat 2017 eine Gesamteinwohnerzahl von rund 164.400. Der Ausländeranteil beträgt 15%.¹³ Fast drei Viertel der Personen stammen aus europäischen Ländern. Am häufigsten vertreten sind Rumänien, die Türkei und Bulgarien.¹⁴ Nach den aktuellsten verfügbaren Daten

¹³ Die Einwohnerzahlen und der Ausländeranteil beruhen auf dem Statistik-Informationssystem der Stadt Regensburg (SiS) und gelten für März 2017 für alle Personen, die ihren Haupt- oder Nebenwohnsitz in Regensburg haben.
[http://www.statistik.regensburg.de/kurz_und_knapp/]

¹⁴ Die häufigsten Herkunftsländer beruhen auf der Bevölkerungsstatistik der Stadt Regensburg zum 31.12.2015.



von 2012 haben rund 30% der Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Die größte Gruppe der Deutschen mit Migrationshintergrund stellen die Aussiedler dar, welche hauptsächlich aus der ehemaligen Sowjetunion sowie Polen und Rumänien stammen.¹⁵ Insbesondere in den letzten Jahren stieg die Bevölkerung Regensburgs durch Zuwanderung, vor allem aus mittel- und osteuropäischen EU-Staaten, deutlich an. Aufgrund des hohen Studentenanteils ist die Bevölkerungsstruktur relativ jung. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote der Stadt Regensburg beträgt für das Jahr 2016 3,7%.

7.4.1 Integrationspolitische Strukturen in der Stadt

Politische Strukturen und Verwaltung

In einer Kooperation zwischen der Ostbayerischen Technischen Hochschule und der Stadt Regensburg wurde zwischen März 2012 und Februar 2014 das vom Europäischen Integrationsfonds geförderte Projekt **„Integrationsbericht und Integrationskonzept für Regensburg“** bearbeitet. Der Bericht stellt den Stand der Integration in verschiedenen Handlungsfeldern dar und bietet auf Grundlage statistischer Daten sowie Bevölkerungs- und Expertenbefragungen Eckpunkte für ein Integrationskonzept der Stadt. Empfehlungen des Berichts hinsichtlich einer städtischen Integrationspolitik beinhalten eine ausreichende Finanzierung, die Schaffung geeigneter Organisationsstrukturen, die stärkere Einbeziehung von bestehenden Netzwerken, die interkulturelle Öffnung der Verwaltung sowie ein Integrationsmonitoring. Der Bericht stellt somit den Ausgangspunkt des Regensburger Integrationskonzepts **„MiteinanderR“** dar, welches aktuell noch weiterentwickelt wird. Dieses zielt auf ein friedliches, wertschätzendes und bereicherndes Miteinander aller Regensburger ab, bezeichnet Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe und räumt der Stadt primär eine koordinierende Rolle im Bereich Integration ein.

Städtische Strukturen der Integrationspolitik haben sich vor allem ab dem Jahr 2012 etabliert. So wurde noch während der Projektphase des Integrationsberichts eine Integrationsstelle mit direkter Zuständigkeit des Oberbürgermeisters geschaffen, um eine bessere Koordinierung der Integrationspolitik sowohl innerhalb der Verwaltung als auch mit anderen relevanten Akteuren zu gewährleisten und Integration als **Chefsache** zu etablieren. Die Integrationsstelle wurde Mai 2016 in die Abteilung **Willkommenskultur und Integration** des neu eingerichteten **Amts für Integration und Migration** überführt, welches weiterhin direkt beim Oberbürgermeister

[<http://www.statistik.regensburg.de/publikationen/jahrbuch.php>]

¹⁵ Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund wurde durch das Amt für Stadtentwicklung der Stadt Augsburg mit dem Verfahren „Migra Pro“ ermittelt.



angesiedelt ist. In diesem Amt sind weiterhin die Abteilungen Asylsozialberatung und soziales ehrenamtliches Engagement sowie die Abteilung Ausländerangelegenheiten angesiedelt. Die Abteilung Willkommenskultur und Integration beschäftigt sich neben der Koordinierung der Integrationsmaßnahmen u. a. mit der Umsetzung und der Weiterentwicklung des Integrationskonzepts.

2013 wurde durch den Oberbürgermeister außerdem ein **Integrationsrat** einberufen, welcher sich aus berufenen Experten unterschiedlicher Bereiche der Stadtgesellschaft zusammensetzt und der Verwaltung sowie dem Oberbürgermeister beratend zur Seite stehen und durch entsprechende Vertreter auch die Anliegen von Personen mit Migrationshintergrund an die Politik herantragen soll. Die Geschäftsführung liegt bei der Abteilung Willkommenskultur und Integration.

Der Ausländerbeirat und der Aussiedlerbeirat wurden 2014 auf Empfehlung des oben angeführten Berichts zum **Integrationsbeirat** zusammengeführt. Der Integrationsbeirat berät den Stadtrat in Migrationsfragen und Themen, die Bürger mit Migrationshintergrund betreffen. Dessen Geschäftsführung liegt ebenso wie die des Integrationsrats bei der Abteilung Willkommenskultur und Integration.

Zivilgesellschaft

Die Angebote der **Caritas** für Migranten umfassen Asylsozialberatung, Migrationsberatung und die Leistungen eines Jugendmigrationsdienstes. Auch das **Bistum Regensburg** führt Migrationsberatung durch und hat ebenfalls einen Jugendmigrationsdienst organisiert. Ein Jugendmigrationdienst wird auch von dem Verein Jugendwerkstatt Regensburg angeboten. Dieser hat sich darüber hinaus zum Ziel gesetzt, die interkulturelle Öffnung in verschiedenen Diensten, Organisationen und Institutionen im sozialen Bereich voranzutreiben. Zur Initiierung und Begleitung dieses Prozesses bietet der Verein interessierten Akteuren unter anderem Informations- und Bildungsveranstaltungen sowie interkulturelle Trainings an.

Der bereits seit 1971 bestehende Verein **Arbeitskreis für ausländische Arbeitnehmer - Initiativen für Menschen mit Ein- und Zuwanderungshintergrund (a. a. a.) e. V.** wurde 2012 mit dem Integrationspreis der Regierung der Oberpfalz ausgezeichnet. Er verfolgt das Ziel, den Einstieg in Beruf und Ausbildung zu erleichtern und legt einen besonderen Schwerpunkt auf Sprachförderung und Jugendarbeit.



7.4.2 Beispiele für Maßnahmen der Integrationspolitik

Um die Vernetzung der bestehenden, in der Integration relevanten Akteure zu fördern und zu stabilisieren, wurde 2005 auf Initiative der Regensburger Jugendmigrationsdienste das Netzwerk **Integrationsforum für Stadt und Landkreis Regensburg** ins Leben gerufen. An diesem großen Expertengremium nehmen neben Bürgermeistern auch weitere Vertreter der Stadt und des Landkreises teil. Außerdem sind freie Träger und Initiativen, die Ostbayerische Technische Hochschule, das Jobcenter, diverse Sprachkursträger als auch Freiwillige und Ehrenamtliche bei den zweimal im Jahr stattfindenden Treffen vertreten. Hierbei werden neue Projekte vorgestellt und aktuelle Entwicklungen diskutiert. Wesentliche Ziele des Integrationsforums sind die Förderung der gesellschaftlichen Mitwirkung von Migrantengruppen sowie die interkulturelle Öffnung der Verwaltung.

Die städtische Fachstelle **InMigra-KiD** zielt vor allem darauf ab, die Bildungsbeteiligung von Kindern aus Familien mit Migrationshintergrund zu erhöhen. Zunächst lediglich als Projekt durchgeführt, wurde dieses anschließend als dauerhafte Einrichtung der Stadt weitergeführt. Seit Mai 2007 ist die Fachstelle Teil der Jugend- und Familientherapeutischen Beratungsstelle der Stadt Regensburg und im Amt für Jugend und Familie angesiedelt. Sowohl Erziehern und Fachkräften als auch Eltern soll ein Beratungs- und Fortbildungsangebot zur Verfügung gestellt werden.

Mit vier Stadtteilen nahm Regensburg an dem bundesweiten Projekt **„Soziale Stadt“** teil, durch welches in den entsprechenden Stadtteilen Treffpunkte eingerichtet wurden, die mit anderen stadtteilbezogenen Organisationen und Einrichtungen zusammenarbeiten. An diesen Treffpunkten können Bewohner des Stadtteils unter anderem Beratungs-, Betreuungs- und Vermittlungsangebote in Anspruch nehmen. Auch außerhalb dieses Projekts bestehen in den einzelnen Stadtteilen verschiedene Netzwerke, welche eine Verbesserung der Chancengleichheit und Partizipation der Stadtteilbewohner anstreben.

2012 wurde im Stadtteil Hohes Kreuz, welcher einen hohen Anteil an Personen mit Migrationshintergrund aufweist, das **Jugend- und Familienzentrum Kontrast** eröffnet, in dem u. a. Stadtteilprojekte, Asylsozialberatung der Caritas sowie ein Jugendtreff angesiedelt sind.

Die IHK Regensburg für Oberpfalz/Kehlheim bietet in Zusammenarbeit mit Jobcentern, der Arbeitsagentur und der Handwerkskammer **Jobbörsen für Migranten** an, zu denen interessierte Betriebe und Bewerber eingeladen werden.



7.4.3 Beispiele für Projekte der Integrationspolitik

Seit 2015 nimmt Regensburg an dem 2003 vom Ethno-Medizinischen Zentrum e. V. entwickelten, bundesweiten „**MiMi-Gesundheitsprojekt**“ teil.¹⁶

Nach ihrer Teilnahme an dem Bundesprojekt „**Vielfalt tut gut. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie**“ nahm die Stadt Regensburg bis 2013 an dem bundesweiten Programm „**TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN**“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) teil, durch das ziviles Engagement, demokratisches Verhalten und der Einsatz für Vielfalt und Toleranz gefördert werden sollen. Hierzu werden teilnehmende Kommunen bei der Entwicklung und Umsetzung von kommunalen Aktionsplänen gefördert sowie in der Sicherstellung der Nachhaltigkeit der daraus resultierenden Strategien unterstützt. Träger des Projekts waren in Regensburg der Jugendmigrationsdienst sowie das Amt für Kommunale Jugendarbeit. Seminare zur Ausbildung von Multiplikatoren im Bereich Interkulturelle Kompetenz werden auch nach Auslauf der Förderdauer weiter angeboten. Aktuell nimmt Regensburg an dem Nachfolgeprogramm „**Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit**“ teil, in dessen Rahmen zweimal jährlich Demokratiekonferenzen abgehalten werden, um ein Netzwerk für Toleranz, Vielfalt und Integration aufzubauen.

Das durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit sowie den Europäischen Sozialfonds geförderte Projekt „**Jugend stärken im Quartier**“ bietet ein Kompetenzzentrum im Stadtteil Süd-Ost für Beratung zum Arbeitsmarkteinstieg und zur Berufssuche an.

Ab September 2015 führte die Stadt Regensburg ein Beschulungsmodell ein, das zu einer gezielten Förderung von besonders begabten Schülerinnen und Schülern mit Migrations- und Fluchthintergrund beitragen soll. Dazu besuchten die Schülerinnen und Schüler zwei Tage in der Woche den regulären Unterricht und nahmen die restlichen drei Tage an intensivem Deutschunterricht teil. So konnten die Schülerinnen und Schüler im sozialen Kontext der Stammschule bleiben, während sie gleichzeitig eine Sprachförderung erhielten. Im Februar 2016 wurde das Projekt durch das bayerische Pilotprojekt „**InGym**“ abgelöst.

2015 lief das von der Stiftung Mercator geförderte und im Jahr 2013 mit dem Deutschen Diversity-Preis ausgezeichnete Pilotprojekt „**ProSALAMANDER**“ aus. Dieses wurde seit dem Wintersemester 2013/14 in Kooperation zwischen den Universitäten Regensburg und Duisburg-Essen durchgeführt und zielte auf eine Nachqualifizierung von Migranten mit einem Studienabschluss, sofern dieser in Deutschland nicht anerkannt wurde. Das Programm erlaubte

¹⁶ Vgl. zu den Projektinhalten die Darstellung in Abschnitt 7.2.3



den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, welche durch ein monatliches Stipendium in Höhe bis zu 800 Euro auch finanziell unterstützt wurden, einen deutschen Bachelor- oder Masterabschluss in einem verkürzten Zeitraum zu absolvieren. Studienbegleitend nahmen sie an fachsprachlichen Deutschkursen sowie einem interkulturellen Training teil.

7.4.4 Strukturen, Maßnahmen und Projekte in der Flüchtlingspolitik

Zuständigkeiten in Politik und Verwaltung

Die **Koordinierungsstelle Flüchtlinge und Asylsuchende**, die seit Herbst 2014 besteht und beim Amt für Integration und Migration angesiedelt ist, betreibt Krisen- und Notfallmanagement bei der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen. Sie koordiniert städtische Dienst- und Fachstellen und fungiert als Ansprechpartnerin für Behörden. Die Begleitung und soziale Betreuung von Flüchtlingen, die Ermittlung sozialer Belange und der Informationsaustausch mit Fachstellen sowie die Unterstützung bei der Entstehung ehrenamtlicher Netzwerke zählen ebenfalls zu ihren Aufgaben. Auch im Bereich der Sprachförderung ist die Koordinierungsstelle von besonderer Bedeutung. Sie organisiert einen Pool an Ehrenamtlichen, die in den Flüchtlingsunterkünften Deutsch-Crashkurse anbieten. Die Koordinierungsstelle zur Erfassung schulpflichtiger Jugendlicher im Amt für Weiterbildung ist auch für die Erfassung von schulpflichtigen Asylbewerbern, insbesondere während des Clearing-Verfahrens, von Bedeutung.

Der Oberbürgermeister hat das Thema Flüchtlinge zur **Chefsache** erklärt und ist darum bemüht, eine Willkommenskultur für Flüchtlinge zu etablieren. Dies äußert sich unter anderem in dem Konzept „Willkommen in Regensburg! Gemeinsam für Flüchtlinge in Not“.

Akteure, Maßnahmen und Projekte

Die Wohlfahrtsorganisationen zählen bei der Flüchtlingsintegration in Regensburg zu den wichtigsten Akteuren. Die **Caritas** leistet mit vielfältigen Angeboten einen wichtigen Beitrag zur Integration von Flüchtlingen. Sie bietet u. a. psychosoziale Beratung und Betreuung zu Themen wie Krankheit, Traumatisierung, Schulden und Wohnen an. Auch Alltagshilfen für die Orientierung in Deutschland wie z. B. Deutschkurse oder Kommunikationstraining werden von der Caritas organisiert. Teil ihrer Aufgaben ist außerdem, ehrenamtliche Helfer zu begleiten und die Arbeit mit Pfarreien und Kommunen zu vernetzen.

Auch das **Bistum Regensburg** nimmt Flüchtlingsberatung vor. Dieses hat zudem einen Fonds in Höhe von einer Million Euro eingerichtet, welcher zur Förderung von Maßnahmen der Flüchtlingshilfe in Pfarreien und Verbänden eingesetzt wird. Unterstützt werden hierbei unter



anderem der Aufbau von Strukturen sowie die Qualifizierung von Haupt- und Ehrenamtlichen in der Flüchtlingshilfe.

Die **Diakonie** bietet Asylsuchenden sowie Personen mit Duldung oder Aufenthaltsgestattung in Regensburg ebenfalls eine kostenlose Asylsozialberatung an. Diese umfasst unter anderem Fragen des Asyl-, Ausländer- und Sozialrechts sowie Angelegenheiten der medizinischen Versorgung und finanzieller Notlagen. Beim Kontakt mit Behörden und Bildungseinrichtungen sowie bei Rückkehr und Weiterwanderung wird Unterstützung geleistet. Die **Johanniter** engagieren sich insbesondere durch die Errichtung und den Betrieb von Notunterkünften, zunehmend aber auch durch kontinuierliche Wohnprojekte.

Unter dem Motto „**Regensburg hilft**“ bittet die Stadt die Regensburger um ihre Unterstützung bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Diese umfasst primär die Bereiche Wohnraum, Patenschaften, Dolmetschertätigkeit, Sprachkurse und Sachspenden. Hierfür verweist die Stadt zentral auf die entsprechenden Ansprechpartner. Um eine Vernetzung der beteiligten Akteure zu erreichen und zu stabilisieren, soll die Gemeinschaftsaktion „Regensburg hilft“ als dauerhafte Kooperationsstruktur etabliert werden. Dazu sollen beteiligte Akteure gelegentlich zu „Flüchtlingsgipfeln“ versammelt werden. Ebenfalls mit dem Ziel, eine bessere Koordination der bestehenden Angebote für Flüchtlinge zu erreichen, arbeiten aktuell die Koordinierungsstelle Bürgerschaftliches Engagement, die Freiwilligenagentur, der Arbeitskreis für ausländische Arbeitnehmer, die Evangelische Jugend sowie das Diakonische Werk an der Gründung einer gemeinsamen Gruppe.

Unter dem Namen „**pur**“ (pupil und refugee) hat das Amt für Jugend und Familie an einer der städtischen Berufsschulen eine Betreuungsstelle für geflüchtete Jugendliche eingerichtet, um deren Integration in den Schulalltag zu erleichtern, sie aber auch bei außerschulischen Angelegenheiten zu unterstützen. Außerdem wurden durch die Stadt zwei **Dolmetscherpools** eingerichtet, durch die Dolmetscherdienste vermittelt werden, die beim Amt für Integration und Migration sowie beim Amt für Jugend und Familie angesiedelt sind.

Neben den Wohlfahrtsorganisationen spielen in Regensburg bei der Flüchtlingsintegration **studentische und universitäre Initiativen** eine große Rolle. So ist die Initiative „**CAMPUSAsyl**“ der Katholischen Hochschulgemeinde der Universität Regensburg zu nennen. Diese versteht sich als Netzwerk und Plattform von Hochschulen und Zivilgesellschaft zur Schaffung einer Willkommenskultur für Flüchtlinge und Asylsuchende sowie zu deren gesellschaftlichen Integration. 2009 haben sich Regensburger Medizinstudenten zu dem Verein **Migrantenmedizin Regensburg** zusammengeschlossen, welcher sich die Verbesserung der gesundheitlichen Situation Regensburger Flüchtlinge zum Ziel gesetzt hat. Hierfür kooperiert die Initiative mit der Flüchtlingsberatung der Caritas. Die Studenten unterstützen Asylsuchende mit gesundheitlichen Beschwerden, indem sie diese beraten und bei der Organisation und Koordination



von Arztterminen zur Seite stehen. Die „**Refugee Law Clinic**“ Regensburg unterstützt Flüchtlinge und Asylsuchende in Rechtsfragen, indem sie eine kostenlose Beratung bietet. Sie wurde am Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Politik an der Universität Regensburg gegründet und besteht nicht nur aus Studenten im Fach Jura, sondern auch aus Freiwilligen anderer Studiengänge. Die Initiative kooperiert auch mit Rechtsanwälten, die ggf. noch weiterreichende Unterstützung bieten können.

Regensburg nahm als eine von fünf bayerischen Städten an dem Projekt „**IdA-Integration durch Arbeit**“ teil, welches durch das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration (StMAS), die Arbeitsagentur und Akteure der bayerischen Wirtschaft initiiert wurde und durch die Beruflichen Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft (bfz) angeboten wird. Das Projekt richtet sich an Asylsuchende und Geduldete mit hoher Bleibewahrscheinlichkeit und verbindet die sprachliche mit der beruflichen Qualifizierung.

7.5 Fazit: Integrationspolitische Strukturen in Großstädten

Integration ist in den bayerischen Großstädten als kommunale Kernaufgabe politisch und verwaltungsmäßig fest verankert. Leitlinien oder Integrationskonzepte geben eine Orientierung für Politik und Maßnahmen. In Augsburg und Nürnberg ist diese Orientierung in besonderer Weise historisch gerahmt: Integration und Würdigung von kultureller Vielfalt werden in den Kontext des Selbstverständnisses als Friedensstadt (Augsburg) bzw. als Stadt der Menschenrechte (Nürnberg) gestellt.

Ohne dass dies in der Darstellung gesondert angeführt wurde, ist als Ergebnis der Recherche festzustellen, dass im **Zusammenwirken von Förderungen des Bundes, des Landes, der EU und eigener Mittel** die Basisinstitutionen für Integration überall in den Großstädten gegeben sind: Integrationskurse, Beratung, Einstellung des Bildungs- und Ausbildungssystems auf Integration von Migranten und Flüchtlingen einschließlich Berufsintegrationsklassen, Ausbildungseinstiegsprogrammen u. a. Ob diese Angebote quantitativ und qualitativ bedarfsgerecht sind, lässt sich auf Basis dieser Studie nicht sagen.

In **politischer Hinsicht** begreifen die Oberbürgermeister Integration als „Chefsache“. In vorhandenen oder neu geschaffenen Ausschüssen des Stadtrats steht Integration auf der Tagesordnung. Durch Wahlen und z. T. durch Ernennung konstituierter Beiräte wird Vertretern der Bevölkerung mit Migrationshintergrund eine beratende Stimme gegeben, z. T. als beratende Mitglieder in Stadtratskommissionen für Integration. Zuvor existierende getrennte Ausländer- und Aussiedlerbeiräte wurden aufgelöst und gemeinsame Integrationsbeiräte geschaffen.



Das Thema Integration ist auch in der **Verwaltung** als kommunale Daueraufgabe fest verankert. Ein Muster ist, neue Referate oder Abteilungen zu schaffen oder, wie in Nürnberg, einem existierenden Referat eine koordinierende Rolle zu geben und in einer Koordinierungsgruppe Integration als Querschnittsaufgabe zu organisieren.

Neben den politischen Organen einschließlich der Parteien und der Verwaltung gibt es eine Vielzahl von **Institutionen**, die nicht für Integration geschaffen wurden, aber aufgrund ihrer allgemeinen gesellschaftlichen Funktion stark mit der Integration von Migranten zu tun haben, wie Schulen, Arbeitsagenturen und das Gesundheitswesen, auf die wir aber in diesem Bericht nicht gesondert eingehen konnten. Zu den **zivilgesellschaftlichen Akteuren** gehören die Wohlfahrtsverbände, religiöse Gemeinschaften, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, die Vereinigungen der Bayerischen Wirtschaft, Universitäten, Gewerkschaften, Vereine (vor allem Sportvereine), Migrantenorganisationen, Stiftungen und Bürgerinitiativen sowie die Helferkreise.

Die Zahl der Akteure in der Integrationspolitik in den Großstädten ist fast unübersehbar und konnte durch die vorliegende Studie mit ihren Mitteln auch nicht erhoben werden. Noch unübersehbarer ist die Zahl der in die Tausende gehenden Maßnahmen und Projekte der verschiedenen Akteure, von denen wir auch nur nach dem Urteil unserer Interviewpartner und nach unserer Einschätzung nachahmenswerte Beispiele aufgeführt haben.

In der **Flüchtlingskrise** wurden die existierenden Strukturen der bisherigen Integrationspolitik genutzt und z. T., wie Betreuung und Beratung, beträchtlich ausgebaut. In Regensburg hat die Herausforderung der Flüchtlingskrise auch zur Schaffung neuer kommunaler Strukturen geführt. Die überall in den Großstädten entstandenen Helferiniciativen wurden durch Koordination seitens kommunaler Gremien, wie z. B. Bürgerbüros für Ehrenamtliche, effizienter und nachhaltiger gemacht.



8 Integrationspolitische Strukturen in Mittelstädten

8.1 Regierungsbezirk Unterfranken

8.1.1 Aschaffenburg

Die unterfränkische Stadt Aschaffenburg zählt rund 69.000 Einwohner. 14,6% der Bevölkerung haben eine ausländische Staatsbürgerschaft. Drei Viertel der Ausländer stammen aus europäischen Ländern, vor allem aus Italien und Polen. Das größte Herkunftsland ist allerdings die Türkei, aus der über ein Fünftel der Personen stammt. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund, zuletzt gemessen durch den Zensus 2011, beträgt 33,4%. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote für das Jahr 2016 liegt bei 5,8%. Aschaffenburg ist Teil der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main.

8.1.1.1 Integrationspolitische Strukturen in der Stadt

Politik und Verwaltung

Integrationspolitisch hat Aschaffenburgs Stadtrat keinen Ausschuss, der sich speziell dem Thema Integration widmet. Die Stadt hat aber eine **Integrationsbeauftragte**. Die Position ist gleichzeitig mit der Leitung des **Büros Integrationsmanagement** betraut, welches im Organigramm direkt beim Oberbürgermeister angesiedelt ist und den Stellenwert des Themas unterstreicht. Das Integrationsmanagement setzt sich für die erfolgreiche Integration von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund in die Aschaffener Gesellschaft ein und ist zuständig für die Umsetzung des Integrationsleitbilds. Die Arbeit des Büros folgt dem Ziel, Integration in Aschaffenburg auf allen Seiten zu fördern und zu stärken. Aschaffenburg hat bereits im Juli 2008, fachlich begleitet durch die Bertelsmann Stiftung, ein **Integrationsleitbild** entwickelt. Für die Entwicklung des Leitbilds wurden insgesamt 11 Workshops abgehalten, in welchen die Bürger Aschaffenburgs zu Wort kommen konnten. Dabei wurden fünf verschiedene Handlungsfelder definiert: Interkulturelle Öffnung, Wirtschaft und Arbeit, Bildung, Erziehung und Sprache, Partizipation/Teilhabe, sowie Steuerung und Prozess. An der Volkshochschule Aschaffenburg werden die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geförderten Deutschkurse angeboten. Weiterhin findet eine Qualifizierungsberatung statt.

Das Integrationsmanagement veröffentlicht jährlich einen Jahresbericht. Auf der Website des Integrationsmanagements gibt es zahlreiche Informationen für Migranten und Flüchtlinge, die das hohe Engagement der Stadt verdeutlichen.



Zivilgesellschaft

AWO und **Diakonie** (u. a. gefördert vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration) sind Hauptakteure in der Integrationsarbeit und insbesondere für Migrationsberatung von Erwachsenen zuständig. Die Beratung umfasst rechtliche und finanzielle als auch psychische und familiäre Aspekte. Die AWO bietet ihr Angebot auch in Türkisch und Englisch an. Die Diakonie hat weitere Sprachen, wie Bulgarisch und Arabisch, im Angebot. Beim **Paritätischen Wohlfahrtsverband** ist ein Jugendmigrationsdienst angesiedelt. Die **Caritas** ist im Bereich der Asylsozialberatung und der Hausaufgabenbetreuung von Kindern mit Migrationshintergrund tätig. In der Stadt gibt es eine Vielzahl von ausländischen **Kulturvereinen**, z. B. aus Frankreich, Griechenland, Kroatien, Russland, Schottland, Spanien, Ungarn, Pakistan und der Türkei, die unterschiedliche Beiträge zur Integration leisten.

8.1.1.2 Beispiele für Maßnahmen in der Integrationspolitik

Sprach- und Kulturvermittler übersetzen bei Gesprächen zwischen Einrichtungen und Migranten, die noch kein Deutsch sprechen, als neutrale Instanz und unterliegen der Schweigepflicht. Darüber hinaus begleiten und unterstützen sie Zugewanderte bei Bedarf in den ersten Monaten nach deren Ankunft in Aschaffenburg, informieren sie über passende Integrationsangebote und erklären ihnen die deutsche Kultur wie auch gesellschaftliche Regeln.

Die „**Elternwerkstatt**“ ist eine wöchentliche Veranstaltung, in der Eltern mit Migrationshintergrund das deutsche Schulsystem als auch Lerninhalte und -methoden vermittelt bekommen und sie dahingehend unterstützt werden, die schulische Laufbahn ihres Kindes erfolgreich zu betreuen. Die Maßnahme ist eine Kooperation des Kinderschutzbunds Aschaffenburg und des Integrationsmanagements und richtet sich an Eltern von Vorschul- oder Grundschulkindern. Der Besuch des Angebots sowie auch die gestellten Arbeitsmaterialien sind für die Eltern kostenfrei.

Die Stadt Aschaffenburg verleiht seit 2013 alle zwei Jahre einen **Integrationspreis** und veranstaltet seit 2014 alle zwei Jahre eine **Integrationskonferenz**. Auch wird seit 2014 eine **Einbürgerungsfeier** veranstaltet. Im Jahr 2016 wurden bereits zum elften Mal die Aschaffenburger **Interkulturelle Wochen** durchgeführt.

8.1.1.3 Beispiele für Projekte in der Integrationspolitik

Die **Broschüre „Welcher Arzt spricht meine Sprache?“** enthält Adressen von 123 Aschaffenburger Ärzten, Hebammen und Therapeuten aus 20 verschiedenen medizinischen Fachrichtungen, in deren Praxen mehrere Sprachen gesprochen werden. Sie ist in zehn Sprachen er-



hältlich. In der Broschüre erfahren Patienten mit Migrationshintergrund, ob es in Aschaffenburg einen Arzt gibt, mit dem sie in ihrer Muttersprache oder einer von ihnen beherrschten Fremdsprache kommunizieren können.

Um möglichen zukünftigen Fachkräften ein realistisches Berufsbild zu vermitteln, wurde 2015 ein Konzept für ein „**Mentoren-Projekt**“ erarbeitet, für welches die DPD Dynamic Parcel Distribution GmbH & Co. KG im Jahr 2016 die Startfinanzierung gegeben hat. Das Projekt sieht vor, Zugewanderten, die an die Beratung des Jugendmigrationsdienstes oder die Qualifizierungsberatung angekoppelt sind, sechs Monate lang eine Mentorin oder einen Mentor aus dem gewünschten Berufsfeld zur Seite zu stellen, um über die Möglichkeiten und den Berufsalltag in Deutschland zu informieren und die Chance zu bieten, sich ein eigenes berufliches Netzwerk aufzubauen.

An der Fachoberschule (FOS) Aschaffenburg wurde im Jahr 2015 auf Wunsch von Schülerinnen und Schülern eine **Arbeitsgemeinschaft** namens „AG Integration“ gegründet mit dem Ziel, durch gemeinschaftliche Aktivitäten Integration zu stärken. Es finden Sportangebote (allwöchentlich) sowie besondere Events statt, wie ein Fußball-Benefiz-Turnier, Drachenbootrennen oder Grill- und Bowling-Abende.

8.1.1.4 Strukturen, Maßnahmen und Projekte in der Flüchtlingspolitik

Zuständigkeiten in Politik und Verwaltung

In Aschaffenburg sind in der Verwaltung zwei Stellen für die Flüchtlingshilfe zuständig. Die 2. Bürgermeisterin und das Amt für soziale Leistungen sind Ansprechpartner in diesem Themenfeld. Im genannten Amt gibt es eine separate Stelle, die für die Flüchtlingsbetreuung in dezentralen Unterkünften der Stadt zuständig ist.

Akteure, Maßnahmen und Projekte

Die Internetseite „**Welcome to Aschaffenburg**“ ist als wichtige Informationsquelle für die neuen Zuwanderer zu nennen. Die Stadt Aschaffenburg sammelt dort zahlreiche Informationen z. B. hinsichtlich allgemeiner Beratungsangebote, Bildungsmöglichkeiten, Übersetzungstätigkeiten und der Hilfe bei gesundheitlichen Problemen.

Die **Caritas** übernimmt die Aufgabe der Asylsozialberatung. In Kooperation mit dem **Kulturamt der Stadt Aschaffenburg** ist 2014 das Projekt „Theaterpaten“ entstanden. Die „Theaterpaten“ ermöglichen Kindern von Flüchtlingen, Theateraufführungen im Stadttheater zu besuchen und begleiten sie. Aktuell sind bereits 15 Patenschaften zustande gekommen. Das Projekt „**Freizeitangebote für junge Asylbewerber in Aschaffenburg (FAIA)**“ organisiert Freizeitangebote für asylsuchende Kinder und Jugendliche aus Aschaffenburg mit dem Ziel, sie in das



Aschaffenburg Kultur-, Freizeit- und Sportangebot und das soziale Leben der Stadt zu integrieren.

8.1.2 Schweinfurt

Die Stadt Schweinfurt hat im Jahr 2016 rund 53.900 Einwohner. Davon haben 16,3% keine deutsche Staatsbürgerschaft.¹⁷ Über ein Viertel der ausländischen Bevölkerung stammt aus der Türkei. Viele Menschen kommen zudem aus der ehemaligen Sowjetunion und dem ehemaligen Jugoslawien. Aus Ländern der EU stammt knapp ein Drittel der Personen.

Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund beträgt nach dem Zensus 2011 35,7%. Dieser relativ hohe Anteil unter den Mittelstädten ist durch die Rolle Schweinfurts als einer der größten Industriestandorte Nordbayerns bedingt:

Die Stadt ist als Zentrum der europäischen Wälzlagerindustrie ein wichtiger Industriestandort. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote ist für das Jahr 2016 mit 6,4% relativ hoch.

8.1.2.1 Integrationspolitische Strukturen

Politik und Verwaltung

Im Sozialreferat der Stadt gab es seit 2003 das Projekt „Gerne daheim in Schweinfurt“, das als Gemeinschaftsprojekt zwischen der Stadt und der Polizei entstand. Das Projekt wurde nach Auslaufen der Projektzeit 2010 in eine **Stabstelle** beim Oberbürgermeister umgewandelt. Seit 2015 ist die Stelle im Referat für Soziales angesiedelt.

Seit November 2014 umfasst der Aufgabenbereich der (ehemaligen) Stabstelle, jetzt Migration und Integration genannt, auch die Funktion des **Integrationsbeauftragten** der Stadt Schweinfurt. Im Stadtrat ist der **Ausschuss für Beschäftigung und Soziales** zuständig für Integration. Um die Anliegen von Migrantinnen zu vertreten, wurde 1987 ein Ausländerbeirat gegründet, an dessen Stelle 2009 ein **Integrationsbeirat** trat, der bei der Stabstelle „Migration und Integration“ angesiedelt ist und sich Anfang 2015 neu konstituierte. Der Beirat besteht jetzt aus 30 Mitgliedern: 18 Migrantinnenvertreterinnen, sechs Stadträtinnen und sechs freien Mitgliedern.

Zivilgesellschaft

In der Vergangenheit bot in Schweinfurt der **Paritätische Wohlfahrtsverband e. V.** Migrationsberatung und einen Jugendmigrationsdienst an. Um eine türkischsprachige Beratung zu

¹⁷ Es handelt sich um Angaben des Bürgeramts der Stadt Schweinfurt zum 31.12.2016. [<https://www.schweinfurt.de/rathaus-politik/stadt/zahlen-daten-und-fakten/1182.Bevoelkerung.html>]



ermöglichen, wird eine Stelle beim Paritätischen Wohlfahrtsverband Schweinfurt von der Stadt Schweinfurt unterstützt. Der **Sozialdienst katholischer Frauen e. V. Schweinfurt** bietet darüber hinaus eine Beratung an, die unabhängig von Religion, Nationalität, Alter und Geschlecht ist.

Als zentrale Anlaufstelle für Migrantinnen findet sich in Schweinfurt das **Interkulturelle Begegnungszentrum für Frauen e. V. (IBF)**. Das Begegnungszentrum entstand im Juli 2005 im Rahmen der Lokalen Agenda 21 der Stadt Schweinfurt: Eine Initiative der Agendagruppe „Integration“ ging der Vereinsgründung voraus. Bis zum Jahr 2011 war der Verein rein ehrenamtlich tätig. Seit 2011 ist die Geschäftsleitung mit einer Vollzeitstelle besetzt. Von 2011-2013 spielte das IBF eine wichtige Rolle für Asylsuchende, was auch damit zu tun hatte, dass die damalige Geschäftsleitung Persisch und Arabisch beherrschte. Mittlerweile konzentriert sich das Begegnungszentrum wieder vermehrt darauf, den in Schweinfurt lebenden Frauen aus unterschiedlichen Kulturkreisen einen Raum des Austausches zu Themen wie Qualifizierung, Berufstätigkeit, Erziehungskompetenzen und gesellschaftlichem Leben zu bieten.

Auch der **Evangelische Frauenbund** spielt eine herausragende Rolle im Bereich der Integration in Schweinfurt. Er wurde für seine Tätigkeiten, die bereits seit 90 Jahren bestehen, 2015 mit dem ersten Integrationspreis der Stadt Schweinfurt ausgezeichnet. Eine erwähnenswerte Instanz, die sich auf Initiative des Frauenbundes entwickelte, ist das „Café Kontakt“, welches 1984 ins Leben gerufen wurde. Gründungsgrund war der Wunsch, etwas dagegen zu unternehmen, dass die Deutschen aus Russland zwar zusammen mit den Deutschen in die Kirche gingen, die Gruppen jedoch nur für sich blieben. Außerdem präsentiert der Evangelische Frauenbund im Rahmen eines Bürgertreffs am Deutschhof ein vielfältiges Programm: Sprachkurse, Näh-, Mal- und Bastelkurse, Computerkurse, Hausaufgabenbetreuung und weitere Freizeitangebote. Ergänzt wird das Angebot im Bürgertreff durch Beratungsstunden des Vereins der **Landmannschaft der Deutschen aus Russland e. V.** und des **Paritätischen Wohlfahrtsverbands**.

8.1.2.2 Beispiele für Maßnahmen

2012 initiierte die Stadt Schweinfurt eine erfolgreiche **Ausbildungsoffensive**, bei welcher der Zielgruppe durch diverse Werbemaßnahmen die Vorzüge einer Ausbildung bei der Stadt Schweinfurt aufgezeigt werden konnten. Seither werden vermehrt qualifizierte Jugendliche mit Migrationshintergrund eingestellt. Die **interkulturelle Öffnung der Verwaltung** hat sich zu einem festen Maßnahmenbestandteil entwickelt und das Personalamt ist auch weiterhin bemüht, Werbemaßnahmen durchzuführen.

Seit 2009 gibt es in Schweinfurt einen **Dolmetscherpool** (Dolmetscherdienste in bis zu 20 unterschiedlichen Sprachen werden angeboten). Aktuell sind dort rund 100 ehrenamtliche



Migranten eingetragen, die von der Stabstelle eine Aufwandsentschädigung erhalten. Mittlerweile findet auch eine gute Zusammenarbeit mit den Behörden statt; bei Bedarf wenden sich diese an den Dolmetscherpool.

Unter dem Dachverband der Beratungsstelle für Ehe-, Familien- und Lebensfragen der Diözese Würzburg agiert in Schweinfurt die **Beratungsstelle für Ehe-, Familien- und Lebensfragen**. Seit mehreren Jahren unterstützt die Stadt Schweinfurt die Beratungsstelle anhand eines gesonderten Zuschusses für die Beratung von türkischsprachigen Frauen und Männern. Nach den positiven Ergebnissen der vorangegangenen Jahre wurde das spezifische Beratungsangebot seit 2015 zwischenzeitlich bis 2017 verlängert. Im Jahr 2009 schloss sich Schweinfurt dem Gesundheitsprojekt „**Mit Migranten für Migranten - Interkulturelle Gesundheit in Bayern (MiMi-Bayern)**“ an.¹⁸

8.1.2.3 Beispiele für Projekte

Das Projekt „**Rucksack in Kindergarten und Schule**“ will die Erziehungskompetenz und das Selbstwertgefühl von zugewanderten Müttern, Vätern und deren Kindern stärken. Gleichzeitig hat es die Kindertageseinrichtungen und Grundschulen im Blick. Eltern, Erzieher und Lehrkräfte werden Partner für die Sprachförderung und Entwicklung der Kinder. Säulen des Projekts sind die Förderung der deutschen Sprache als auch der Muttersprachenkompetenz. Zur Projektumsetzung werden zweisprachige Mitarbeiterinnen als Elternbegleiterinnen in den Einrichtungen eingesetzt. Das Projekt wird von der Stabstelle und der „Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA)“ finanziert.

Drei Jahre lang lief das Projekt „**Go together - Partizipation, Integration und interkulturelle Öffnung**“ des Stadtjugendrings als ein Kooperationsprojekt des Bayerischen Jugendrings (BJR) mit der Alevitischen Jugend in Bayern (BDAJ) und dem Bayerischen Jugendrotkreuz (BJRK). Ziel war es, die Teilhabe junger Menschen mit Migrationshintergrund an den Angeboten und Strukturen der Jugendarbeit zu erhöhen. Gefördert wurde das Projekt vom Europäischen Integrationsfonds, dem BAMF sowie dem StMAS. In Schweinfurt war es ein Erfolg: Die aktuelle Vorsitzende des Stadtjugendrings ist Alevitin. Das dreijährige Projekt endete offiziell in Schweinfurt mit der Organisation des „Kultivals“. Das Engagement für die Interkulturelle Öffnung endete damit nicht: Unter anderem wird dieses Jahr zum zweiten Mal das „Kultural“ an der Stadtmauer durchgeführt.

Schweinfurt beteiligt sich seit 2014 an dem Projekt „**Heroes**“, welches von der Gesellschaft zur Förderung beruflicher und sozialer Integration (gfi) gemeinnützige GmbH in Schweinfurt

¹⁸ Für eine Beschreibung des Projektinhalts vgl. Abschnitt 7.2.3



getragen und vom bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration gefördert wird.¹⁹

8.1.2.4 Strukturen, Maßnahmen und Projekte in der Flüchtlingspolitik

Zuständigkeiten in Politik und Verwaltung

Mit der 2015 erfolgten Inbetriebnahme der Aufnahmeeinrichtung in Schweinfurt auf dem Gelände der Ledward Barracks durch die Regierung von Unterfranken wurde Schweinfurt der siebte Standort einer Erstaufnahmeeinrichtung in Bayern. Als das Thema Flüchtlinge die Stadt erreichte, wurde auf Initiative des Oberbürgermeisters und unter seiner Leitung eine rathausinterne „**Task-Force Asyl**“ ins Leben gerufen, in deren Rahmen eine enge ämterübergreifende Zusammenarbeit stattfindet. Somit konnte v. a. im Herbst 2015 zeitnah auf die rasant wachsenden Anforderungen reagiert werden.

Die Zuständigkeit für die Betreuung der Flüchtlinge liegt beim Amt für Soziale Leistungen. Beim Amt für Soziale Leistungen wurde auch eine Stelle geschaffen für die Koordination der vielen Helfertätigkeiten. Die Koordinierungsstelle soll mittels eines persönlichen Beratungsgesprächs helfen, das passende Engagement zu finden. Es wird Auskunft über konkrete Engagement-Angebote von Initiativen, Verbänden, Institutionen, Netzwerken, Organisationen und Projekten, aber auch zu praktischen Fragen (z. B. zum Versicherungsschutz) gegeben.

Akteure, Maßnahmen und Projekte

Die schon in der bisherigen Integrationsarbeit tätigen Akteure sind auch bei der Betreuung von Flüchtlingen aktiv. Eine übergeordnete Rolle spielt dabei die Diakonie. Vernetzt ist sie mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband e. V., dem BRK sowie dem Caritasverband. Auch der Sozialdienst katholischer Frauen e. V. Schweinfurt sowie der Evangelische Frauenbund Schweinfurt e. V. bieten Unterstützung.

Die Diakonie ist im Rahmen der **Asylsozialberatung** für die Betreuung der Menschen in den drei Gemeinschaftsunterkünften und den dezentralen Unterkünften zuständig. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützen die Asylsuchenden bei allen anfallenden Behördenerledigungen, bei Fragen zu Asylverfahren und Familiennachzug, der Suche nach Sprachkursen, Kindergarten- und Schulplätzen. Die Diakonie vermittelt über das Ehrenamtsteam Fahrräder und organisiert Fahrradkurse in Zusammenarbeit mit der Verkehrspolizei.

Viele ehrenamtliche Akteure meldeten sich beim Bayerischen Roten Kreuz oder anderen Wohlfahrtsverbänden, um ihre Hilfe anzubieten. Es gründete sich die private, ehrenamtliche

¹⁹ Für eine Darstellung der Projektinhalte vgl. Abschnitt 7.1.3.



Initiative „**Schweinfurt hilft**“. Die Diakonie bietet eine Ehrenamtsakademie an; Ehrenamtliche haben dort unter anderem die Möglichkeit, an speziellen Schulungen teilzunehmen. Zudem engagiert sich die **Türkisch-Islamische Gemeinde zu Schweinfurt Zentrum Moschee e. V.** für die Flüchtlinge in Schweinfurt. Beispielsweise wurde Kleidung für die Aufnahmeeinrichtung gesammelt. Daneben beteiligen sich Sportvereine aktiv an der Integration von Flüchtlingen: Der **FV Türkgücü** spielt dabei eine zentrale Rolle und hat rund 30 Afghanen und Syrer in den Spielbetrieb integriert.

Seit März 2013 führt das Interkulturelle Begegnungszentrum für Frauen (IBF) in Kooperation mit dem städtischen Projekt „Gern daheim in Schweinfurt“ und dem Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) das Projekt „**Deutschkurse und Betreuungsangebote für Flüchtlinge und ihre Kinder**“ durch. Dieses Projekt wurde zu Beginn von der Stadt Schweinfurt finanziert. Zwischenzeitlich wurde das Projekt auch aus Mitteln der Europäischen Union, der Alwine Schäfer-Stiftung und der örtlichen Sparkassenstiftung kofinanziert. Seit 2015 wird das Projekt durch das StMAS und die Sternstunden unterstützt. Arbeitsbereiche des Projekts sind Deutschkurse für Asylsuchende, Betreuungsangebote für die Kinder in den Gemeinschaftsunterkünften und schulische Fördermaßnahmen für die Jugendlichen.

8.2 Regierungsbezirk Mittelfranken

8.2.1 Ansbach

Die kreisfreie Stadt Ansbach ist zugleich Sitz der Regierung und der Bezirksverwaltung Mittelfrankens. Im Jahr 2015 zählt sie rund 41.200 Einwohner bei einem Ausländeranteil von 10,7%. Die häufigsten Herkunftsgruppen bilden dabei die türkischen, griechischen und rumänischen Staatsbürger. Nach dem Zensus 2011 haben 25,3% der Einwohner einen Migrationshintergrund. Zwischen 1993 und 2007 kamen rund 4.000 Spätaussiedler in die Stadt. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote für das Jahr 2016 beträgt 4,9%.

8.2.1.1 Integrationspolitische Strukturen

Politik und Verwaltung

Das Amt für Familie, Jugend, Senioren und Integration ist in der Verwaltung zuständig für Fragen der Integration. Der **Integrationsbeirat** ist als Ausschuss des Stadtrats im Organigramm der Stadt angeführt. Der Integrationsbeirat setzt sich zusammen aus auf drei Jahre gewählten



15 stimmberechtigten Mitgliedern sowie von bis zu 15 vom Stadtrat, der Verwaltung, kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen ernannten Vertretern. Die **Integrationsbeauftragte** ist zugleich Geschäftsführerin des Integrationsbeirats.

Zivilgesellschaft

Unter den Wohlfahrtsverbänden bieten das **Diakonische Werk** und die **AWO** Migrationsberatung und andere Dienstleistungen an. Zum anderen gibt es noch den Jugendmigrationsdienst der **Evangelischen Jugendsozialarbeit (EJSA)** für junge Migranten im Alter zwischen 12 und 27 Jahren. Im ehrenamtlichen Bereich ist die **SonnenZeit Freiwilligenagentur e. V.** als Koordinationsstelle hervorzuheben, da sie u. a. auch Freiwillige an integrationspolitische Projekte vermittelt. Sie tritt generell als Koordinator für bürgerschaftliches Engagement in Erscheinung.

8.2.1.2 Beispiele für Maßnahmen der Integrationspolitik

Die Erarbeitung eines Integrationsberichts ist eine zentrale Maßnahme der Stadt. Um Fortschritte und Defizite zu erkennen, hat die Steuerungsgruppe des Integrationsberichts ausgewählte Handlungsfelder bestimmt, die dem **Integrationsmonitoring** unterliegen. Angefangen von Patenschaften im Bereich der Bildung bis hin zu Hilfestellungsangeboten zur gelingenden Arbeitsmarktintegration und anderen Bereichen wie Gender, Familie, Freizeit, Sport und Gesundheit, versucht die Stadt aktiv dafür zu sorgen, dass es Menschen mit Migrationshintergrund leichter fällt, am öffentlichen Leben der Stadt teilzunehmen.

Das Kolping-Bildungszentrum Ansbach hat eine Reihe von Angeboten für die **berufliche Integration der Migranten**. Diese sind beispielsweise berufsvorbereitende, schulische und weiterbildende Maßnahmen sowie auch gezielte individuelle Migrantenförderung. Die Beruflichen Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft (bfz) bieten in Ansbach ebenfalls integrationsfördernde Maßnahmen an, die die Eingliederung der Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt erleichtern sollen, z. B. durch berufsbezogene Sprachförderung und generelle berufsvorbereitende Maßnahmen. Auch die **DEKRA Akademie GmbH** hilft in Ansbach bei der Eingliederung und Integration von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt.

8.2.1.3 Beispiele für Projekte der Integrationspolitik

Als Teil des evangelischen Jugendwerks Ansbach hat sich in Ansbach die Theatergruppe „**Integral**“ etabliert, in deren Rahmen seit mehreren Jahren Kinder und Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund gemeinsam auf der Bühne stehen. Der Schwerpunkt der Theatergruppe liegt auf deutscher und russischer Literatur und Kultur. Die Theatergruppe tritt im Rahmen



größerer Veranstaltungen wie der Ansbacher Bachwoche und den Kirchentagen auf. Sie ist Teil des Evangelischen Jugendwerks Ansbach und kooperiert außerdem mit dem Karolinum, der Musikschule Ansbach und der Kirchengemeinde St. Gumbertus.

Die Evangelisch-Lutherische Kirchengemeinde St. Gumbertus veranstaltet alle zwei Jahre das Kunst- und Kulturprojekt „**ANspruch**“. Ziel des Projekts ist es, den Zusammenhalt in Ansbach und dessen Umgebung zu stärken und Brücken zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zu bauen. Seit mehr als zwanzig Jahren finden des Weiteren die **Interkulturellen Wochen** in Ansbach statt, welche vom Integrationsbeirat der Stadt in Zusammenarbeit mit etlichen weiteren Organisationen veranstaltet werden.

8.2.1.4 Strukturen, Projekte und Maßnahmen in der Flüchtlingspolitik

Zuständigkeiten in Politik und Verwaltung

Das Amt für Soziales, das Bürgeramt und das Amt für Familie, Jugend, Senioren und Integration sind für Angelegenheiten der Flüchtlinge zuständig.

Akteure, Maßnahmen und Projekte

Caritas und Diakonie sind in der **Asylsozialberatung** tätig. Seit dem Schuljahr 2013/14 wurden in ausgewählten Schulstandorten in Bayern unter Einschluss von Ansbach sogenannte **Berufsintegrationsklassen** eingerichtet, die sich an berufsschulpflichtige Asylsuchende und Flüchtlinge richten.

Anfang Februar 2016 hat die Stadt Ansbach den sogenannten „**Ansbach-Pakt**“ unterzeichnet, welcher eine Selbstverpflichtung seitens der Stadt zur Integration von Flüchtlingen in Ausbildung und Arbeitsmarkt darstellt. Er richtet sich an Flüchtlinge mit hoher Bleibewahrscheinlichkeit. Partner sind die Agentur für Arbeit Ansbach-Weißenburg, das Jobcenter Ansbach, die Industrie- und Handelskammer (IHK) Nürnberg für Mittelfranken und die Handwerkskammer (HWK) für Mittelfranken. Ziele der Vereinbarung sind, den Unternehmen aus Industrie, Handel, Dienstleistungen und Handwerk in Ansbach verlässliche Rahmenbedingungen zu bieten und sie umfassend über die Einsatzmöglichkeiten von Asylsuchenden, Geduldeten und anerkannten Flüchtlingen zu informieren.

Am Ansbacher Theresien-Gymnasium fand am 17. März 2015 ein **Projekttag zum Thema „Flüchtlinge in Europa“** in Kooperation mit der Europäischen Akademie Bayern und der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildung statt. Die rund 100 beteiligten Schülerinnen und Schüler der 10. Klassen hörten Vorträge zum komplexen Thema „Flüchtlinge und Asylpolitik“. Sie konnten auch mit einem außerschulischen Experten und einem betroffenen Flüchtling über das Thema diskutieren.



Eine prominente Flüchtlingsinitiative ist „**Ansbach hilft**“. Das Netzwerk organisiert sich u. a. in einer Gruppe über die Internetplattform Facebook. Es sind bis zu 800 Helferinnen und Helfer engagiert. In der Flüchtlingshilfe ist die **Freiwilligenagentur Sonnenzeit** spezieller Ansprechpartner für Sachspenden und Schulsachen sowie an der Hausaufgabenbetreuung junger Asylsuchender beteiligt.

8.2.2 Schwabach

Die mittelfränkische Stadt Schwabach ist Teil der Metropolregion Nürnberg und mit seinen rund 40.400 Einwohnern die kleinste kreisfreie Stadt in Bayern. Ihr Ausländeranteil liegt bei 11%. Größere Gruppen der nicht-deutschen Bewohner stammen aus Rumänien, der Türkei und Griechenland. Rund ein Viertel der Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund. Die Arbeitslosenquote lag im Jahr 2016 durchschnittlich bei 3,7%.

8.2.2.1 Integrationspolitische Strukturen

Politik und Verwaltung

Der Oberbürgermeister gibt dem Bereich der Integrationspolitik einen hohen Stellenwert. Für Fragen der Integration wurde in Schwabach innerhalb der Stadtverwaltung ein **Integrationsbüro** eingerichtet. Dort werden alle Fragen zu Migration und Integration bearbeitet. Aktuell bestehen bei der Rathausverwaltung Pläne, dieses Büro umzustrukturieren, um besser auf die veränderte Bedarfslage, besonders auch auf die Integration von Flüchtlingen, eingehen zu können.

Dem Integrationsbüro obliegt die Organisation des **Runden Tisches Asyl**, der die Kooperation von Initiativen und Verbänden in der Integrationsarbeit verbessern soll. Am Runden Tisch sind verschiedene Ämter und Institutionen beteiligt, die sich in regelmäßigen Zeitabständen treffen. Durch die Flüchtlingskrise wurde der Schwerpunkt der Aktivitäten zunächst auf die Unterbringung von Flüchtlingen gelegt. Bereits gegenwärtig liegt der Fokus aber wieder allgemein auf der Integration von Migranten. Zusätzlich zur großen Runde gibt es auch eine verwaltungsinterne kleine Runde. Hier koordinieren sich die einzelnen Stellen bei allen Aktivitäten, die den Bereich Integration berühren.

Weiterhin gibt es in Schwabach seit Januar 2011 einen **Integrationsrat**. Dieser setzt sich aus Vertretern von Verbänden, gewählten Mitgliedern und beratenden Mitgliedern zusammen. Die beratenden Mitglieder sind Vertreter des Stadtrats und der Stadtverwaltung.



Zivilgesellschaft

AWO und **Diakonie** sind insbesondere für Migrationsberatung von Erwachsenen zuständig. Die Diakonie hat den Großteil der Asylsozialberatungsangebote übernommen und unter ihrem Dach gebündelt. Die Rummelsberger Diakonie unterstützt vor allem Einzelpersonen im Bereich Bildung durch Spenden von Laptops und bietet weitere Hilfen an.

Die **IHK** im Großraum Schwabach bietet Seminare zur betrieblichen Integration von Migranten an. Unternehmen sollen hier eine Hilfestellung zu rechtlichen und interkulturellen Fragen bekommen.

Von Seiten der Bürgerschaft gibt es in Schwabach eine **Integrationsstiftung**. Ihr Ziel ist es, eine dauerhafte Integrationsplattform aufzubauen, über die ein gezielter Informationsaustausch verschiedener Akteure stattfinden kann. Weiterhin wurde über die Stiftung ein Förderverein für Integrationsarbeit aufgebaut. Unter dem Motto „Gemeinsam Leben in Schwabach“ wird dort finanzielle Unterstützung für Projekte und Aktivitäten in der Integrationsarbeit geleistet. Durch ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden außerdem Projekte koordiniert und Netzwerkarbeit betrieben.

8.2.2.2 Beispiele für Maßnahmen in der Integrationspolitik

Die Maßnahme „**Integrationspaten**“ ist die erste Aktivität der Schwabacher Integrationsstiftung. Ehrenamtliche Paten sollen als Ansprechpartner und Förderer Eltern dabei helfen, den richtigen Weg zu sozialer und beruflicher Integration ihrer Kinder zu unterstützen. Die fachliche Unterstützung der Paten wird durch eine Kirchengemeinde organisiert und von der Stiftung finanziell gefördert.

Die Stadtbibliothek Schwabach sieht sich als Lern- und Kommunikationsort für alle Wohnbürger und versteht sich auch **als interkulturelle Bibliothek**. Flüchtlinge, Migranten und deren Betreuer sind herzlich willkommen. Es werden kostenloses WLAN, Internetplätze, ein Zeitungscafé sowie zahlreiche Leseplätze angeboten. Zusätzlich liegen verschiedene Bücher, CDs und Spiele aus, die beim Lernen der deutschen Sprache helfen sollen. Der Bibliotheksausweis ist kostenlos für alle, die in einer Unterkunft amtlich gemeldet sind.

Die Integrationsstiftung verleiht gemeinsam mit der Stadt Schwabach und unter der Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters regelmäßig den **Schwabacher Integrationspreis**. Mit ihm sollen besondere Leistungen ausgezeichnet werden, die der Integration und dem Zusammenleben aller Bevölkerungsgruppen und Altersklassen in der Bürgerschaft dienen.



8.2.2.3 Beispiele für Projekte in der Integrationspolitik

Mit der **Integrationsplattform** zur Vernetzung praktischer Aktivitäten, Förderprojekte, Unterstützungen und Kooperationen mit anderen Schwabacher Organisationen, Institutionen und Einrichtungen möchte die Integrationsstiftung einen Beitrag zu einer lebendigen und offenen Integrationskultur in der Stadt leisten.

Verflechtungen von Integration des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens sollen in **öffentlichen Veranstaltungen** thematisiert werden. Das Ziel ist, die Einwohner der Stadt über Integrationsprobleme zu informieren und mit ihnen über Lösungen zu diskutieren.

8.2.2.4 Strukturen, Maßnahmen und Projekte in der Flüchtlingspolitik

Zuständigkeiten in Politik und Verwaltung

In Fragen der Unterbringung von Flüchtlingen ist das Amt für Senioren und Soziales verantwortlich. Weiterhin gibt es die Kontaktstelle für Bürgerengagement. An diese kann sich jeder wenden, der sich aktiv ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe betätigen will. Auch das Integrationsbüro ist in Fragen der Flüchtlinge eingebunden.

Der Schwabacher Oberbürgermeister hat in einem Interview vor allem die große Bedeutung ehrenamtlicher Hilfe im Bereich der Asylhilfe hervorgehoben. Der OB selbst ist sehr aktiv in der Flüchtlingshilfe engagiert und beteiligt sich an verschiedenen bereits vorgestellten Gremien (Runder Tisch Asyl, Netzwerk Integration).

Akteure, Maßnahmen und Projekte

Die **Diakonie** bietet in Schwabach eine Asylsozialberatung an. Die **IHK** verfügt über Möglichkeiten, Seminare zu beruflicher Bildung von Migranten anzubieten, die auch Asylsuchende in Anspruch nehmen können. Als wichtiger Koordinator einzelner Maßnahmen und Projekte agiert die Integrationsstiftung, die sich auf das Networking zwischen Akteuren in der Flüchtlingshilfe konzentriert. Das von der Stadt initiierte **Netzwerk Integration** koordiniert die Arbeit einzelner Helferinitiativen. Auch verschiedenen **Vereinen**, z. B. im Bereich Sport, kommt eine große Rolle bei der künftigen Integration von Flüchtlingen zu. Die freien Träger in Schwabach sind außerdem sehr aktiv in der Flüchtlingshilfe vertreten.

Das **Asylcafé** ist ein gemeinnütziger Zusammenschluss zur Unterstützung von Asylsuchenden in Schwabach, kulturelle Begegnungsstätte und Anlaufstelle. Im Asylcafé können sich ehrenamtlich und privat engagierte Personen miteinander vernetzen und unterstützende Angebote zur bisherigen Arbeit machen, um für die hilfeschuchenden Menschen konkrete Verbesserungen ihrer Lage zu bewirken.



Im Asylcafé werden Deutschkurse verschiedener Art angeboten. Vom Alphabetisierungskurs bis zum Deutschkurs für Fortgeschrittene kann dort jeder Asylsuchende seine Sprachkenntnisse verbessern. Regelmäßige Treffs sorgen für eine einfache Struktur. Durch das Angebot von Babysittern während der Kurszeiten können besonders auch Mütter an den Treffs teilnehmen. Von Seiten der Stadtverwaltung ist man auf dieses Projekt sehr stolz. Eine Stadträtin schultert die Organisation des Cafés ehrenamtlich. Die verschiedenen Angebote werden sehr gern angenommen.

8.3 Regierungsbezirk Oberfranken

8.3.1 Bamberg

Die kreisfreie Stadt Bamberg hat 2015 eine Einwohnerzahl von rund 73.300. Der Ausländeranteil beträgt 10,4%. Die mit Abstand größte Herkunftsgruppe bilden Menschen aus der Türkei. Viele Zuwanderer sind Spätaussiedler oder kommen aus dem ehemaligen Jugoslawien. Nach dem Zensus 2011 hat rund ein Fünftel der Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Im Jahr 2016 beträgt die durchschnittliche Arbeitslosenquote 4,7%.

Die Stadt sieht sich als Weltkulturerbestadt in besonderer Verantwortung, kulturelle Vielfalt zu bewahren.

8.3.1.1 Integrationspolitische Strukturen

Politik und Verwaltung

2007 wurde durch den Oberbürgermeister Integration zur **Chefsache** erklärt. Nachdem die Koordinierungsstelle für Beiräte und Beauftragte der Stadt Bamberg 2006 bereits weiter ausgebaut worden war, wurde sie 2014 in den **Fachbereich Freiwilligenengagement, Integration und Familienfreundlichkeit** im Bereich Familie, Jugend und Senioren überführt. Zuständiger Stadtrat ist der Sozial-, Ordnungs- und Umweltreferent. 2016 wurde der Familiensenat auf Beschluss des Stadtrats zum **Familien- und Integrationsssenat** erweitert, welcher in Fragen der Integrationspolitik der Stadt Bamberg beschlussfähig ist.

Der **Migranten- und Integrationsbeirat** stellt seit 1994 die Interessenvertretung aller Bamberger mit Migrationshintergrund dar, durch die er gewählt wird. Er soll insbesondere die Teilhabe der Bamberger mit Migrationshintergrund am gesellschaftlichen Leben und den gesellschaftlichen Austausch fördern. In diesem Sinne ist der Migranten- und Integrationsbeirat mit der Stadtverwaltung und verschiedenen (inter-)kulturellen und multireligiösen Einrichtungen



und Vereinen vernetzt. Der Beirat kann Anträge stellen sowie Empfehlungen und Stellungnahmen abgeben und fördert mit Kooperationspartnern Projekte zur Integration und zum interkulturellen Austausch.

2007 startete auf Initiative des Oberbürgermeisters unter federführender Organisation durch die Koordinierungsstelle für Beiräte und Beauftragte im Sozialreferat das „**Flächenübergreifende Integrationsprojekt - FIP**“. Dieses bietet einen Rahmen für die Erarbeitung eines Integrationskonzepts durch die Stadt Bamberg, den Migranten- und Integrationsbeirat sowie soziale Einrichtungen und Ehrenamtliche. Zu Beginn dieses Prozesses wurde das **Bamberger Leitbild zur Integration** beschlossen, in dem, auch vor dem Hintergrund Bambergs als Weltkulturerbestadt, die Anerkennung und Wertschätzung von Vielfalt ein zentrales Moment darstellt. Das Leitbild basiert auf einem ganzheitlichen Konzept von Integration, sodass letztere sich nicht auf die Verständigung von Personen unterschiedlicher kultureller und ethnischer Herkunft beschränkt, sondern auch u. a. unterschiedliche soziale Herkunft, Weltanschauung, sexuelle Identität und Behinderung umfasst.

Zwischen 2007 und 2013 wurden im Rahmen des FIPs Arbeitskreise in den Bereichen sprachliche Integration und Bildung, berufliche Integration, Arbeit und Wirtschaft, gesellschaftliche, soziale und kulturelle Integration sowie interkulturelle Kompetenz in der Verwaltung gebildet. Diese erarbeiteten Handlungsfelder sowie konkrete Maßnahmenvorschläge, welche an die Projektleitungsgruppe übermittelt wurden. Diese u. a. aus dem Migranten- und Integrationsbeirat, den Migrationssozialdiensten, dem Jobcenter sowie dem Sozial-, Kultur- und Bildungsreferat der Stadt Bamberg bestehende Gruppe entwickelte Projektlisten für das jeweilige Folgejahr, welche dem Stadtrat vorgelegt wurden. Seit 2014 wählt die Lenkungsgruppe auf Grundlage des in den vorherigen Jahren ausgearbeiteten Maßnahmenkatalogs jährlich ein Jahresschwerpunktthema aus.

Zivilgesellschaft

Die AWO verfügt über einen Migrationssozialdienst, der 1999 aus dem „Sozialdienst für Türken“ hervorging und eine Migrationserstberatung sowie eine allgemeine Sozialberatung umfasst. In der Migrationserstberatung wird gemeinsam mit den Einwanderern ein Integrationsplan entwickelt und diese werden bei dessen Umsetzung begleitet. In diesem Kontext bietet die AWO auch interkulturelle Mediation zur Konfliktlösung, Integrationskurse für Frauen und Mädchen, Erziehungshilfen, Musik-Kurse, Veranstaltungen zur Integration von Senioren mit Migrationshintergrund und im Rahmen des Programms „Tiger“ Hausaufgabenbetreuung sowie Deutschkurse für Kinder und Jugendliche an.



Der **Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) Bamberg e. V.** bietet sowohl Migrationsberatung als auch einen Jugendmigrationsdienst an. Die **Caritas** hat eine Migrations- und Asylsozialberatung. In Bamberg gibt es eine Vielzahl von **Migrantenorganisationen**. Diese stehen nicht direkt mit der Stadtverwaltung in Kontakt, erhalten relevante Informationen jedoch über den Migranten- und Integrationsbeirat.

8.3.1.2 Beispiele für Maßnahmen

Im Rahmen des bundesweiten Programms „**Soziale Stadt**“ wurden in den Bamberger Stadtteilen Gereuth-Hochgericht und Starkenfeld Stadtteilmanagements eingerichtet, welche als Anlaufpunkte für die Bürger dieser Stadtteile dienen sowie stadtteilspezifische Projekte durchführen. Im Rahmen des FIP verfolgt die Stadt das Ziel, die **interkulturelle Öffnung der Verwaltung** voranzutreiben. In diesem Sinne sollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt für die Themen Migration und Integration sensibilisiert werden. Dazu sollen Seminare zum Ausbau der interkulturellen Kompetenz zu einem festen Bestandteil des städtischen Fort- und Ausbildungsprogramms gemacht werden.

Aus dem FIP hervorgegangene Maßnahmen umfassen die Vergabe eines auf verschiedenen Sprachen verfügbaren **Willkommenspakets** mit verschiedenen Informationen für Eltern mit oder ohne Migrationshintergrund, welches letztere bei der Geburt eines Kindes erhalten sowie einen ebenfalls in verschiedenen Sprachen verfügbaren **Einschulungsratgeber**, in dem Informationen zur Einschulung zusammengestellt wurden. Die Stadt hat auch den **Flyer „Willkommen in Bamberg“** mit ersten Schritten sowie wichtigen Anlaufstellen für Neuzugewanderte mit Migrationshintergrund erstellt. Darüber hinaus wurden in einigen Ämtern mehrsprachige **Willkommensbanner** angebracht. Seit mehr als 10 Jahren veranstaltet die Stadt in Zusammenarbeit mit dem europäischen forum für migrationsstudien, Institut an der Universität Bamberg, eine jährliche **Einbürgerungsfeier**.

Im Sinne einer besseren Bildungsintegration wird Lehrkräften in Zusammenarbeit mit der Universität Bamberg und dem Schulamt die Möglichkeit geboten, **Fortbildungen** im Bereich Didaktik des Deutschen als Zweitsprache zu besuchen. Um eine bessere Überschaubarkeit und Koordination des Bildungsangebots für Zugewanderte zu schaffen, hat das Bildungsbüro im Kulturreferat der Stadt Bamberg im Rahmen des bundesweiten Förderprogramms „**Kommunale Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte**“ einen Bildungskordinator eingesetzt. Das im Bildungsbüro durchgeführte Bildungsmonitoring soll, wie im FIP beschlossen, in Zukunft auch durch ein Integrationsmonitoring ergänzt werden.



Um die **interkulturelle Öffnung** der Verwaltung zu fördern, bietet die Stadt Bamberg auf Initiative des Oberbürgermeisters Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Rahmen eines einwöchigen, unbezahlten Praktikums die Gelegenheit, Einblicke in die Arbeit in verschiedenen Bereichen der Stadtverwaltung zu erlangen.

Entstanden aus einem Projekt der Bamberger Landesgartenschau 2012, besteht das **„Zelt der Religionen“** seit 2014 als dauerhaftes interreligiöses Begegnungszentrum fort. Träger sind die Evangelische und die Katholische Kirche, die Israelitische Kultusgemeinde Bamberg (IKG) sowie der Türkisch-Islamische Kulturverein DITIB e. V. Unterstützt wird das Zentrum durch den Förderverein Zelt der Religionen.

Hervorgegangen aus den jährlichen Runden Tischen des FIP findet seit 2015 in einem zweijährigen Rhythmus der **„Bamberger Fachtag Integration“** statt, welcher jeweils unter einem unterschiedlichen thematischen Schwerpunkt steht. Den Vorsitz dieser Veranstaltung hat der Oberbürgermeister inne.

8.3.1.3 Beispiele für Projekte

2013 veranstalteten die Stadt Bamberg und der Migranten- und Integrationsbeirat eine durch das BAMF und durch die Regierung von Oberfranken geförderte **Integrationsmesse**, auf der sowohl Fachpublikum als auch die Öffentlichkeit Informationen zum Thema „Interkulturelles Zusammenleben“ erhalten konnten.

Bamberg nimmt seit 2012 an dem durch das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege und die Betriebskrankenkassen in Bayern geförderte Projekt **„Mit Migranten für Migranten - Interkulturelle Gesundheit in Bayern (MiMi-Bayern)“**²⁰ teil, welches Bestandteil des bundesweiten „MiMi-Gesundheitsprojekts“ ist. Im Rahmen dieses Projekts werden seit September 2015 **Gemeindedolmetscher** ausgebildet, um bei Untersuchungs- und Beratungsgesprächen zu dolmetschen.

Seit 2013 führt der Lehrstuhl für Didaktik der deutschen Sprache und Literatur der Otto-Friedrich-Universität Bamberg das Projekt **„Kul(tur)Kids“** durch. In diesem Projekt können Studierende der Didaktik des Deutschen als Zweitsprache eine Mentorenschaft für Kinder mit Migrationshintergrund aufnehmen, welche sie für die Dauer eines Schuljahres begleiten, indem sie mit ihnen zwei bis drei Stunden wöchentlich kulturelle und soziale Aktivitäten unternehmen. Dadurch sollen sich die Kinder sozial weiterentwickeln, stärker mit ihrer Stadt identifizieren und eine Gelegenheit bekommen, im außerschulischen Kontext Deutsch zu lernen.

²⁰ Vgl. Abschnitt 7.2.3 für eine inhaltliche Darstellung des Projekts



Das Projekt „**Bamberger Lesefreunde**“ wurde 2009 in Anlehnung an ein Würzburger Projekt von Ehrenamtlichen gegründet und wird seit 2010 durch den Migrationssozialdienst der AWO und den Migranten- und Integrationsbeirat getragen und durch die Stadt gefördert. Durch die Unterstützung von rund 80 „Lesefreunden“, welche sich in Kindertageseinrichtungen, Mittagsbetreuungen, Schulen oder anderen Einrichtungen sowie in Familien mit Kindern zum Lesen treffen, soll die frühkindliche Sprachentwicklung gefördert und ein positives Verhältnis zu Büchern vermittelt werden.

Die Beruflichen Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft (bfz) führen in Kooperation mit der Stadt Bamberg das Projekt „**MiA - Mütter mit Migrationshintergrund in Arbeit**“ durch. Außerdem bieten die Beruflichen Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft (bfz) Integrationskurse sowie ein Integrationspatenprogramm an, welches in Kooperation mit dem Migrationssozialdienst der AWO durchgeführt und vom BAMF gefördert wird.

8.3.1.4 Strukturen, Maßnahmen und Projekte in der Flüchtlingspolitik

Zuständigkeiten in Politik und Verwaltung

Mit dem erhöhten Zuzug von Flüchtlingen wurde das Thema Asyl zum Schwerpunktthema des FIPs in den Jahren 2015 und 2016 erklärt. Dadurch soll das Integrationsprojekt um das Querschnittsthema Asyl ergänzt werden. 2015 war vor allem der Erfassung der bestehenden Strukturen gewidmet, um den Aufbau von Doppelstrukturen zu vermeiden. 2016 wurden Maßnahmenvorschläge im Bereich „Bildung: Sprache und Schule“ erarbeitet. Hierzu hat die Leiterin des Fachbereichs Freiwilligenengagement, Integration und Familienfreundlichkeit im März und April 2016 bereits zwei Workshops mit den relevanten Akteuren durchgeführt, in denen erste Maßnahmen entwickelt wurden.

Insbesondere das Sozialamt, das Jobcenter, die Agentur für Arbeit, das Jugendamt und das Bildungsbüro sind für die Flüchtlingsbetreuung und -integration zuständig. Die Wirtschaftsförderung der Stadt ist im Kontakt mit in Bamberg ansässigen Unternehmen. Auf ihre Empfehlung hin, arbeiten letztere an der Einrichtung einer zentralen Praktikumsbörse für Flüchtlinge, um deren Übergang in den Ausbildungsmarkt zu erleichtern. Die Leiterin des Fachbereichs Freiwilligenengagement, Integration und Familienfreundlichkeit ist seit Oktober 2015 auch Ehrenamtskoordinatorin in der Flüchtlingshilfe.

Akteure, Maßnahmen und Projekte

Die **AWO** verfügt in ihrem Migrationssozialdienst über die Abteilung Asylsozialberatung. Auch die **Caritas** bietet eine Migrations- und Asylsozialberatung an und verfügt darüber hinaus über das Freiwilligenzentrum **CariThek**, in dem u. a. ehrenamtliches Engagement in der



Flüchtlingshilfe koordiniert und begleitet wird. Nach Aufforderung durch die Stadt und den Migranten- und Integrationsbeirat werden nun auch vermehrt Personen mit Migrationshintergrund als Zielgruppe für die Beteiligung an ehrenamtlicher Arbeit angesprochen.

Ein zentraler Akteur in der Flüchtlingshilfe ist die Initiative **Freund statt fremd**. Diese von Bamberger Bürgern getragene, seit 2011 aktive Initiative hat sich zum Ziel gesetzt, Asylsuchenden in Bamberg bei ihrer Ankunft und Integration Hilfe zu leisten. Dafür hat sie ein vielfältiges Angebot aufgebaut, welches von Sprachkursen bis zu Freizeitangeboten reicht. Zentrales Element ist das Patenschaftsprogramm, in dem Ehrenamtliche Asylsuchende in Alltagsfragen unterstützen. Erstere wiederum werden von zwei hauptamtlichen Patenschaftskordinatorinnen vermittelt und betreut.

Mit finanzieller Unterstützung durch die Schmid-Kaiser-Stiftung sowie die Stiftung Chance Jugend bietet auch das **Don Bosco Jugendwerk** ein Integrationspatenprojekt für unbegleitete minderjährige Ausländer an.

Im Januar 2016 wurden im Rahmen des Förderprogramms „**Hauptamtliche Ehrenamtskoordinatoren**“ des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration der Stadt bei Freund statt fremd und der AWO Stellen zur Koordination der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe eingerichtet. Die Ehrenamtskoordinatoren sollen auch Austauschtreffen und Schulungen zum Asylverfahren und Asylrecht sowie zu interkultureller Kompetenz durchführen.

In der durch die Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten- und Integrationsbeiräte Bayerns AGABY durchgeführten und durch MigraNet, den bayerischen Netzwerkpartner des IQ-Netzwerks, unterstützten Maßnahme „**Beruflich anerkannt?!**“ werden Migrantenvereine, Ausländer- und Integrationsbeiräte, Initiativen und Gruppen zum bundesweiten sowie zum bayerischen Anerkennungsgesetz und den Beratungsstrukturen in Bayern informiert. In dem Teilprojekt „Talentscout für Flüchtlinge“ wurde u. a. in Bamberg eine Beraterin eingesetzt, die ein- bis zweimal wöchentlich im Büro des Migranten- und Integrationsbeirats kostenlose Beratung zur Anerkennung von Qualifikationen bietet, um Flüchtlingen die Aufnahme einer Tätigkeit zu ermöglichen, die ihrer Qualifikation entspricht.

Das vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration und der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen und -zentren geförderte Modellprojekt „**Freiwilliges Soziales Schuljahr (FSSJ)**“ des Freiwilligenzentrums CariThek verfolgt im Rahmen des landesweiten Projekts „Miteinander leben – Ehrenamt verbindet“ das Ziel, Jugendliche mit Migrationshintergrund für ehrenamtliche Tätigkeiten zu motivieren. Dies soll über das Freiwillige Soziale Schuljahr (FSSJ) geschehen, in dem Schülerinnen und Schüler



sich zwei Stunden wöchentlich ehrenamtlich engagieren. Dieses Projekt soll verstärkt an Mittelschulen beworben werden. Außerdem wird eine bessere Vernetzung der Migranten- und Kulturvereine angestrebt. Diese sollen ebenfalls als Einsatzstellen der FSSJler genutzt werden können.

Die durch einen Spendenaufruf von Stadt und Integrationsbeirat akquirierten Gelder werden von der Stadt genutzt, um ehrenamtliche Deutschlehrerinnen und -lehrer finanziell zu unterstützen. Finanziell gefördert wurden aus diesen Spenden 2015 und 2016 Feriendeutschkurse inklusive Kinderbetreuung. Im Anschluss an Deutschkurse wird teilweise **Rechtsbildungsunterricht** angeboten, eine Initiative des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz, in welcher Juristen des Freistaats auf ehrenamtlicher Basis unterrichten.

Im Rahmen des Projekts „**Auftakt**“, das auf einer Kooperation zwischen den Studiengängen Didaktik des Deutschen als Zweitsprache (DiDaZ) der Otto-Friedrich-Universität Bamberg und der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg mit der Rummelsberger Diakonie und dem Don Bosco Jugendwerk basiert und durch das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration unterstützt wird, geben Studierende der Didaktik des Deutschen als Zweitsprache unbegleiteten minderjährigen Ausländern Deutschunterricht sowie Unterstützung bei der sozialen und kulturellen Orientierung.

8.3.2 Coburg

Die oberfränkische Stadt Coburg gilt als Bindeglied zwischen Oberfranken und Thüringen. Sie verzeichnet 2015 rund 41.300 Einwohner und einen Ausländeranteil von 9%. Rund ein Fünftel der ausländischen Bevölkerung stammt aus der Türkei. Zum anderen kommen viele Personen aus Polen und Syrien. Nach dem Zensus 2011 haben 27,7% der Menschen einen Migrationshintergrund.

Coburg gehört zu den wirtschaftlich starken Städten in Nordbayern. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote der kreisfreien Stadt beträgt für das Jahr 2016 4,9%.

8.3.2.1 Integrationspolitische Strukturen

Politik und Verwaltung

Die Stadt hat die Stelle eines **Integrationsbeauftragten** geschaffen, die im Sozialamt angesiedelt ist und dem Geschäftsbereich des dritten Bürgermeisters angehört. Der Stelleninhaber ist aber nur mit einem Teil seiner Arbeitszeit dem Bereich Integration zugeordnet und darüber hinaus für Alten- und Pflegeheime zuständig. Im **Stadtrat** gibt es keinen beschließenden Aus-



schuss, der sich explizit um Integration kümmert, aber eine **Steuerungsgruppe**, die das Rahmenkonzept Integration behandelt. Diese Gruppe setzt sich aus Experten und Migrantenvertretern sowie Vertretern von Stadtrat und Verwaltung zusammen.

Zivilgesellschaft

Die **Caritas** fungiert als wichtige Anlaufstelle für Migranten und Flüchtlinge. Sowohl Beratung als auch weitere zentrale Hilfen werden durch die Caritas angeboten. Das **BRK** berät Zuwanderer, Menschen mit Migrationshintergrund und anerkannte Flüchtlinge. Auch der **Lions Club Coburg** hat begonnen, sich in der Flüchtlingsfrage zu engagieren und veranstaltete eine Podiumsdiskussion. Unter den **Migrantenorganisationen** sind die türkische Gemeinde und die arabische Gemeinde in der Integrationsarbeit aktiv.

8.3.2.2 Beispiele für Maßnahmen

Als zentrale Maßnahme der Stadt ist das **Integrationskonzept** der Stadt **Coburg ist bunt** zu nennen. Seit 2008 arbeitet die Stadt mit diesem interkulturellen Integrationskonzept. Die Organisationsstruktur gliedert sich in einen Beirat, eine Steuergruppe und mehrere Arbeitsgruppen. Innerhalb der Maßnahme werden jährlich mehrere Aktivitäten durchgeführt. Im Jahr 2015 wurden zum Beispiel ein **Fastenbrechen**, ein **Friedensfest der Religionen** und eine **Einbürgerungsfeier** abgehalten.

Die Maßnahme „**Mit Migranten für Migranten - Interkulturelle Gesundheit in Bayern (MiMi-Bayern)**“²¹, welches vom Bayerischen Roten Kreuz bereits vor Jahren gestartet wurde und von der Staatsregierung gefördert wird, hat sich fest etabliert.

8.3.2.3 Beispiele für Projekte

Der **Arbeitskreis Schule und Migration** möchte Informationen austauschen und weitergeben, Probleme ansprechen und lösen sowie Ideen und Konzepte entwickeln, um die Integration der Kinder in Schule und Gesellschaft zu unterstützen. An diesem Arbeitskreis nehmen Vertreter von Schule, Schulamt und Verwaltung teil. Im September 2016 fand bereits zum fünften Mal eine **Internationale Woche** in Coburg statt. Man möchte so sichtbar machen, welche Vielfalt es in Coburg gibt und eine Möglichkeit für Begegnungen und gegenseitiges Kennenlernen geben.

Der Stadtjugendring Coburg veranstaltete im April 2016 in Kooperation mit „Partnerschaft für Demokratie in der Stadt Coburg“, dem Sportverband Coburg sowie der Stadt Coburg den 1.

²¹ Vgl. für eine inhaltliche Darstellung der Maßnahme Abschnitt 7.2.3



Coburger „**Markt der Möglichkeiten**“ für Bürger, Neubürger und Flüchtlinge. Man will hier Angebot und Nachfrage zusammenbringen – und zwar im Freizeit- und Kulturbereich: Besonders für Neubürger kann eine solche Angebotsübersicht hilfreich sein und dabei helfen, Anschluss in einem Verein zu finden und sich dort zu engagieren.

8.3.2.4 Strukturen, Projekte und Maßnahmen in der Flüchtlingspolitik

In der Stadtratssitzung am 20. November 2014 wurde eine Resolution verabschiedet, die Flüchtlinge und Asylsuchende in der Stadt herzlich willkommen heißt. Die Resolution setzte sich zum einen das Ziel, die Integration von Flüchtlingen voranzubringen und für menschenwürdige Unterbringungsmöglichkeiten zu sorgen. Gleichzeitig erwartet die Resolution von den Flüchtlingen jedoch auch Respekt gegenüber den Grundsätzen des Zusammenlebens in Deutschland, wie z. B. vor religiöser Toleranz und der Gleichstellung der Frau.

Zuständigkeiten in Politik und Verwaltung

In der Verwaltung wurde ein **Flüchtlingsbeauftragter** analog zum Integrationsbeauftragten ernannt, der als Ansprechpartner und Koordinator für die Verwaltung fungiert.

Akteure, Maßnahmen und Projekte

Die AWO hat das Projekt „**Paten für Flüchtlinge**“ organisiert. Ehrenamtliche Helfer sollen Menschen mit Fluchterfahrung im Sinne eines Mentorings begleiten. Die Tandems aus den beiden Personen legen sich einen eigenen Turnus für ihre Treffen fest. Das AWO-Mehrgenerationenhaus bietet dazu teambildende Maßnahmen, Weiterbildungsmodule und Austauschtreffen. Bei der Betreuung durch die Paten geht es zunächst einmal um die Alltagsbegleitung, etwa bei notwendigen Behördengängen. Aber auch grundlegende Dinge, wie die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, die Verkehrsregeln - besonders für die Jugendlichen, die mit dem Rad unterwegs sind - sowie das Vereins- und Bildungswesen, sind Themen der Alltagsbegleitung.

„**Zusammenleben in Coburg – alle sind dabei – so geht’s leichter**“ ist ein Projekt des Deutschen Kinderschutzbundes e. V. Genauer gesagt handelt es sich dabei um eine Aktion des Arbeitskreises „Keine sexuelle Gewalt. Unterstützung für Frauen, Jugendliche und Kinder“ mit der Stadt Coburg. Im Rahmen dieses Projekts werden Infomaterialien für Flüchtlinge bereitgestellt, die in verschiedenen Sprachen die wichtigsten deutschen Grundwerte vermitteln sollen.



8.4 Regierungsbezirk Oberpfalz

8.4.1 Amberg

Die Stadt Amberg hat 41.900 Einwohner im Jahr 2015. Rund 8,4% der Bevölkerung besitzen eine ausländische Staatsbürgerschaft. Dabei stammt ein Zehntel der Ausländer aus Polen, dicht gefolgt von Personen aus der Türkei und dem Irak. Nach dem Zensus 2011 hat knapp ein Viertel der Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde eine größere Zahl sogenannter heimatloser Ausländer im Stadtteil Am Bergsteig angesiedelt. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote für das Jahr 2016 beträgt 5,9%.

8.4.1.1 Integrationspolitische Strukturen in Amberg

Politik und Verwaltung

Die Stadt befasst sich in ihren Ausschüssen und in Sitzungen des Stadtrats mit integrationspolitisch relevanten Themen, ohne dass es einen für das Thema eigenen Ausschuss gibt. Das Referat für Soziales ist auf der Verwaltungsebene Ansprechpartner für Fragen zu Integration. Seit September 2016 hat die Stadt Amberg eine hauptamtliche Stelle eines **Bildungskoordinators** geschaffen, der an den städtischen Integrationsbemühungen mitwirken wird.

Zur Unterstützung ehrenamtlichen Engagements gibt es in Amberg eine städtisch geführte **Freiwilligenagentur**. Diese Stelle dient als erster Anlaufpunkt für interessierte Freiwillige, die dort Angebote und Informationen zum Engagement bekommen.

Zivilgesellschaft

Die **Caritas** Amberg-Sulzbach bietet in Amberg hauptsächlich Beratungsangebote an. Die **DJK Amberg** und der Fußballverein **Inter Bergsteig**, welcher aus den Reihen der heimatlosen Ausländer hervorgegangen ist, versuchen regelmäßig, Migranten und Flüchtlinge in das Vereinsleben zu integrieren. Auch die **IHK**, der **Sozialdienst katholischer Frauen e. V.**, der **Jugendmigrationsdienst Sulzbach-Rosenberg** und das **ISE Sprach- und Berufsbildungszentrum** leisten in Amberg einen wichtigen Beitrag zur Integration.

Die Bürgerinitiative Amberger Bunt ist mit zwei Abgeordneten im Stadtrat vertreten und setzt sich für ein tolerantes und weltoffenes Amberg ein. Der Bürgertreff Amberg e. V. ist ein 2003 gegründeter Verein, der sich aus etwa 30 Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zusammensetzt und vor allem kulturelle Angebote bereitstellt.



8.4.1.2 Beispiele für Maßnahmen

Die Stadt Amberg gründete gemeinsam mit dem Landkreis Amberg-Weizsach das **Interkommunale Bündnis für Migration und Integration**, welches ein Zusammenschluss öffentlicher Träger, ziviler Vereine, Institutionen und Verbände ist, die im Bereich Integration tätig sind. Die Ziele sind die Verbesserung der Lebensumstände für Migranten, Integration, Chancengleichheit und Förderung der Partizipation von Migranten im sozialen, kulturellen und politischen Leben. Das Bündnis ist in fünf Arbeitsgruppen gegliedert: Kultur und Religion, Bildung und Sprache, Arbeitsmarkt, Asyl und Gesundheit.

Im Rahmen des Interkommunalen Bündnisses für Migration und Integration arbeiten verschiedene Träger in den einzelnen Arbeitsgruppen an unterschiedlichen Themengebieten. Die Volkshochschule Amberg-Weizsach beispielsweise engagiert sich in der AG Bildung und Sprache, indem sie die Bildungsteilnahme von Migranten fördert. Außerdem wurde gemeinsam mit der IHK in der AG Arbeitsmarkt eine Willkommensbroschüre für Migranten erstellt und es wird versucht, Best-Practice Maßnahmen für Arbeitsmarktintegration zu identifizieren.

Die Caritas bietet in Amberg eine **Anlauf- und Beratungsstelle für Migranten, Spätaussiedler und Asylsuchende**. Die Angebote richten sich an Erwachsene ab 27 Jahren und umfassen individuelle Beratung- und Betreuungsmöglichkeiten. Der **Jugendmigrationsdienst** bietet ebenfalls Beratungen und Hausaufgabenbetreuung für Kinder mit Migrationshintergrund an und vermittelt Sprachkurse.

Neben Integrationskursen werden auf ehrenamtlicher Basis, koordiniert durch die Freiwilligenagentur, Deutschkurse organisiert. Durch die Aufteilung in verschiedene Gruppen ist ein bedarfsgerecht zugeschnittenes Kursangebot möglich. Auch individuelle **Familienpatenschaften**, die der Erleichterung des Alltags und der besseren Integration dienen, werden auf ehrenamtlicher Basis angeboten. Für Kinder mit Migrationshintergrund, die sich in der Schule schwer tun, werden auch Lesepatenschaften zur intensiven Einzelbetreuung vermittelt.

8.4.1.3 Beispiele für Projekte

Das ISO Sprach- und Berufsbildungszentrum in Amberg bot Anfang 2016 ein 12-wöchiges **berufsbezogenes Sprachmodul** an, in dem Kursteilnehmer Sprachkenntnisse erlernten, praktische Einblicke in den deutschen Berufsalltag erhielten und Bewerbungs- und EDV-Trainings bekamen. Fast die Hälfte der Kursteilnehmer fand noch vor Ende des Kurses eine Anstellung. Der Kurs richtete sich an anerkannte Flüchtlinge oder EU-Bürger. Bei Bedarf bietet das ISO Sprach- und Berufsbildungszentrum auch gesonderte Integrationskurse an.

Der **Stadtjugendring** Amberg engagiert sich über viele kleinere Projekte im Bereich Integration. So initiierte der Stadtjugendring im September 2016 die Produktion eines Theaterstücks



„FluchtEnde“ für junge Migranten. Außerdem schrieb der Stadtjugendring im April 2016 einen **Integrationspreis** aus, der Vereine auszeichnen soll, die Migranten und Flüchtlinge auf vorbildliche Weise in das Vereinsleben integriert haben oder sich in besonderer Weise für Integration engagieren.

Im Rahmen des Interkommunalen Bündnisses für Migration und Integration finden in Amberg und der Region viele kleinere Projekte statt. So wird z. B. eine **Interkulturelle Woche** organisiert und ein **Pool an Dolmetschern** zusammengestellt. Der Bürgertreff Amberg e. V. bietet viele Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung an, die interkulturelle Begegnungen ermöglichen. Es werden für Personen unterschiedlichster Altersgruppen z. B. Tanzkurse, Bastelstunden, Kampfsport, Deutschkurse, Russischkurse, u. v. m. angeboten.

8.4.1.4 Strukturen, Maßnahmen und Projekte in der Flüchtlingspolitik

Zuständigkeiten in Politik und Verwaltung

Unterbringung und Leistungen für Flüchtlinge sind in der Zuständigkeit des Amtes für soziale Angelegenheiten. Seit September 2015 gibt es im Rathaus in der Stabstelle Zentrale Steuerung eine **Koordinierungsgruppe Asyl**, die direkt dem Oberbürgermeister unterstellt ist. Vertreten sind das Amt für soziale Angelegenheiten, die Ausländerbehörde, die Freiwilligenagentur und das Jobcenter Amberg-Sulzbach. Seit März 2016 gibt es außerdem eine erweiterte Arbeitsgruppe, der auch Wohlfahrtsverbände und andere relevante zivile Vereine angehören.

Akteure, Maßnahmen und Projekte

Die Initiative **Amberg Hilft Menschen**, inspiriert durch die Arbeit des Arbeitskreises Asyl in Weiden, ist ein Netzwerk aus 15 wohltätigen Verbänden. Die Initiative dient seit ihrer Gründung 2015 der Koordination der Verbände. Die Vermittlung von Wohnungen und Patenschaften ist eine vorrangige Tätigkeit. Die **Dr.-Andrea-Winkler-Wilfurth-Stiftung** unterstützt schwerkranke Kinder und deren Familien, nimmt sich aber seit 2013 auch unbegleiteter minderjähriger Ausländer an. Auch die **IHK**, der **DJK**, die **Caritas** und einige **Schulen** tragen in Amberg zur Integration von Flüchtlingen bei.

Seit 2016 wird in der Freiwilligenagentur die Asyl-Ehrenamtskoordination durchgeführt. Die Freiwilligenagentur führt **Schulungen für ehrenamtliche Helfer** durch, die Flüchtlingspatenschaften übernehmen wollen. Außerdem soll unter ihrer Regie neben dem Weltfrauencafé, welches Begegnungsmöglichkeiten für Frauen mit Migrationshintergrund schafft, auch ein Männertreff für Männer mit Migrationshintergrund eingerichtet werden.

Das Projekt **„Integration.kreativ“** wurde von zehn Angehörigen, darunter acht Studierenden der Ostbayerischen Technischen Hochschule Amberg-Weiden ins Leben gerufen. In einem



Medienworkshop wird versucht, unbegleiteten minderjährigen Ausländern eine Zukunftschance zu eröffnen. Die Jugendlichen erlernen gemeinsam mit anderen Studierenden den Umgang mit Kameras, Bildbearbeitungsprogrammen und Computergrafikprogrammen. Ziel ist, dass am Ende des Workshops alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine persönliche Geschichte grafisch vorstellen können.

Die Volkshochschule Amberg bietet in Kooperation mit der Volkshochschule Weiden-Neustadt **Deutschkurse zur sprachlichen Erstorientierung** an, die vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration gefördert werden. In Amberg beendeten im Juni 2016 die ersten 13 freiwilligen Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Kurs.

Das Berufsschulzentrum Amberg veranstaltete im Sommer 2016 das sechswöchige interkulturelle Projekt **„Gemeinsam Brücken bauen“**. Im Rahmen des Projekts nahmen drei Berufsschulklassen und drei Flüchtlingsklassen an gemeinsamen Aktivitäten teil. Die erste Phase umfasste Theaterworkshops, kreative und handwerkliche Tätigkeiten, Stadtführungen und vieles mehr. In der zweiten Phase wurden die erarbeiteten Kunstwerke, Theaterstücke, Gedichte, etc. in der Aula der Schule ausgestellt und aufgeführt. In der dritten Projektphase durften ausgewählte Schülerinnen und Schüler an Workshops teilnehmen, die von unterschiedlichen Künstlern geleitet wurden.

Im Juni 2016 bot die **IHK** das kostenfreie **Seminar „Flüchtlinge Integrieren“** an, in welchem interessierte Ausbildungsbetriebe auf die Herausforderungen vorbereitet wurden, die mit der Beschäftigung von Flüchtlingen einhergehen. Eine geschulte Psychologin und interkulturelle Trainerin vermittelte im Rahmen des Seminars u. a. den Umgang mit unterschiedlichen Auffassungen von Pünktlichkeit, Hierarchien, Höflichkeit und religiösen Werten.

8.4.2 Weiden

Weiden zählt 2015 rund 42.000 Einwohner. Der Ausländeranteil beträgt 8,3%, wobei die meisten Personen aus der Türkei, der Tschechischen Republik sowie der Ukraine stammen. Eine bedeutsame Gruppe der Zuwanderer sind Spätaussiedler. Rund ein Fünftel der Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund.

Weiden ist eine traditionelle Porzellanstadt, die von der tiefen Krise der Branche getroffen wurde. Dies ist ein Faktor, der die anhaltend vergleichsweise hohe Arbeitslosigkeit bedingt. So beträgt die durchschnittliche Arbeitslosenquote für das Jahr 2016 6,6%.



8.4.2.1 Integrationspolitische Strukturen

Politik und Verwaltung

Der Oberbürgermeister der Stadt betrachtet Integration als **Chefsache**. Die Zuständigkeit für Integration liegt beim **Amt für Soziales und Integration**. Der Stadtrat hat die Stelle eines **Integrationsbeauftragten** geschaffen, die dem Amt für Soziales und Integration zugeordnet ist.

Die Stadt Weiden bildete 2013 einen **Integrationsbeirat**, der als Ausschuss des Stadtrats gilt. Der Beirat kann Empfehlungen abgeben, Anträge stellen und er berät den Stadtrat in allen Fragen, die die Bevölkerung mit Migrationshintergrund betreffen. Der Beirat besteht aus 18 vom Stadtrat berufenen Mitgliedern, von denen drei aus dem Stadtrat selbst stammen. Weitere 15 sind Migranten, die gemäß einer Herkunftsländer bezogenen Quote berufen werden.

Zivilgesellschaft

Diakonie, Caritas und das BRK sind als Wohlfahrtsverbände in der Integrationsarbeit aktiv, vor allem mit Beratungsangeboten. Das Bündnis **Weiden ist bunt** trägt durch verschiedenste Aktivitäten und Veranstaltungen dazu bei, ausländerfeindliches Denken in Weiden zu bekämpfen sowie Toleranz und Inklusion zu fördern. Der Verein **Die Initiative e. V.** arbeitet allgemein zu sozialen Themen, kümmert sich aber auch um Integration. Der Verein **Neue Zeiten Weiden e. V.** ist ein Verein von Spätaussiedlern und Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion. Er veranstaltet seit seiner Gründung 2004 regelmäßige Begegnungen zwischen Einheimischen und Migranten und bietet zusätzlich Betreuungsangebote sowie Kurse an.

8.4.2.2 Beispiele für Maßnahmen

Seit August 2015 gibt es das sogenannte **Welcome Center**, welches bei der Weidener Arbeitsagentur angesiedelt ist und aus EU-Mitteln finanziert wird. Dieses Center bietet Unterstützung bei der Anerkennung von Kenntnissen und Abschlüssen sowie bei Bewerbungsmodalitäten. Aber auch bei Fragen wie der Suche nach einer Wohnung oder einem Kindergartenplatz bietet das Center eine erste Anlaufstelle. Ziel des Welcome Centers ist die Schaffung einer Willkommenskultur in der Region und die Fachkräftesicherung.

Von 2011 bis 2014 beteiligte sich die Stadt Weiden am Bundesprogramm **„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“**, welches unter anderem die interkulturelle, interreligiöse und demokratische Kompetenz der Bürgerinnen und Bürger zu fördern versucht. Seit 2015 beteiligt sich Weiden an dem bis 2019 angesetzten Anschlussprogramm **„Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“**, welches sich insbesondere gegen Islamfeindlichkeit und rechtsextremes Gedankengut richtet. Im Rahmen dieses



Programms wurde ein Zusammenschluss verschiedenster Verbände und städtischer Beauftragter ins Leben gerufen. Gemeinsam treten alle beteiligten Akteure durch diverse Projekte für Demokratie, Toleranz und interkulturelle Verständigung ein.

Der **Jugendmigrationsdienst** unter der Trägerschaft der Katholischen Jugendfürsorge der Diözese Regensburg bietet für Jugendliche mit Migrationshintergrund u. a. Integrationskurse, Freizeitangebote sowie Informationen über Schulen, Ausbildungsplätze und Jobs.

8.4.2.3 Beispiele für Projekte

Von 2010 bis 2013 gab es in Weiden das Bundesprojekt „**INISMA – Inklusion ist Mannschaftsspiel**“, welches durch sportliche, musische und künstlerische Aktivitäten Kontakte zwischen Migranten und Einheimischen förderte. Seit Februar 2016 gibt es in Weiden, Würzburg und Kempten ein Pilotprojekt, bei dem junge Migranten und Asylsuchende in **Integrations-Vorklassen** auf den Erwerb eines Mittleren Bildungsabschlusses und des Fachabiturs vorbereitet werden. Konkret bietet die FOS/BOS in Weiden dazu Kurse für derzeit 17 Schülerinnen und Schüler aus fünf Ländern und mit acht verschiedenen Sprachen an. Der Fokus liegt auf den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik. Aufgrund des großen Erfolgs des Projekts werden bayernweit zum Schuljahr 2016/17 noch fünf weitere Standorte Integrations-Vorklassen anbieten.

In Weiden gibt es seit 2011 einen **interkulturellen Garten**, in dem Deutsche und Einwanderer gemeinsam arbeiten können. Das Projekt steht unter der Trägerschaft des Kreisverbands des BRK.

Die Schülerinnen und Schüler des Augustinus-Gymnasiums in Weiden haben sich in den letzten Jahren unter anderem an Projekttagen und durch Seminare mit dem Thema Integration auseinandergesetzt. So schrieben die Schülerinnen und Schüler eines Projekt-Seminars 2012 ein „Weißbuch Integration“ für die Stadt Weiden, in dem sie Ergebnisse aus der Befragung von Migranten verarbeiteten.

8.4.2.4 Strukturen, Maßnahmen und Projekte in der Flüchtlingspolitik

Zuständigkeit in Politik und Verwaltung

Der Oberbürgermeister betrachtet nicht nur Integration bisheriger Migranten als **Chefsache**, sondern auch die Betreuung und Integration von Flüchtlingen. Das Amt für Soziales und Integration ist dabei für die Unterbringung von Flüchtlingen verantwortlich. Der **Integrationsbeirat** und der **Integrationsbeauftragte** sind in Weiden sowohl für Migranten als auch für Flüchtlinge zuständig.



Akteure, Maßnahmen und Projekte

Seit 2012 gibt es einen **Runden Tisch**, dem der Oberbürgermeister, der Rechtsdezernent, der Leiter des Ausländer- und Sozialamts, Caritas, Diakonie, der Arbeitskreis Asyl, das Netzwerk Asyl, das Jobcenter, Vertreter der Kirchen u. v. m. angehören. Der Runde Tisch dient der Vernetzung und Koordination. In Weiden gibt es mehrere Organisationen, die sich mit der Betreuung und Integration von Flüchtlingen befassen. Herausragend hierbei ist der seit 1985 bestehende Arbeitskreis Asyl Weiden e. V. (mit seinem Partner terre des hommes e. V.). Der **Arbeitskreis Asyl** verfolgt mit einer Vielzahl unterschiedlicher Projekte drei Handlungsschwerpunkte: die Betreuung von Flüchtlingskindern, die Beratung von Asylsuchenden und die Information der Bürger. Der Regierungspräsident der Oberpfalz verlieh dem Arbeitskreis Asyl 2014 einen Anerkennungspreis für Integration.

Das **Netzwerk Asyl** ist ein loser Verbund von Freiwilligen, die sich für die in Weiden lebenden Flüchtlinge engagieren. Das Netzwerk ist in sieben Helfergruppen unterteilt und unterstützt eine Vielzahl unterschiedlicher Projekte. Die Helfergruppen bearbeiten die Themengebiete (1) Kontakt zu Einheimischen, (2) Patenschaften zur Einzelbetreuung, (3) unbegleitete Minderjährige, (4) Materiallager und Spenden, (5) Deutschkurse, (6) Arztbesuche und Behördengänge und (7) Sport. Der ehemals achte Arbeitsbereich Kleiderkammer ist nicht mehr aktiv, da kein Bedarf mehr besteht. Das Netzwerk wurde 2015 mit dem Sozialpreis der Weidener SPD für „reine Ehrenamtlichkeit und bürgerschaftliches Engagement par excellence“ ausgezeichnet.

Unter der Trägerschaft des Diakonischen Werkes gibt es in Weiden einen hauptamtlichen **Koordinator Asyl-Ehrenamt**. Die Stelle wird unter anderem von der Stadt Weiden mitfinanziert. Das Büro des Koordinators liegt derzeit in der Regierungsunterkunft Camp Pitman. Die Koordinationsstelle dient als Ansprechpartner für all diejenigen, die sich freiwillig in die Flüchtlingsarbeit einbringen wollen.

Die Initiative **Pro Ausbildung** bemüht sich seit 2007 um die Fachkräftesicherung in Weiden und der Region. Hierbei setzte die Initiative in den letzten Jahren vermehrt darauf, für die duale Ausbildung zu werben und motivierte Jugendliche an entsprechende Ausbildungsstellen zu vermitteln. In den Flüchtlingen sieht die Initiative eine große Chance und bemüht sich daher um eine angemessene Betreuung von jungen und motivierten Flüchtlingen. Diese beinhaltet je nach Einzelfall finanzielle Unterstützung, Fahrdienste oder auch die Bereitstellung von Schul- und Arbeitsmaterialien.

Eine Gruppe aus sieben Richtern, vier Staatsanwälten und zwei Rechtspflegern bietet Flüchtlingen mit Bleibeperspektive in Weiden freiwillige **Rechtskundekurse** an. Die Federführung des Projekts hat der stellvertretende Leiter des Amtsgerichtes. In den Kursen, die ehrenamtlich



organisiert und geleitet werden, soll ein grundsätzliches Verständnis des deutschen Rechts, häufig anhand fiktiver Fälle, vermittelt werden. Einer dieser Fälle behandelt z. B. die Freiheit, religionskritische Karikaturen zu veröffentlichen. Die Kursmaterialien werden vom Bayerischen Justizministerium bereitgestellt.

Die „**Radl-Checker**“ in Weiden sind ein gemeinnütziges Projekt des Überbetrieblichen Bildungszentrums in Ostbayern. Im Rahmen dieses Projekts werden alte, gespendete Fahrräder repariert und nach den Richtlinien der Straßenverkehrsordnung wieder fahrtauglich gemacht. Diese Räder werden dann gemeinsam mit allen nötigen Papieren und einem Fahrradschloss verschenkt – zu einem großen Teil an Flüchtlinge. Der Arbeitskreis Asyl bietet, aufgrund vieler Beschwerden über das Fehlverhalten der Flüchtlinge im Straßenverkehr, mehrsprachige Verkehrsschulungen an.

Die **Weidener Regionalbibliothek**, in Zusammenarbeit mit dem Förderverein Pro Libris, bietet Flüchtlingen die Möglichkeit, die Angebote der Bibliothek zu nutzen. Engagierte Bürger organisieren z. B. Bibliotheksbesuche oder Führungen und es werden Bücher in verschiedensten Sprachen bereitgestellt. Umgekehrt können sich Flüchtlinge und Menschen mit Migrationshintergrund ehrenamtlich engagieren, indem sie z. B. Vorlese-, Bastel- oder Erzählstunden organisieren.

8.5 Regierungsbezirk Schwaben

8.5.1 Kempten

Die kreisfreie Stadt Kempten liegt im Landkreis Oberallgäu. Im Jahr 2017 leben rund 69.400 Menschen in der Stadt. Von diesen haben 15,2% keine deutsche Staatsbürgerschaft.²² Die häufigsten Herkunftsländer der ausländischen Bevölkerung sind die Türkei, Italien und Rumänien.²³ 34,6% der Einwohner haben einen Migrationshintergrund. Im Jahr 2016 liegt die Arbeitslosenquote durchschnittlich bei 4,4%.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs kamen ca. 10.000 Vertriebene und Flüchtlinge aus den ehemaligen Ostgebieten nach Kempten, was zu einem rasanten Bevölkerungswachstum

²² Die Einwohnerzahlen sowie der Ausländeranteil beruhen auf der Kommunalstatistik der Stadt Kempten (Allgäu), Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung zum 31.03.2017 und beziehen sich auf alle Personen, die ihren Haupt- oder Nebenwohnsitz in Kempten haben. [[https://www.kempten.de/de/media/2017_Maerz\(1\).pdf](https://www.kempten.de/de/media/2017_Maerz(1).pdf)]

²³ Die Angaben wurden durch das Ausländerzentralregister im Bundesverwaltungsamt der Stadt Köln bereitgestellt und beziehen sich auf das Jahr 2015. [https://www.kempten.de/de/media/2015_Auslaender_nach_Nationalitaeten.pdf]



beitrag. In den 80er und 90er Jahren gab es eine erneute Zuwanderungswelle. Die Integration neuer Mitbürger hat daher in der Stadt eine lange Tradition.

8.5.1.1 Integrationspolitische Strukturen

Politik und Verwaltung

Integration war schon vor der Flüchtlingskrise in Kempten **Chefsache** bei unterschiedlichen Oberbürgermeistern. In der Verwaltung gibt es ein **Amt für Integration**. Der Leiter dieses Amtes ist zugleich **Integrationsbeauftragter** der Verwaltung. Im Stadtrat gibt es ebenfalls einen Beauftragten für Integration. Ein **Integrationsbeirat** setzt sich zusammen aus dem Oberbürgermeister, den Integrationsbeauftragten der Stadtverwaltung und des Stadtrats, Vertretern bestimmter Vereine (Haus International, Ikarus.thingers, Stadtjugendring und Caritas, Diakonie, BRK, Jugendmigrationsdienst), zehn Migranten, die nach einer Quote gemäß ihrer ethnischen Zugehörigkeit berufen werden, drei Aussiedlern und je einem Vertreter der Stadtratsfraktionen- und Ausschussgemeinschaften. Durch ein **Integrationsmonitoring** verfolgen Verwaltung und Politik die Entwicklung der Integrationsprozesse. Das **Koordinationszentrum Bürgerschaftliches Engagement** koordiniert Helferstrukturen, insbesondere in der Flüchtlingspolitik.

Zivilgesellschaft

Diakonie, Caritas, AWO und der **Jugendmigrationsdienst der Katholischen Jugendfürsorge** sind Hauptakteure in der Integrationsarbeit in Bezug auf Beratung und Förderung. Die Kolping Akademie unterstützt die Arbeitsmarktintegration von Migranten. Das 1983 gegründete Haus International sowie der Stadtteilverein Ikarus.thingers fördern interkulturelle Begegnungen und interreligiösen Dialog.

8.5.1.2 Beispiele für Maßnahmen

Von 1999 bis 2010 beteiligte Kempten sich am Bund-Länder-Programm **„Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“**. In diesem Rahmen wurde auch der Verein Ikarus.thingers gegründet. Ziel war es, dem Stadtteil Thingers-Nord, der einen hohen Anteil an Personen mit Migrationshintergrund aufweist und der damals als sozialer Brennpunkt galt, zu helfen. Über eine Vielzahl an Maßnahmen ist nach Auskunft der Stadt eine deutliche Verbesserung der Lebensumstände erreicht worden.

Auf Initiative des Jugendhilfeausschusses der Stadt Kempten wurde 2006 das Programm **„Zukunft Bringt's“** gestartet und weitergeführt. Mittlerweile ist es Teil der Strategie zur Umsetzung der Strategischen Ziele 2020 der Stadt und es wird vom Jugend-, Schul- und Sozialreferat der



Stadt koordiniert. Das Projekt fördert durch Mentoringprogramme die Bildung und Ausbildung junger Menschen und soll Jugendarbeitslosigkeit in der Stadt verhindern. Auch wenn das Projekt nicht explizit auf Menschen mit Migrationshintergrund zugeschnitten ist, ist es doch ein Baustein für die Förderung und Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund.

8.5.1.3 Beispiele für Projekte

Das Haus International veranstaltet Workshops und Treffen zur Förderung des interreligiösen Dialogs. Auch eine Schülerbetreuung für etwa 20 mehrsprachige Jugendliche wird organisiert. Aktuell laufen drei Einzelprojekte im Haus International. In Kooperation mit dem Integrationsbeirat der Stadt und zum Großteil finanziert vom BAMF wird das Projekt **„Mitmischen in Kempten“** durchgeführt, welches das ehrenamtliche Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund fördert. Das Projekt wird vom Integrationsbeirat der Stadt Kempten und dem Haus International gemeinsam getragen und vom Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern unterstützt.

Ein weiteres Projekt ist das **„Kultur-Café“**. Unter diesem Begriff werden alle im Stadtgebiet Kempten angebotenen Veranstaltungen und Projekte zusammengefasst, die auf die gesellschaftliche und kulturelle Integration neuer Kemptener Bürgerinnen und Bürger ausgerichtet sind.

Als drittes Projekt ist die Veranstaltungsreihe **„Interreligiöser Dialog“** hervorzuheben. Ziel ist unter anderem, die interreligiöse Kompetenz der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu erhöhen. Nach dem Kennenlernen der wichtigsten Merkmale der einzelnen Religionen bzw. Konfessionen geht es um verschiedene Schwerpunktthemen, zum Beispiel „Respekt“. Eine gesonderte Veranstaltungsreihe heißt „Interreligiöser Dialog für junge Menschen“.

8.5.1.4 Strukturen, Maßnahmen und Projekte in der Flüchtlingspolitik

Zuständigkeit in Politik und Verwaltung

Der Oberbürgermeister betont die Bedeutung einer Integrationspolitik für die Menschen, die voraussichtlich auf Dauer in Deutschland bleiben werden. Für die Integration von Asylsuchenden und Flüchtlingen sind in der Politik und Verwaltung dieselben Strukturen zuständig, die bereits oben genannt wurden. Im Besonderen ist das Amt für Integration relevant, da es den Fachbereich Asylangelegenheiten umfasst.



Akteure, Maßnahmen und Projekte

Die **Beruflichen Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft (bfz)** in Kempten bieten Deutsch-Anfängerkurse für Flüchtlinge aus Syrien, Eritrea, dem Irak und dem Iran an. Die **Diakonie** Kempten Allgäu bietet Spielenachmittage, Hausaufgabenhilfe, Hilfe bei Behördengängen, Sprachförderung und Asylsozialberatung an. Diakonie und Caritas koordinieren und vernetzen ihre Arbeit durch einen Runden Tisch, der einmal im Quartal stattfindet.

Das **Haus International** stellt ebenfalls Beratungsangebote zur Verfügung, die sich auf die Anerkennung von Abschlüssen und Vermittlung von Studien- und Ausbildungsplätzen konzentrieren. Die therapeutische Einrichtung Kids24 betreut aktuell mehrere Mädchen ab 13 Jahren, die unbegleitet nach Deutschland flohen.

Der **Asyl-Helferkreis Kempten** bildete sich 2014 und ist ein Zusammenschluss von Vereinen und einzelnen Helfern. Es gibt in Kempten außerdem mehrere Helferkreise, die sich jeweils für eine bestimmte Unterkunft engagieren und zu Stoßzeiten insgesamt auf bis zu 500 ehrenamtliche Helfer zurückgreifen konnten.

Um Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren und den Bedarf an Fachkräften zu decken, bietet die **IHK Akademie Schwaben** ein kostenloses Seminar für Personalverantwortliche und Ausbilder an. Das Seminar wird vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie gefördert und soll Unternehmen über die Chancen aufklären, die Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt bieten. Außerdem werden Tipps für die Überwindung religiöser, sprachlicher und kultureller Differenzen gegeben.

Der Verein Ikarus.thingers hat Ende 2015 das Projekt „**ANGEKOMMEN!**“ ins Leben gerufen, das Flüchtlingen den Einstieg in das Leben in Deutschland erleichtern soll. Zum Beispiel stehen Übersetzer bereit, Gänge zu Behörden und Ärzten können begleitet werden und es kann Unterstützung bei der Wohnungssuche geben.

8.5.2 Neu-Ulm

Neu-Ulm ist Kreisstadt des Landkreises Neu-Ulm und liegt an der Westgrenze Bayerns am rechten Donauufer gegenüber der Großstadt Ulm. Die Einwohnerzahl der Stadt betrug Ende 2016 rund 60.700.²⁴ Der Ausländeranteil beträgt 18%.²⁵ Fast die Hälfte der ausländischen

²⁴ Die Einwohnerzahlen wurden von der Stadt Neu-Ulm bereitgestellt und gelten zum 31.12.2016 für alle Personen, die ihren Haupt- oder Nebenwohnsitz in der Stadt haben.
[<http://nu.neu-ulm.de/de/stadt-politik/stadtinfo/neu-ulm-in-zahlen/einwohnerzahlen-flaeche/>]

²⁵ Der Ausländeranteil beruht auf Berechnungen des Instituts für Sozialplanung, Jugend- und Altenhilfe, Gesundheitsforschung und Statistik (SAGS) zum 01.06.2016.



Bevölkerung des gleichnamigen Landkreises stammt aus Ländern der EU, dabei vor allem aus Italien und Rumänien. Die Türkei, aus der knapp ein Viertel der Personen stammt, ist jedoch das größte Herkunftsland. Nach dem Zensus 2011 haben 32,5% der Bewohner einen Migrationshintergrund. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote im Landkreis beträgt für das Jahr 2016 2,5% und ist somit sehr niedrig.

8.5.2.1 Integrationspolitische Strukturen

Politik und Verwaltung

Ein hoher Stellenwert des Themas Integration in Neu-Ulm ist ersichtlich aus der Veröffentlichung eines **Integrationskonzepts** im Jahre 2011. Die Maßnahme der Einrichtung einer **Koordinierungsstelle Integration** in der Verwaltung und nicht einer speziellen Abteilung zeigt einen Querschnittsansatz für Integration unter Beteiligung des **Integrationsbeirats**. Bereits 1978 war es zur Gründung eines Ausländerbeirats gekommen, der dann im Jahre 2009 in Integrationsbeirat umbenannt wurde. Er setzt sich zusammen aus 12 ernannten Vertretern der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und 6 ernannten Stadtratsmitgliedern und ist damit quasi auch ein Ausschuss des Stadtrats.

Zivilgesellschaft

Bei den Wohlfahrtsverbänden bieten **Caritas**, **Diakonie** und **AWO** Migrationsberatung an. Darüber hinaus gibt es eine katholische Aussiedler-Seelsorgerin sowie eine evangelische Pfarrerin für Aussiedler. Des Weiteren kann unter der Trägerschaft der Katholischen Jugendfürsorge der Diözese Augsburg e. V. der Jugendmigrationsdienst des **Erziehungs- und Jugendhilfeverbundes Donau-Iller** in Anspruch genommen werden.

In Neu-Ulm haben sich 2001 zwei Vereine gegründet, die sich speziell dem Thema Integration widmen: Zum einen der Verein **Begegnung in Neu-Ulm**, zum anderen der **Förderverein Integration**. Die Vereine fördern u. a. eine Krabbelgruppe, eine Kindertanzgruppe und ein Erzählcafé und sprechen insbesondere Spätaussiedler und ihre Familien an. Der Verein **Sport für alle** ermöglicht Kindern und Jugendlichen durch die Übernahme der Mitgliedsbeiträge, Mitglied in einem Sportverein zu werden.

[http://nu.neu-ulm.de/fileadmin/mount/stadt-nu/pdfs/1_Stadt_Politik/Stadtinfo/Bevoelkerungsprog-nose_2036-Ergebnisse.pdf]



8.5.2.2 Beispiele für Maßnahmen

Seit 1999 beteiligt sich Neu-Ulm an dem bundesweiten Programm „**Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt**“, welches von sozialen Problemen gekennzeichnete Stadtteile aufwerten und stabilisieren soll. Momentan sind die Stadtteile Vorfeld und Innenstadt Ost in das Programm aufgenommen. Die Stadtteile bekommen einen Stadtteiltreff und ein Stadtteilbüro sowie zugeordnete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das Quartiersmanagement. Die Stadtteilbüros dienen als Anlaufstelle für die Bürger des jeweiligen Stadtteils. Darüber hinaus sollen sie die Vernetzung der lokalen Akteure vorantreiben und Projekte initiieren, die unter anderem auf die Aktivierung der Bürger und eine Stärkung des ehrenamtlichen Engagements ausgerichtet sind. In den Stadtteiltreffs werden Beratungs-, Bildungs- und Integrationsangebote bereitgestellt.

Das **Familienzentrum Neu-Ulm** wurde 2005 eingerichtet, um die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern. Träger des Familienzentrums sind das Diakonische Werk Neu-Ulm e. V. und der Caritasverband für die Region Günzburg und Neu-Ulm e. V.; finanziert wird das Familienzentrum von der Stadt Neu-Ulm. Formuliert Ziele des Familienzentrums sind unter anderem, die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zu fördern sowie die Chancen von benachteiligten Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Aktuell werden Lernpaten an Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sowie Alltagspaten an unbegleitete jugendliche Ausländer vermittelt.

Die Bedeutung sprachlicher Förderung in Neu-Ulm wird durch eine Vielzahl unterschiedlicher Betreuungseinrichtungen belegt, in deren Rahmen Kinder in Neu-Ulm sprachlich gefördert werden. Alle Kindergärten im Stadtgebiet sind für das **Würzburger Trainingsprogramm** (Übungsprogramm zur Buchstaben-Laut-Verknüpfung) vorbereitet und verfügen über das notwendige Lehrmaterial. Das Würzburger Trainingsprogramm wird mit Kindern durchgeführt, die nach den Sommerferien in die Grundschule wechseln. Außerdem wurden in den städtischen und den Offenhausener Kindergärten etwa 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das Sprachförderprogramm „kon-lab“ geschult. Das Programm läuft das ganze Jahr über und richtet sich an Kinder aller Altersgruppen.

Darüber hinaus gibt es in Neu-Ulm seit 2010 ein **Kindermuseum**, welches als Lernort für den Umgang mit Vielfalt gilt. Jährlich gibt es unterschiedliche, interaktive Ausstellungen zu verschiedensten Wissensgebieten: Gesellschaftsrelevante, kulturgeschichtliche aber auch naturwissenschaftliche Themen sind dabei auf die unterschiedlichen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen ausgerichtet. Das Neu-Ulmer Kindermuseum agiert als ein lebendiger Ort der kulturellen Vermittlung. Eigenständiges Erforschen und spielerisches Lernen sind in überschaubaren Mitmachstationen möglich.



8.5.2.3 Beispiele für Projekte

Im Januar 2016 startete das Bundesprogramm **„Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“** des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, an dem sich die Stadt beteiligt. Mit dem Programm fördert das Bundesfamilienministerium alltagsintegrierte sprachliche Bildung als festen Bestandteil in der Kindertagesbetreuung. Das Bundesprogramm „Sprach-Kitas“ richtet sich an Kitas, die von einem überdurchschnittlich hohen Anteil von Kindern mit besonderem sprachlichem Förderbedarf besucht werden, und baut auf den erfolgreichen Ansätzen des Programms **„Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration“** (2011-2015) auf und erweitert diese. Die Kita-Teams erhalten durch zusätzliche Fachkräfte mit Expertise im Bereich sprachliche Bildung Verstärkung. Des Weiteren finanziert das Programm eine zusätzliche Fachberatung, die kontinuierlich und prozessbegleitend die Qualitätsentwicklung in den Sprach-Kitas unterstützt. Sie qualifiziert die Fachkräfte innerhalb eines Verbunds von 10-15 Sprach-Kitas.

Im Rahmen der beiden Stadtteilbüros Vorfeld und Innenstadt Ost des Städteprojekts „Soziale Stadt“ laufen verschiedene Projekte und Veranstaltungen: Seit Spätherbst 2006 läuft beispielsweise das Frauenprojekt **„Starke Eltern – Starke Kinder“** zur Sprachentwicklung der Bewohnerinnen. Im Rahmen des Projekts unterrichten Muttersprachlerinnen, die mit viel Engagement den Unterricht gestalten. Die Schwerpunkte liegen auf dem Sprechen und Lesen und der grammatikalischen Anwendung.

Ein weiteres beispielhaftes Projekt, welches im Rahmen der „Sozialen Stadt“ durchgeführt wird und mittlerweile seit fast sechs Jahren läuft, heißt **„Integration durch Arbeit (IdA)“**. Hier werden gezielt Jugendliche und junge Erwachsene aus der Innenstadt Ost und dem Ortsteil Vorfeld beim Einstieg in das Berufsleben unterstützt. Das Projekt wird unter der Projektträgergemeinschaft der Jugendhilfe Seitz gGmbH und der infau lern/statt GmbH durchgeführt. Ermöglicht werden soll individuelle Beratung, Hilfe bei der Berufswahl sowie bei der Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche, eine Vermittlung von Weiterbildungsmaßnahmen und/oder Praktika sowie Unterstützung bei Ämtergängen und Kontakten mit Behörden und Betrieben.

8.5.2.4 Strukturen, Maßnahmen und Projekte in der Flüchtlingspolitik

Zuständigkeiten in Politik und Verwaltung

Die **Koordinierungsstelle Integration, Flucht und Asyl** im Neu-Ulmer Rathaus ist Koordinierungs- und Ansprechstelle für Fragen von Flucht und Asyl. Dort werden auch Informationen und Kontakte für ehrenamtliche Helfer in der Asylarbeit gebündelt.



Akteure, Maßnahmen und Projekte

Neben der Migrationsberatung für erwachsene Migranten bietet die **Diakonie Neu-Ulm** Asylsozialberatung für Asylbewerber. Es gibt eine eigens eingerichtete **Asyl-Website** des Landkreises Neu-Ulm, auf der sowohl aktuelle Informationen als auch Veranstaltungen, Sprachkursangebote und die Kleider- und Möbel-börse eingestellt sind. Deutschkurse speziell für Asylbewerberinnen sind eine Initiative des Vereins **Frauen helfen Frauen Neu-Ulm e. V.** Über sprachspezifische Fragen hinaus können im Rahmen dieses Angebots auch frauenspezifische Fragen angesprochen und behandelt werden.

An der Hochschule Neu-Ulm wurde ein Wahlpflichtfach **„Service Learning: Integrationsmentoring“** eingerichtet. Im Mittelpunkt der Vermittlung stehen dabei das fachliche Wissen und die Kompetenzen, die Integrationsmentoren in Unternehmen und Gesellschaft benötigen – von Ausländerrecht über Konflikte in Alltag und Beruf bis zur Willkommenskultur. Ein weiteres erwähnenswertes Projekt im Rahmen der Flüchtlingspolitik wurde ebenfalls im universitären Rahmen initiiert. Studierende der Hochschule Neu-Ulm (HNU) erstellten gemeinsam mit Flüchtlingen eine **Citymap for Refugees** sowie einen **Helpguide**. Unterstützung bekamen sie dafür von der Abteilung Vermessung der Stadt Ulm und von der Integrations- und Gleichstellungsstelle des Landratsamts Neu-Ulm. Die Citymap umfasst beide Städte und markiert relevante Anlaufstellen und nützliche Einrichtungen, die Geflüchtete und Migrantinnen und Migranten benötigen, um Fuß zu fassen: zum Beispiel Lebensmittelgeschäfte, Sportstätten, Krankenhäuser, Apotheken, Ärzte, Polizeistationen, Banken und Bildungseinrichtungen. Auch Plätze für kostenloses Internet (Free WiFi) oder Haltestationen von öffentlichen Verkehrsmitteln sind vermerkt.

Über das Integrationsmentoring und die Erstellung einer Citymap hinaus setzen sich Studierende der Hochschule Neu-Ulm auch in der Arbeitsgruppe **„HNU Welcomes Refugees“** für die Belange von Flüchtlingen ein. Die Arbeitsgruppe ist das Hauptprojekt des MOVE Teams und unterstützt das Ziel der HNU, studieninteressierte Flüchtlinge zu identifizieren, zu informieren und zu einem erfolgreichen Studium zu führen. MOVE wurde im Rahmen der Ausschreibung **„Welcome - Studierende engagieren sich für Flüchtlinge“** vom 01. Januar bis 31. Dezember 2016 vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) mit einer studentischen Hilfskraftstelle gefördert.

Neben dem Einsatz der Hochschule Neu-Ulm beteiligt sich auch der Malteser Dienst an der Integration von Flüchtlingen. Zum einen wird im Rahmen des Projekts **„Fremde als Freunde“** jeden Mittwoch eine Teestube in Neu-Ulm angeboten. Die „Teestube“ möchte die Möglichkeit bieten, mit Einheimischen ins Gespräch zu kommen, Kontakte zu knüpfen und Freunde zu finden. Neben der Teestube bieten die Malteser auch den Lese- und Gesprächstreff „Let's



read and talk in German!“ an. Dabei soll das in den Deutschkursen Gelernte mit Gesprächspartnern vertieft werden. Es gibt auch die Möglichkeit, anhand von Übungs-CDs und Fragebögen für den Führerschein auf Deutsch und Arabisch zu trainieren sowie sich mit Gesellschaftsspielen die Zeit zu vertreiben.

Darüber hinaus vermitteln die Malteser in Neu-Ulm **ehrenamtliche Integrationslotsen**, die Flüchtlinge nicht nur bei alltäglichen Fragen rund um Behörden, Sprache sowie Job- und Wohnungssuche unterstützen sollen, sondern den Neuankömmlingen zudem für ein bis zwei Stunden pro Woche helfen, erste Kontakte zu knüpfen, zwischen verschiedenen Kulturen zu vermitteln und in dem für sie fremden Land anzukommen. Die Malteser bieten künftigen Integrationslotsen Basisschulungen, Vorträge sowie Ansprechpartner und regelmäßigen Erfahrungsaustausch an.

8.6 Regierungsbezirk Oberbayern

8.6.1 Rosenheim

Die kreisfreie Stadt Rosenheim hat im Jahr 2014 rund 61.300 Einwohner. Der Anteil der Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft liegt bei 18,4%. Von diesen stammen 46,3% aus EU-Staaten. Von den Drittstaaten bilden türkische Staatsangehörige die größte Herkunftsgruppe.²⁶ Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund liegt 2011 bei 29,6%, was im bayernweiten Vergleich einen Platz im Mittelfeld bedeutet.

Die Stadt ist vor allem von mittelständischer Wirtschaft geprägt. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote für das Jahr 2016 beträgt 4,8%.

8.6.1.1 Integrationspolitische Strukturen in der Stadt

Politik und Verwaltung

In Rosenheim ist vor allem der **Hauptausschuss im Stadtrat** mit Themen der Integration beauftragt. In der Verwaltung ist das **Amt für Sozial-, Wohnungs-, Versicherungs- und Grundsicherung** besonders für Integrationsarbeit zuständig. Der dort angesiedelte Integrationsbeauftragte bearbeitet verschiedene Themen der Integration. Er ist federführend bei der gesamtgesell-

²⁶ Die Einwohneranzahl, der Ausländeranteil sowie die Herkunftsländer beruhen auf der Einwohnerstatistik des städtischen Einwohnermeldeamts Rosenheim zum 31.12.2014. [<https://www.rosenheim.de/aktuelles/in-vier-jahren-ist-rosenheims-bevoelkerung-um-fast-3-prozent-gewachsen.html>]



schaftlichen Aufgabe der Integration und für die Belange aller Rosenheimer mit Migrationshintergrund zuständig. Bei Jour Fixe Meetings tauscht man sich innerhalb der Verwaltung auch zu Themen der Integration aus. Zudem existieren verschiedene **Arbeitskreise und Runde Tische innerhalb und außerhalb der Verwaltung**. Der Integrationsbeauftragte betont, dass das allgemeine Leitbild für die Stadtentwicklung ein harmonisches Zusammenleben aller Kulturen anstrebt. Ein Integrationskonzept sieht die Stadt Rosenheim „als eher nicht hilfreich“, da die Zuwanderer selbst „keine Sonderposition“ einnehmen möchten. Auch einen Integrationsbeirat gibt es in Rosenheim nicht.

Zivilgesellschaft

Die Caritas, die AWO und die Diakonie sind zentrale zivilgesellschaftliche Akteure im Bereich der Integrationsarbeit. **Caritas** und **Diakonie** sind dabei besonders für die Migrationsberatung von Erwachsenen zuständig.

Die **AWO** betreibt im Stadtbezirk Happening einen Integrationskindergarten. Ein Drittel der angemeldeten Kinder stammen aus deutschsprachigen Familien, zwei Drittel der Kinder hingegen aus Familien mit geringen Deutschkenntnissen. Der Hauptanteil ausländischer Familien kommt aus dem ehemaligen Jugoslawien und Albanien, sowie aus Russland und der Türkei.

Das Angebot des **Diakonischen Werkes** Rosenheim umfasst neben einem Migrationsdienst für erwachsene Zuwanderer auch einen Jugendmigrationsdienst. Weiterhin hat die Diakonie ein Dolmetschernetz aufgebaut mit insgesamt zehn verfügbaren Sprachen. Gemeinsam mit der Caritas wird das Projekt „**Ämterlotsen**“ angeboten, wobei kostenfreie Hilfe bei Behörden-gängen gewährt wird.

Die **Bürgerstiftung Rosenheim** koordiniert fast die gesamte ehrenamtliche Arbeit. Diese Tätigkeit war vorher beim Programm „Soziale Stadt“ angesiedelt, hat aber zum 01. Januar 2016 in den Zuständigkeitsbereich der Bürgerstiftung gewechselt. Eine Teilzeitkraft organisiert von dort aus die Einsatzgebiete der ehrenamtlichen Helfer in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit.

8.6.1.2 Beispiele für Maßnahmen

Die Stadt Rosenheim beteiligt sich am Bund-Länder **Programm „Soziale Stadt“**. Ziel des Programms ist es, Stadtteile in den Bereichen Städtebau, Soziales, Wirtschaft und Umwelt vor Ort zu stärken. Mit den Familien und der Bewohnerschaft der Stadtteile werden das Wohnumfeld und die Lebensbedingungen im Stadtteil gestaltet. Dazu gehört z. B. die Gestaltung von Spielplätzen, das Schaffen von Bildungsmöglichkeiten im Stadtteil oder die Förderung wohnungsnaher Einkaufsmöglichkeiten.



Die „Soziale Stadt“ übernimmt bei der Integration von Migranten insbesondere die Koordinierungsaufgabe bei Projekten der Stadt. Die „Soziale Stadt“ versteht sich als Koordinierungszentrum für Bürgerschaftliches Engagement.

Der **Initiativkreis Migration Rosenheim** ist ein eingetragener Verein, der sich als ein „parteiunabhängiger Zusammenschluss politisch engagierter Menschen“ versteht und es sich zum Ziel gemacht hat, die Situation von Flüchtlingen und Migranten im Raum Rosenheim zu beobachten, zu begleiten und der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Der Verein wurde Anfang 2011 gegründet. Seitdem wurden mehrere Veranstaltungen und Aktionen zu den Rechten von Flüchtlingen und Migranten organisiert.

8.6.1.3 Beispiele für Projekte in der Integrationspolitik

Mütter mit Migrationshintergrund sind deutlich seltener erwerbstätig, obwohl sehr viele von ihnen den konkreten Wunsch haben, einer Berufstätigkeit nachzugehen. Aus diesem Grund haben sich die Jobcenter aus Stadt und Landkreis zusammengeschlossen und gemeinsam mit dem AWO-Mehrgenerationenhaus Rosenheim die „**Rosenheim COBS**“ ins Leben gerufen. Dieses Projekt möchte Müttern mit Migrationshintergrund helfen, sich dauerhaft wieder ins Arbeitsleben zu integrieren. Eine Phase des Modellprojekts dauert vier Monate. Es können sechzehn Teilnehmerinnen pro Phase teilnehmen. In den vier Monaten finden Einzelcoachingtermine, Netzwerktage und eine Praktikumsphase von zwei Wochen statt.

Das Sozial-, Wohnungs-, Versicherungs- und Grundsicherungsamt erstellte und veröffentlichte einen **Wegweiser für Zuwanderer**. Die Broschüre, die in neun verschiedenen Sprachen zu erwerben ist, soll allen in Rosenheim wohnenden Migranten die ersten Schritte und die Orientierung in ihrem neuen Lebensumfeld erleichtern. Die Broschüre enthält Wissenswertes rund um Integration, Spracherwerb, berufliche Anerkennung, Arbeitsplatzsuche, zuständige Ämter, medizinische Versorgung, Religionsgemeinschaften, Vereine, Organisationen, Freizeitangebote und vieles mehr.

8.6.1.4 Strukturen und Maßnahmen in der Flüchtlingspolitik

Zuständigkeiten in Politik und Verwaltung

Die Stadt Rosenheim und besonders das **Sozial-, Wohnungs-, Versicherungs- und Grundsicherungsamt** koordiniert die Flüchtlingshilfe. In Rosenheim gibt es eine Erstaufnahmeeinrichtung für unbegleitete minderjährige Ausländer. Hauptamtlich ist der **Integrationsbeauftragte** mit den Aufgaben der Asylhilfe betraut. Weiterhin gibt es innerhalb der Verwaltung das Projektteam Neuen Wohnraum schaffen und das Projektteam Sicherheit und Ordnung in Unterkünften, die sich vorrangig um diese beiden speziellen Themen der Flüchtlingshilfe kümmern.



Aktuell arbeitet die Stadt an einem Konzept zur Unterbringung und Integration von Neuzugewanderten, vor allem Flüchtlingen. Man möchte dabei vor allem eine Bündelung aller Aktivitäten in der Flüchtlingshilfe erreichen.

Rosenheim ist einer der wichtigsten Orte bei der Einreise von Flüchtlingen in die Bundesrepublik. Die **Bundespolizei** führt dort erste Kontrollen durch und überprüft das Alter und das Herkunftsland, soweit sich diese beiden Aspekte prüfen lassen. Hier findet ebenso die Erstversorgung der Flüchtlinge statt.

Akteure, Maßnahmen und Projekte

Diakonie und **Caritas** sind tätig in der Asylsozialberatung. Die Caritas veranstaltet ein „Jobcafé International“ und bietet einen Flüchtlingswegweiser sowie Deutschkurse für Flüchtlinge an. Das **BRK** ist ebenfalls ein wichtiger Akteur in der Flüchtlingsarbeit in Rosenheim. Das Angebot umfasst eine Asylsozialberatung, einen Fahrdienst sowie die Möglichkeit von Kleider-, Möbel-, Sach- und Geldspenden. Weiterhin gibt es einen Arbeitskreis Flüchtlingshilfe, der zahlreiche Unterstützungsangebote koordiniert, wie Deutschkurse, Begleitung bei Arztgängen und Freizeitaktivitäten. Die **AWO** bietet zusätzlich eine Vorbereitung auf den Integrationskurs für Frauen mit Kinderbetreuung an. Die **Wasserwacht Rosenheim** bietet weiterhin eine Qualifizierung von Schwimmausbildern für Flüchtlinge an, damit Asylsuchende schnell schwimmen lernen können.

Das Projekt „**Paten für Flüchtlinge**“ der „Sozialen Stadt“ Rosenheim steht unter der Schirmherrschaft der Oberbürgermeisterin. Es werden gemeinsam Ausflüge unternommen, es wird gekocht und in die Bibliothek gegangen. Auch Hilfen bei der Bewältigung täglicher Probleme werden von den Paten geleistet. Die **Bürgerstiftung Rosenheim** setzt sich ebenfalls im Bereich der Flüchtlingspatenschaft ein.

Einfach, schnell und unbürokratisch - so beschreibt sich das **Projekt „Hand in Hand“**: Dabei handelt es sich um eine Plattform, über die Behörden, Institutionen, Organisationen, Unternehmen, Vereine und Einzelpersonen Bedürftigen konkret Hilfe leisten können. Über die Internetseite finden Spenden und Empfänger ohne Umwege zusammen. Außerdem versteht sich das Projekt als Informationsquelle und Motivationsmotor in Sachen Flüchtlingshilfe im Raum Rosenheim.

Die Stadtbibliothek eröffnete im Oktober 2015 eine **Asylothek**. Das Medienangebot beinhaltet unter anderem multimediale Deutschkurse, mehrsprachige Bildwörterbücher und Spiele, CDs, pädagogische Lesekoffer, landeskundliches Wissen über Deutschland und Bücher zum interkulturellen Dialog, zu Flucht und Traumabewältigung.



8.6.2 Dachau

Die Kreisstadt Dachau, nordwestlich von München liegend, zählt 2016 rund 47.000 Einwohner. Von diesen weisen 26,6% einen Migrationshintergrund auf. Die ausländische Bevölkerung im gesamten Landkreis liegt 2015 bei 14,3% und stammt hauptsächlich aus Griechenland, der Türkei sowie Polen. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote des Landkreises für das Jahr 2016 ist mit 2,4% ist sehr gering.

8.6.2.1 Integrationspolitische Strukturen

Politik und Verwaltung

Kommunalpolitisch befasst sich die Stadt Dachau vorrangig im Ausschuss für Familien und Soziales mit integrationspolitischen Themen. Allerdings werden bei relevanten Zuständigkeiten auch weitere Ausschüsse gehört. Im Stadtrat wurde ein ehrenamtlicher **Referent für Integration** gewählt. In der Verwaltung ist das Amt für Soziales und Familie auch für Fragen der Integration zuständig.

Zivilgesellschaft

Die Vereine Hilfen von Mensch zu Mensch e. V. und Arbeiterkultur- und Bildungsverein e. V. sind in der Migrationsberatung für Erwachsene (MBE) tätig. Der **AWO** Kreisverband Dachau e. V. betreibt das Mehrgenerationenhaus (MGH) Dachau, welches sich u. a. um die Integration von Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte kümmert. Die **Caritas** und die **AWO** bieten weiterhin eine Migrationsberatung für erwachsene Migranten an.

Eine zivilgesellschaftliche Organisation, die sich mit Fragen der Integration befasst, ist der **Runde Tisch gegen Rassismus Dachau e. V.**, ein überparteiliches und überkonfessionelles Bündnis, dem Bürgerinnen und Bürger, verschiedene Dachauer Organisationen aus Politik und Gesellschaft sowie Religionsgemeinschaften angehören.

8.6.2.2 Beispiele für Maßnahmen in der Integrationspolitik

Seit 2009 beschäftigen sich in Dachau ein **Runder Tisch Jugend und Integration** sowie der Integrationsreferent und die Jugendreferentin der Stadt mit der Frage, wie die Stadt zur Verbesserung der Integration junger Menschen mit Migrationshintergrund beitragen kann. Zielgruppe sind in erster Linie Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 6 und 27 Jahren. Ziele des Runden Tisches sind die Vernetzung von Glaubensgemeinschaften, die Gleichberechtigung von Frauen, Männer und Kinder jeder Herkunft und Glaubensrichtung,



die Ermöglichung von Begegnungen der verschiedenen Kulturkreise in Dachau sowie die Förderung der Sprachkompetenz. 2014 bekam der Runde Tisch Jugend und Integration den Integrationspreis der Regierung von Oberbayern.

8.6.2.3 Beispiele für Projekte

Die Initiative „einer für alle, alle für bunt“ organisiert seit 2015 **Interkulturelle Wochen** mit „Aktionen für Vielfalt und Toleranz“, mit Vorträgen, Ausstellungen, Filmvorführungen, interkulturellen Theater- und Tanzveranstaltungen, einer Lesenacht und Geschichtswerkstatt, einer „Über den Tellerrand“-Kochaktion für kulturellen Austausch und einer interreligiösen Veranstaltung.

Der Runde Tisch Jugend und Integration hat einen **„Adressfinder Orient“** konstruiert, in dem verschiedene Angebote in Dachau zu finden sind. Der Runde Tisch gegen Rassismus Dachau e. V. veranstaltet regelmäßige Vorträge und Filmabende zum Thema Rassismus und Rechtsextremismus. Es gibt in Dachau die antirassistische Theatergruppe Creative Change e. V., welche in kleinen Stücken darauf eingeht, wie man im Alltag Vorurteile bekämpfen kann.

Der Verein Freiraum Dachau e.V. hat verschiedene Veranstaltungsformen entwickelt, die wöchentliche oder monatliche Begegnungen von Einheimischen und Migranten ermöglichen.

8.6.2.4 Strukturen, Maßnahmen und Projekte in der Flüchtlingspolitik

Zuständigkeiten in Politik und Verwaltung

Das Landratsamt Dachau ist mit dem Ausländeramt die Koordinierungsstelle für alle Asyl- und Flüchtlingsfragen im Landkreis Dachau.

Akteure, Maßnahmen und Projekte

Eine ehrenamtlich geführte Koordinationstelle für Helfer bietet der **Arbeitskreis für Asyl** in der Stadt Dachau. Die Caritas betreibt eine **Asylsozialberatungsstelle** in Dachau. Die Stelle ist Anlaufpunkt für Geflüchtete und Ehrenamtliche und bietet neben der Orientierungshilfe und der unterstützenden Begleitung beim Asylverfahren auch Beratung für die Helferkreise. Die **Asyl-Website** des Landkreises Dachau informiert über aktuelle Maßnahmen, Zuständigkeiten, die Asyl-Helferkreise und beantwortet ganz allgemein häufig gestellte Fragen zum Thema Asyl. Das **Koordinierungszentrum Bürgerschaftliches Engagement** im Landkreis Dachau ist ein weiteres Angebot des Landratsamts, wenn es um die Vermittlung, Beratung, Fortbildung und Projekte im bürgerschaftlichen Engagement geht.

Im Freiraum Dachau e. V. finden wöchentlich sogenannte **Refugee Cafés** statt. Außerdem organisiert der Kreisjugendring Dachau die 3. Demokratiekonferenz der Partnerschaft für Demokratie in Dachau für den gesamten Landkreis Dachau. Das Projekt wird im Rahmen des



Programms „Demokratie leben!“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

8.7 Regierungsbezirk Niederbayern

8.7.1 Landshut

Landshut ist Sitz der Regierung von Niederbayern. Die Stadt hat 2015 rund 69.200 Einwohner, von denen 15,3% keine deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Das am stärksten vertretene Herkunftsland ist Rumänien, dicht gefolgt von der Türkei und Polen. Nach dem Zensus 2011 haben 28,2% der Einwohner einen Migrationshintergrund. Mit einem Jahresdurchschnitt von 4,6% für 2016 hat die Stadt eine vergleichsweise niedrige Arbeitslosenquote zu verzeichnen.

8.7.1.1 Integrationspolitische Strukturen

Politik und Verwaltung

Im November 2005 gründete sich das **Netzwerk Integration**, an dem sowohl zivilgesellschaftliche Akteure, Migrantenselbstorganisationen sowie Stadtrat und Landratsamt beteiligt sind. Zu Beginn der Gründung war das Netzwerk eine zentrale Instanz zur Beratung integrationspezifischer Belange. Seit im März 2009, auf Initiative des Netzwerks, ein **Beirat für Migration** der Stadt Landshut eingerichtet werden konnte, hat sich das Netzwerk als Fachgremium institutionalisiert und die aktive Bearbeitung integrationspezifischer Belange wurde in großen Teilen auf den Beirat verlagert. Laut der 2015 festgelegten Satzung gehören diesem Vertreter der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, aufgliedert nach Herkunftsgruppen, als stimmberechtigte Mitglieder an.

Ein wichtiger Erfolg, der auf Bestreben des Beirats zurückgeht, ist die seit September 2016 eingerichtete Stelle einer **Integrationsbeauftragten**, die von der Stadt Landshut finanziert wird.

Zivilgesellschaft

Die **AWO**, die **Caritas** und das **Landshuter Netzwerk** (Mitglied des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes) bieten in der Stadt jeweils Asylsozial- und Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer an. Für die Altersgruppe von 12-27 Jahren wird vom **Katholischen Jugendsozialwerk München e. V. (KJSW)** ein Jugendmigrationsdienst angeboten. Das Jugendsozialwerk vermittelt daneben auch Sprach- und Kulturmittler, die in alltäglichen Situationen zwischen ihren Landsleuten und deutschsprachigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen und Ämtern durch kultursensibles Dolmetschen vermitteln.



Die **IG Metall Landshut** ist seit vielen Jahrzehnten in der Migrationsarbeit tätig. Die Gewerkschaft beteiligt sich beispielsweise mit eigenen Veranstaltungen und Informationsständen an den Wochen gegen Rassismus und den Interkulturellen Wochen in der Stadt. Des Weiteren hat die IG Metall einen Migrationsausschuss und bietet migrationspezifische Seminare in Betrieben an.

Darüber hinaus gibt es mit dem **Haus International e. V.** in Landshut einen gemeinnützigen Verein, der seit fast 40 Jahren in interkultureller Arbeit tätig ist. Das Haus International e. V. bietet über Integrationskurse und Asylsozialarbeit hinaus verschiedene integrationspezifische Angebote an, unter anderem eine Begegnungsstätte „Café grenzenlos“. Auch der **Stadtjugendring Landshut** engagiert sich mit seiner Stadtteilarbeit für die Integration von Migrantinnen und Migranten. Dafür wurde im Industriegebiet ein Stadteiltreff eingerichtet. Organisiert wird unter anderem ein Elterncafé.

Ein weiterer zentraler Akteur auf zivilgesellschaftlicher Ebene ist die Migrantenselbstorganisation **Voice of Africa Landshut (VALA)**, die Mitveranstalter der Landshuter Afrikatage ist und sich daneben auch an anderen kulturellen Veranstaltungen beteiligt. Auch die **Türkisch-Islamische Gemeinde zu Landshut e. V.** (Dachverband DITIB) ist in der Migrationsarbeit tätig und arbeitet beispielsweise für die Durchführung von Veranstaltungen mit dem Haus International e. V. zusammen. Daneben bietet das **DOM - deutsch-russisches Haus für Begegnung, Bildung und Kultur in Landshut e. V.** Deutschkurse für Frauen oder auch kulturelle Veranstaltungen und Konzerte an.

Integrations-Engagement auf sportlicher Ebene zeigt der **ETSV 09 Landshut e. V.**: Der Verein ist seit 2001 Stützpunktverein des Programms „Integration durch Sport“ des Bayerischen Landessportverbands (BLSV), welches vom Bundesministerium des Innern und dem BAMF gefördert wird.

8.7.1.2 Beispiele für Maßnahmen

Die Stadt wurde 1999 mit dem Stadtteil Nikola in das Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „**Soziale Stadt**“ aufgenommen und wird seitdem weiter gefördert. Ziel dieser Städtebauförderung ist es insbesondere, städtebauliche Missstände und Mängel zu beheben, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen zu verbessern sowie eine nachhaltige Stadt- und Ortsentwicklung zu verwirklichen. Im Stadtteil Nikola lebt ein großer Teil von Migranten.

Die **Afrikatage in Landshut** wurden 2002 vom Haus International und dem Afrika-Komitee Landshut angestoßen. Die Besucher erwartet eine Komposition aus Afrikamarkt, kulinarischen Spezialitäten, Workshops, Kinder- und Kulturprogramm und Konzerten. Organisatoren sind



das Jugendkulturzentrum der Stadt Landshut (Alte Kaserne) und Voice of Africa Landshut e. V.

2006 organisierte die IG Metall erstmalig die Veranstaltungsreihe **Internationale Wochen gegen Rassismus**, in deren Rahmen gemeinsam gegen Rassismus und für die Unantastbarkeit der Menschenwürde eingetreten werden soll. Mittlerweile ist die Vielfalt der Veranstaltungen so breit, dass sich das Programm über vier Wochen erstreckt. Es beteiligt sich eine Reihe von unterschiedlichen Akteuren, u. a. IG-Metall, Caritas-Verband, terre des hommes e. V., Haus International e. V., Christliches Bildungswerk Landshut e.V., VALA e. V. und amnesty international e. V.

8.7.1.3 Beispiele für Projekte

Landshut beteiligt sich offiziell seit 2010 am Projekt **„Mit Migranten für Migranten - Interkulturelle Gesundheit in Bayern (MiMi-Bayern)“**.²⁷

2016 wurde in Landshut zum sechsten Mal das **„Fest der Kulturen“** gefeiert; Begegnung und Dialog stehen dabei im Vordergrund. Es gab eine Reihe von unterschiedlichen Workshop-Angeboten und ein multikulturelles Bühnenprogramm. Veranstalter des 6. Festes der Kulturen war der Beirat für Migration der Stadt Landshut. Die Schirmherrschaft übernahm der Oberbürgermeister. Beteiligt waren darüber hinaus verschiedene Vereine, Migranteninstitutionen und engagierte Bürgerinnen und Bürger.

Unter der Trägerschaft des Vereines DOM - deutsch-russisches Haus für Begegnung, Bildung und Kultur in Landshut e. V. gibt es seit 2011 das vom BAMF, der Stadt und dem Landkreis Landshut, dem Markt Altdorf, der Stiftungsgemeinschaft anstiftung & ertomis aus München, der Telekom Initiative „Ich kann was“, dem Lions Club Landshut, dem Soroptimist Landshut und dem Stadtjugendring geförderte Projekt **„Nachbarschaftstreff DOM“**. Der Nachbarschaftstreff DOM ist ein Stadtteilzentrum mit breitem Spektrum an sozialen und kulturellen Aufgaben in einem Stadtteil an der kommunalen Grenze zwischen der Stadt Landshut, dem Markt Altdorf und dem Landkreis Landshut. Der Hochhäuserkomplex von Sozialwohnungen wurde in den 70er Jahren gebaut. Der Migrantenanteil liegt bei ca. 60% der ca. 1.000 Einwohner. Die Migranten kommen aus Russland, Kasachstan, Rumänien, Polen, dem Kosovo, Italien, Marokko und anderen Ländern. Fehlende Infrastruktur und Nahversorgungsmöglichkeiten tragen zu einem unvorteilhaften Image des Stadtteils in der Stadtgesellschaft bei.

Seit Oktober 2015 tragen die Stadt und der Landkreis Landshut das Qualitätssiegel **„Bildungsregion in Bayern“** des Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst.

²⁷ Vgl. für eine Darstellung der Projektinhalte Abschnitt 7.2.3



Eine wichtige Maßnahme, die im Rahmen der Initiative eingerichtet wurde, findet sich im Landshuter Seligenthal-Gymnasium: Mit Beginn des Schuljahres 2015 wurde dort ein „**Brückenkurs**“ Deutsch für internationale Jugendliche als Pilotprojekt gestartet. Die Einstiegsklasse ermöglicht es Kindern und Jugendlichen zwischen 10 und 17 Jahren, die nicht oder kaum Deutsch sprechen, im bayerischen Schulsystem schnell Anschluss zu finden. In einer Gruppe von max. 15-20 Schülerinnen und Schülern erhalten die Kinder in einem Umfang von 15-20 Wochenstunden einen intensiven Deutschunterricht durch Fachlehrkräfte für Deutsch als Zweitsprache, verbunden mit einem interkulturellen Training.

8.7.1.4 Strukturen, Maßnahmen und Projekte in der Flüchtlingspolitik

Zuständigkeiten in Politik und Verwaltung

Die Koordination von Aktivitäten zu Flüchtlingen in der Stadt liegt beim zweiten Bürgermeister. Er leitet auch den „**Runden Tisch Flüchtlingsarbeit in Landshut**“, der erfolgreich vorgeschlagen hat, eine Koordinierungsstelle für ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit (KOEf) einzurichten. Die Koordinierungsstelle läuft über die Freiwilligenagentur Landshut (fala). Dabei ist die Stadt Landshut einer der bayernweit 14 Standorte, die das StMAS im Rahmen seines Modellprogramms „Hauptamtliche Koordinierung der Ehrenamtsarbeit im Asylbereich“ finanziell unterstützt.

Akteure, Maßnahmen und Projekte

Anbieter von Asylsozialberatung sind das **Haus International e. V.**, ein korporatives Mitglied der Arbeiterwohlfahrt, der **Caritas** Verband Landshut e. V. und das **Diakonische Werk** Landshut. Das Haus International betreut die Flüchtlinge in der Gemeinschaftsunterkunft der Regierung von Niederbayern in Landshut sowie in den Gemeinschafts- und Notunterkünften der Stadt Rosenheim. Caritas und Diakonie arbeiten für die Bewohner der 86 dezentralen Unterkünfte im Landkreis.

Die **Freiwilligenagentur Landshut** bietet einige Projekte im Bereich der Flüchtlingshilfe an, die von der KOEF betreut, unterstützt und angeleitet werden. Im fala-Sportbüro beraten ehrenamtliche Flüchtlinge zum Thema „Integration durch Sport“. Über ein Gespräch der sportlichen Interessen der Geflüchteten sollen passende Sportangebote vermittelt werden. Im fala-Fahrradbüro werden von Ehrenamtlichen gesammelte Fahrräder verkehrstauglich gemacht und an Geflüchtete weitergegeben. Das fala-Jobteam bietet speziell im Bereich Jobsuche und Bewerbungsverfahren Hilfestellung an. Dabei werden auch Brücken zur Agentur für Arbeit oder dem Jobcenter geschlagen. Asylsuchende können das fala-Mobilitätsteam nutzen, um Begleitung für Behörden- und Arztgänge zu erhalten. Schließlich wird das Angebot durch eine



Kinderbetreuung und die Möglichkeit, in städtischen Unterkünften Deutsch zu lernen, abgerundet.

Speziell um Flüchtlingen die Zugangschancen zum deutschen Arbeitsmarkt zu erleichtern wurde die Initiative **„FiBA – Flüchtlinge in Beruf und Ausbildung Ostbayern / BLEIB! in Landshut“** ins Leben gerufen. Hier erhalten Flüchtlinge Beratung zu Fragen des Bildungs- und Arbeitsmarktzugangs, zu arbeitsgenehmigungsrechtlichen Angelegenheiten sowie zur Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse. Darüber hinaus werden eine Kompetenzfeststellung, eine Laufbahnberatung und ein Bewerbungstraining sowie eine Nachbetreuung durchgeführt. Die Stelle informiert auch den jeweiligen Arbeitgeber und arbeitet eng mit der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter zusammen. FiBA I wurde von 2011-2014, bis zum Auslaufen der Förderung, vom Haus International e. V. getragen. Für das Folgeprojekt FiBA II wurde der Caritasverband Landshut e. V. Projektträger. Förderer sind das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie der Europäische Sozialfonds.

Im Oktober 2014 gründete sich die **Hochschulinitiative „Flüchtlinge in Landshut“**. Seit der Gründung wurden mehrere Projekte initiiert: Beispielsweise hatten Flüchtlinge und Asylsuchende im Wintersemester 2015/2016 die Möglichkeit, an der Hochschule Landshut ausgewählte Vorlesungen zu besuchen. Es wurden rund 50 Vorlesungen aus allen Fakultäten angeboten. Des Weiteren fand im Dezember 2015 eine Podiumsdiskussion unter dem Leitmotiv **„Perspektive Studium nach der Flucht“** statt. Ehemalige Flüchtlinge, die nun an bayerischen Hochschulen studieren, berichteten in diesem Rahmen über ihre Erfahrungen.

Das Evangelische Bildungswerk Landshut e. V. beteiligt sich an dem Projekt **„Willkommen – Welcome – Salaam“**, welches finanziell von der Evangelischen Landeskirche unterstützt wird. Erreicht werden soll der Aufbau einer nachhaltigen und zukünftig gesicherten Kulturarbeit mit Asylsuchenden und Flüchtlingen. Es werden im Rahmen des Projekts drei unterschiedliche Programmpunkte angeboten: Es soll ein interkultureller Garten geschaffen werden; weiterhin soll gemeinsames Kochen den Dialog zwischen Asylsuchenden, Flüchtlingen und Einheimischen fördern. Zuletzt soll eine unter der Leitung einer pädagogischen Fachkraft von Asylsuchenden und Flüchtlingen eigens eingerichtete Website dazu dienen, Informationen über alle integrationsrelevanten Aspekte der Stadt zu erfahren. Außerdem können Asylsuchende sich und ihre Geschichte auf der Website vorstellen.

8.7.2 Passau

Passau hat 2015 eine Einwohnerzahl von rund 56.000. Der Anteil der Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft beläuft sich auf 11,3%. Von diesen stammen drei Viertel aus europäischen Ländern wie Österreich, Ungarn und Rumänien.



Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund betrug 2011 18,6%. Seit Sommer 2014 erreichten, aufgrund der Lage an der Grenze zu Österreich, viele Asylsuchende über die Balkanroute die Stadt Passau. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote lag für das Jahr 2016 bei 5,2%.

8.7.2.1 Integrationspolitische Strukturen

Politik und Verwaltung

Ausschüsse des Stadtrats, die sich mit dem Bereich Integration beschäftigen, sind der Ausschuss für Soziales, der Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie und der Ausschuss für Ordnung. Zudem wurde 2016 der **Lenkungsausschuss Integration** eingerichtet, auf den weiter unten noch näher eingegangen wird.

In der Verwaltung befassen sich hauptsächlich das Jugendamt, das Amt für Arbeit und Qualifizierung sowie das Ausländeramt mit Fragen der Integration. Außerdem verfügen das Amt für Schulen und Sport sowie das Sozialamt über Teilkompetenzen im Bereich Integration. Zuständig ist hier der Referent für Ordnung, Soziales und Familie. Ein Vertretungsorgan von Migranten besteht auf stadtpolitischer Ebene nicht.

Zivilgesellschaft

Caritas und **Diakonie** haben eine Asylsozialberatung und Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer. Die Diakonie bietet darüber hinaus einen Jugendmigrationsdienst an.

Eine zentrale Rolle in den Integrationsstrukturen Passaus spielt der Verein **Gemeinsam leben und lernen in Europa e. V.**, welcher mit seinen Aktivitäten zu einer Chancengleichheit für alle Mitglieder der Gesellschaft beitragen möchte. In diesem Sinne richten sich die Projekte unter anderem an benachteiligte Kinder und Jugendliche sowie Migranten und Flüchtlinge. Ein besonderes Anliegen des Vereins besteht im Empowerment der Zielgruppen. Der Verein wurde 2011 und 2015 mit dem niederbayerischen Integrationspreis ausgezeichnet. In Passau existieren zudem einige **interkulturelle Freundschaftsgesellschaften** wie z. B. die Deutsch-Russische Gesellschaft, welche sich unter anderem der Integration von Spätaussiedlern und deren Brauchtumpflege widmet.

8.7.2.2 Beispiele für Maßnahmen

Um die arbeitsmarktliche und die gesellschaftliche Integration von Personen mit Migrationshintergrund zu fördern, wurde 2012 im Rahmen des Projekts „Grenzenlos tolerant, Toleranz grenzenlos“, welches durch das XENOS-Programm „Integration und Vielfalt“ des Europäischen Sozialfonds gefördert wurde, durch die Volkshochschule Passau das **Dialogzentrum**



Integration eingerichtet. Dieses sollte als Anlaufstelle für Personen mit Migrationshintergrund dienen und diesen Begleitung bei ihrer Integration bieten. Auch nach Auslauf der Förderdauer blieb eine Beratungsstelle bei der Volkshochschule bestehen.

Getragen und finanziert von der Stadt Passau, dem Schulamt und dem Wirtschaftsforum der Stadt Passau, welches u. a. aus Vertretern der Gebietskörperschaften Stadt und Landkreis Passau, der Kammern und Verbände, der Bildungseinrichtungen und der Universität sowie einer Vielzahl von Unternehmen und Betrieben besteht, verfolgt das seit 2012 bestehende Projekt „**PASSgenAU**“ das Motto „Kein Kind darf verloren gehen!“. Im Sinne dieses Mottos sollen Bildungsinitiativen gebündelt werden sowie Lücken der Förderung identifiziert und geschlossen werden. Unterschiedliche Akteure wirken zusammen, um Kinder aus schwierigen Verhältnissen oder mit Migrationshintergrund zu unterstützen. Sprachpaten von Gemeinsam leben und lernen in Europa e. V. betreuen Kinder, die über keine Deutschkenntnisse verfügen. Finanziert wird das Projekt, welches bisher vor allem an Grundschulen, aber auch an Mittelschulen und Kindertageseinrichtungen aktiv ist, durch vom Wirtschaftsforum akquirierte Spenden und Fördergelder. Hinzu kommen Mittel der Stadt und des Landkreises Passau. Im Rahmen des Projekts „PASSgenAU“ besteht das Teilprojekt „Eltern lernen Deutsch“, ein durch die Stadt Passau finanzierter Sprachkurs für Eltern.

Im Zuge des Projekts „Grenzenlos tolerant, Toleranz grenzenlos“ wurde außerdem der Verein Gemeinsam leben und lernen in Europa e. V. von der Volkshochschule beauftragt, die mehrsprachige Internet-Informationenplattform „**MigNet Passau**“ einzurichten, die sich an Migranten in Stadt und Landkreis Passau richtet. Auf dieser Website werden Zuwanderern Informationen zu Angeboten in Passau sowie generelle Informationen und Tipps bereitgestellt, die das Ankommen erleichtern sollen.

8.7.2.3 Beispiele für Projekte

Das seit 2014 bestehende Pilotprojekt „**FAM – Potenziale nutzen**“ des Wirtschaftsforums der Region Passau verfolgt das Ziel, Flüchtlinge, Asylsuchende und Migranten zu qualifizieren und in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt zu vermitteln. Das Programm richtet sich an jene Personen der obigen Zielgruppe, die bereits über mindestens ein A1-Niveau in der deutschen Sprache, die rechtliche Möglichkeit einer Arbeitsgenehmigung sowie berufliche Vorerfahrungen verfügen. Das Programm fördert Personen im Alter von 21 bis 40 Jahren, die nicht mehr der Berufsschulpflicht unterliegen, will Doppelstrukturen mit den Klassen für berufsschulpflichtige Asylsuchende und Flüchtlinge vermeiden und auch für diese Personengruppe Förderangebote schaffen.



Die IHK Niederbayern verfügt über Angebote zur Arbeitsmarktintegration von Personen mit Migrationshintergrund, die sich sowohl an letztere als auch an Verantwortliche in Unternehmen richten. Angeboten werden kostenlose **Seminare** zum Thema „Integration ausländischer Mitarbeiter“ sowie die Azubi-Seminarreihe „Fachsprache Deutsch für die Gastronomie – Köche“.

8.7.2.4 Strukturen, Maßnahmen und Projekte in der Flüchtlingspolitik

Zuständigkeiten in Politik und Verwaltung

Die Flüchtlingsaufnahme und –integration erfolgten in Passau nach Aussagen von Experten in einem solidarischen Geist, der dem des kürzlich bestandenen Kampfes gegen das Hochwasser ähnelt. Der Oberbürgermeister hatte das Thema zur **Chefsache** gemacht. Aufgrund der Ankunft von hohen Zahlen an Asylsuchenden wurden in Passau einige neue Strukturen geschaffen. So wurde im Frühjahr 2015 als Reaktion auf den hohen Anteil an unbegleiteten minderjährigen Ausländern in der Stadt eine **Dienststelle zur Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern** eingerichtet.

Im August 2015 wurde durch den Oberbürgermeister im Referat Wirtschaft, Marketing und Arbeit im Amt für Arbeit und Qualifizierung, Ehrenamt und Senioren die **Koordinationsstelle Ehrenamt** geschaffen, welche zu einer verbesserten Koordination der bestehenden ehrenamtlichen Helferstrukturen in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit beitragen soll.

Außerdem wurde Anfang 2016 im Stadtrat ein **Lenkungsausschuss** zur Integration von Flüchtlingen unter Vorsitz des Oberbürgermeisters eingerichtet, in welchen alle dem Stadtrat angehörenden Fraktionen Vertreter entsenden können. Dieser Lenkungsausschuss hat die Aufgabe, gemeinsam mit dem Stadtrat Eckpunkte für die Integration zu entwickeln und diese anschließend in integrationspolitische Maßnahmen zu übersetzen.

In Reaktion auf den Anstieg der Flüchtlingszahlen in Passau wurden drei städtische Bedienstete in Gemeinschaftsunterkünften als „**Integrationsteam Passau**“ eingesetzt. Diese sollen anerkannten Flüchtlingen individuelle Hilfestellungen bieten und sie an bestehende Angebote heranführen. Darüber hinaus sollen sie zu einer besseren Vernetzung der relevanten Fachbereiche beitragen, bestehende Angebote koordinieren und als Ansprechpartner für Ehrenamtliche fungieren. Um das Integrationsteam in seiner Arbeit zu unterstützen, wurden zwei **Bundesfreiwilligendienststellen** geschaffen, die von zwei schon über eine längere Zeit in Deutschland lebenden Flüchtlingen mit Arabisch-Kenntnissen besetzt wurden. Darüber hinaus hat die Stadt einen **Dolmetscherpool** eingerichtet, um die Vermittlung von Dolmetschern zu koordinieren.



Akteure, Maßnahmen und Projekte

Sowohl **Diakonie** als auch **Caritas** bieten in ihren Asylsozialberatungsstellen Beratung und Begleitung von Asylsuchenden an. Die Caritas berät darüber hinaus auch Ehrenamtliche. Sie hat in Zusammenarbeit mit der Diakonie im Januar 2016 außerdem eine Koordinierungsstelle **Ehrenamt Asyl Passauer Land** eingerichtet, welche vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit, Sozialordnung, Familie und Frauen gefördert wird. An dieser Stelle sollen u. a. die Erfahrungen von erfolgreichen Helferkreisen gebündelt und an neue Helferkreise weitergegeben, Ehrenamtliche geschult und in ihrer Arbeit betreut und eine bessere Vernetzung der beteiligten Akteure vorgenommen werden.

Die **IHK Niederbayern** bietet kostenlose Schulungsprogramme an, in denen Flüchtlinge und Verantwortliche in Unternehmen über die rechtlichen Rahmenbedingungen und die Fördermöglichkeiten informiert und in ihrer interkulturellen Kompetenz geschult werden. Die IHK Niederbayern beteiligt sich darüber hinaus an dem bundesweiten Netzwerk der DIHK „Unternehmen integrieren Flüchtlinge“, durch welches Unternehmen, die sich beispielsweise durch Maßnahmen wie Workshops für die arbeitsmarktliche Integration von Flüchtlingen einsetzen, unterstützt werden können.

Auch die in Passau ansässige **Handwerkskammer** Niederbayern-Oberpfalz leistet Unterstützung zur Flüchtlingsintegration, indem sie für Asylsuchende und anerkannte Flüchtlinge Informations- und Beratungsangebote zur Verfügung stellt.

Mit der vermehrten Ankunft von Flüchtlingen in Passau bildeten sich die **Helferkreise** „Passau verbindet“ und der Helferkreis „Bahnhof“.

Der Verein **Gemeinsam leben und lernen in Europa e. V.** ist auch in der Flüchtlingsarbeit ein zentraler Akteur und trägt mit einer Vielzahl an Projekten zur Integration von Flüchtlingen bei. So baut er beispielsweise aktuell eine HelpApp auf, welche zur Koordination der Flüchtlingshilfe beitragen soll. Über eine Suchfunktion sollen Gesuche und Angebote von Sachspenden und Ehrenamtlichen ermittelt werden können. Darüber hinaus vermittelt der Verein nicht nur Ehrenamtliche in die Flüchtlingsarbeit, sondern eröffnet auch Flüchtlingen die Möglichkeit, sich im Ehrenamt zu engagieren. Der Verein bietet außerdem Schulungen für Ehrenamtliche an, entwickelt ein Handbuch mit Lehrmaterialien für ehrenamtliche Sprachpatinnen und -paten und bietet im Rahmen des Projekts „FremdenFREUNDlichkeit“, welches in Kooperation mit drei Hochschulgruppen durchgeführt wird, interaktive Workshops an Schulen an, in denen über die Flüchtlingssituation informiert wird.

Auch die Universität Passau und ihre Studierenden sind in der Flüchtlingshilfe bedeutsame Akteure. So bietet die **Refugee Law Clinic** der Universität Passau seit dem Sommersemester 2016 Rechtsberatung für Flüchtlinge im Bereich Asyl- und Ausländerrecht an. Darüber hinaus



helfen die Studierenden den Flüchtlingen beim Behördenverkehr und bereiten sie auf ihre Anhörung vor. Bevor die Studierenden diese Aufgaben wahrnehmen dürfen, müssen sie eine juristische und psychologische Schulung durchlaufen.

Im Rahmen der Aktion „**Willkommen am Campus – Angebote zur Studienorientierung für Geflüchtete und Asylsuchende**“ bietet die Universität Passau ein „Refugee Programme“ an. Hierbei können sich studierfähige Flüchtlinge und Asylsuchende in einem 10-monatigen Intensivprogramm auf ein Studium an einer deutschen Hochschule vorbereiten. Dieses umfasst sprach- und landeskundliche Kurse sowie Kurse aus einem ausgewählten Studiengebiet.

Neben der Schaffung eines Begegnungszentrums hat sich der Verein **Migration and Study Hub**, welcher aus Passauer Studenten, Bürgern und Geflüchteten besteht, zum Ziel gesetzt, eine Lernplattform für Flüchtlinge einzurichten. Der Verein kooperiert mit der Online-Lernplattform Kiron Open Higher Education, anhand derer sich Flüchtlinge auf das Hochschulstudium vorbereiten können. Um hierfür ideale Lernmöglichkeiten zu schaffen, hat sich der Study Hub zum Ziel gesetzt, entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.

8.8 Fazit: Integrationspolitische Strukturen in Mittelstädten

Integration als Chefsache hat sich auch bei den Mittelstädten als Muster herausgebildet und in der Flüchtlingskrise bewährt. Die Tendenz allerdings, wie in den Großstädten in der Verwaltung eigene Abteilungen für Integration zu bilden, ist in den Mittelstädten weniger ausgeprägt. Es herrscht das Muster vor, dass sich existierende Verwaltungseinheiten, vor allem Sozialämter, mit Integration und der Versorgung der Flüchtlinge befassen. Dazu kommen, stimuliert durch die Neuausrichtung der Integrationspolitik auf Bundes- und Länderebene im neuen Jahrtausend und neuerdings durch die Herausforderung der Flüchtlingskrise, Integrationsbeauftragte sowie als Vertreter der Interessen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund Beiräte für Integration (vgl. *Tabelle 8-1*).

Die Mitgliedschaft in den Beiräten für Integration begründet sich unterschiedlich in den Kommunen über Wahl- und/oder Ernennungsverfahren. Die Trennung zwischen Aussiedlerbeiräten und Ausländerbeiräten ist in den neuen Integrations(bei)räten aufgehoben. Integrationskonzepte, z. T. in Kombination mit Berichten, sind in den Mittelstädten in weniger als der Hälfte der Fälle zu finden (vgl. *Tabelle 8-1*).



Tabelle 8-1: Übersicht über die integrationspolitischen Strukturen der untersuchten Mittelstädte

Stadt	Integration als Chefsache	Integrationsbeauftragter	Integrationsbeirat	Leitbild/Konzept/Bericht
Amberg	---	---	---	---
Ansbach	x	x	x	x
Aschaffenburg	x	x	---	x
Bamberg	x	---	x	x
Coburg	x	x	---	x
Dachau	---	---	---	---
Kempten	x	x	x	x
Landshut	x	x	x	---
Neu-Ulm	x	---	x	x
Passau	---	---	---	---
Rosenheim	x	x	---	---
Schwabach	x	---	x	---
Schweinfurt	x	x	x	---
Weiden	x	x	x	---

Quelle: Recherchen des efms.

Die Ressourcen, die Kommunen für Integration zur Verfügung haben, sind auch ein Resultat ihrer Aktivität und Fähigkeit, bei Fonds und Ausschreibungen auf europäischer, Bundes- und Landesebene und bei Stiftungen erfolgreiche Anträge zu verfassen. Ein interessantes Beispiel für interkommunale Zusammenarbeit ist das Amberger Bündnis für Migration und Integration, welches ein Zusammenschluss öffentlicher Träger, von Verbänden und Vereinen ist.

In der Zivilgesellschaft gehören die Wohlfahrtsverbände zu den wichtigsten Akteuren der Integration. Welcher Wohlfahrtsverband jeweils besonders stark vertreten ist, z. B. Caritas oder Arbeiterwohlfahrt AWO, hängt stark von lokalen Traditionen, Ressourcen und Positionen ab. Hinzu kommt in der Zivilgesellschaft eine Reihe von Vereinen, die sich vor allem um den



Komplex Asyl und die Verständigung zwischen Migranten und Einheimischen gebildet haben. In Amberg, Coburg, Landshut, Neu-Ulm und Passau gibt es interessante Aktivitäten der Hochschulen für Integration von Flüchtlingen.

Integration bedarf bestimmter Basisstrukturen. Die Untersuchung hat gezeigt, dass in den ausgewählten Mittelstädten die Basisstrukturen von Integrationskursen, Asylsozialberatung und Migrationsberatung und verschiedenen Arten von Mentorenprogrammen für Schule und Ausbildung vorhanden sind. Integrationskurse werden vollständig vom Bund finanziert, Migrationsberatung wird zum Teil durch die Bundesregierung gefördert. Mit massiven Mitteln fördert der Freistaat Asylsozialberatung und zum Teil die Migrationsberatung.

Die Städte haben weiterhin Programme und Materialien für Neuzuwanderer entwickelt und zum Teil praktizieren sie eine Kultur der Einbürgerung mit speziellen Einbürgerungsfeiern. Sie beteiligen sich auch an den bundesweiten interkulturellen Wochen im Herbst. Im Bereich Sicherheit und Integration gibt es in vielen Städten, wie z. B. in Schweinfurt, eine lang etablierte und institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen Polizei und den in der Verwaltung für Integration zuständigen Ämtern. Auch hat eine Reihe von Städten das bekannte Präventionsprojekt „Heroes“ etabliert.

Die Flüchtlingskrise hat zum einen die bestehenden Strukturen und Ressourcen der Integration herausgefordert, aber auch gestärkt und z. T. erweitert. In allen Städten sind zahlreiche Helfergruppen entstanden, die nachhaltig arbeiten. Zur Effektivierung ihrer Arbeit wurden und werden von den Freiwilligenagenturen der Städte und/oder durch die vom StMAS finanzierten, neu geschaffenen Stellen für Ehrenamtskoordinatoren, Helferstrukturen und -tätigkeiten koordiniert und geschult.



9 Integrationspolitische Strukturen in Kleinstädten

9.1 Regierungsbezirk Unterfranken

9.1.1 Bad Kissingen

Die unterfränkische Stadt Bad Kissingen zählt 2015 rund 21.700 Einwohner. Im gleichnamigen Landkreis haben 4,5% der Bevölkerung eine ausländische Staatsbürgerschaft. Von dieser stammt knapp die Hälfte aus Ländern der EU, wobei Polen und Rumänien die am stärksten vertretenen Herkunftsländer sind. Viele Personen kommen zudem aus der Russischen Föderation. Nach dem Zensus 2011 haben 21,1% der Menschen, die in Bad Kissingen leben, einen Migrationshintergrund. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote für das Jahr 2016 liegt im Landkreis bei 3,8%.

9.1.1.1 Integrationspolitische Strukturen in der Stadt

Politische Strukturen und Verwaltung

Betrachtet man die städtischen Strukturen, die Aufgaben der Integration bearbeiten, so fällt auf, dass es zwar eine Integrations- und Familienbeauftragte des Stadtrats gibt, die unter anderem koordinierende Aufgaben übernimmt, andererseits aber innerhalb der Verwaltung keine eigenen Stellen für das Handlungsfeld Integration vorhanden sind. Die Bearbeitung von Integrationsthemen ist in Bad Kissingen im Sachgebiet **Jugend, Familie und Soziales** angesiedelt. Der Leiter des Referats kümmert sich aktiv - neben den anderen Tätigkeitsfeldern des Referats - um das Thema Integration. Bad Kissingen hat für die kommunale Integrationspolitik kein eigenes Leitbild. Es gibt jedoch eine sogenannte **Strategielandkarte**, die auch die Themen Diversität und Interkulturalität behandelt.

Die Umsetzung dieser Strategielandkarte ist in Bad Kissingen immer **Chefsache**, so dass der Oberbürgermeister an allen Entwicklungen dieses Politikfelds in der Stadt beteiligt ist. Auf der Ebene des Landkreises ist Bad Kissingen Mitglied des Netzwerks für Migrationsarbeit. Besonders im Bereich interkulturelles Zusammenleben bringt Bad Kissingen Expertise in das Gremium ein. Durch die starke Bedeutung des Tourismus für die Stadt ist Interkulturalität und Weltoffenheit ein besonderes Anliegen der Stadtverwaltung und wird bei Handlungen und Entscheidungen berücksichtigt.

Zudem gibt es in Bad Kissingen einen **Integrationsbeirat**, der verschiedene Aufgaben übernimmt. Der Beirat besteht aus 16 Mitgliedern: 4 Vorstandsmitglieder, 8 stimmberechtigte Mitglieder, 4 beratende Mitglieder (darunter Oberbürgermeister und Integrationsbeauftragte des



Stadtrats). Der Integrationsbeirat ist die wichtigste Institution in Bad Kissingen, die sich um die Vertretung der Interessen von Migranten kümmert.

Zivilgesellschaft

Die **Caritas** bietet für den Landkreis Bad Kissingen Migrationsberatung für Erwachsene an. Das **BRK** ist im Bereich der Asylsozialberatung tätig. Jugendarbeit wird durch den Jugendmigrationsdienst des **Paritätischen Wohlfahrtsverbands** angeboten.

Das **Netzwerk Bürgerengagement** ist eine Einrichtung des Landkreises Bad Kissingen. Dabei betrifft jedoch ein großer Teil der Arbeit auch die Integrationsarbeit vor Ort in Bad Kissingen. So werden zum Beispiel die Tätigkeiten der einzelnen Flüchtlingshelferkreise in den verschiedenen Städten gemeinsam koordiniert und unterstützt.

Die Stadt Bad Kissingen legt großen Wert darauf, bei der Integrationsarbeit mit Migranten auch mit Vereinen zusammenzuarbeiten. Die Verwaltung geht proaktiv auf ansässige Vereine zu und fördert Integration durch Sport.

9.1.1.2 Beispiele für Maßnahmen in der Integrationspolitik

Jährlich finden im Herbst die **interkulturellen Wochen** in Bad Kissingen statt. Der Integrationsbeirat der Stadt hat es sich zur Aufgabe gemacht, das gute Miteinander von Einheimischen und Migranten zu fördern. Das Vorhaben wird seit sechs Jahren durch die Mitglieder des Integrationsbeirats in Bad Kissingen umgesetzt. Unterstützt werden sie von örtlichen Vereinen, Instituten und Geschäften. Die Veranstaltungsreihe findet im Rahmen der bundesweiten Interkulturellen Wochen statt, die in über 300 Städten in den Herbstmonaten gefeiert werden.

Der Verein Arbeitsförderungszentrum e. V. bietet in Bad Kissingen **Integrationskurse** an. Die Volkshochschule Bad Kissingen bietet einen Deutschkurs für Ausländer an, die bereits Vorkenntnisse in der deutschen Sprache haben.

Der Verein KIDRO e. V. - Niedrigschwellige Hilfen, hat sich als Verein zur Hilfe bei Drogensucht gegründet. Seit einiger Zeit hat der Verein sein Angebot auf verschiedene weitere Bereiche erweitert, in denen zivilgesellschaftliches Engagement gefragt ist. Einer dieser Bereiche ist auch die Integrationsarbeit. Hier verfolgt der Verein den Ansatz der **Integration durch Sport**. In einer Turnhalle, die ehemals von der amerikanischen Armee genutzt wurde, finden verschiedene Sportangebote statt, deren Zielgruppe offen ist. Da der Schwerpunkt der Arbeit auf der Integration durch Sport beruht, sind einerseits junge Migranten adressiert. Da an einer sinnvollen Integration aber auch immer Einheimische beteiligt sind, steht das Sportangebot



andererseits jedem Interessierten zur Verfügung. Zum Mitmachen bedarf es keiner Mitgliedschaft oder Anmeldung, jeder kann jederzeit spontan und ohne spezielle Sportausrüstung (niedrigschwelliger Ansatz) kommen.

9.1.1.3 Beispiele für Projekte in der Integrationspolitik

Das Mehrgenerationenhaus (MGH) Bad Kissingen führt verschiedene Veranstaltungen zum Thema Integration durch. Besonders zu nennen ist dabei die Veranstaltungsreihe „**Interkultureller Kreis**“. Das Motto der Reihe lautet: „Unsere Lieblingsfarbe ist BUNT!!!“ Diese Veranstaltungen im MGH richten sich an Einheimische und Migranten aller Nationalitäten. Über Erzählungen lernen sich die Menschen kennen und können Kontakte knüpfen.

9.1.1.4 Strukturen, Maßnahmen und Projekte in der Flüchtlingspolitik

Innerhalb der Verwaltung gibt es keine gesonderte Stelle für die Thematik Flüchtlinge und Asyl. Die Bearbeitung von Integrationsthemen ist im Referat **Jugend, Familie und Soziales** angesiedelt.

Bad Kissingen hat bereits vor dem Anstieg der Flüchtlingszahlen an einem **Netzwerkprojekt zur Integration** von Migranten teilgenommen, um die vorhandenen Ressourcen der Stadt besser im Integrationsbereich nutzen zu können. In einem zweiten Schritt wurden frühzeitig Potentiale für Integrationsarbeit in der Stadt erhoben und dann eine ressourcenorientierte und funktionsbezogene Strategie verfolgt. Dies ermöglichte, dass lokale Stärken im Bereich Integration bei der Unterbringung von Flüchtlingen gezielt genutzt werden konnten. In Bad Kissingen konnte frühzeitig eine dezentrale Unterbringung realisiert werden und die bestehenden Helferkreise wurden seitens des Referats Jugend, Familie und Soziales unterstützt und koordiniert.

Das Jugend- und Kulturzentrum bietet verschiedene Projekte für Migranten und Flüchtlinge an. Das Motto lautet „Von jungen Menschen für junge Menschen“. Unter anderem wird eine Fahrradwerkstatt für und mit Flüchtlingen organisiert.

Weitere Projekte finden in Kooperation verschiedener Institutionen statt. Das **Mehrgenerationenhaus** organisiert so zum Beispiel gemeinsam mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Veranstaltungsreihe „**Interkultureller Kreis**“ und der örtlichen Polizeiinspektion ein Fahrradtraining für Flüchtlinge.

Der **Caritasverband** bietet Asylsozialberatung für Flüchtlinge an. Dort erhalten sie Informationen und Beratung zu rechtlichen und gesellschaftlichen Fragen. In Bad Kissingen ist eine der beiden landkreisweiten Ansprechstellen untergebracht.



Das **Netzwerk Bürgerengagement** fungiert als Koordinator der Flüchtlingshilfe und strukturiert deren Einzelmaßnahmen. Einzelpersonen oder Gruppen können sich so zum Beispiel beim Netzwerk im Projekt „GemeinWerkZeug“ anmelden, um Unterstützung bitten oder sich selbst als Hilfe anbieten.

In Bad Kissingen gibt es **drei Helferkreise**. Diese werden bei ihrer ehrenamtlichen Arbeit durch die Stadt Bad Kissingen unterstützt. Gemeinsam verfolgt man einen funktionsbezogenen Ansatz, so dass nicht jeder Ehrenamtliche unkoordiniert dort hilft, wo gerade Not am Mann ist, sondern dass die einzelnen Ehrenamtler jeweils einen fachlichen Schwerpunkt haben, in dem sie sich besonders gut auskennen, die beste Hilfe geben können und entsprechend gezielt eingebunden werden. Wertschätzung erfahren die Ehrenamtlichen unter anderem durch einen jährlichen Empfang beim Oberbürgermeister, der sich auf der Veranstaltung für die geleistete Hilfe bedankt.

Bei der Maßnahme „**GemeinWerkZeug**“ handelt es sich um ein Instrument zur Koordinierung von Angebot und Nachfrage in der Flüchtlingshilfe. Sowohl Hilfe-Bietende als auch Hilfe-Suchende können sich beim Netzwerk Bürgerengagement anmelden, durch das koordiniert wird, wer wo zum Einsatz kommt und sich sinnvoll und effektiv ehrenamtlich engagieren kann. Die zuständige Stelle für Ehrenamt im Landratsamt begleitet die Maßnahme organisatorisch.

9.1.2 Haßfurt

Die Kreisstadt Haßfurt im Landkreis Haßberge hat 2015 rund 13.300 Einwohner. Nach dem Zensus 2011 beträgt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund 16,3%. Im gesamten Landkreis haben 4% der Einwohner eine ausländische Staatsbürgerschaft. Die meisten Ausländer stammen aus Polen, Syrien und Italien. Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zu einem starken Zuzug von Vertriebenen und Flüchtlingen und in der Gegenwart von Spätaussiedlern. Die Arbeitslosenquote lag 2016 im gesamten Landkreis durchschnittlich bei 3,2%.

9.1.2.1 Integrationspolitische Strukturen in der Stadt

Politische Strukturen und Verwaltung

Die Stadt hatte bislang durch die relativ geringe Ausländerquote wenig Anlass, sich in der Kommunalpolitik mit konkreten Fragestellungen der Integration von Ausländern intensiver zu befassen. Haßfurt und der Landkreis Haßberge sind aber dabei, in der Verwaltung Strukturen zu schaffen, die sich systematisch mit integrationspolitischen Aufgaben beschäftigen. Es gibt im Stadtrat nach wie vor weder einen Ausschuss für Integrationsfragen noch eine entspre-



chende Stelle in der Verwaltung, auch keinen Integrationsbeauftragten oder einen beauftragten Referenten im Stadtrat oder im Kreistag. Auch existiert bislang noch kein Integrationskonzept für Haßfurt und den Landkreis Haßberge und ebenso wenig ein Integrationsbeirat.

Zivilgesellschaft

Die Wohlfahrtsverbände **BRK** Haßberge und der **Caritasverband** für den Landkreis Haßberge e. V. bieten Migrations- und Flüchtlingsberatung an. Der Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) Bamberg e. V. ist Träger eines Jugendmigrationsdienstes am Standort Haßfurt.

9.1.2.2 Beispiele für Maßnahmen in der Integrationspolitik

Die Stadt Haßfurt hat im Rahmen ihrer „Lokalen Agenda 21“ im Aktionskreis Soziales, Kultur und Freizeit eine Projektgruppe eingerichtet, die sich speziell um ausländische Migranten und Spätaussiedler kümmert. Die Stadt vertritt in dieser Agenda das Leitbild und das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung. Als nachhaltig gelten Handlungen, Planungen und Entscheidungen, solange diese ökologisch verträglich, wirtschaftlich tragfähig und sozial gerecht sind. Haßfurt strebt „ein friedliches und tolerantes Zusammenleben aller Bevölkerungsgruppen“ an, welches durch die Integration von Neubürgern, mit Hilfe von Aktionen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und die Erweiterung der kulturellen Angebote gefördert werden soll. Bereits umgesetzte integrationspolitische Maßnahmen sind gemeinsame Sommerfeste von Ausländern und Deutschen sowie die Vermittlung von **Sprachkursen** und **Elterntreffen schulpflichtiger Kinder von Aussiedlern**. Für die Organisation dieser Maßnahmen waren bisher vor allem Organisationen wie die Caritas, der Freundeskreis Asyl, die Agenda 21-Projektgruppe „Migranten“, eine Hauptschule und das BRK verantwortlich.

Eine weitere Maßnahme vom BRK-KV Hassberge ist die **Produktionsschule Haßberge (PSH)**, welche Qualifizierungsangebote für Jugendliche jedweder Herkunft bietet. Im Vordergrund stehen dabei die Berufsorientierung sowie der Ausgleich von Bildungsdefiziten. Beides wird arbeitsweltbezogen in einer Änderungsschneiderei, einem Second-Hand-Laden und einer Internetagentur vermittelt.

Das Institut für berufliche Bildung der BDP Peters GmbH bietet außerdem verschiedene Kurse für Migranten und andere Klienten in der Stadt Haßfurt an. Die Kurse sind ein BAMF-Integrationskurs, ein BAMF-Alphabetisierungskurs sowie ab Juli 2016 ein Integrationskurs Deutsch (Niveau B2) für Migranten mit fortgeschrittenen Deutschkenntnissen.



9.1.2.3 Beispiele für Projekte in der Integrationspolitik

Das vom BRK getragene **Mehrgenerationenhaus (MGH)** empfiehlt sich des Öfteren als Begegnungsort für Personen jeglicher Herkunft und Alters. Integrationspezifisch haben sich einzelne Projekte wie ein allwöchentlich stattfindendes **Sprachcafé** für Alt- und Neu-Haßfurter oder **Kochkurse**, in denen international gekocht wird und Rezepte ausgetauscht werden können, etabliert. Auch deren Tanz- und Singveranstaltungen sind offen für Einheimische wie auch Migranten.

Ende März 2015 fand an der Heinrich-Thein-Schule ein Unterrichtsprojekt „**Migration und Integration in Deutschland am Beispiel der Deutschen aus Russland**“ statt, an dem sich rund 180 Schülerinnen und Schüler beteiligten.

9.1.2.4 Strukturen, Maßnahmen und Projekte in der Flüchtlingspolitik

Zuständig in der Verwaltung für die Flüchtlingsbetreuung ist vorrangig das Amt für Soziales und Senioren in der Abteilung II Soziales und Gesundheit.

Die Unterstützung von Geflüchteten und Asylsuchenden verläuft in starkem Ausmaß ehrenamtlich. Eine landkreisweite Anlaufstelle für ehrenamtlich Engagierte im Flüchtlingsbereich bietet das **Koordinierungszentrum Bürgerschaftliches Engagement Landkreis Haßberge**, das integrationsfördernde Projekte vernetzt und dadurch eine funktionierende Integration der Neuankömmlinge erleichtert. Die Mitarbeiter arbeiten eng mit den Ehrenamtskoordinatoren und den Asylsozialarbeitern des Caritasverbands für den Landkreis Haßberge zusammen.

Die **Zivil- und Katastrophenschutzorganisation** des Bundes, das Technische Hilfswerk (THW)-Ortsverband Haßfurt, war eine tragende Stütze bei der Umsetzung des landkreisweiten Notfallplans, um die Unterbringung der neuen Asylsuchenden ab dem Sommer 2015 zu gewährleisten. Ein weiterer ehrenamtlicher Akteur im Raum Haßfurt ist der **Freundeskreis Asyl**, welcher sich aktiv in der Flüchtlingsbetreuung und in Integrationsprojekten engagiert. Schließlich sind die beiden **Wohlfahrtsverbände** vom BRK und der Caritas in der Flüchtlingsberatung aktiv.

Im Februar 2016 wurde bekannt, dass das Landratsamt in Haßfurt in bereits angemieteten Räumen ein **Integrationscenter** einrichten will. Die Asylsozialberatungsstelle der Caritas befindet sich bereits dort. In den daneben liegenden ehemaligen Büroflächen, die anfangs noch provisorisch als Notunterkunft genutzt wurden, sollen zudem die Flüchtlingskoordination des Landratsamts und die Migrationsberatungsstelle des BRK untergebracht werden.



Der **Lions-Club Haßberge** hat im Herbst 2014 die Patenschaft einer neu gebildeten BerufsinTEGRATIONSklasse an der Heinrich-Thein-Berufsschule in Haßfurt übernommen. Das Pilotprojekt soll junge Asylsuchende und Flüchtlinge auf eine Berufsausbildung vorbereiten.

Das vom BRK getragene Mehrgenerationenhaus in Haßfurt hat von dem Sonderprogramm der Bayerischen Staatsregierung „**Integration fördern, Zusammenhalt stärken**“ profitiert. Es ist damit eines von 14 aus insgesamt 79 ausgewählten Mehrgenerationenhäusern in ganz Bayern, die eine Förderzusage erhielten. Landesweit wurden 390.000 Euro bereitgestellt, wovon dem Mehrgenerationenhaus in Haßfurt für seine Flüchtlingsarbeit 25.000 Euro zugeteilt wurden. Durch diese Mittel werden verschiedene Projekte finanziert, die Begegnungen zwischen Einheimischen und Menschen aus anderen Nationen ermöglichen und das Verständnis füreinander fördern sollen. Die Förderung gibt es für Aktivitäten, die durch gezielte professionelle Unterstützung betreut werden, so eine **Ferienkunstwoche**, das hauseigene **Sprachcafé**, **Bildungs- und Familienpatenschaften** „**Engagement macht stark**“ sowie ein **Sprachkurs**.

9.2 Regierungsbezirk Mittelfranken

9.2.1 Herzogenaurach

Das mittelfränkische Herzogenaurach gehört zum Landkreis Erlangen-Höchstadt. Die Stadt zählt 2016 rund 24.700 Einwohner. Davon haben 14,4% eine ausländische Staatsbürgerschaft.²⁸ Über die Hälfte der ausländischen Bevölkerung des Landkreises stammt aus Ländern der EU, dabei vor allem aus Rumänien, Griechenland und Polen. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in der Stadt Herzogenaurach beträgt 21%.

Mit der adidas AG, Puma SE und der Schaeffler Gruppe haben drei Weltunternehmen ihren Hauptsitz in der mittelfränkischen Stadt. Die Arbeitslosenquote im Landkreis Erlangen-Höchstadt ist relativ niedrig. So beträgt sie für das Jahr 2016 im Durchschnitt nur 2,3%.

²⁸ Die Einwohnerzahlen und der Ausländeranteil beruhen auf Berechnungen der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) im Auftrag der Stadt Herzogenaurach zum 31.12.2016 und basieren auf dem Einwohnermelderegister der Stadt. Sie gelten für Personen, die ihren Haupt- oder Nebenwohnsitz in der Stadt haben. [https://www.herzogenaurach.de/fileadmin/user_upload/Content/Stadtgeschichte/Einwohnerstatistik_Stand_Dez_2016.pdf]



9.2.1.1 Integrationspolitische Strukturen in der Stadt

Politische Strukturen und Verwaltung

Im Stadtrat der Stadt Herzogenaurach beschäftigt sich der **Kulturausschuss** mit integrationspolitischen Themen. Allerdings wurde in der aktuellen Legislaturperiode nur in zwei Sitzungen ein aktueller Sachstandsbericht im Hinblick auf die Zahlen und die Situation der Asylsuchenden gegeben.

Ende 2016 diskutierten ausländische und inländische Bürgerinnen und Bürger aller Parteien auf Einladung der Partei Bündnis 90/Die Grünen, ob Herzogenaurach einen Integrations- oder Migrationsbeirat brauche. Allerdings konnte sich die Runde nicht einigen, auch weil erwähnt wurde, dass der Bürgermeister die Notwendigkeit eines Integrationsbeirats nicht sehen würde. Die Vorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen gründete dennoch die „Initiative für Integration und Migration Herzogenaurach und Umgebung (INTEMI)“.

In der Verwaltung finden sich mehrere Ämter, die sich um die zugewanderte Bürgerinnen und Bürger kümmern. Das **Bürgerbüro** hilft bei der ersten Orientierung und allgemeinen Fragen zur Stadt. Es ist davon auszugehen, dass die Stadtverwaltung insgesamt als Ansprechpartner zu sehen ist und je nach Themenbereich die Aufgabe auf das betreffende Sachgebiet aufgeteilt wird. In Herzogenaurach gibt es allerdings keinen Integrationsbeauftragten, kein Integrationskonzept und keinen ehrenamtlichen Referenten im Stadtrat.

Zivilgesellschaft

Auf Landkreisebene wird in Erlangen eine Migrationsberatung für Jugendliche und junge Erwachsene (bis 27 Jahre) vom Internationalen Bund angeboten. Auch eine allgemeine Migrationsberatung ist auf Landkreisebene in Erlangen bei der **AWO** vorhanden. Vor Ort gibt es in Herzogenaurach kein Angebot zur Migrationsberatung. Die Firmen **adidas**, **Puma** und **Schaeffler** haben in ihren Personalabteilungen Experten, welche die betriebliche und außerbetriebliche Integration ausländischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützen. Sie helfen z.B. bei der Wohnungssuche und der Einschulung von Kindern.

9.2.1.2 Beispiele für Maßnahmen in der Integrationspolitik

In der Stadt Herzogenaurach gibt es keine fest eingerichteten Maßnahmen der Integrationspolitik; der lokale Bedarf wird für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch die drei oben genannten Unternehmen und durch die Angebote in der nahe gelegenen Stadt Erlangen mitgetragen.



9.2.1.3 Beispiele für Projekte in der Integrationspolitik

Seit 2014 bietet die Stadt kostenlose Sprachkurse an, die an der Volkshochschule durchgeführt werden. Seit dem Sommer 2016 ist die Volkshochschule außerdem ein vom BAMF zugelassener Integrationskursträger.

Im Rahmen ihres Wohnungsförderungsprogramms hat die Stadt im Frühjahr 2016 30 Mietwohnungen auf der Herzo-Base (ehemalige US-Kaserne) erworben, die preisgünstig vermietet werden können.

Die Stadt Herzogenaurach beteiligte sich am 24. Oktober 2016 zum ersten Mal an den interkulturellen Wochen.

9.2.1.4 Strukturen, Maßnahmen und Projekte in der Flüchtlingspolitik

Seit Frühjahr 2016 gibt es im Landkreis ein **Koordinationsbüro** für den Bereich Flüchtlinge. Das Büro hat die Aufgabe, bestehende Initiativen zu vernetzen und deren Austausch zu fördern. Zudem ist das Büro die erste Anlaufstelle für Interessierte, die sich ehrenamtlich im Bereich Flüchtlinge engagieren möchten. Das Jobcenter beschäftigt für die Arbeitsvermittlung zeitweise Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Arabisch sprechen.

Im November 2013 hat sich ein Initiativkreis aus der Herzogenauracher Bürgerschaft und den Kirchengemeinden gebildet - die **Flüchtlingsbetreuung Herzogenaurach**. Diese Initiative kümmert sich ehrenamtlich um die Betreuung von Flüchtlingen in Herzogenaurach, ist informell organisiert, d. h. ohne Vereinsregistrierung, und steht allen offen, die mithelfen möchten. Aktuell haben sich ca. 200 Personen auf der Email - Verteilerliste der Initiative eingetragen. Der Helferkreis versteht sich als Motor für neue Ideen und deren Umsetzung. Eine wichtige Aufgabe, die die Flüchtlingsbetreuung in die Hand nimmt, ist Öffentlichkeitsarbeit. Speziell auch Flüchtlinge, die sich im Kirchenasyl befinden, erfahren Unterstützung durch die Initiative.

Darüber hinaus bieten die Caritas Kleiderkammer, das Sozialkaufhaus und die Tafeln zentrale Anlaufstellen und sind gut mit der Flüchtlingsbetreuung vernetzt. Eine Flüchtlingssozialberatung wird in Herzogenaurach vom **Arbeiter-Samariter-Bund RV Erlangen-Höchstadt e. V.** angeboten. Vor allem die **Kirchengemeinden** bringen sich bei der Hilfe für Flüchtlinge ein, indem sie beispielsweise Räume zur Verfügung stellen. Sowohl die katholische als auch die evangelische Kirchengemeinde sowie die freie evangelische Gemeinde bringen sich ein. Auch im Sport engagieren sich **Vereine** für die Integration von Flüchtlingen, wie mehrere Fußballvereine, die Turnerschaft Herzogenaurach und der Box-Ring. Sach- und Geldspenden



werden sowohl von Puma (Puma Charity) als auch Schaeffler und adidas zur Verfügung gestellt. Von Seiten dieser Firmen konnten auch bereits Dolmetscher gewonnen werden und bei Schaeffler haben einige Flüchtlinge ein Praktikum angefangen.

Im Rahmen der Flüchtlingsbetreuung Herzogenaurach wird ein **Weltcafé** veranstaltet. Das Weltcafé soll eine Anlaufstelle bieten und Hilfestellung in allen nötigen Bereichen vermitteln. Darüber hinaus wird von zwei engagierten Rentnern eine **Fahrradwerkstatt** betrieben, die Fahrräder von Flüchtlingen betriebs- und verkehrssicher macht.

Auf Landkreisebene bietet der Kreisjugendring Erlangen-Höchstadt zusammen mit der Kommunalen Jugendarbeit Erlangen-Höchstadt das Projekt **„Flüchtlinge Willkommen“** an. Das Projekt fördert sowohl bereits laufende als auch neu initiierte Aktionen unter anderem durch finanzielle Unterstützung, Beratung und Foren für Erfahrungsaustausch. So wurde im Rahmen des Projekts in Kooperation mit dem Landkreis ein Benefizkonzert für junge Flüchtlinge in Herzogenaurach unterstützt. Gefördert wurde das bis Ende Oktober 2016 laufende Projekt vom Bezirksjugendring Mittelfranken im Rahmen der „Leuchtturmprojekte“. Bereits seit dem ersten Juli 2016 gibt es jedoch das Nachfolgeprojekt **„Demokratie und Vielfalt“**. Ziel ist, junge Menschen mit Migrationserfahrung zu integrieren und gleichzeitig Ängste und Vorurteile der einheimischen Bevölkerung abzubauen.

Die **adidas group** hat sich der Initiative **„Wir zusammen“** angeschlossen, die von namhaften Unternehmen in Deutschland getragen wird. Jedes teilnehmende Unternehmen des Integrationsnetzwerks hat sich zu einem langfristigen Engagement verpflichtet. Das Unternehmen ermöglicht Flüchtlingen im Rahmen von Kurzpraktika Arbeitserfahrungen im Einzelhandel, in den Logistikzentren sowie im Businessbereich zu sammeln.

9.2.2 Gunzenhausen

Die mittelfränkische Kleinstadt Gunzenhausen in der Metropolregion Nürnberg zählt 2015 rund 16.400 Einwohner. Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund beträgt nach den Daten des Zensus 2011 19,6%. Die Stadt gehört zum Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen, in dem für das Jahr 2015 ein Ausländeranteil von 7,4% zu verzeichnen war. Unter den Ausländern ist die Türkei, aus der knapp ein Fünftel der zugewanderten Personen stammt, das häufigste Herkunftsland der Migranten. Zudem kommt jeweils knapp ein Zehntel der ausländischen Bevölkerung aus Polen sowie Rumänien. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote für das Jahr 2016 liegt für den Landkreis bei 3,4%.



9.2.2.1 Integrationspolitische Strukturen in der Stadt

Politische Strukturen und Verwaltung

In Gunzenhausen sind in der Verwaltung keine spezifischen Strukturen für den Integrationsbereich vorhanden. Zuständig für diesen Bereich sind insbesondere der Leiter des Hauptamts, der Stadtjugendpfleger sowie der Erste Bürgermeister. Die zentrale Koordinierung ist **Chefsache** und läuft über das Büro des Bürgermeisters. Die Volkshochschule Gunzenhausen bietet Deutsch- und Integrationskurse für Migranten an.

Zivilgesellschaft

Ein **Netzwerk Integration** wurde auf Initiative der Migrationsberatung des Diakonischen Werks Weißenburg-Gunzenhausen und des BAMF gebildet. Weiterhin bietet das **Diakonische Werk** einen Jugendmigrationsdienst für junge Migranten (JMD) und eine Migrationsberatung für Erwachsene an. Die Flüchtlingshilfe Wald e. V. spielt im Bereich Integrationsförderung eine wichtige Rolle.

9.2.2.2 Beispiele für Maßnahmen in der Integrationspolitik

Ziel des „**Netzwerks Integration**“ ist der Aufbau von Kontakten zwischen bestehenden Migrationseinrichtungen, Vereinen und Organisationen, der gegenseitige Erfahrungsaustausch sowie die Gewinnung und Einbindung von Ehrenamtlichen mit Migrationshintergrund.

Der **Jugendmigrationsdienst (JMD)** möchte jungen Menschen mit Migrationshintergrund und Zuwanderern eine Chance durch gelungene Integration geben und diese bei der Integration in die Gesellschaft begleiten. Das Hauptaugenmerk liegt auf dem kritischen Übergang von der Schule in die Ausbildung. Integrationsbedingte Schwierigkeiten im familiären sowie kulturellen Kontext in Verbindung mit persönlichen psychosozialen Problemen und einer mangelnden schulischen wie beruflichen Perspektive sind die aktuellen Schwerpunkte und Herausforderungen.

Die **Migrationsberatung der Diakonie** für Erwachsene soll Neuzuwanderern verbesserte Integrationschancen in den Bereichen sprachliche, berufliche und soziale Integration bieten und Unterstützung und Begleitung bis zur erfolgreichen Integration in allen Bereichen des sozialen, kulturellen und politischen Lebens geben.

9.2.2.3 Beispiele für Projekte

Das Projekt „**PUR – (Projekt unser Raum)**“ des Diakonischen Werks Weißenburg-Gunzenhausen hatte das Ziel, Kontakte zwischen Einheimischen und Zuwanderern durch Initiierung



eines gemeinsamen Treffs herzustellen. Weiterhin sollten im Zuge des Kennenlernens gemeinsame Projekte und Aktionen entwickelt werden. Projektort war Gunzenhausen. Das Projekt wurde vom BAMF vom 01. November 2009 bis zum 31. Oktober 2012 gefördert, anschließend aber nicht fortgesetzt.

Die **Wirtschaftsförderung Gunzenhausen** veröffentlichte eine Broschüre zur Integration von Flüchtlingen in Ausbildung und Beruf. Der Leitfaden informiert zu Aufenthaltsstatus und -dauer, Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten, Praktika, der Anerkennung ausländischer Abschlüsse, Sprachförderung und Fragen der Integration vor Ort.

9.2.2.4 Strukturen, Maßnahmen und Projekte in der Flüchtlingspolitik

Seit Anstieg der Flüchtlingszahlen fällt die größte Aufgabe im Flüchtlingsbereich dem **Hauptamt der Stadtverwaltung** zu, in dem man sich explizit mit Fragen der Integration von Flüchtlingen beschäftigt. Auch der Stadtjugendpfleger übernimmt im Jugendhilfebereich hier wesentliche Aufgaben. Die Bürgeranlaufstelle bearbeitet das Thema begleitend, so werden zum Beispiel Pressemeldungen zum Thema Flüchtlinge verfasst. Im Stadtrat gibt es keinen spezifischen Referenten oder Beauftragten für Flüchtlingsfragen.

Die **Diakonie** bietet eine Asylsozialberatung an. Betreut werden asylsuchende Menschen im Landkreis, sowohl in den Erstaufnahmeeinrichtungen wie auch in den staatlichen Gemeinschafts- und in dezentralen Unterkünften. Sie erhalten Unterstützung, um sich in dem für sie fremden Lebens- und Kulturbereich zurechtzufinden. Die **Flüchtlingshilfe Wald e. V.** bietet verschiedene Einzelprojekte an. Von der Betreuung von Flüchtlingen im Alltag über Deutschkurse, Kochkurse und eine Fahrradwerkstatt werden Flüchtlinge je nach ihren Interessen betreut. Die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bieten ein kompaktes Angebot mit Möglichkeiten, sich auszutauschen. Die Flüchtlingshilfe Wald e. V. vernetzt sich mit Vereinen und Verbänden der Region.

Der Verein betreibt auch ein **Integrationscafé**. Das Café soll Menschen verschiedener Herkunft einen gemeinsamen Treffpunkt bieten, in dem man sich kennenlernen und über die verschiedenen Kulturen austauschen kann. Auf der Homepage des Vereins gibt es weiterhin ein Gästebuch und ein Forum, in dem sich Ehrenamtliche austauschen und ihre Arbeit koordinieren können. Im **Projekt „Fahrräder für Flüchtlinge“** werden gemeinsam Fahrräder repariert und Flüchtlingen zur Verfügung gestellt.



9.3 Regierungsbezirk Oberfranken

9.3.1 Lichtenfels

Die oberfränkische Stadt Lichtenfels bildet den Verwaltungssitz des gleichnamigen Landkreises. Sie hat 2017 rund 20.300 Einwohner. Darunter befinden sich 7,1% mit ausländischer Staatsbürgerschaft.²⁹ Die am häufigsten vertretenen Herkunftsländer der ausländischen Bevölkerung des Landkreises sind Polen, die Türkei und Italien. Nach dem Zensus 2011 haben zudem 13,6% der Einwohner einen Migrationshintergrund. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote für das Jahr 2016 beträgt für den Landkreis 3,9%

9.3.1.1 Integrationspolitische Strukturen in der Stadt

Politische Strukturen und Verwaltung

Im Landratsamt gibt es einen Fachdienst für Integration und Migration sowie weitere Fachdienste für Beratungen und Kurse für Migranten, Ausländer und Asylsuchende. Die Verwaltung der Stadt Lichtenfels hat jedoch weder eine eigene Stelle oder ein Referat für Integrationsaufgaben, noch gibt es einen Integrationsbeauftragten in der Stadt, einen Ausschuss für Integration im Stadtrat oder einen Integrationsbeirat.

Zivilgesellschaft

Für die Belange und Probleme der jugendlichen und erwachsenen Bevölkerung mit Migrationshintergrund bietet der **Sozialdienst katholischer Frauen (SkF)** eine Migrationsberatung für Erwachsene und einen Jugendmigrationsdienst an. Auch die **Diakonie** des Landkreises Lichtenfels hat eine Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer. Darüber hinaus spielt der Kreisverband Lichtenfels des **BRK** eine wichtige Rolle, wenn es um den Spracherwerb der Migranten geht. Die **Peters Bildungsgruppe (BDP Peters GMBH)** bietet in Lichtenfels Kurse mit Förderung durch das BAMF an. Auch die **Beruflichen Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft (bfz) Coburg** sind ein in Lichtenfels zugelassener Integrationskursträger.

9.3.1.2 Beispiele für Maßnahmen in der Integrationspolitik

Die oben angeführten Organisationen bieten Basiskurse für Integration an, vor allem für Sprache, Beratung und Ausbildung.

²⁹ Die Einwohnerzahlen und der Ausländeranteil beruhen auf der Einwohnerstatistik der Stadt Lichtenfels für April 2017.
[<http://www.lichtenfels.de/index.php?id=11692,34>]



9.3.1.3 Beispiele für Projekte

Das BRK-Mehrgenerationenhaus in Michelau veranstaltet seit 2008 **Deutschkurse** für Erwachsene mit Migrationshintergrund und Asylsuchende. Aktuell gibt es einen Gruppenunterricht in Lichtenfels, einen Gruppen- und Einzelunterricht in Michelau sowie einen Gruppenunterricht in Redwitz. Die Kurse werden in Kooperation mit dem Projekt „Helfen macht Spaß“ durchgeführt. Die Deutschkurse sind für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer kostenlos. Bei Bedarf können jederzeit neue Gruppen gegründet werden. Speziell für Kinder und Jugendliche wird Sprachförderung und Hausaufgabenhilfe angeboten. Die Angebote sind auch für Kinder ohne Migrations- oder Flüchtlingshintergrund offen.

Im Jahr 2007 wurde von der Bürgerstiftung für Jugend & Familie im Landkreis Lichtenfels, dem Caritasverband und der Diakonie das Projekt **„Freiwilliges Soziales Schuljahr“** initiiert und 2008 mit der konkreten Umsetzung begonnen. Basierend auf dem „Neustädter Modell“ wird Schülerinnen und Schülern der Vorabschlussklassen im Alter von 14-18 Jahren (in den Mittelschulen während des 8. Schuljahres, in den Realschulen während des 9. Schuljahres und in den Gymnasien im 9. und 10. Schuljahr) die ehrenamtliche Zusammenarbeit mit sozialen und gemeinnützigen Einrichtungen, Verbänden, Kommunen und Behörden in einer breiten Palette von Einsatzmöglichkeiten angeboten. Ein weiteres Ziel ist die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Diese sollen gezielt für das Engagement im Ehrenamt gewonnen werden.

9.3.1.4 Strukturen, Maßnahmen und Projekte in der Flüchtlingspolitik

Bürgermeister und Landrat betrachten die Integration von Flüchtlingen als zentrale kommunale Aufgabe. Die **Asylsozialberatung der Caritas** leistet eine unterstützende Funktion bei der Beratung und Betreuung von Asylsuchenden. Es werden Unterstützung für den Schriftverkehr angeboten und Fragen zum Asylverfahren beantwortet. Darüber hinaus bietet die Beratungsstelle eine Kontaktvermittlung zu Schulen und Kindergärten, Hilfe bei Arbeits- und Wohnungssuche, Beratung und Begleitung in persönlichen Angelegenheiten, Aufarbeitung von Erlebnissen und Situationen in den Herkunfts- und Fluchttransitländern, Vermittlung von Fachberatungsstellen, Hilfen zur Orientierung im neuen Umfeld, Hilfen zum Spracherwerb, Vermittlung von Hausaufgabenhilfe und Deutschförderung für Schülerinnen und Schüler.

Derzeit werden an der **staatlichen Berufsschule** in Lichtenfels 20 unbegleitete minderjährige Ausländer im Rahmen einer 2-jährigen Berufsintegrationsphase an ihre Ausbildungsreife herangeführt.



Im Bereich der Integration von Flüchtlingen engagiert sich ehrenamtlich vor allem der Verein **Aktive Bürger**. Die Aktiven Bürger organisieren Sprachkurse und davon ausgehend Familienbetreuung, sowie Hilfe bei der Job- und Wohnungssuche. Für seine Arbeit wurde der Verein bereits mit dem Oberfränkischen Integrationspreis ausgezeichnet. Ein Projekt, welches von den Aktiven Bürgern in Lichtenfels angeboten wird, nennt sich „**Neue Bürger im Landkreis Lichtenfels**“. Es soll dazu beitragen, neu angekommenen Menschen das Leben in den ersten Monaten in Deutschland zu erleichtern. Im Rahmen des Projekts sollen Ehrenamtliche beim Erlernen der deutschen Sprache helfen. Außerdem sollen Ehrenamtliche unter dem Motto „Ich zeig Dir meine Stadt“ in Kleingruppen die wichtigsten Anlaufpunkte für Flüchtlinge in der Stadt zeigen.

Um eine Begegnungsmöglichkeit für Einheimische mit Bewohnern des Asylbewerberheims zu schaffen, wurde in Lichtenfels auf Initiative der Pfarrei und der Aktiven Bürger im Nebenraum der evangelischen Kirche im September 2015 ein **Begegnungscafé** eingerichtet.

Im Rahmen einer **sechswöchigen Ausstellung** präsentierte der syrische Maler Eissa Moussa im Myconius-Haus persönliche Kunstwerke, in denen er seine Erinnerungen an Syrien verarbeitet. Die Rahmenbedingungen für die Ausstellung wurden von aktiven Bürger gemeinsam mit der evangelisch-lutherischen Kirche Lichtenfels sichergestellt.

9.3.2 Selb

Die Stadt Selb im Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge hat 2015 eine Einwohnerzahl von rund 14.900. Die Bevölkerung von Selb ist in den vergangenen 30 Jahren um ein Viertel geschrumpft. Zudem kämpft die Stadt mit Überalterung.

Nach dem Zensus 2011 haben 16,4% der Einwohner einen Migrationshintergrund. Im gesamten Landkreis haben im Jahr 2015 rund 6,2% der Bevölkerung eine ausländische Staatsbürgerschaft. Das mit Abstand am häufigsten vertretene Herkunftsland ist die Türkei, gefolgt von der Tschechischen Republik und Syrien.

Selb ist eine traditionelle Porzellanstadt, die von der tiefen Krise der Branche schwer getroffen wurde. Dennoch liegt die durchschnittliche Arbeitslosenquote für das Jahr 2016 im Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge bei nur 5 %.



9.3.2.1 Integrationspolitische Strukturen in der Stadt

Politische Strukturen und Verwaltung

Im Stadtrat gibt es seit 2014 eine **Referentin für Integrationsfragen**. Der Stadtrat hat aber weder ein zuständiges Gremium für Integration noch gibt es in der Stadt einen Integrationsbeauftragten. In der Verwaltung gibt es keine Stelle, die sich explizit mit Integration oder Personen mit Migrationshintergrund befasst. Auch der Landkreis Wunsiedel im Fichtelgebirge hat keine entsprechenden Strukturen. Die Volkshochschule Selb hat Angebote zur Integration.

Zivilgesellschaft

Relevante Akteure sind der **Caritasverband** und die **Diakonie** Selb-Wunsiedel. Die **Internationale Frauengruppe Selb** organisiert seit 1993 gemeinsame interkulturelle Aktivitäten, wie Feiern, Lesungen und Ausflüge. Die Gruppe zählt ca. 50 Mitglieder und hat sich zum Ziel gesetzt, Integration, Toleranz und Völkerverständigung zu fördern.

9.3.2.2 Beispiele für Maßnahmen in der Integrationspolitik

Seit 2006 besteht an der Volkshochschule Fichtelgebirge in Selb die Möglichkeit, BAMF **Integrationskurse** zu besuchen. Ein weiterer Träger von Integrationskursen sind die Beruflichen Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft (bfz) Marktredwitz in der Nähe von Selb. Ein weiteres Angebot „**Deutsch und Beruf**“ der Volkshochschule Fichtelgebirge besteht aus Kursen mit berufsbezogenem Sprachunterricht und Fachunterricht in verschiedenen Berufsfeldern, sowohl für Menschen mit Migrationshintergrund als auch für bleibeberechtigte Flüchtlinge und Kunden der Agentur für Arbeit und des Jobcenters.

Die **Diakonie Selb-Wunsiedel** bietet Migrationsberatung für erwachsene Migranten und Asylsozialberatung im Landkreis an. Unter anderem hilft die Diakonie bei der Vermittlung von Integrationskursen und Ausbildungsplätzen, der Anerkennung von Abschlüssen und dem Umgang mit Behörden.

9.3.2.3 Beispiele für Projekte in der Integrationspolitik

Der Landkreis Wunsiedel beteiligt sich am Bundesprogramm „**Demokratie leben!**“, welches sich gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Gewalt richtet. Es wurde dabei gemeinsam mit den Landkreisen Tirschenreuth und Hof sowie mit der Stadt Hof eine Partnerschaft für Demokratie gegründet, die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wird.



9.3.2.4 Strukturen, Maßnahmen und Projekte in der Flüchtlingspolitik

Der **Oberbürgermeister** sieht Integration als eine seiner zentralen Aufgaben an und betrachtet die Zuwanderung von Flüchtlingen auch unter dem Aspekt eines demografischen Gewinns für eine Stadt, die große Abwanderungsverluste hinnehmen muss. Weder in Selb noch im Landkreis Wunsiedel finden sich jedoch Verwaltungsstrukturen, die ausschließlich für Flüchtlinge zuständig sind. Das generelle Ausländerwesen ist im Geschäftsbereich Öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landratsamts angesiedelt.

Die Volkshochschule Fichtelgebirge bietet seit Juli 2015 in Selb und seit 2016 im gesamten Landkreis **Alphabetisierungskurse** für Flüchtlinge und Asylsuchende ab dem vollendeten 15. Lebensjahr an. Das Projekt mit dem Titel „ALPHA+ besser lesen und schreiben“ wird vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration gefördert. Der Verein **Zuflucht in Selb e. V.** unterstützt die Flüchtlinge in der Gemeinschaftsunterkunft Selb-Erkersreuth. Auf Landkreisebene bietet die Katholische Erwachsenenbildung im Landkreis Wunsiedel e. V. regelmäßige Workshops und Veranstaltungen zum Thema Integration von Flüchtlingen an.

Der Verein Zuflucht in Selb e. V. veranstaltet regelmäßige Aktivitäten zur Förderung von Kontakten zu den Flüchtlingen. So geben Benefizkonzerte, internationale Buffets oder ein sogenannter Tanztee den Geflüchteten und der Selber Bürgerschaft die Möglichkeit, sich näher kennenzulernen. Zu den weiteren Tätigkeiten des Vereins gehören Deutsch- und Integrationskurse, Ausflüge, Einkäufe und Behördengänge. Außerdem gibt es seit 2016 ein allwöchentlich stattfindendes **Internationales Café**.

Im Rahmen des Programms „Demokratie leben!“ engagiert sich der Eishockeyverein VER Selb e. V. für die Integration von Flüchtlingen, indem ihnen z. B. das Eislaufen beigebracht wird oder indem Flüchtlinge und ehrenamtliche Helfer zu einem Eishockey-Spiel eingeladen werden.

Der Landkreis Wunsiedel fördert die Arbeit ehrenamtlicher Deutschlehrerinnen und -lehrer, indem Sachkosten für Fahrten, Fortbildungen und Mietkosten für Schulungsräume erstattet werden können.

9.4 Regierungsbezirk Oberpfalz

9.4.1 Schwandorf

Die oberpfälzische Stadt Schwandorf zählt 2015 insgesamt rund 28.500 Einwohner. Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund beträgt nach dem Zensus 2011 16,7%. Für das



Jahr 2015 wird für den Landkreis Schwandorf ein Ausländeranteil von 6,3% berichtet. Dabei sind die am häufigsten vertretenen Herkunftsländer Rumänien, die Türkei und Polen. Die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2016 liegt, ebenfalls für den Landkreis, bei 3,3%.

9.4.1.1 Integrationspolitische Strukturen in der Stadt

Politische Strukturen und Verwaltung

Im Stadtrat der Stadt Schwandorf beschäftigt sich vordringlich der **Hauptausschuss** mit den Themen der Integrationspolitik. 2016 diskutierte dieser Ausschuss über die Einrichtung eines Beirats für Migration und Integration. In der Verwaltung gibt es bisher keine Stellen, die explizit für Integration zuständig sind.

Die **Volkshochschule Schwandorf** bietet Sprach- und Integrationskurse für Migranten allgemein und Flüchtlinge im Besonderen an.

Zivilgesellschaft

Auf der zivilgesellschaftlichen Ebene gibt es verschiedene Akteure, besonders auf Landkreisebene, die aber in Schwandorf zugänglich sind. Es engagieren sich u. a. BAMF, Caritas, Jugendmigrationsdienst der Diözese Regensburg, Kolping-Bildungswerk, Institut für Berufliche Bildung (ibb), Regionales Bildungszentrum Eckert, Katholische Erwachsenenbildung, Evangelisches Bildungswerk und die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V. (DiTiP). Die genannten Organisationen bilden das **Netzwerk Integration** in der Stadt und im Landkreis Schwandorf.

9.4.1.2 Beispiele für Maßnahmen in der Integrationspolitik

Im Jahre 1988 wurde in Schwandorf von einem 19-jährigen Rechtsextremen ein Brandanschlag auf ein Wohnhaus verübt. Dabei starben eine dreiköpfige türkische Familie sowie ein Schwandorfer Bürger. 2009 fasste der Stadtrat den Beschluss, zum Gedenken an dieses Verbrechen jedes Jahr am 17. Dezember eine Gedenkstunde abzuhalten. Es soll dabei zu Toleranz und einem friedlichen Miteinander aller Kulturen aufgerufen werden.

9.4.1.3 Beispiele für Projekte

Schwandorfer Berufsschulen organisieren seit 2014 ein oberpfalzweites Projekt „**Crossing life lines**“. Das Projekt hat das Ziel, die Begegnung junger Menschen aus aller Welt mit Unternehmen in der Oberpfalz zu fördern. Dabei steht die Förderung der beruflichen und sozialen Integration jugendlicher Ausländer im Vordergrund. Weiterhin soll es zu einer interkulturellen Öffnung im beruflichen Bildungsprozess kommen.



Zur Unterstützung der schulischen Bildungsprozesse von Migrantenkindern wird in Schwandorf das Magazin „**Migration im Fokus**“ veröffentlicht. Es will Eltern und Lehrkräfte durch praxisnahe Informationen unterstützen und macht Unterrichtsvorschläge.

9.4.1.4 Strukturen, Maßnahmen und Projekte in der Flüchtlingspolitik

In der Schwandorfer Stadtverwaltung gibt es keine Stelle mit der Hauptaufgabe Integration. Informationen wie Flyer oder Broschüren, die das Thema Integration betreffen, werden aber über die Homepage der Stadt verbreitet.

Der **Landkreis Schwandorf** mit Sitz in Schwandorf ist jedoch ein zentraler Akteur in der Flüchtlingspolitik. Über die Beteiligung am **Modellprojekt zur Asylsozialberatung des StMAS** werden fünf Stellen für Flüchtlingsberatung im gesamten Landkreis und der Stadt gefördert.

Als wichtiger Akteur in Schwandorf ist auch die **Caritas** zu nennen. Sie bietet verschiedene Beratungsmöglichkeiten an. Neben einer allgemeinen Migrationsberatung für Erwachsene gibt es eine Beratungsstelle für Spätaussiedler und eine Stelle für Asylsozialberatung. Das **BRK** hat ebenfalls eine Stelle für Asylsozialberatung.

2015 hat die **Volkshochschule** den Fokus ihrer Arbeit auf die Integration von Flüchtlingen gelegt. Neben zusätzlichen Sprach- und Integrationskursen wurden auch Sondermaßnahmen ergriffen. Besonders hervorzuheben sind hier die beiden Kurse „ALPHA+ besser lesen und schreiben“ mit jeweils 25 unbegleiteten minderjährigen Ausländern.

Auch im sportlichen Bereich hat man die Wichtigkeit von Integration erkannt. Um die Integration der Flüchtlinge in die Sportvereine zu fördern, plant der **Stadtverband für Sport** eine eigene Stelle zu schaffen. Die jeweilige Person soll als „Integrationslotse“ die Organisation und Durchführung von sportlichen Schnupperangeboten in Zusammenarbeit mit den Vereinen leiten und koordinieren.

9.4.2 Cham

Die Stadt Cham liegt in der Oberpfalz und grenzt an die Tschechische Republik. In der Stadt leben 2015 rund 16.500 Menschen. Davon haben nach dem Zensus 2011 14,1% einen Migrationshintergrund. Im gleichnamigen Landkreis leben aktuell rund 4,2% Ausländer. Das häufigste Herkunftsland ist, aufgrund der Lage der Region, die Tschechische Republik. Große Teile der Bevölkerung stammen aber auch aus Rumänien und Ungarn. Die Arbeitslosenquote, ebenfalls für den Landkreis, liegt als Durchschnittswert für das Jahr 2016 bei 3,1%.



9.4.2.1 Integrationspolitische Strukturen in der Stadt

Politische Strukturen und Verwaltung

Es gibt in der Stadt Cham weder in der Verwaltung noch in der Politik Strukturen, die sich explizit mit Integration befassen. Im Landratsamt Cham ist das Ausländerwesen in der Abteilung Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Gesundheit, Veterinärwesen und Verbraucherschutz angesiedelt. Die **Volkshochschule** im Landkreis Cham hat ein Basisangebot für Maßnahmen, die weiter unten dargestellt sind.

Seit 2015 gibt es im Arbeitsamt in Cham ein durch die Europäische Union gefördertes **Welcome-Center**. Dieses soll dazu dienen, hochqualifizierte Menschen aus dem Ausland, die in Cham arbeiten und leben möchten, zu unterstützen und so den Fachkräftemangel zu bekämpfen.

Zivilgesellschaft

Wichtige zivilgesellschaftliche Akteure, die an der Integration von Personen mit Migrationshintergrund beteiligt sind, sind die **Caritas**, der Jugendmigrationsdienst der Katholischen Jugendfürsorge der **Diözese Regensburg** und die **Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft** mit einem Ausbildungsprojekt, das unter den Projekten weiter unten angeführt wird.

Es gibt seit 2000 im Landkreis einen **Treffpunkt Ehrenamt**, der als Beratungs- und Koordinierungsstelle für ehrenamtliche Helfer dient, die auch in der Integrationsarbeit eine wichtige Rolle spielen. Der Treffpunkt Ehrenamt wird seit 2010 durch das StMAS gefördert. Erwähnenswert ist, dass diese Stelle 2009 als Modellprojekt die EhrenamtsCard entwickelte, die mittlerweile bayernweit eingeführt wurde.

9.4.2.2 Beispiele für Maßnahmen in der Integrationspolitik

Die Volkshochschule im Landkreis Cham bietet die vom BAMF vorgeschriebenen **Integrationskurse** an. Außerdem gibt es Berufsorientierungsklassen und es werden **Alphabetisierungskurse** angeboten. Außerdem betreut die Volkshochschule ein Netzwerk aus ehrenamtlichen Deutschlehrkräften. Der Caritasverband für den Landkreis Cham bietet für erwachsene Zuwanderer Migrationsberatungen an.

Der Verein Gemeinsam leben und lernen in Europa e. V. mit Sitz in Passau hat für den Landkreis Cham die Website www.mignet-cham.de erstellt, auf der Menschen mit Migrationshintergrund sämtliche Beratungsangebote und Ansprechpersonen des Landkreises finden: u. a. Hilfestellungen bei der Wohnungs- und Arbeitsplatzsuche, Informationen zu Bildungsangeboten, Integrationskursen und Freizeitangeboten.



9.4.2.3 Beispiele für Projekte in der Integrationspolitik

2013 startete die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. im Landkreis Cham das Modellprojekt „**Spanische Auszubildende für den Landkreis Cham**“. Dieses Projekt zielt darauf ab, jungen Spaniern einen Ausbildungsplatz oder ein Praktikum in Cham zu vermitteln. Begleitend finden Deutsch- und Integrationskurse statt. Das Projekt findet im Rahmen der Bundesinitiative „MobiPro-EU“ statt und soll zur Fachkräftesicherung im Landkreis beitragen. Mittlerweile haben die ersten dreizehn Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen.

Es gibt in Cham regelmäßig ein „**Erzählcafé für Frauen mit Migrationshintergrund**“. Hier treffen sich Frauen mit Migrationshintergrund, um Kontakte zu knüpfen, Geschichten auszutauschen und gemeinsam Deutsch zu lernen.

Das Jugendzentrum der Stadt Cham, finanziert durch die Stadt und den Jugendmigrationsdienst, bietet Freizeitgestaltungsmöglichkeiten für junge Leute an. Da die Angebote auch von vielen Flüchtlingen und Migranten angenommen werden, leistet das Jugendzentrum einen wichtigen Beitrag zur Integration.

9.4.2.4 Strukturen, Maßnahmen und Projekte in der Flüchtlingspolitik

Der Landkreis Cham stellte 2016 einen sogenannten **Wohnungslotsen** ein, der den anerkannten Flüchtlingen bei der Suche nach einer Wohnung behilflich sein soll. Auch Ehrenamtliche vom Treffpunkt Ehrenamt übernahmen seit März 2016 Hilfe bei der Wohnungssuche im Projekt „Wohnungslotsen“. Dabei umfasst die Unterstützung sowohl Wohnungssuche als auch Vorstellungsrunden in der Nachbarschaft, um mögliche Vorurteile aus dem Weg zu räumen, sowie Unterstützung bei dem Mietvertragsabschluss.

Die **wichtigsten Akteure** bei der Integration von Flüchtlingen sind in Cham die Caritas, die Diakonie, die Katholische Erwachsenenbildung im Landkreis Cham e. V., die Jugendmigrationsdienste der Katholischen Jugendfürsorge und die Volkshochschule.

Auch **Sportvereine** sind bei der Integration von Flüchtlingen beteiligt: der ASV Cham, der aus der Umgebung stammende FC Stamsried und die Sportvereinigung Lam 1923 e.V., um stellvertretend drei Beispiele zu nennen.

Die Katholische Erwachsenenbildung bietet in Cham seit Oktober 2016 ein „**Kulturtraining für ehrenamtliche Helfer/innen für die syrische-arabische Kultur**“ an. Dieses Training soll ehrenamtlichen Helfern ein besseres Verständnis der arabischen Kultur und deren Bräuche vermitteln und möglichen Missverständnissen entgegenwirken.



Die **Volkshochschule** in Cham hat ein neues Bildungsangebot für Flüchtlinge mit guter Bleibeaussicht, Berufserfahrung und Grundkenntnissen der deutschen Sprache entwickelt. Dieses umfasst Sprachkurse und Kurse zur beruflichen Orientierung. Finanziert wird das Projekt „**Arbeiten in Deutschland**“ durch die Agentur für Arbeit. Auch die anderen, oben angesprochenen Kursangebote stehen den Flüchtlingen zur Verfügung.

Durch die finanzielle Unterstützung des BLSV-Projekts „Integration durch Sport“ konnte 2016 im Rahmen des Festivals des Landkreissportes ein Integrationssporttag durchgeführt werden. Treffpunkt Ehrenamt und die Naturfreunde arbeiteten in der Organisation und Austragung der Veranstaltung eng zusammen.

9.5 Regierungsbezirk Schwaben

9.5.1 Friedberg

Die an den Osten der Stadt Augsburg grenzende Stadt Friedberg liegt im Landkreis Aichach-Friedberg. Die Einwohnerzahl der Stadt beläuft sich für Ende 2016 auf rund 29.900. Zur gleichen Zeit beträgt der Ausländeranteil 8,1%.³⁰ Das häufigste Herkunftsland der ausländischen Bevölkerung des Landkreises ist die Türkei, gefolgt von Polen und Rumänien. Gemessen für das Jahr 2011 befinden sich etwa 12,2% Personen mit Migrationshintergrund in der Stadt. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote im gesamten Landkreis Aichach-Friedberg ist mit 2,5% für das Jahr 2016 sehr gering.

9.5.1.1 Integrationspolitische Strukturen in der Stadt

Politische Strukturen und Verwaltung

Seit Anfang Februar 2016 gibt es in Friedberg einen städtischen **Beirat für Integration und Flüchtlingswesen**. Neben Stadtratsmitgliedern setzt sich das Gremium aus sieben Mitgliedern mit Migrationshintergrund zusammen, die auf Berufung der Stadtratsmitglieder in das Gremium kommen.

Vorsitzender des Beirats ist der seit März 2014 amtierende erste Bürgermeister. Der Landkreis beteiligt sich an den integrationspolitischen Herausforderungen, insbesondere durch die Gründung des Sachgebiets 25 für Ehrenamt, Bildung und Integration seit 2015. Die Aufgabe

³⁰ Die Einwohnerzahlen und der Ausländeranteil beruhen auf der Einwohnermeldestatistik der Stadt Friedberg zum 31.12.2016 und beziehen sich auf Personen, die ihren Haupt- oder Nebenwohnsitz in der Stadt haben. [<https://www.friedberg.de/staticsite/staticsite.php?menuid=95&topmenu=1485&keepmenu=inactive>]



des Sachgebiets betrifft im Bereich Integration die Koordination von Projekten und kommunaler Aufgaben sowie den Ausbau regionaler Netzwerke.

Seit 2015 gibt es in der Stadt darüber hinaus die hauptamtliche Stelle einer **Asyl- und Integrationsbeauftragten**. Ihre Aufgabenbereiche umfassen im Wesentlichen die Bereiche „Koordination der Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsarbeit“ sowie die Arbeit mit anerkannten Flüchtlingen. Im Asyl-Koordinationskreis befinden sich ca. 20 Mitglieder, die sich in erster Linie aus Vertretern der Helferkreise zusammensetzen. Auch im Landkreis Aichach-Friedberg gibt es eine Integrationsbeauftragte. Sie leitet zugleich das Sachgebiet 31 Ausländer- und Personenstandswesen, welches sich unter anderem mit den Themenbereichen Asyl und Integration befasst.

Zivilgesellschaft

Vor allem die **katholische Kirchengemeinde** spielt in Friedberg eine wichtige Rolle bei der Integration von Migranten. Daneben setzen sich vor allem der **Frauenbund** und der **türkische Elternverein** für eine Integration der Menschen mit Migrationshintergrund in Friedberg ein.

Seit dem Jahr 2012 agiert im Landkreis Aichach-Friedberg die **Freiwilligenagentur** Aichach-Friedberg „Mitanand und füranand im Wittelsbacher Land“ im Bereich Integration: Hier werden Bürgerinnen und Bürger über die Möglichkeiten der ehrenamtlichen Tätigkeiten informiert.

9.5.1.2 Beispiele für Maßnahmen in der Integrationspolitik

Eine wesentliche integrationspolitische Maßnahme des Landkreis Aichach-Friedberg, die auch in der Stadt wirksam ist, findet sich im Sektor Bildung. Seit Ende November 2015 trägt die Wittelsbacher Region offiziell das Gütesiegel „**Bildungsregion in Bayern**“. Der Landkreis hatte sich erfolgreich der Initiative „Bildungsregionen in Bayern“ angeschlossen, an der sich eine Vielzahl von Städten der unterschiedlichen Regierungsbezirke beteiligten. Ziel dieser Initiative ist es „die Bildungs- und Teilhabechancen der jungen Menschen vor Ort zu verbessern“, aber auch speziell jungen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte Unterstützung zu bieten.

9.5.1.3 Beispiele für Projekte in der Integrationspolitik

Mit dem Ziel, Hemmschwellen abzubauen und kulturellen Austausch zu fördern, wurde in Friedberg 2016 zum vierten Mal der **Internationale Freundschaftstag** durchgeführt. Sowohl die Stadt Friedberg als auch die evangelische, katholische und islamische Gemeinde in Friedberg sind daran beteiligt. Ein kulturelles Programm und Workshops gestalteten den Freundschaftstag.



9.5.1.4 Strukturen, Maßnahmen und Projekte in der Flüchtlingspolitik

In Friedberg spielen die Kirchengemeinden bei der Integration von Flüchtlingen eine maßgebende Rolle. Aufgrund der konfessionellen Zusammensetzung Friedbergs ist vor allem die **Katholische Kirchengemeinde Sankt Jakob** aktiv, aber auch die **Evangelisch-Lutherische Kirchengemeinde** beteiligt sich an der Integrationsarbeit. Die Helferkreise, die sich in der Flüchtlingskrise gebildet haben, entstanden in erster Linie auf Initiativen der Mitglieder der Kirchengemeinden. Mit jeder neuen Unterkunft, in der Flüchtlinge untergebracht wurden, schloss sich in Friedberg ein neuer Asylhelferkreis zusammen. Darüber hinaus bieten türkische Vereine Anlaufstellen für Flüchtlinge an. Die unterschiedlichen Akteure sind gut miteinander vernetzt und diverse Spendenaktionen halfen zusätzlich bei der Integration von Flüchtlingen.

Die **Asylsozialberatung des Caritasverbands Aichach Friedberg e. V.** fungiert als zentrale Anlaufstelle, wenn es um die verschiedenen Belange der Asylsuchenden im Landkreis geht. Die bereits erwähnte Freiwilligenagentur **mitanand und füranand** agiert als zentrale Anlaufstelle für Menschen, die Flüchtlingen ehrenamtlich helfen möchten. Letztlich sind es auch die **Sportvereine**, die sich über den Sport für die Integration der Flüchtlinge stark machen. So besteht z. B. die Dritte Mannschaft beim TSV Friedberg aus Flüchtlingen aus dem Senegal und Syrien.

Grundlegende Maßnahmen wurden in Friedberg im Bereich Bildung geschaffen. Junge Asylsuchende können **Berufsintegrationsklassen** bzw. Sprachintensivklassen besuchen, unter anderem in den Beruflichen Schulen Wittelsbacher Land und in der Staatlichen Berufsschule Aichach-Friedberg.

Der Kreisjugendring Aichach-Friedberg beteiligt sich zusammen mit dem Kreisjugendring Augsburg und der SJR Augsburg an dem Aktionsprogramm **„Flüchtlinge werden Freunde“**. Auf ihrer Website haben sie zahlreiche Links für die Arbeit mit jungen Flüchtlingen gesammelt, so z. B. Filmtipps, Materiallisten und Informationen über Veranstaltungen.

9.5.2 Lindau

Die große Kreisstadt Lindau hat 2015 rund 25.100 Einwohner. Nach dem Zensus 2011 hat knapp ein Viertel der Einwohner einen Migrationshintergrund. Es befinden sich rund 12% Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft im Landkreis Lindau (Bodensee). Die Herkunftsländer sind Österreich, die Türkei und Italien. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote für das Jahr 2016 ist für den Landkreis mit 2,7% sehr gering.



9.5.2.1 Integrationspolitische Strukturen in der Stadt

Politische Strukturen und Verwaltung

Ausgeprägte politische Strukturen für Integration sind auf der städtischen Ebene Lindaus nicht vorhanden. Es gibt weder einen Ausschuss oder Referenten für Integrationsfragen im Stadtrat noch einen Integrationsbeauftragten oder eine Stelle in der Verwaltung für Integration. Die Erarbeitung eines Integrationsleitbildes bzw. -konzepts steht noch aus. Allerdings gibt es integrationspolitische Strukturen und einen **Integrationsbeirat auf Landkreisebene**.

Der Integrationsbeirat in Lindau ging aus dem von vor mehr als 30 Jahren gegründeten Ausländerbeirat hervor. Er besteht aus gewählten Repräsentanten der Migranten sowie je einem Vertreter der im Kreistag vertretenen Fraktionen und aus vier Vertretern von Organisationen und Vereinen, welche die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund fördern. Hinzu kommen die Geschäftsführung und ein Vertreter des Landratsamts. Weitere Gremien, in denen sich der Integrationsbeirat einbringt, sind der Arbeitskreis „Wege aus der Gewalt“, der Begleitausschuss „Stärken vor Ort Lindau-Zech“ sowie der Steuerungskreis „Bildung im Fokus“. Eines der Hauptanliegen des Integrationsbeirats ist die gezielte Sprachförderung in Kindergärten und in den Schulen im Landkreis.

Zivilgesellschaft

Die **Caritas** bietet Migrationsberatung für Erwachsene im Landkreis Lindau an. Außerdem bietet das CJD Bodensee-Oberschwaben einen in Lindau angesiedelten Jugendmigrationsdienst für den Bodenseekreis an, um die schulische, berufliche und soziale Integration junger Migrantinnen und Migranten im Alter zwischen 12 und 27 Jahren zu fördern.

Staatlich zugelassene Träger von Integrationskursen sind die **Beruflichen Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft (bfz)** sowie das **Kolping Bildungszentrum** Kaufbeuren, beide ansässig in der Stadt Lindau. Mitverantwortlich für die Vermittlung von Integrationskursen ist das Amt für Ausländer- und Personenstandswesen im Landkreis Lindau.

Diverse **Migrantenvereine** wie der Familienbund der West-Trakien-Türken e. V., der Islamische Verein Lindau e. V. und die Griechische Gemeinde Lindau e. V. sind in Lindau präsent. Einzelne Vertreter dieser Organisationen sind Mitglieder des Integrationsbeirats. Die zivilgesellschaftliche Organisation Exilio - Hilfe für Migranten, Flüchtlinge und Folterüberlebende e. V. ist seit mehr als 20 Jahren in der Arbeit mit Flüchtlingen tätig.



9.5.2.2 Beispiele für Maßnahmen in der Integrationspolitik

Der Integrationsbeirat ist schon seit mehreren Jahren als Initiator von sprachfördernden Maßnahmen in verschiedenen Kindergärten in Lindau selbst und im Landkreis mit dem Sprachprojekt „**Wurzeln**“ aktiv. Außerdem unterstützt er Migranten bei der Wohnungssuche. Weiterhin initiierte der Beirat im Jahr 2011 die Maßnahme „**Ehrenamt als Chance**“, in der in Kooperation mit vielen Netzwerkpartnern für mehr ehrenamtliches Engagement in der Bevölkerung geworben wird - sowohl bei der Migrantenbevölkerung wie auch in der Mehrheitsbevölkerung.

9.5.2.3 Beispiele für Projekte in der Integrationspolitik

Das Projekt „**Kulturelle Vermittler - START-Rampe**“ richtet sich speziell an Migranteneltern, die von im Projekt ausgebildeten sogenannten „kulturellen Vermittlern“ betreut werden, um die Bildungsbiographien besonders in Familien mit Migrationsgeschichte besser zu gestalten. Das Projekt wird vom Europäischen Integrationsfonds (EIF) sowie dem BMFSFJ finanziert.

Im Rahmen des zweijährigen EU-Projekts „**Take Care**“ wurden Sprach-Materialien für Migranten zum Thema Gesundheit entwickelt. Das Ziel war es, die Kommunikation mit Migranten im Bereich Gesundheitswesen zwischen Professionellen und Patienten zu erleichtern und außerdem über das jeweilige Gesundheitssystem im neuen Heimatland zu informieren. Der deutsche Partner dieses Projekts war das Lindauer Sprachinstitut „dialoge“.

Ein weiteres EU-finanziertes Projekt ist „**MobiPro-EU**“, welches seit Anfang 2015 angelaufen ist und für eine Dauer von bis zu 3,5 Jahren angelegt ist. Offizieller Träger ist das Lindauer dialoge sprachinstitut GmbH, in Kooperation mit DIAN training and management activities (Athen/Griechenland), der Linguatheke GmbH (Lindau/Deutschland), der DAK, der IHK und dem Arbeitskreis Schule-Wirtschaft e. V.

9.5.2.4 Strukturen, Maßnahmen und Projekte in der Flüchtlingspolitik

Um die neuen Aufgaben ausreichend wahrnehmen zu können, hat der Landrat einen **Führungsstab Flüchtlinge** einberufen. Der Landkreis nutzte die **Strukturen des Katastrophenschutzes**, um Notfall-Erstaufnahmeeinrichtungen aufzubauen. Verwaltungstechnisch wurde daher die Notfall-Erstaufnahmestelle nicht im Ausländeramt, sondern im Katastrophenschutz des Landkreises angesiedelt.

Die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) begleitete den Landkreis Lindau in der **Neuausrichtung im Flüchtlingsmanagement** mit dem Ziel, in der sich häufig wandelnden Situation besser aufgestellt zu sein. Seit Januar 2016 hat der **Landkreis in**



Kooperation mit der Diakonie Kempten-Allgäu die Asylsozialberatung erstmalig als kommunaler Träger übernommen; Landkreis und Diakonie nehmen damit an einem von fünf Modellversuchen in Bayern teil, die u. a. auf Drängen Lindaus eingerichtet wurden und vom StMAS überwiegend finanziert werden. Die Asylsozialberatung soll als zentrale Anlaufstelle für Asylsuchende, Gemeinden und Helferkreise dienen und im gesamten Ankommens- und Integrationsprozess eine Steuerungsfunktion übernehmen.

Nach weiterem Zuzug von Flüchtlingen schlossen sich in Lindau neu gegründete Helferkreise in dem Arbeitskreis **Offene Türen** zusammen. Außerdem existiert in der Flüchtlingsbetreuung der oben erwähnte Verein **Exilio**, der schon seit über 20 Jahren in diesem Bereich Erfahrungen gesammelt hat.

Das Projekt „**Neue Nachbarschaften im Landkreis Lindau – ein Gewinn**“, finanziert aus dem Bundesprogramm „Soziale Stadt“, zielt auf die Entwicklung von gemeinsamen Ideen für das Zusammenleben zwischen Flüchtlingen und einheimischen Nachbarn in ausgewählten Quartieren. Das Projekt zielt auf eine Initiierung von neuen kreativen Kontaktmöglichkeiten und Unterstützungsangeboten. Geplant sind schon bereits erprobte Begegnungsformen wie Mittagstische, eine Reparaturwerkstatt und Quartiersforen, aber auch neue Ideen sollen aufgegriffen und möglichst umgesetzt werden. Projektträger ist der Landkreis Lindau.

Ein weiteres Projekt ist der „**Leseclub**“, welcher vom Kinderschutzbund Lindau, der Grundschule Reutin, der Stiftung Lesen sowie der Programmgestaltung Stadtbücherei Lindau koordiniert wird. Zielgruppe sind unbegleitete minderjährige Ausländer im Alter zwischen 14 und 18 Jahren.

9.6 Regierungsbezirk Oberbayern

9.6.1 Traunstein

Die oberbayerische Stadt Traunstein hat 2015 insgesamt rund 19.600 Einwohner. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund beträgt nach dem Zensus 2011 19,1%. Im Jahr 2014 sind im gleichnamigen Landkreis rund 5,4% Ausländer zu verzeichnen.³¹ Die am häufigsten vertretenen Herkunftsländer der ausländischen Bevölkerung sind Österreich, Rumänien sowie Kroatien.

³¹ Der Ausländeranteil beruht auf Angaben des Landkreises Traunstein. [<http://www.traunstein.com/wTraunstein/landkreis/infrastruktur.php?navanchor=2110027>]



In wirtschaftlicher Hinsicht ist der Tourismus in der Stadt von besonderer Bedeutung. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote für das Jahr 2016 beträgt im Landkreis Traunstein rund 3%.

9.6.1.1 Integrationspolitische Strukturen in der Stadt

Politische Strukturen und Verwaltung

Für den Oberbürgermeister ist das Thema Integration **von** erheblicher Bedeutung. Der Stadtrat in Traunstein hat einen ehrenamtlichen **Referenten für Soziales, Migration und Asyl** ernannt. Dieser ist ordentliches Stadtratsmitglied. Das Tätigkeitsspektrum des Referenten umfasst die Kontaktpflege zu städtischen Vereinen, Stiftungen und Wohlfahrtsverbänden, die sich dem Migrationsthema annehmen. Einen Integrationsbeirat gibt es in der städtischen Politik jedoch nicht. Eine Sozialbetreuerin in der Verwaltung ist für Asyl, Integration und Migration zuständig. Ein Leitbild oder Integrationskonzept wurde noch nicht erarbeitet.

Auf **Kreisebene** gibt es die Stelle eines Integrationsbeauftragten und im Kreistag einen Ausschuss für Gesundheits- und Flüchtlingsfragen sowie soziale Angelegenheiten.

Zivilgesellschaft

Die **Caritas** ist in der Beratung von Migranten tätig. Neben der Beratung für erwachsene Migranten ist die Caritas auch bei der Koordination von ehrenamtlichen Helfern für Asylsuchende aktiv. Das **Diakonische Werk Traunstein e. V.** zeigt sich als zweiter wichtiger Akteur im Bereich Migrationsberatung und Integration von Flüchtlingen. Die **Friedensinitiative Traunstein** ist ein Verein, der sich durch Öffentlichkeitsarbeit für Migranten und Flüchtlinge einsetzt.

9.6.1.2 Beispiele für Maßnahmen in der Integrationspolitik

An der Volkshochschule Traunstein, der hm-Schule für berufliche Fortbildung, den Beruflichen Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft (bfz) Traunstein, der IBBV GmbH München und der Deutschen Angestellten-Akademie GmbH DAA München werden in Traunstein **Sprach- und Integrationskurse** des BAMF angeboten und abgehalten. Weiterhin ist die Freiwilligenagentur des Landkreises ein Projekt der Verwaltung, die Informationen zu einer Vielzahl an Projekten bereit stellt und ehrenamtliche Helfer zu Projekten berät, die man sinnvoll unterstützen könnte. An der Berufsschule in Traunstein wurden **Berufsintegrationsklassen** für Migranten und Flüchtlinge eingerichtet.



9.6.1.3 Beispiele für Projekte in der Integrationspolitik

Aktuelle Projekte des Landkreises, die für Traunstein Bedeutung haben, sind das „Kindergartenpaket“, Frauensprachkurse sowie Sozialkompetenztrainings für Migranten. Im Rahmen des Kindergartenpakets soll das Projekt „**Migrantenkinder**“ möglichst früh spielerisch Sprachförderung erreichen. Die im Auftrag des BAMF angebotenen niedrigschwiligen **Frauensprachkurse** richten sich überwiegend an weniger mobile Frauen, die Kleinkinder haben. Das Sozialkompetenztraining ist für Migranten mit besonderen Integrationsdefiziten, die sich besonders schwer tun, sich auf das Leben in Deutschland einzustellen.

9.6.1.4 Strukturen, Maßnahmen und Projekte in der Flüchtlingspolitik

Als im Juli 2013 die ersten Asylsuchenden in Traunstein untergebracht werden sollten, lud der damalige Bürgermeister Vertreter der evangelischen und der katholischen Kirche, von Caritas und Diakonie sowie Ehrenamtliche zu einem Runden Tisch ein. Aus diesem Zusammentreffen entwickelte sich das **Traunsteiner Netz**, in dessen Rahmen das „Café International“ initiiert wurde. Als Räumlichkeit für das Café stellte die evangelische Kirchengemeinde ihren Gemeindesaal zur Verfügung; das Angebot findet seit seiner Eröffnung regen Zuspruch.

Die ehrenamtlichen Helfer des Traunsteiner Netzes kümmern sich zudem um Deutschunterricht und bieten Unterstützung an bei der Erledigung von Behördengängen, Arztbesuchen, Einkäufen, Besorgen von Kleidung sowie bei der Organisation von Fahrrädern.

Seit Oktober 2013 gibt es die **Sozialberatung der Diakonie für Asylsuchende**. Auf Landkreisebene ist bei der AWO zur Koordination und Betreuung eine Kontaktstelle für ehrenamtliche Flüchtlingshelfer eingerichtet.

In Zusammenarbeit mit der **Diakonie Traunstein** richtete das Chiemgau-Gymnasium Traunstein im Schuljahr 2015/2016, welches unter dem Jahresthema Ehrenamt stand, **Lernpatenschaften** für unbegleitete minderjährige Ausländer ein. Die Schülerinnen und Schüler, die sich bereitklärten, eine Lernpatenschaft zu übernehmen, wurden zur interkulturellen Sensibilisierung gezielt in Workshops vorbereitet.

Weiterhin entwickelte die Sozialberatung Asyl des Diakonischen Werks Traunstein ein **Handbuch zur Betreuung von Asylbewerbern** im Landkreis Traunstein. Es informiert ehrenamtlich Engagierte über den Prozess des Asylverfahrens und den Aufenthaltsstatus und gibt eine Auflistung von Stellen, welche die Schutzsuchenden unterstützend betreuen.



9.6.2 Garmisch-Partenkirchen

Garmisch-Partenkirchen hat 2016 rund 28.000 Einwohner.³² Nach dem Zensus 2011 haben 18,1% der Einwohner einen Migrationshintergrund. Der Ausländeranteil im gesamten Landkreis Garmisch-Partenkirchen beträgt für das Jahr 2016 11,5%. Am häufigsten stammen diese Menschen aus der Türkei, Österreich und Italien.

Als Kurort und Ausgangspunkt für Unternehmungen zur Zugspitze lebt der Markt hauptsächlich vom Tourismus. Im Landkreis beträgt die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2016 rund 3,7%.

9.6.2.1 Integrationspolitische Strukturen in der Stadt

Politische Strukturen und Verwaltung

Der Markt Garmisch-Partenkirchen hat integrationspolitisch kein Gremium im Marktgemeinderat, das sich explizit um Integration kümmert. Es gibt aber eine **Referentin für Soziales und Integration** im Marktgemeinderat. Weiterhin wurde ein **Beirat für Soziales und Integration** berufen. Der Beirat besteht aus 5 bis 10 vom Marktgemeinderat berufenen Mitgliedern. Er berät den Marktgemeinderat und dessen Ausschüsse zum Thema Integration. Der Beirat hat außerdem das Vortrags- und Antragsrecht in all seinen Aufgabenbereichen. Ansprechpartner aus der Verwaltung für den Beirat ist der 2. Bürgermeister.

Zivilgesellschaft

Wie in den meisten Kleinstädten ist auch in der Marktgemeinde Garmisch-Partenkirchen die Zivilgesellschaft in integrationspraktischen Fragen von zentraler Bedeutung. Migrations- und Integrationsberatungsstellen werden von den ortsansässigen Wohlfahrtsverbänden angeboten. Träger solcher Stellen sind der **Sozialdienst katholischer Frauen (SkF)** und der **BRK Kreisverband Garmisch-Partenkirchen**. Das **Freiwilligenzentrum Auf geht's** sowie das Jugendzentrum Garmisch-Partenkirchen (GaP) engagieren sich aktiv in der Flüchtlingsbetreuung und generellen Integrationsprojekten. „Auf geht's“ bietet außerdem Fortbildungsangebote und erleichtert so die Vernetzung von engagierten Ehrenamtlichen, einzelnen Freiwilligen und zivilgesellschaftlichen Organisationen im Bereich der Integration. Eine Facebookgruppe namens

³² Es handelt sich um Angaben der Stadt Garmisch-Partenkirchen zum 31.12.2016 für Personen, die ihren Hauptwohnsitz in der Stadt haben.
[<http://buergerservice.gapa.de/de/rathaus/zahlen-fakten>]



„GaP ist bunt“ fördert zusätzlich den Austausch von engagierten Bürgern. Migrantengruppierungen wie der Griechische Kulturverein Makedonia e. V. und eine aktive muslimische Gemeinde sind mit ihren Aktivitäten ebenfalls von Bedeutung für Integration.

9.6.2.2 Beispiele für Maßnahmen in der Integrationspolitik

Der Sozialdienst katholischer Frauen (SkF) bietet Beratung für erwachsene Migranten. Das Jugendzentrum GaP und das Freiwilligenzentrum „Auf geht’s“ organisierten mehrfach das „Völkerfest“ unter dem Motto „Jeder ist irgendwo heimisch...aber zuhause fühlt man sich auch, wo man sich angenommen fühlt und sich begegnet“. Die Volkshochschule Garmisch-Partenkirchen bietet **Integrations- und Sprachkurse sowie Schulungen** für ehrenamtliche Sprachlehrerinnen und -lehrer an. Ein weiterer, staatlich zugelassener Träger von Integrationskursen ist die BIB Augsburg gGmbH.

9.6.2.3 Beispiele für Projekte in der Integrationspolitik

Ein Projekt an der Grund- und Mittelschule Gröben namens „**Kirche geht in die Schule**“ bietet Sprachtraining für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an. Finanziert und fachlich begleitet wird es durch das Erzbischöfliche Ordinariat München.

An der örtlichen Dienststelle des Malteser-Hilfsdienstes wird ein allgemeines Treffen für Asylbewerber angeboten. Im Angebot finden sich Deutschkurse, Konversation, Freizeitgestaltung, Integrationslotsenausbildung sowie Hilfe bzw. Begleitung zu Ämtern und Arztbesuchen oder bei der Suche nach Kindergartenplätzen.

9.6.2.4 Strukturen, Maßnahmen und Projekte in der Flüchtlingspolitik

Auf Landkreisebene beschäftigen sich Kreisausschuss und Kreistag mit dem Thema Asyl. Im Landratsamt wurde das **Sachgebiet Migration & Personenstand** mit diesem Thema betraut. Hier ist sowohl das Ausländerwesen als auch das Gebiet Asylverfahren und Asylbewerberleistungsgesetz zu finden.

Eine umfangreiche Informations- und Erstanlaufstelle für interessierte Bürgerinnen und Bürger, die sich aktiv an einer Betreuung von Geflüchteten und Asylsuchenden beteiligen wollen, bietet die **Internetplattform „asylingap.de“**. Die Internetplattform ist eine gemeinsame Initiative des Sozialdienstes katholischer Frauen (SkF), der Caritas Garmisch-Partenkirchen und des Freiwilligenzentrums Auf geht’s. Sie soll vor allem der Vernetzung von ehrenamtlich Helfenden und der Koordinierung von Hilfsangeboten dienen.



Die **Asylsozialberatung der Caritas** fungiert als wichtige Anlaufstelle für Geflüchtete in der Marktgemeinde und im Umland. Die Stelle bietet eine umfangreiche Unterstützung bei rechtlichen, medizinischen, schulischen und behördlichen Fragen.

Das Landratsamt Garmisch-Partenkirchen, das Amtsgericht Garmisch-Partenkirchen und der Ortsverband der Caritas in Garmisch-Partenkirchen bieten ein **Rechtskundeseminar** für interessierte Asylsuchende an. In diesem wird über grundlegende Prinzipien und Werte der deutschen Rechtsordnung unterrichtet.

Die angeleitete „**Praxisreflexion für Freiwillige in der Asylarbeit**“ ist ein neues monatliches Angebot in Garmisch-Partenkirchen, an dem Ehrenamtliche regelmäßig oder auch nur sporadisch teilnehmen können und sich einem professionellen Gesprächspartner über Erfahrungen und Probleme in der Flüchtlingsbetreuung anvertrauen können.

Das Jugendzentrum GaP sowie „Auf geht’s“ und einzelne engagierte Freiwillige organisieren monatlich das sogenannte **Café International**.

An einem von der Hertie-Stiftung finanzierten bundesweiten Pilotprojekt „**Angekommen – und willkommen!?**“ haben die Schülerinnen der 11. Klasse des St. Irmengard-Gymnasiums in Garmisch-Partenkirchen Anfang des Jahres 2016 teilgenommen. Drei Monate lang durften die Schülerinnen in der Schule täglich das Garmisch-Partenkirchener/Murnauer Tagblatt lesen, sich mit unterschiedlichen Stilformen vertraut machen und eigene Texte in Zeitungen über die Lebenssituationen, Hoffnungen und Perspektiven junger Geflüchteter im Landkreis verfassen.

9.7 Regierungsbezirk Niederbayern

9.7.1 Dingolfing

Das 100 Kilometer nordöstlich von München gelegene Dingolfing ist Kreisstadt des Landkreises Dingolfing-Landau. Die niederbayerische Stadt zählt 2015 rund 19.200 Einwohner. 37,8% der dort lebenden Menschen haben laut Zensus 2011 einen Migrationshintergrund. Der Landkreis Dingolfing-Landau hat im Jahr 2015 einen Ausländeranteil von 9,5%. Das mit Abstand am häufigsten vertretene Herkunftsland ist Polen, gefolgt von Rumänien und der Türkei.

Dingolfing hat in seiner jüngeren Geschichte ein großes wirtschaftliches und flächenmäßiges Wachstum mit entsprechendem Anstieg der Einwohnerzahlen durchlaufen. Mit dem Werk Dingolfing der BMW Group befindet sich das größte europäische Fahrzeugwerk von BMW in der Stadt. Die Arbeitslosenquote des Landkreises ist demnach mit einem Durchschnittswert



von 2,8% für das Jahr 2016 vergleichsweise gering. Zur jüngeren Migrationsdynamik trägt insbesondere die Arbeitsmigration aus Osteuropa bei.

9.7.1.1 Integrationspolitische Strukturen in der Stadt

Politische Strukturen und Verwaltung

Spezifische Strukturen für Integration sind weder im Stadtrat noch in der Verwaltung vorhanden. Auch einen Integrationsbeirat gibt es nicht. Die Stadt hat im Januar 2016 die Stelle eines Streetworkers geschaffen, der sich auch um Jugendliche mit Migrationshintergrund kümmert. Die Volkshochschule der Stadt hat BAMF Integrationskurse im Programm. Auf Landkreisebene ist das Sachgebiet 22 Personenstands- und Ausländerwesen aus der Abteilung II Kommunales, Ausländerwesen, Soziales und Senioren für Migration und Integration zuständig. Beim Landkreis gibt es auch einen Fachdienst für unbegleitete minderjährige Ausländer.

Zivilgesellschaft

Die **Caritas** bietet in Dingolfing eine vom StMAS geförderte Migrationsberatung an. Auch die **Beruflichen Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft (bfz)** aus Landshut sind in Dingolfing mit Angeboten für Migranten vertreten. Die **FreiwilligenAgentur Dingolfing-Landau** engagiert sich im Bereich Integration durch Sprache. Auf sportlicher Ebene ist der TV Dingolfing tätig, der im Rahmen seiner Nachwuchsarbeit Kinder mit Migrationshintergrund integrieren möchte.

9.7.1.2 Beispiele für Maßnahmen in der Integrationspolitik

Seit 2008 ist Dingolfing in das bundesweite **Städtebau-Förderprogramm „Soziale Stadt“** aufgenommen und hat ein ausgewiesenes Programmgebiet: Es umfasst die Altstadt und insbesondere das nördliche Dingolfing um den Stadtteil Höll-Ost. Die Maßnahme wird weiter gefördert; das Programm ist aber grundsätzlich befristet und das Quartiersmanagement damit nur auf Zeit eingesetzt. Deshalb sollen zusammen mit Bewohnern, Fachstellen und Unternehmen, Wohlfahrtsverbänden und Vereinen sowie der Stadt Dingolfing als Auftraggeberin Strukturen geschaffen werden, die auch über das Ende der Förderperiode hinaus wirken und eine Weiterführung der integrierten Stadt(teil)entwicklung ermöglichen.

9.7.1.3 Beispiele für Projekte in der Integrationspolitik

„**Mathe- und Deutschförderung für Kinder**“ im Grundschulalter besteht als Projekt mittlerweile seit 2010 und wird auch in den kommenden Jahren weitergeführt. Es ist aus dem



Wunsch heraus entstanden, die Bildungschancen von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund bzw. allgemeinem Förderbedarf auch abseits des Schulunterrichts zu verbessern. Kinder der zweiten, dritten und vierten Klassen werden gezielt in den Kernfächern Deutsch und Mathematik unterstützt. Das Angebot wird von der Stadt Dingolfing getragen und mit Hilfe des Bund-Länder-Programms "Soziale Stadt" finanziert. Die Eltern zahlen einen symbolischen Beitrag von einem Euro pro Kind und Unterrichtseinheit.

Für Erwachsene mit keinen oder geringen Sprachkenntnissen, die ihren Wohnsitz im Stadtgebiet haben, werden **Deutschkurse** angeboten. Sie werden je nach Nachfrage etwa halbjährlich aufgelegt und haben einen Umfang von 1,5 bis 3 Stunden in der Woche. Dank Unterstützung der Stadt Dingolfing und den Fördergeldern der „Sozialen Stadt“ ist die Teilnahme kostenlos.

Eines der aktuellen Projekte aus dem Programm „Soziale Stadt“ ist die interkulturelle Straßensliga **„buntkicktgut“** Niederbayern. Hierbei handelt es sich um ein dezentrales Gemeinschaftsprojekt unter Trägerschaft des Betreuungsvereins 1:1. Mit Unterstützung von „buntkicktgut“ München arbeiten verschiedene niederbayerische Jugendeinrichtungen zusammen, um Fußballturniere für frei gebildete Fußballmannschaften zu organisieren und offene Trainingsmöglichkeiten vor Ort zu schaffen. Jugendlichen wird neben dem gemeinsamen Kicken die Möglichkeit geboten, sich im Rahmen von Workshops zu Streetfootballworkern oder Schiedsrichtern ausbilden zu lassen.

9.7.1.4 Strukturen, Maßnahmen und Projekte in der Flüchtlingspolitik

Der Bürgermeister von Dingolfing betrachtet die Betreuung und Integration von Flüchtlingen als zentrale kommunale Aufgabe. Im Landratsamt gibt es im Jugendamt einen Fachdienst für unbegleitete minderjährige Ausländer.

Bei der Flüchtlingsbetreuung ist der **Caritasverband für den Landkreis Dingolfing-Landau e. V.** eine zentrale Anlaufstelle in Dingolfing. Flüchtlingen wird hier eine Asylberatung angeboten, zudem besteht die Möglichkeit, die von der Caritas betriebene Kleiderkammer aufzusuchen. Darüber hinaus organisiert die Caritas ehrenamtliche Deutschkurse in den Flüchtlingsunterkünften.

Im Bereich Sprachangebote für Flüchtlinge ist vor allem die **Freiwilligenagentur Dingolfing Landau e. V.** aktiv. Im Rahmen eines Sprachpatenprojekts werden ehrenamtliche Sprachpaten an Flüchtlinge vermittelt; mehrere Dingolfinger Schulen sind in das Projekt einbezogen. Unterstützt wird die Freiwilligenagentur auch von der Stadt Dingolfing, die gemeinsam mit dem Stadtteilzentrum Nord Räumlichkeiten zur Verfügung stellt.



Mit dem verstärkten Flüchtlingsaufkommen hat sich ein **Helferkreis** organisiert, aus dem verschiedene Hilfestellungen für Asylsuchende hervorgegangen sind. Der Helferkreis besteht aus ehrenamtlichen Privatpersonen und arbeitet eng mit dem Caritasverband für den Landkreis Dingolfing-Landau e. V. und der Freiwilligen-Agentur Dingolfing-Landau e. V. zusammen.

Im August 2015 gründete sich die **Asylothek Dingolfing-Landau**: Die Asylothek ist ein ehrenamtliches Projekt, das deutschlandweit an mehreren Standorten vertreten ist und Förderung von Sprache, Bildung, Kultur und Integration verfolgt.

An der Hans-Glas-Berufsschule wurde das **Berufsintegrationsjahr (BIJ)** eingerichtet. Dabei handelt es sich um ein Angebot für berufsschulpflichtige Jugendliche ohne Ausbildungsplatz, die aufgrund von Sprachdefiziten keine Ausbildungsstelle finden. Die Maßnahme verbindet eine gezielte Berufsvorbereitung mit verstärkter Sprachförderung und sozialpädagogischer Betreuung. Gefördert wird das BIJ aus den Mitteln des Europäischen Sozialfonds.

Im Februar 2016 wurde auf Bestreben des Schulsozialarbeiters der Mittelschule Dingolfing eine Werkstatt am Marienplatz eingerichtet, die Fahrräder für Flüchtlinge repariert. Auf Vorschlag der Schülerinnen und Schüler der Mittelschule läuft die Werkstatt unter dem Namen **„Repair and share – Bikes4Refugees“**. In ihrer Freizeit arbeiten sie z. T. gemeinsam mit den Flüchtlingen an der Reparatur der Räder. Die Stadt Dingolfing stellt die Räumlichkeit, die Regierung von Niederbayern fördert das Vorhaben. Das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz nahm es in das bayernweite Projekt „Umweltbildung und Bildung zur Nachhaltigkeit in der Jugendsozialarbeit“ auf.

Die BMW Group Dingolfing beteiligt sich seit März 2016 an **„WORK HERE!“**, einem konzernweiten Programm der BMW Group, der Bundesagentur für Arbeit und dem Jobcenter. Junge Flüchtlinge arbeiten dabei sechs Wochen lang in den verschiedensten Fertigungsbereichen am Standort und erhalten Sprachkurse.

9.7.2 Vilshofen

Vilshofen an der Donau ist 2016 mit rund 16.800 Einwohnern die größte Stadt und Verwaltungssitz des Landkreises Passau. Dieser zählt mit seinen rund 190.000 Einwohnern zu den bevölkerungsreichsten Landkreisen in Bayern. In der Stadt Vilshofen leben 2016 rund 9,2% Ausländer.³³ Über ein Fünftel der ausländischen Bevölkerung des zugehörigen Landkreises hat eine österreichische Staatsangehörigkeit. Viele Ausländer stammen zudem aus Ungarn

³³ Die Einwohnerzahlen und der Ausländeranteil beruhen auf der Einwohnermeldestatistik der Stadt Vilshofen zum 01.01.2017 und gelten für Personen, die ihren Hauptwohnsitz in der Stadt haben. [<http://www.vilshofen.de/index.php/ueber-uns/einwohner>]



und Rumänien. Laut dem Zensus von 2011 haben etwa 13,9% der in Vilshofen lebenden Menschen einen Migrationshintergrund. Im Jahr 2016 ist im Landkreis Passau durchschnittlich ein Arbeitslosenanteil von 3,6% zu verzeichnen.

9.7.2.1 Integrationspolitische Strukturen in der Stadt

Politische Strukturen und Verwaltung

Der Bürgermeister betrachtet Integration von Migranten als wichtige kommunalpolitische Aufgabe. Jedoch gibt es auf städtischer Ebene keine expliziten integrationspolitischen Strukturen oder ein offizielles Integrationskonzept.

Zivilgesellschaft

Träger der Migrationsberatung für Erwachsene (MBE) in Vilshofen ist der Wohlfahrtsverband des Diakonischen Werks Passau e. V. Die Beruflichen Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft (bfz) bieten BAMF Integrationskurse in der Stadt an. Wesentliche, in Integrationsprojekten tätige zivilgesellschaftliche Organisationen sind in der Stadt der aktive Bürgerverein **Brücken für den Frieden** sowie der Arbeitskreis Vilshofener Asylbewerber (AVA) e. V. und die Kolpingsfamilie Vilshofen.

9.7.2.2 Beispiele für Maßnahmen in der Integrationspolitik

Migrationsberatung und Integrationskurse als Basisangebot für Integration werden von den oben genannten Trägern angeboten.

9.7.2.3 Beispiele für Projekte in der Integrationspolitik

Das Projekt „**Ehrenamtliche Sprachpaten für Kinder mit Migrationshintergrund**“ bildet sogenannte Sprachpaten aus, die Kindern und Jugendlichen in der Stadt und dem Landkreis Passau, u. a. auch in Vilshofen, dabei helfen, so schnell wie möglich Deutsch zu lernen. Finanzielle Unterstützung für die Organisation erhält das Projekt durch Spenden und freiwillige Zuschüsse, u. a. von der Gemeinde Vilshofen.

Am 11. Juni 2016 fand in Vilshofen das **1. Interkulturelle Stadtfest** statt. Organisatoren der Veranstaltung waren Brücken für den Frieden, Eine-Welt-Kreis, Arbeitskreis Vilshofener Asylbewerber und die Stadt Vilshofen selbst. Das Fest diente vor allem zum gegenseitigen Kennenlernen und Knüpfen von Kontakten. Die Stände und Aktivitäten des Festes führten ortsansässige Vereine und die in der Vilshofener Donaugasse beheimateten Künstler, Gastronomen, Geschäftsleute und Anwohner.



9.7.2.4 Strukturen, Maßnahmen und Projekte in der Flüchtlingspolitik

Im Organigramm des Landratsamts ist die Abteilung Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Gesundheit und Veterinärwesen zuständig für die Asylunterkünfte. Auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise war allerdings nach Aussagen des Landrats das **gesamte Landratsamt** zu einer **Flüchtlingsbehörde** geworden. Auf Landkreisebene existiert eine Koordinierungsstelle für bürgerschaftliches Engagement, welche direkt dem Landrat untergestellt ist.

Der oben bereits erwähnte **Arbeitskreis Vilshofener Asylbewerber e. V.** (AVA e. V.) ist ein wesentlicher Unterstützer und Initiator von Projekten mit Asylsuchenden und Einheimischen. Der AVA e. V. ist ein Zusammenschluss von autonom arbeitenden Helferkreisen, welche direkt vor Ort Asylsuchende in den Gemeinschaftsunterkünften in Vilshofen und Aidenbach sowie in der Erstaufnahmeeinrichtung in Pleinting unterstützen. Auf der Website der Stadt Vilshofen wird über die dringend benötigten Mietangebote für anerkannte Asylsuchende und Geflüchtete informiert. Bei der Wohnungsvermittlung helfen in enger Zusammenarbeit der Fachbereich Unterkünfte am Landratsamt Passau in Zusammenarbeit mit den ehrenamtlichen Helferkreisen vor Ort.

Das Vilshofener **AWO-Heim Bahia** beherbergt und kümmert sich um jugendliche unbegleitete Ausländer. Auch in dem ehemaligen Gästehaus des Benediktiner-Klosters Schweiklberg, dem **St. Beda-Haus**, wohnen seit November 2015 unbegleitete minderjährige Ausländer zwischen 14 und 17 Jahren. Träger der sogenannten „Clearing- und Inobhutnahme-Stelle“ ist der Caritasverband für den Landkreis Passau.

Im Gemeindehaus der evangelischen Kirchengemeinde Vilshofen findet ein allwöchentliches **Asylcafé** statt. Mitverantwortlich für die Organisation der Einrichtung ist außerdem der AVA e. V. Helferkreis Vilshofen. Das Asylcafé ermöglicht regelmäßige Begegnungsmöglichkeiten für Asylsuchende und Ehrenamtliche des AVA e. V., aber auch für interessierte Vilshofener Bürger.

Da in der Region Passau Handwerker und Fachkräfte dringend gebraucht werden, wurde das Projekt **„FAM – Potentiale nutzen“** (Flüchtlinge, Asylbewerber und Migranten) vom Wirtschaftsforum der Region Passau initiiert. Ein wichtiger Baustein bei diesem Projekt ist das Unterrichtsangebot für berufsschulpflichtige Asylsuchende und Flüchtlinge (BAF) am Berufsschulzentrum Vilshofen, das schon seit 2013 hierbei aktiv ist. In der Vorklasse lernen die jungen Neuankömmlinge Deutsch. Die EU fördert Lern- und Übungsstunden. Im Anschluss an die Vorklasse folgt das Berufsintegrationsjahr, bei welchem die Schülerinnen und Schüler 2,5 Tage an der Schule und 2,5 Tage in einem Betrieb lernen, um sie für eine Berufsausbildung vorzubereiten. So besuchen auf Initiative des Wirtschaftsforums am Berufsorientierungstag die



Schülerinnen und Schüler der BAF-Klassen von der Berufsschule Vilshofen das Bildungszentrum der Handwerkskammer in Passau-Auerbach.

Die verschiedenen **Projektgruppen der in Helferkreisen organisierten Ehrenamtlichen** bieten ein umfangreiches Angebot für Zuwanderer und Migranten an, die zur erfolgreichen Integration beitragen: Durchführung von Deutschkursen, Begleitung zu Behörden und Ärzten, Betreuung der Kleiderkammern, Vermittlung von Möbelspenden, Hilfe bei Umzügen, Durchführung von Gemeinschaftsveranstaltungen, Hausaufgabenbetreuung, Bastelzeiten für Kinder der Unterkünfte und Nachhilfe für Berufsschülerinnen und Berufsschüler.

9.8 Fazit: Integrationspolitische Strukturen in Kleinstädten

Strukturen für Integration sind in den politischen Institutionen und Gremien in den Kleinstädten wenig entwickelt. Spezifische Ausschüsse für Integration in den Gemeinderäten sind nicht erkennbar. Das bedeutet nun aber nicht, dass vorhandene Ausschüsse, z. B. für Soziales oder Hauptausschüsse, sich nicht mit der Thematik befassen. Ähnliches gilt für die Verwaltungsstrukturen. Die Untersuchung hat gezeigt, dass es in den Kleinstädten spezifische Verwaltungsstrukturen für Integration im Allgemeinen nicht gibt. Man kann allerdings davon ausgehen, dass die in den jeweiligen Städten vorhandenen Regelstrukturen sehr wohl mit Anforderungen und Problemen im Bereich Integration befasst sind. Spezifische Strukturen für Integration finden sich häufiger auf der Ebene des Landkreises, die dann für die jeweiligen Städte und Gemeinden im Landkreis zuständig sind. Integrationskonzepte, wie wir sie von den Großstädten und einem Teil der Mittelstädte kennen, sind auf der Ebene der Kleinstädte nicht vorhanden. Das gilt auch für den interessanten Sonderfall der Stadt Herzogenaurach, in der es keine kommunalen Strukturen für Integration gibt, aber Integration für qualifizierte Neuzuwanderer in den Händen der drei Weltfirmen adidas, Puma und Schaeffler und einer aktiven Bürgergesellschaft liegt.

Durchgängig zeigt sich, dass kompensierend in den Kleinstädten die Zivilgesellschaft, unterstützt durch staatliche Zuwendungen, eine starke Rolle bei der Integration von Migrantinnen und Migranten übernommen hat. Hier sind vor allem die Wohlfahrtsverbände zu nennen und unter diesen vor allem die kirchlich gebundenen Verbände der Caritas und der Diakonie. Mit der Flüchtlingskrise haben sich zusätzlich überall ehrenamtliche Helferstrukturen gebildet, die die Ressourcen der Integrationsarbeit bedeutend verstärken. Die Helferstrukturen erweisen sich inzwischen als relativ stabil; ihre Effektivität wird durch koordinierende Tätigkeiten von Seiten der Gemeinde oder einer Organisation bedeutend erhöht. Die Förderung der Koordination durch das hierauf bezogene Programm der Staatsregierung trägt wesentlich zur



Stabilisierung der Helferkreise bei. Weiterhin gehören private Bildungsträger zu den beachtenswerten Akteuren der Integrationsarbeit, vor allem im Bereich der Sprachbildung. Das Fortbildungswerk der Bayerischen Wirtschaft hat wichtige Angebote im Bereich der Berufsausbildung für Migrantinnen und Migranten. Im Freizeitbereich sind vor allem Sportvereine als Institutionen zu nennen, die soziale Integration fördern.

Integrationskurse und Migrationsberatung sind Basisstrukturen aller Integrationsprozesse. Es kann festgestellt werden, dass diese Basisstrukturen in den untersuchten Kleinstädten vorhanden sind (vgl. *Tabelle 9-1*). Zusätzlich zu dem Basisangebot für Integration gibt es in den untersuchten Kleinstädten eine Vielzahl weiterer Angebote. Unter diesen ragen Mentoren- und Patenschaftsprojekte für Bildungsprozesse von Kindern und Jugendlichen sowie interkulturelle Kontaktprogramme zur Bekämpfung von Vorurteilen besonders hervor.

Auch in den Kleinstädten hat die Flüchtlingskrise zu einer Mobilisierung vorhandener und zur Schaffung neuer Strukturen geführt. Noch stärker als vor dieser Krise sind ehrenamtliche Tätigkeiten eine zentrale Säule der Betreuung und Integration der gekommenen Menschen.



Tabelle 9-1: Integrationskurse und Migrationsberatung in Kleinstädten

Städte/Gemeinden	Integrationskurs	Migrationsberatung
Bad Kissingen	x	x
Cham	x	x
Dingolfing	x	x
Friedberg	x	x
Garmisch-Partenkirchen	x	x
Gunzenhausen	x	x
Haßfurt	x	x
Herzogenaurach	x	x
Lichtenfels	x	x
Lindau	x	x
Schwandorf	x	x
Selb	x	x
Traunstein	x	x
Vilshofen	x	x

Quelle: Recherchen des efms.



Literatur

Bayerisches Landesamt für Statistik (2015): Statistische Berichte: Grundschulen sowie Mittel-/Hauptschulen in Bayern. München.

Brinkmann, U., Dörre, K., Röbenack, S., Kraemer, K., & Speidel, F. (2006): *Prekäre Arbeit, Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse.* (Wirtschafts- und sozialpolitisches Forschungs- und Beratungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hrsg.) Bonn.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung (2015): Migrationsbericht 2013. Berlin.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung (2014): Migrationsbericht 2012. Berlin.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung (2013): Migrationsbericht 2011. Berlin.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung (2012): Migrationsbericht 2010. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (2009): *Der Mikrozensus im Schnittpunkt von Geschlecht und Migration. Möglichkeiten und Grenzen einer sekundär-analytischen Auswertung des Mikrozensus 2005.* Forschungsreihe Band 4. Berlin: Nomos.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2009): *Integration in Deutschland.* Erster Integrationsindikatorenbericht. Berlin.

Frank, T., Schade, M. (2009): *Methodenbericht der Statistik der BA. Erweiterung der Berichterstattung über Arbeitslosenquoten.* Nürnberg: Statistik der Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.).

Granato, N. (2003): *Ethnische Ungleichheit auf dem deutschen Arbeitsmarkt.* Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung; Bd. 33. Opladen: Leske + Budrich.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln - IW (2010): *Die Lücke füllen.* In: <http://www.iwkoeln.de/infodienste/iwd/archiv/beitrag/30509?highlight=ingenieursl%25C3%25BCcke>; zuletzt aufgerufen am 23.10.2015.

Integrationsmonitoring der Länder (2015): *A3 Volljährige Deutsche mit Migrationshintergrund nach Geschlecht.* In: www.integrationsmonitoring-laender.de/sites/default/files/a3_tab.xls; zuletzt aufgerufen am 5.10.2015.



Integrationsmonitoring der Länder (2015): A4 Wahlberechtigte Deutsche mit Migrationshintergrund nach Geschlecht. In: www.integrationsmonitoring-laender.de/sites/default/files/a4_tab.xls; zuletzt aufgerufen am 5.10.2015.

Integrationsmonitoring der Länder (2015): B1.1 Ausländische Bevölkerung nach Aufenthaltsstatus, Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsdauer. In: <http://www.integrationsmonitoring-laender.de/indikatoren/b1>; zuletzt aufgerufen am 5.10.2015.

Integrationsmonitoring der Länder (2005-2011): Teil 1 Ergebnisse. 2013.

Integrationsmonitoring der Länder (2005-2013): B2 Einbürgerungsquoten nach Aufenthaltsdauer und Geschlecht der Eingebürgerten. In: <http://www.integrationsmonitoring-laender.de/indikatoren/b2>; zuletzt aufgerufen am 5.10.2015.

Integrationsmonitoring der Länder (2005-2013): C1 – C3 Kinder in Kindertageseinrichtungen nach vorrangig in der Familie gesprochener Sprache bzw. Migrationsstatus, Altersgruppen und Geschlecht sowie Betreuungsquoten. In: http://www.integrationsmonitoring-laender.de/sites/default/files/c1_c3_tab.xls; zuletzt aufgerufen am 5.10.2015.

Integrationsmonitoring der Länder (2005-2013): D1 Ausländische und deutsche Schülerinnen und Schüler in der 8. Klasse zu Beginn des jeweiligen Schuljahres nach Geschlecht und Schulformen. In: www.integrationsmonitoring-laender.de/sites/default/files/d1_tab.xls; zuletzt aufgerufen am 5.10.2015.

Integrationsmonitoring der Länder (2005-2013): D2 Ausländische und deutsche Absolventen/-innen und Abgänger/-innen der allgemein bildenden Schulen nach erreichten Abschlüssen, Geschlecht und Abschlussarten. In: www.integrationsmonitoring-laender.de/sites/default/files/d2_tab.xls; zuletzt aufgerufen am 13.10.2015.

Integrationsmonitoring der Länder (2005-2013): D5 Ausbildungsbeteiligungsquote von Ausländer/-innen und Deutschen im Alter von 18 bis unter 21 Jahren nach Geschlecht. In: http://www.integrationsmonitoring-laender.de/sites/default/files/d5_tab.xls; zuletzt aufgerufen am 13.10.2015.

Integrationsmonitoring der Länder (2005-2013): D6 Ausländische und deutsche Auszubildende in der dualen Berufsausbildung nach Geschlecht und Ausbildungsbereichen. In: http://www.integrationsmonitoring-laender.de/sites/default/files/d6_tab.xls; zuletzt aufgerufen am 13.10.2015.

Integrationsmonitoring der Länder (2005-2013): D7 Bevölkerung im Alter von 25 bis unter 65 Jahren nach Migrationsstatus, Geschlecht, Altersgruppen und höchstem beruflichen Bildungsabschluss. In: http://www.integrationsmonitoring-laender.de/sites/default/files/d7_tab.xls; zuletzt aufgerufen am 23.10.2015.



Integrationsmonitoring der Länder (2005-2013): E1a Erwerbstätige im Alter von 15 bis unter 65 Jahren sowie Erwerbstätigenquoten nach Migrationsstatus und Geschlecht der Erwerbstätigen. In: www.integrationsmonitoring-laender.de/sites/default/files/e1a_tab.xls; zuletzt aufgerufen am 5.10.2015.

Integrationsmonitoring der Länder (2005-2013): E2 Erwerbstätige im Alter von 15 bis unter 65 Jahren nach Migrationsstatus, Geschlecht und Stellung im Beruf. In: www.integrationsmonitoring-laender.de/sites/default/files/e2_tab.xls; zuletzt aufgerufen am 5.10.2015.

Integrationsmonitoring der Länder (2005-2013): E3 Abhängige Erwerbstätige im Alter von 15 bis unter 65 Jahren mit geringfügiger Beschäftigung als einzige bzw. hauptsächliche Tätigkeit nach Migrationsstatus und Geschlecht. In: www.integrationsmonitoring-laender.de/sites/default/files/e3_tab.xls; zuletzt aufgerufen am 5.10.2015.

Integrationsmonitoring der Länder (2005-2013): E4 Erwerbslose im Alter von 15 bis unter 65 Jahren sowie Erwerbslosenquoten nach Migrationsstatus, Geschlecht und Altersgruppen der Erwerbslosen. In: www.integrationsmonitoring-laender.de/sites/default/files/e4_tab.xls; zuletzt aufgerufen am 5.10.2015.

Integrationsmonitoring der Länder (2005-2013): E5 Arbeitslosenquote von Ausländer/-innen und Deutschen im Jahresdurchschnitt nach Geschlecht und Rechtskreisen. In: www.integrationsmonitoring-laender.de/sites/default/files/e5_tab.xls; zuletzt aufgerufen am 5.10.2015.

Integrationsmonitoring der Länder (2005-2013): E7 Bevölkerung im Alter von 15 und mehr Jahren nach Migrationsstatus, Geschlecht und Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts. In: www.integrationsmonitoring-laender.de/sites/default/files/e7_tab.xls; zuletzt aufgerufen am 5.10.2015.

Integrationsmonitoring der Länder (2005-2013): G1 Bezugspersonen in Privathaushalten mit selbst bewohntem Wohneigentum sowie Eigentümerquoten nach Migrationsstatus und Geschlecht der Bezugspersonen. In: http://www.integrationsmonitoring-laender.de/sites/default/files/g1_tab.xls; zuletzt aufgerufen am 5.11.2015.

Integrationsmonitoring der Länder (2005-2013): G2 Bevölkerung in Familien/Lebensformen mit Kind(ern) unter 18 Jahren sowie durchschnittliche Wohnfläche je Familienmitglied nach Geschlecht der Familienmitglieder. In: http://www.integrationsmonitoring-laender.de/sites/default/files/g2_tab.xls; zuletzt aufgerufen am 5.11.2015.

Isserstedt, Wolfgang / Middendorff, Elke / Fabian, Gregor / Wolter, Andrä (2007): Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2006. 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch HIS Hochschul-Informationssystem. Bonn/ Berlin: Bundesministerium für Bildung und Forschung.



Länderoffene Arbeitsgruppe „Indikatorenentwicklung und Monitoring“ der Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister / Senatorinnen und Senatoren der Länder (IntMK) (2013): Zweiter Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder 2011. Teil 2 Datenband.

Länderoffene Arbeitsgruppe „Indikatorenentwicklung und Monitoring“ der Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister / Senatorinnen und Senatoren der Länder (IntMK) (2015): Dritter Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder 2011 – 2013.

Leicht, R. (2006): *Bedeutung der ausländischen Selbständigen für den Arbeitsmarkt und den sektoralen Strukturwandel.* Expertise für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Mannheim: Institut für Mittelstandsforschung.

Middendorff, E., Apolinarski, B., Poskowsky, J., Kandulla, M., Netz, N. (2013): *Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2012. 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch das HIS-Institut für Hochschulforschung.* Bonn/Berlin: Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (2015): <http://www.integrationsmonitoring.nrw.de>. Abgerufen am 30. 10 2015 von http://www.integrationsmonitoring.nrw.de/integrationsberichterstattung_nrw/Grundlagen/Datenquellen/index.php.

Möller, S. (2014): Abweichungen der neuen Einwohnerzahlen des Zensus 2011 von der Bevölkerungsfortschreibung. In: Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg 4/2014, S. 36-40.

OECD (2011): International Migration Outlook: Sopemi 2011. OECD Publishing.

Stanat, P. (2008): Heranwachsende mit Migrationshintergrund im deutschen Bildungssystem. In: Cortina, K., Baumert, J., Leschinsky, A., Mayer, K.U. und Trommer, L. (Hrsg.): *Das Bildungswesen in der Bundesrepublik Deutschland.* Reinbeck: Rowohlt, S. 685-742.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2016): Bevölkerung nach Migrationsstatus regional. Ergebnisse des Mikrozensus 2011. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2016): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Bevölkerung nach Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2015. Fachserie 1 Reihe 2.2. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2016a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Einbürgerungen. Fachserie 1 Reihe 2.1. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2015): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Bevölkerung nach Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2014. Fachserie 1 Reihe 2.2. Wiesbaden.



Statistisches Bundesamt (2015a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Einbürgerungen. Fachserie 1 Reihe 2.1. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2014a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Einbürgerungen. Fachserie 1 Reihe 2.1. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt Wiesbaden (2014b): *Studierende an Hochschulen Wintersemester 2013/2014.* Fachserie 11 Reihe 4.1. Wiesbaden.

Straßburger, G. (2001): Evaluation von Integrationsprozessen in Frankfurt am Main. Studie zur Erforschung des Standes der Integration von Zuwanderern und Deutschen in Frankfurt am Main am Beispiel von drei ausgewählten Stadtteilen. Im Auftrag des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main. Bamberg: europäisches forum für migrationsstudien.

Studierendenstatistik Statistisches Bundesamt (2015): <http://www.wissenschaftweltoffen.de/daten/1/1/1>; zuletzt aufgerufen am 23.10.2015.



Tabellen

Tabelle 1-1: Zu- und Fortzüge von Deutschen bzw. Ausländern (aus dem Ausland nach Bayern bzw. von Bayern ins Ausland) (2005-2015).....	26
Tabelle 2-1: Ausländische Bevölkerung in Bayern nach Herkunft (2011, 2013)	31
Tabelle 2-2: Ausländische Bevölkerung mit langfristigem Aufenthaltsrecht in Bayern nach Herkunft (2011, 2013)	31
Tabelle 2-3: Wahlberechtigte Deutsche mit Migrationshintergrund an allen wahlberechtigten Deutschen ab 18 Jahren in Bayern in Prozent (2005-2013)	34
Tabelle 2-4: Anteil volljähriger Deutscher mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ab 18 Jahren nach Geschlecht (2005-2013)	35
Tabelle 3-1: Bildungsausländer an allen Studierenden in Bayern (2007-2014; relativ und absolut).....	48
Tabelle 4-1: Selbständigenquote nach Migrationshintergrund, Staatsangehörigkeit und Geschlecht in Bayern und Deutschland (2005-2013)	59
Tabelle 8-1: Übersicht über die integrationspolitischen Strukturen der untersuchten Mittelstädte.....	154
Tabelle 9-1: Integrationskurse und Migrationsberatung in Kleinstädten	195
Tabelle 9-2: Übersicht der ausgewählten Städte	208
Tabelle 9-3: Übersicht der Interviewpartner.....	210



Abbildungen

Abbildung 1-1: Anteil der Personen mit Migrationshintergrund und Ausländeranteil in Bayern (2005-2015).....	19
Abbildung 1-2: Zusammensetzung der Bevölkerung mit eigener Migrationserfahrung (erste Generation) in Bayern und Deutschland (2014)	20
Abbildung 1-3: Zusammensetzung der Bevölkerung ohne eigene Migrationserfahrung (zweite und nachfolgende Generationen) in Bayern (2015).....	20
Abbildung 1-4: Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Regierungsbezirken in Bayern (2015).....	21
Abbildung 1-5: Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in ausgewählten bayerischen Großstädten (2005-2013)	22
Abbildung 1-6: Entwicklung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Regierungsbezirken in Bayern (2009-2015) in Tsd	22
Abbildung 1-7: Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung Bayerns nach Altersklassen (2010, 2011 und 2015)	23
Abbildung 1-8: Altersverteilung der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund in Bayern (2014)	24
Abbildung 1-9: Jährliche Zu- und Fortzüge aus dem Ausland nach Bayern bzw. von Bayern ins Ausland (2010-2015).....	25
Abbildung 1-10: Fortzüge aus Bayern über die Bundesgrenze nach Zielkontinent (2011-2015)	27
Abbildung 1-11: Zuzüge über die Bundesgrenze nach Bayern nach Herkunftskontinent (2011-2015).....	27
Abbildung 1-12: Zu- und Fortzüge Bayerns über die Bundesgrenze nach Alter (2015).....	28
Abbildung 1-13: Zuzüge über die Bundesgrenze nach Herkunftskontinenten und Alter (2015)	29
Abbildung 1-14: Fortzüge über die Bundesgrenze nach Zielkontinenten und Alter (2015) .	29
Abbildung 2-1: Einbürgerungsquote für Bayern und Deutschland (2005-2015).....	32
Abbildung 2-2: Einbürgerungen nach bisheriger Staatsangehörigkeit in Bayern und Deutschland (2005-2015)	33



Abbildung 3-1: Besuch von Kitas der Kinder mit Migrationshintergrund nach Alter und Geschlecht in Bayern (2006-2013).....	37
Abbildung 3-2: Anteile der 3- bis unter 6-jährigen Kinder mit Migrationshintergrund nach in der Familie gesprochener Sprache in Bayern (2006-2013)	38
Abbildung 3-3: Anzahl von Kindern in Vorkursen zur Sprachförderung vor Eintritt in die Grundschule in Bayern nach Migrationshintergrund (2014/15)	39
Abbildung 3-4: Relativer Schulbesuch in der Jahrgangsstufe 8 nach Ausländer/innen in Bayern (2005/06 - 2013/14)*	40
Abbildung 3-5: Verteilung der deutschen bzw. ausländischen Schulabgänger in Bayern auf die verschiedenen Schulabschlüsse (2005-2013)	41
Abbildung 3-6: Ausbildungsbeteiligungsquote nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht von 18- bis 21-Jährigen (2008-2013)	42
Abbildung 3-7: Ausbildungsbeteiligungsquote in Bayern nach Staatsangehörigkeit und Ausbildungsbereich (2005-2013)	43
Abbildung 3-8: Studierende nach Migrationshintergrund in Deutschland (2006-2012)	44
Abbildung 3-9: Studierende nach Staatsangehörigkeit in Bayern (2009-2013).....	45
Abbildung 3-10: Studierende nach Migrationshintergrund und Fachrichtung in Deutschland (2009, 2012).....	46
Abbildung 3-11: Studierende nach Migrationshintergrund, Fachrichtung und Geschlecht in Deutschland (2009, 2012)	47
Abbildung 3-12: Höchster erreichter beruflicher Abschluss nach Migrationshintergrund und Alter (2005-2013)	49
Abbildung 3-13: Höchster erreichter beruflicher Abschluss der 25- bis 35-Jährigen nach Migrationshintergrund und Geschlecht in Bayern (2005-2013)	51
Abbildung 3-14: Höchster erreichter beruflicher Abschluss der 35- bis unter 65-Jährigen nach Migrationshintergrund und Geschlecht in Bayern (2005-2013)	52
Abbildung 4-1: Erwerbstätigenquote nach Migrationshintergrund und Geschlecht in Bayern (2005-2013).....	54
Abbildung 4-2: Erwerbstätige nach Migrationshintergrund und Stellung im Beruf in Bayern (2005-2013).....	55



Abbildung 4-3: Erwerbstätige nach Migrationshintergrund, Geschlecht und Stellung im Beruf in Bayern (2005-2013).....	56
Abbildung 4-4: Erwerbstätige nach Migrationshintergrund und Wirtschaftsbereichen in Bayern (2005-2011).....	57
Abbildung 4-5: Anteil abhängig Erwerbstätige mit geringfügiger Beschäftigung als einzige bzw. hauptsächliche Tätigkeit nach Migrationsstatus und Geschlecht in Bayern (2005-2013).....	60
Abbildung 4-6: Bevölkerung nach Migrationshintergrund und Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts in Bayern (2005 – 2013)	61
Abbildung 4-7: Bevölkerung nach Migrationshintergrund, Geschlecht und Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts in Bayern (2005-2013)	62
Abbildung 4-8: Arbeitslosen- und Sozialhilfe nach Staatsangehörigkeit in Bayern (2005-2013)	63
Abbildung 4-9: Erwerbslosenquote (ILO-Konzept) nach Migrationshintergrund in Bayern (2005 – 2013).....	65
Abbildung 5-1: Durchschnittliche Wohnfläche je Familienmitglied nach Migrationshintergrund in m ² (2006, 2010)	66
Abbildung 5-2: Eigentümerquote nach Migrationshintergrund (2006, 2010)	67
Abbildung 5-3: Eigentümerquote nach Migrationshintergrund und Geschlecht (2006, 2010)	68
Abbildung 7-1: Strukturen der Integrationspolitik in Nürnberg.....	87



Anhang I

Memo zur Anfertigung der Städteberichte

Gliederungspunkte und Recherchebereiche

1 Stadtprofil

- ▶ Einwohnerzahl, nach Migrationshintergrund
- ▶ Zugewanderte Nationalitäten, Ethnien
- ▶ BSP, Arbeitslosigkeit
- ▶ Optional: Relevantes aus der Geschichte der Stadt, das für das Verständnis von Integration von Bedeutung ist, z. B. Augsburg als Stadt des Friedens, Nürnberg als Stadt der Menschenrechte.

2 Integrationspolitische Strukturen in der Stadt

Definition: Organisationsstrukturen, Positionen und Rollen, die sich überwiegend oder anteilig mit Integration befassen

- ▶ Integrationskonzept, falls vorhanden
- ▶ Politischer Bereich:
 - OB oder Bürgermeister und Integration
 - Stadtratsgremien und Positionen
 - Verwaltungsstrukturen
 - Vertretungsorgan der Migrantinnen und Migranten
- ▶ Zivilgesellschaft
 - Wohlfahrtsverbände
 - Kirchen
 - Vereine
 - Migrantenorganisationen
 - Stiftungen
 - ehrenamtliche Strukturen
- ▶ Fazit



3 Maßnahmen der Integrationspolitik

Definition: Ziele, Handlungen und Ressourcen für Integration in definierten Bereichen von relativer Dauer (im Unterschied zu zeitlich begrenzten Projekten).

Bereiche:

- ▶ Rechtsstaat, Verwaltung und Sicherheit
- ▶ Sprache
- ▶ Wohnen
- ▶ Arbeit
- ▶ Bildung
- ▶ Gesundheit
- ▶ Umgang mit Vielfalt, Wertebildung
- ▶ Ehrenamt, freiwilliges Engagement
- ▶ Öffentlichkeitsarbeit für Integration.

Beispiele für Rechtsstaat und Verwaltung wären etwa Willkommensstrukturen in der Ausländerbehörde, im Bereich der Sprache ein Sprachkursprogramm der örtlichen Volkshochschule oder die Schaffung von Dolmetscherdiensten, im Bereich der Bildung die Schaffung eines städtischen Bildungsbüros.

- ▶ Fazit

4 Projekte der Integrationspolitik

Definition: Zeitlich begrenzte Aktivitäten integrationspolitischer Akteure in der Stadt zur Erreichung definierter Ziele in den Bereichen der Integrationspolitik; sie können aus Mitteln der Stadt oder extern durch Akquisition von Fördermitteln finanziert sein. Bereiche:

- ▶ Rechtsstaat, Verwaltung und Sicherheit
- ▶ Sprache
- ▶ Wohnen
- ▶ Arbeit
- ▶ Bildung
- ▶ Gesundheit
- ▶ Umgang mit Vielfalt, Wertebildung
- ▶ Ehrenamt, freiwilliges Engagement
- ▶ Öffentlichkeitsarbeit für Integration.

Beispiele für Umgang mit Vielfalt wäre etwa das Projekt „Nürnberg ist bunt“.



5 Strukturen, Maßnahmen und Projekte in der Flüchtlingspolitik

- ▶ Verpflichtungen und Aufgaben der Stadt
- ▶ Zuständigkeiten in Politik und Verwaltung
- ▶ Framing der Flüchtlingsbetreuung und –integration
- ▶ Helferstrukturen
- ▶ Maßnahmen
- ▶ Projekte



Anhang II

Übersicht der ausgewählten Städte

Table 9-2: Übersicht der ausgewählten Städte

Regierungsbezirk	Ausgewählte Stadt
Mittelfranken	Ansbach
	Gunzenhausen
	Herzogenaurach
	Nürnberg
	Schwabach
Niederbayern	Dingolfing
	Landshut
	Passau
	Vilshofen an der Donau
Oberbayern	Dachau
	Garmisch-Partenkirchen
	Ingolstadt
	Rosenheim
	Traunstein
Oberfranken	Bamberg
	Coburg
	Lichtenfels
	Selb
Oberpfalz	Amberg



	Cham
	Regensburg
	Schwandorf
	Weiden
Schwaben	Augsburg
	Friedberg
	Kempten
	Lindau
	Neu-Ulm
Unterfranken	Aschaffenburg
	Bad Kissingen
	Haßfurt
	Schweinfurt



Anhang III

Übersicht der Interviewpartner

Table 9-3: Übersicht der Interviewpartner

Stadt	Interviewpartner	Funktion	Anmerkungen
Amberg	Catharine Dill	Hauptamtliche Mitarbeiterin in der Freiwilligenagentur Amberg	
	Christian Zisler	Stabsstelle Zentrale Steuerung: Koordinierungsstelle Asyl	
Ansbach	Holger Nießlein	Rechtsdirektor; Leiter des Referats Gesellschaft, Soziales und Schulen der Stadt Ansbach	
Augsburg	Magret Spohn	Leiterin des Büros für Migration, Interkultur und Vielfalt	
	Tugay Cogal	1. Vorsitzender des Integrationsbeirats	
Bad Kissingen	David Rybak	Leiter des Referats für Jugend, Familie und Soziales	
Bamberg	Mohamed Hédi Addala	Vorsitzender des Migranten- und Integrationsbeirats	
	Susanne Sennefelder	Leiterin des Fachbereichs Freiwilligenengagement, Integration und Familienfreundlichkeit	
Cham	Karlheinz Sölch	Asylkoordinator Treffpunkt Ehrenamt	
Coburg	Rainer Klein	Integrationsbeauftragter	



Dingolfing	Martin Dirschmann	Quartiermanager, Leiter Stadtteilzentrum Nord	Schriftliche Befragung
	Hans Schmid	Amtsleiter, Projektleiter „Soziale Stadt“	Schriftliche Befragung
Friedberg	Ronald Eichmann	Bürgermeister Friedberg	Gemeinsame Telefonkonferenz
	Stefanie Siegling	Stadträtin und Integrationsbeauftragte des Landkreises Aichach-Friedberg	
	Frederike Gerlach	Koordination/Leitung der Freiwilligenagentur „Miteinander und füreinander im Wittelsbacher Land“	
	Sibel Faytoncu	Mitglied im Integrationsbeirat	
Garmisch-Partenkirchen	Ursula Werner	Vorsitzende im Beirat Soziales und Integration	
Gunzenhausen	Karl-Heinz Fitz	1. Bürgermeister von Gunzenhausen	Schriftliche Befragung
Haßfurt	Joanna Maria Blößl	Migrationsberatungsstelle des Bayerischen Roten Kreuzes – Kreisverband Haßberge	Gemeinsame Telefonkonferenz
	Karina Hauck		
Herzogenaurach	Kadduora Hamid	Mitglied der Flüchtlingsbetreuung	
	Konrad Eitel	Sprecher der Flüchtlingsbetreuung und Mitglied im Leitungskreis	
Ingolstadt	Ingrid Gumplinger	Integrationsbeauftragte der Stadt Ingolstadt, Vorsitzende des Migrationsrats	
	Marianna Kenyeres	Mitglied des Migrationsrats, Ingolstädter Kontaktperson des Migrantinnen-Netzwerks Bayerns	



Kempten	Philipp Wagner	Integrationsbeauftragter der Stadtverwaltung	
Landshut	Annelies Huber	Geschäftsführerin des Vereines Haus International	
	Mascha Sidorova-Spilker	Mitglied im Migrationsbeirat und Leitung des Projekts „Nachbarschaftstreff DOM“	
Lichtenfels	Erhard Schlottermüller	Leiter der Aktionsgruppe Aktiver Bürger	
Lindau	Michail Giftakis	Stellvertretender Vorsitzender des Integrationsbeirats im Landkreis Lindau	
Neu-Ulm	Friedrich Hervé Lien Mbep	Mitglied im Integrationsbeirat	
	Ralph Seiffert	Fachbereichsleiter für den Fachbereich Schule, Sport, Kultur und Soziales; Leiter der Koordinierungsstelle Integration, Flucht und Asyl	
Nürnberg	Elisabeth Ries	Leiterin des Bildungsbüros	
	Diana Liberowa	Stadträtin, frühere Vorsitzende des Rates für Integration und Zuwanderung	
Passau	Ankie Visschers	Vorstandsmitglied des Vereins Gemeinsam leben und lernen in Europa e. V.	
	Lothar Kaseder	Amt für Kinder, Jugend und Familie der Stadt Passau, Zuständiger für das „Integrationssteam“	
	Perdita Wingerter	Vorsitzende des Vereins Gemeinsam leben und lernen in Europa e.V.	



Regensburg	Eva Filipczak	Vorsitzende des Integrationsbeirats	
	Wolfgang Rötzer	Leiter des Amtes für Integration und Migration	
Rosenheim	Christian Meixner	Sozial-, Wohnungs-, Versicherungs- und Grundsicherungsamt, Integrationsbeauftragter	
Schwabach	Barbara Steinhauser	Amtsleiterin Senioren und Soziales	
Schweinfurt	Erika Ketschik	Geschäftsführerin des Integrationsbeirats	
	Matthias Kreß	Integrationsbeauftragter und Leiter der Stabstelle „Migration und Integration“	
Vilshofen an der Donau	Eva Felscher	Vereinsvorsitzende des AK Vilshofener Asylbewerber	
Weiden	Manfred Weiß	Ehrenamtskoordinator der Diakonie Weiden	
	Veit Wagner	Vorsitzender des Integrationsbeirats, Stadtratsmitglied (GRÜNE), Sprecher von Amnesty International Weiden, Sprecher von Weiden ist Bunt	